

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich
XV. Gesetzgebungsperiode
Freitag, 20. März 1981

Tagesordnung

1. Jahresbericht 1979 der Beschwerdekommision in militärischen Angelegenheiten samt Stellungnahme des Bundesministers für Landesverteidigung
2. Bericht über den Antrag (42/A) betreffend Schaffung eines Ehrenzeichens aus Anlaß der 60. Wiederkehr des Tages der Kärntner Volksabstimmung
3. Bericht über Maßnahmen zur Verwaltungsreform in den Jahren 1975 bis 1980 (Verwaltungsreformbericht 1980)
4. Tätigkeitsbericht des Verwaltungsgerichtshofes für das Jahr 1979

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 6877)

Entschuldigungen (S. 6877)

Geschäftsbehandlung

Hinweis des Präsidenten B e n y a betreffend die Fragestunde (S. 6885)

Fragestunde (46.)

Bauten und Technik (S. 6877)

Heinzinger (366/M); Dkfm. Bauer, Ing. Willinger, Dkfm. DDr. König
Ingrid Tichy-Schreder (367/M); Probst, Koppensteiner
Babanitz (371/M); Dr. Marga Hubinek, Probst, Lehr
Kittl (372/M); Kraft, Probst
Weinberger (373/M); Deutschmann, Probst
Probst (377/M)
Probst (380/M)

Finanzen (S. 6886)

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (369/M); Ing. Gassner
Dr. Steidl (370/M); Dkfm. DDr. König
Dr. Veselsky (375/M); Dr. Steidl, Dipl.-Vw. Josseck, Remplbauer

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 6890)

Verhandlungen

- (1) Bericht des Landesverteidigungsausschusses über den vom Bundesminister für Landesverteidigung vorgelegten Jahresbericht 1979 (III-52) der Beschwerdekommision in militärischen Angelegenheiten samt Stellungnahme des Bundesministers für Landesverteidigung (618 d.B.)

lungnahme des Bundesministers für Landesverteidigung (618 d.B.)

Berichterstatter: L a n d g r a f (S. 6891)

Redner:

Dipl.-Vw. J o s s e c k (S. 6891),
H a a s (S. 6898),
Dr. E r m a c o r a (S. 6900),
Dr. O f n e r (S. 6906),
M o n d l (S. 6910),
K r a f t (S. 6915),
Bundesminister R ö s c h (S. 6921),
Dr. N e i s s e r (S. 6928) und
Elisabeth S c h m i d t (S. 6933)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen betreffend die Vorlage eines langfristigen Prioritätenkatalogs hinsichtlich der Sanierung und Adaptierung der Kasernen des österreichischen Bundesheeres (S. 6919) — Ablehnung (S. 6936)

Kenntnisnahme (S. 6936)

- (2) Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag (42/A) der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Schaffung eines Ehrenzeichens aus Anlaß der 60. Wiederkehr des Tages der Kärntner Volksabstimmung (651 d.B.)

Berichterstatter: Dr. K a p a u n (S. 6936)

Redner:

Dr. P a u l i t s c h (S. 6937),
Dr. J ö r g H a i d e r (S. 6939) und
Dr. G r a d e n e g g e r (S. 6942)

Kenntnisnahme des Ausschlußberichtes (S. 6944)

Gemeinsame Beratung über

- (3) Bericht des Verfassungsausschusses betreffend den Bericht der Bundesregierung (III-78) über Maßnahmen zur Verwaltungsreform in den Jahren 1975 bis 1980 (Verwaltungsreformbericht 1980) (652 d.B.)

Berichterstatter: Dr. G r a d i s c h n i k (S. 6945)

- (4) Bericht des Verfassungsausschusses über den Bericht des Bundeskanzlers (III-81), mit dem der Tätigkeitsbericht des Verwaltungsgerichtshofes für das Jahr 1979 vorgelegt wird (653 d.B.)

Berichterstatter: Dr. P a u l i t s c h (S. 6945)

Redner:

Dr. N e i s s e r (S. 6945),
Dr. V e s e l s k y (S. 6947),
Dr. F r i s c h e n s c h l a g e r (S. 6948),
Dr. L i c h a l (S. 6951),

6876

Nationalrat XV. GP — 68. Sitzung — 20. März 1981

Hochmair (S. 6954),
Staatssekretär Dr. Löschnak
(S. 6955) und
Dr. Ermacora (S. 6956)

Kenntnisnahme der beiden Berichte
(S. 6957)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

624: Übereinkommen über das öffentliche
Beschaffungswesen (S. 6891)

649: Abkommen — in Form eines Briefwechsels
— zur erneuten Abweichung von Artikel 1
des Protokolls Nr. 3 zu dem Abkommen zwi-
schen der Europäischen Wirtschaftsgemein-
schaft und Österreich (S. 6891)

Bericht

III-76: gemäß ERP-Fonds-Gesetz betreffend den
Jahresbericht und Jahresabschluß 1979/80
des ERP-Fonds, Bundesregierung (S. 6891)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Lichal und Genossen an den Bundesmini-
ster für Inneres betreffend die Konsequenzen
aus den Vorfällen anlässlich der unangemelde-
ten Demonstration in der Wiener Innenstadt
vom 1. März 1981 (1069/J)

Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bun-
deskanzler betreffend Überprüfung der von
General Motors eingegangenen Verpflichtun-
gen gegenüber der Republik Österreich
(1070/J)

Helga Wieser, Dr. Lanner und Genossen
an den Bundeskanzler betreffend Kosten der
Staatssekretäre (1071/J)

Dr. Lichal, Dr. Ermacora und Genossen
an den Bundesminister für Inneres betreffend
die Aufdeckung eines Spionageringes im Berei-
che der Staatspolizei (1072/J)

Dr. Ofner, Dr. Jörg Haider, Dr. Stix,
Ing. Murer und Genossen an den Bundesmi-
nister für Verkehr betreffend postalische Über-
weisung von Familienbeihilfen (1073/J)

Dkfm. Bauer, Dr. Jörg Haider und Genos-
sen an den Bundesminister für soziale Verwal-
tung betreffend Entsendung von Arbeitneh-
mervertretern in den Sparkassenrat (1074/J)

Dr. Jörg Haider, Dkfm. Bauer, Dipl.-
Vw. Josseck, Peter und Genossen an den
Bundesminister für Verkehr betreffend über-
durchschnittliche Erhöhung der ÖBB-Schüler-
monatskarten (1075/J)

Dr. Frischenschlager, Dr. Ofner und
Genossen an den Bundesminister für Verkehr
betreffend Gemeinde Dorfbeuern/Salzburg —
Herstellung von Telephonanschlüssen (1076/J)

Anfragebeantwortungen

der Frau Bundesminister für Wissenschaft und
Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten
Steinbauer und Genossen (941/AB zu
931/J)

der Frau Bundesminister für Wissenschaft und
Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten
Dr. Neisser und Genossen (942/AB zu
941/J)

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage
der Abgeordneten Westreicher und
Genossen (943/AB zu 962/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeord-
neten Dr. Fertl und Genossen (944/AB zu
972/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Thalhammer**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 66. Sitzung vom 18. März 1981 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Kammerhofer, Dr. Johann Haider, Glaser, Anton Schlager, Gurtner, Dr. Feurstein, Ing. Schmitzer, Dr. Steger und Ing. Krenn.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Burger, Dr. Blenk, Dr. Ludwig Steiner, Dr. Kreisky und Dr. Hertha Firnberg.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Bauten und Technik

Präsident: 1. Anfrage: Herr Abgeordneter Heinzinger (ÖVP) an den Herrn Bautenminister.

366/M

Wann rechnen Sie mit der nächsten Erhöhung der Bundesmineralölsteuer?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Bauten und Technik **Sekanina:** Herr Abgeordneter Heinzinger! Nach der erfolgten Erhöhung der Bundesmineralölsteuer — Beschluß am 18. März 1981 — ist mir eine weitere Erhöhungsabsicht nicht bekannt.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Heinzinger:** Herr Minister! Ich möchte Ihnen ja gerne glauben. Aber im Jahre 1980, in der Budgetdebatte, haben Sie erklärt — ich zitiere —: Ich — Sekanina — stelle ausdrücklich fest, daß meinerseits als Antwort auf Ihre Frage keinerlei Aktivitäten in Richtung der Erhöhung von Steuern und Abgaben betrieben werden.

Gestern haben wir die Erhöhung einer Steuer beschlossen, die Ihrem Ministerium zugute kommen kann. Und Sie haben darüber hinaus in einem Interview am 30. 1. 1981 festgestellt — ich zitiere —: Sekanina: Ich habe mich nicht festgelegt. Aber man könnte die

Mineralölsteuer erhöhen, andere Steuern, die die Autofahrer zahlen für den Straßenbau, umschichten.

Nun haben wir gestern erfahren, Herr Minister, daß Ihre Bemühungen einer Umwidmung nicht erfolgreich waren. Sie haben im Rechnungshofausschuß berichtet, daß Ihr Besuch in Brüssel zwar Aussichten, aber kein Geld gebracht hat. Wir wissen, daß Sie viel Geld brauchen.

Woher — konkrete Frage —, Herr Minister, glauben Sie, daß Sie die zusätzlichen Finanzierungsmittel erzielen können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Verehrter Herr Abgeordneter! Soweit es das von mir des öfteren in der Öffentlichkeit interpretierte Grundnetz betrifft, werden die Mittel bis zur Jahrzehntmitte aufzubringen sein zum ersten aus den laufenden Einnahmen oder den zweckgebundenen Einnahmen aus dem Titel der Bundesmineralölsteuer, und gleichzeitig wird zu überlegen sein, in welcher Größenordnung hier durch Kreditaufnahmen die finanzielle Gewährleistung für die Durchführung dieses Konzeptes erfolgen kann.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Heinzinger:** Herr Minister! Es trifft sicherlich zu, daß zu überlegen sein wird. Dieser Zustand ist ja eher ein alltäglicher, daß zu überlegen ist. Sie sind nun schon eine lange Zeit im Amt, und man hat große Hoffnungen in Sie gesetzt, daß Sie sich gegenüber dem Finanzminister wirksamer durchsetzen vermögen.

Hoffen Sie, beim neuen Finanzminister mehr Verständnis für die dringenden Straßenbauprobleme zu erzielen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Ich habe, Herr Abgeordneter, den Herrn Bundesminister für Finanzen bei seinem Amtsantritt über die Absichten des Bautenressorts im Hinblick auf das genannte Grundnetz informiert, gleichzeitig die Meinung kundgetan, daß es sinnvoll ist aus Rationalitätsgründen, die notwendigen Straßenzüge oder Abschnitte im Hinblick auf dieses Grundnetz durch eine Planungs- und Errichtungsgesellschaft zu betreiben, und gleichzeitig auch eine entsprechende Finanzierungskonzeption. Ich werde in den näch-

Bundesminister Sekanina

sten Tagen die Gespräche mit dem Herrn Finanzminister fortführen. Mein Eindruck ist, daß er für diese Überlegung ein hohes Maß Verständnis an den Tag legt.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Bauer.

Abgeordneter Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Wie Sie ja wahrscheinlich wissen, hat das Hohe Haus mit der sozialistischen Mehrheit vorgestern eine Erhöhung der Bundesmineralölsteuer beschlossen. Diese Steuererhöhung wurde damit begründet, daß der Mineralölverbrauch laufend zurückgeht auf Grund der laufenden Preiserhöhungen. Der Schluß liegt nahe, daß allein dieser Preisnachfragemechanismus dazu angetan ist, eben in immer kürzer werdenden Abständen derartige Preiserhöhungen über Steuererhöhungen durchzuführen, wenn man, so wie die Prämisse in der Begründung war, davon ausgeht, daß das Steueraufkommen zum Ausbau des Bundesstraßennetzes gleich hoch bleiben muß.

Ich frage Sie daher: Wie wollen Sie dies angesichts dieser Umstände bewerkstelligen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter! Ich darf auf die heutige Bemerkung meinerseits als Antwort an den Herrn Abgeordneten Heinzinger und an meine gestrigen Bemerkungen noch einmal erinnern. Es wird notwendig sein, im Hinblick auf eine, wie mir scheint, neugeartete Philosophie im Bundesstraßenbau ganz konkret festzulegen, bis zu welchem Zeitpunkt man ein bestimmtes Straßennetz zur Verfügung haben will.

Zum zweiten ist es erforderlich, daraus resultierend eine entsprechende Finanzplanung zu erstellen. Dieses von mir mehrmals propagierte Grundnetz erfordert einen Kostenaufwand in der Größenordnung von knapp mehr als 20 Milliarden Schilling — Preisbasis 1981 —, und ich habe vorhin schon erwähnt, daß es zum Teil aus den laufenden Budgetmitteln zu decken sein wird und zum Teil durch Kreditaufnahmen. Ich meine, daß man bis zur Jahrzehntmitte auch damit eine entsprechende Konzeption vorliegen hat, die es erlaubt, auch aus diesem Titel eine entsprechende Planung im Hinblick auf die Bundesmineralölsteuer zu praktizieren. Ich werde im gegebenen Zeitpunkt — und ich hoffe, daß das sehr rasch ist — diese Konzeptionen auch der Öffentlichkeit vorlegen. Ich meine, daß man zu dem Zeitpunkt dann beurteilen kann, wann überhaupt eine Erhöhung der Bundesmineralölsteuer notwendig erscheint.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Willinger.

Abgeordneter Ing. **Willinger** (SPÖ): Herr Bundesminister! Die Mineralölsteuer ist zweckgebunden und dient der Finanzierung des Straßenbaus. Wir haben, bedingt durch wirtschaftliche Notwendigkeiten, eine Reihe vordringlicher Maßnahmen im Straßenbau. Ich denke zum Beispiel an die S 6 und S 36 im Mur- und Mürztal.

Können Sie mir sagen, Herr Bundesminister, wie sich seit 1970 die durchschnittlichen Kosten für einen Kilometer Bundesstraße und für einen Kilometer Autobahn im Vergleich zu den Einnahmen aus der Bundesmineralölsteuer entwickelt haben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter! Bedingt durch den alpinen Charakter des österreichischen Staatsgebietes ist der Bau von Bundesstraßen B, von Schnellstraßen und von Autobahnen auch von der finanziellen Seite her international nicht leicht vergleichbar.

Ich darf aber vielleicht global beantworten, ohne auf Beträge einzugehen, weil das von Abschnitt zu Abschnitt außerordentlich variiert: Die Kostensteigerungen pro Autobahn-, Schnellstraßen-Kilometer ist größer gewesen als die Zuwachsrate bei den Einnahmen der Bundesmineralölsteuer. Hinsichtlich des von Ihnen genannten Straßenzuges von Seebenstein bis Judenburg-Thalheim — als S 6 und S 36 in diesem Abschnitt — sind rund 87 Kilometer noch nicht gebaut. Diese 87 Kilometer werden einen Kostenaufwand von 7 Milliarden Schilling auf Preisbasis 1981 verursachen. Die Kosten sind schneller gestiegen als die Einnahmen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr Bundesminister! Die Bundesmineralölsteuer hat zwei Schönheitsfehler: Zum ersten, daß Mehrwertsteuer auch von der Bundesmineralölsteuer kassiert wird, also Steuer von der Steuer, und zum Zweiten, daß einige Hundert Millionen Schilling aus der Bundesmineralölsteuer eben nicht zweckgebunden sind, sondern für andere Zwecke abgezweigt werden.

Werden Sie sich, Herr Bundesminister, für die volle Zweckbindung einsetzen, wenn wir schon so beachtliche Erhöhungen der Bundesmineralölsteuer hinnehmen müssen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Abgeordneter Dr. König! Unter Beachtung der gebotenen Vorsicht sehe ich es als meine Pflicht an, permanent bemüht zu sein, Einnahmemöglichkeiten für dieses Ressort wahrzunehmen. Deswegen ein bißchen diplomatisch formuliert, weil ich die Zeiträume nicht festlegen kann.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2, welche die Frau Staatssekretär beantworten wird. Die Anfrage kommt von der Frau Abgeordneten Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP).

367/M

Wie viele vorzeitige Rückzahlungen von Wohnbaudarlehen hat es im Jahre 1980 gegeben?

Präsident: Bitte, Frau Staatssekretärin.

Staatssekretär im Bundesministerium für Bauten und Technik Dr. Beatrix **Eypeltauer:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Im Jahr 1980 wurden beim Bundeswohn- und Siedlungsfonds sowie beim Wohnhaus-Wiederaufbau-fonds, also bei den beiden Bundesfonds, 3 610 Anträge auf begünstigte Darlehensrückzahlung nach dem Rückzahlungsbegünstigungsgesetz mit einem Betrag von insgesamt rund 265 Millionen Schilling einer Erledigung zugeführt.

Die vorzeitig begünstigten Darlehensrückzahlungen nach den beiden Wohnbauförderungsgesetzen 1954 und 1968 für das Jahr 1980 betragen laut telefonischer Auskunft der Ämter der Landesregierungen rund 308 Millionen Schilling. Dieser Betrag ist als vorläufiges Ergebnis anzusehen, weil nach den Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes die Länder ihre Berichte erst bis zum 31. März des Folgejahres vorzulegen haben. Definitive Zahlen darüber kann ich also erst im April nennen.

Insgesamt langte demnach 1980 ein Betrag von rund 573 Millionen Schilling an vorzeitigen Rückzahlungen ein.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordnete Ingrid **Tichy-Schreder:** Frau Staatssekretär! Wissen Sie vielleicht, wieviel im Jahr 1979 an begünstigten Wohnbaudarlehen nach dem Rückzahlungsbegünstigungsgesetz zurückbezahlt worden ist?

Präsident: Frau Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Beatrix **Eypeltauer:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich kann

Ihnen diese Zahl nennen: Im Jahr 1979 waren es 346 Millionen.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordnete Ingrid **Tichy-Schreder:** Sie haben gesagt: 346 Millionen. Kennen Sie aber vielleicht auch die Zahl der Anträge?

Präsident: Bitte, Frau Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Beatrix **Eypeltauer:** Die Anzahl der Anträge kann ich Ihnen leider nicht nennen, die habe ich hier nicht vermerkt. Wir können uns aber die Zahlen von den Ländern und von den beiden Bundesfonds geben lassen, und ich werde Ihnen das gerne schriftlich mitteilen. Es waren sicher weniger als im Jahr 1980.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter **Probst (FPÖ):** Frau Staatssekretär! Ich bitte Sie, etwas näher zu interpretieren, was ich in den letzten Tagen aus Ihrem Munde gehört habe. Sie haben gesagt, daß Sie dem Herrn Finanzminister nahegelegt haben, die Abschreibbarkeit jener Darlehen als Sonderausgaben zu beenden. Das heißt, Sie haben dem Herrn Finanzminister diesen Rat gegeben. Ich gestehe, daß es einen Unterschied gibt zwischen einem hundertjährigen Darlehen, das zinsfrei oder mit 1 Prozent Annuitäten zurückgezahlt wird, und den bestehenden Verträgen, die einen Häuslbauer oder den Besitzer einer Sozialwohnung mit 3 000 S bis 4 000 S Miete sehr hart treffen. Ich frage Sie:

Gilt diese von Ihnen geforderte nicht mehr vorhandene Abschreibbarkeit, das heißt, das Aufhören der Abschreibmöglichkeit? Beabsichtigen Sie, das auch für bestehende Verträge einzuführen, für jene Verträge, für jene Leute, die damit kalkuliert haben?

Präsident: Frau Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Beatrix **Eypeltauer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es liegt mir ferne, Sie in irgendeiner Weise zu kritisieren, aber einen Zusammenhang mit dem Rückzahlungsbegünstigungsgesetz, das Gegenstand dieser Anfrage ist, kann ich überhaupt nicht, auch nicht im entferntesten, sehen.

Trotzdem möchte ich Ihnen sagen, daß ich hier überhaupt nichts durchzuführen oder zu beabsichtigen habe. Ich habe lediglich den Herrn Finanzminister auf diese bestehende Problematik aufmerksam gemacht.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Koppensteiner.

Abgeordneter Koppensteiner (ÖVP): Sehr geehrte Frau Staatssekretär! Sie haben in Ihrer Beantwortung das Ausmaß der Rückzahlungen für das Jahr 1980 genannt. Um aber hier Relationen feststellen zu können, würde mich interessieren: Wieviel haftet per 31. 12. 1980 insgesamt aus?

Präsident: Frau Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich weiß nicht, ob Sie nun Wohnhaus-Wiederaufbau- und Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und Wohnbauförderung 1954 und laufende Wohnbauförderung 1968 an öffentlichen Darlehen zusammen meinen. (*Abg. Koppensteiner: Insgesamt!*) Es dürfte sich dabei um eine Summe von etwa 170 Milliarden Schilling handeln.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 3: Herr Abgeordneter Babanitz (*SPÖ*) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

371/M

Herr Bundesminister, Sie sind mehrfach mit der Feststellung in die Öffentlichkeit getreten, daß im Bundeshochbau es vorerst wichtig sei, die begonnenen Bauten mit möglichst wirtschaftlichen Finanzierungsraten zu beenden, und ich frage Sie daher, welche zusätzlichen Mittel für einen wirtschaftlichen Ablauf der vorhandenen Bundeshochbaustellen Ihrer Meinung nach erforderlich wären.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter Babanitz! Im Budget für 1981 sind für Neubauvorhaben des Bundeshochbaues 2,9 Milliarden Schilling vorgesehen, davon ein Betrag von rund 89,8 Millionen Schilling als Bindungsbetrag, somit verbleiben 2,8 Milliarden Schilling für den Bundeshochbau, für den Neubaubereich im Jahr 1981.

Dieser Betrag stellt die unterste Grenze im Hinblick auf eine wirtschaftliche Bauausführung dar, und auf Grund der mir vorliegenden Berechnungen wäre im Jahre 1981 und in drei Folgejahren eine Größenordnung von rund 600 Millionen Schilling pro Jahr durchaus verbrauchbar.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Babanitz: Herr Bundesminister! Sie wissen, daß gerade die Hochbauten sehr arbeitsintensiv sind und daß im Zusammenhang mit der Beschäftigung der Bauar-

beiter alle Maßnahmen, die ergriffen werden können, nur zu begrüßen sind. Ich glaube, es war auch beim Baugipfel davon die Rede, daß man gerade diese Bauten sehr forcieren soll. Neben einer raschen Fertigstellung bringt das die Möglichkeit, daß auch rationeller und billiger gebaut werden kann. Meine Frage konkret: Glauben Sie, daß Sie auch noch aus den restlichen Mitteln der Stabilisierungsquote, Konjunkturbelebungs-, Pauschalvorsorge, die ja im Bautenbudget für das Jahr 1981 vorgesehen sind, noch zusätzlich Mittel bekommen können, oder welche Maßnahmen können Sie einleiten, damit auch Länder und Gemeinden zur Forcierung des Hochbaues beitragen?

Präsident: Herr Abgeordneter! Das sind aber zwei Fragen. (*Ruf bei der ÖVP: Drei!*) Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Ich darf zuerst die erste Frage, Herr Abgeordneter, beantworten.

Ich darf feststellen, daß im gesamten Bundeshochbau derzeit Fortsetzungsbauten und Neubeginne durchgeführt werden, mit einem Kostenvolumen von rund 18,9 Milliarden Schilling. Davon sind rund 6,3 Milliarden Schilling verbraucht. Es ist daher in den nächsten Jahren ein Budgetmittelbedarf in der Größenordnung von 12,3 Milliarden Schilling gegeben.

Das heißt, daß es sicherlich erforderlich sein wird, zum gegebenen Zeitpunkt auch in Richtung der von Ihnen angesprochenen Inanspruchnahme der Stabilisierungsquote vorzugehen, wobei ich für das Bundesbudget 1981 festhalten darf, daß wir im Hinblick auf die Ausweitung einen durchaus akzeptablen Prozentsatz erreicht haben. Das ist nicht ganz identisch mit der Entwicklung in den Ländern und Gemeinden. Ich werde bei der nächsten Baugipfelbesprechung, die in wenigen Tagen stattfindet, in der Richtung, die Sie angezeigt haben, agieren.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Babanitz: Eine kurze Zusatzfrage noch: Herr Minister, werden Sie alles unternehmen, damit diese zusätzlichen Mittel echt bauwirksam werden und sich nicht bei den Preisen auswirken?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Es ist das permanente Bemühen des Bundesministeriums für Bauten und Technik, dann, wenn zusätzliche Mittel vorhanden sind, diese in erster Linie entweder in Kilometer oder in Kubatur

Bundesminister Sekanina

umzusetzen und sie nicht für eine Preissteigerung zu verwenden. Wir haben hier sehr enge Kontakte mit der Bauwirtschaft und Bauindustrie, und ich hoffe, daß diese Kontakte auch ein entsprechendes positives Resultat erzeugen.

Präsident: Eine weitere Frage: Frau Abgeordnete Hubinek.

Abgeordnete Dr. Marga Hubinek (ÖVP): Herr Minister! Sie haben gesagt, Sie haben die wirtschaftliche Grenze für die Durchführung der Hochbauten erreicht. Werden Sie daher den Herrn Bundeskanzler überzeugen, daß es ein heller Wahnsinn ist, sich nun über ein Konferenzzentrum zu wagen, zumal Ihnen ja die Sanierung des Messepalastes bald auf den Kopf fallen wird — verzeihen Sie, wenn ich das so vulgär sage. Wie werden Sie den Herrn Bundeskanzler von der Priorität überzeugen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Verehrte Frau Doktor! Ich danke herzlich für die Rücksichtnahme auf meinen Kopf. (Heiterkeit.)

Aber ich darf zuerst einmal bemerken, daß das Bundesministerium für Bauten und Technik — ich habe das gestern schon angekündigt — in, wie ich hoffe, kurzer Frist auch ein Bundeshochbaukonzept vorlegen kann, ähnlich wie beim Bundesstraßenbau. Es wird unsere Aufgabe sein, bis ungefähr zur Jahrzehntmitte eine Trendwende vom Straßenbau in den Bundeshochbau herbeizuführen.

Ich habe also Auftrag gegeben, Bauprogramme in Größenordnungen von 100 bis rund 600 Millionen Schilling zu entwickeln.

Ich habe mit dem Herrn Bundeskanzler vereinbart, daß ich in den nächsten Wochen — durch seine augenblickliche, wie ich hoffe, kurzfristige Erkrankung ist das zeitlich etwas verschoben — auch diese Bauprogramme vorlegen werde und die Absicht habe, entsprechende Vorstellungen in der Richtung zu interpretieren.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Bundesminister! Die Fertigstellung begonnener Neubauten ist eine Notwendigkeit, über die man nicht zu reden hat — selbstverständlich.

Aber angesichts der Tatsache, daß der Rechnungshof für die Renovierung und Erhaltung wertvoller Bundesgebäude, also Bau-
denkmäler, etwas über 60 S pro Kubikmeter

veranschlagt hat, Sie aber gesagt haben, daß Sie unter 20 S zur Verfügung haben, frage ich Sie: Wie werden Sie, wenn Sie hier Hochbau betreiben wollen, wenn Sie Konferenzzentren betreiben wollen, es anstellen, daß Ihnen diese wertvolle Bausubstanz nicht unter der Hand zerfällt? Woher werden Sie die dafür nötigen Mittel nehmen, um das zu erhalten, was uns allen in Österreich doch so wertvoll ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter Probst! Ich darf vorerst einmal festhalten:

Es trifft zu, daß das Bundesministerium für Bauten und Technik und die Bundesgebäudeverwaltung eine sehr große Kubatur zu verwalten hat, konkret in einer Größenordnung von 54 Millionen Kubikmetern.

Es trifft ebenso zu, daß der Rechnungshof gemeint hat, daß für die Erhaltung dieser Gebäudekubatur ein Betrag in der Größenordnung von rund 63 S pro Jahr und Kubikmeter notwendig ist. Auf Grund der derzeitigen budgetären Situation steht uns pro Kubikmeter und pro Jahr, 1981, der Betrag von 18,20 S zur Verfügung.

Das heißt: Im Rahmen des von mir zitierten Bundeshochbaukonzeptes werden wir eine entsprechende Gewichtung für die Erhaltung dieser Gebäudekubatur vornehmen müssen. Ich kann im Augenblick, bitte, die Größenordnung nicht nennen.

Der Globalbedarf für diese genannte Kubatur beträgt derzeit 3,4 Milliarden Schilling.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Lehr.

Abgeordneter Lehr (SPÖ): Herr Bundesminister! Ich möchte in diesem Zusammenhang die Frage an Sie richten: Besteht bei Ihnen die Absicht, in Zukunft am Finanzierungsverhältnis Hochbau — Tiefbau etwas zu ändern?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter Lehr! Natürlich besteht die Absicht; ich darf das auch begründen. Wie gesagt, auf Grund bestehender Konzeptionen müßte bis zur Jahrzehntmitte das mehrmals auch bereits heute zitierte Bundesstraßengrundnetz fertiggestellt und dem Verkehr zugänglich sein. Spätestens ab diesem Zeitpunkt ist es erforderlich, daß es zu einer entsprechenden Trendwende, auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, im Hinblick auf den Bundeshochbau kommt.

6882

Nationalrat XV. GP — 68. Sitzung — 20. März 1981

Bundesminister Sekanina

Gleichzeitig wird es aber auch erforderlich sein, schon jetzt Gespräche mit der Bauwirtschaft im Hinblick auf ihre Investitionsplanung, ihre Finanz- und Personalplanung zu führen.

Ihre Frage darf ich, wiederholend, konkret beantworten: Es ist meine Absicht, die Konzeptionen so auszulegen, daß ab Mitte dieses Jahrzehntes doch ein deutliches Übergewicht für den Bundeshochbau zum Tragen kommt.

Präsident: Anfrage 4: Abgeordneter Kittl (SPÖ) an den Herrn Minister.

372/M

Welches Ergebnis haben Ihre vor kurzem mit hohen Funktionären der Europäischen Gemeinschaft geführten Gespräche gebracht?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter Kittl! Das Resultat meiner Gespräche in Brüssel mit den verantwortlichen Funktionären der EG, vor allem mit den maßgebenden Kommissionsmitgliedern, war nach meinem Dafürhalten insofern erfolgreich, als es ein jahrelanges Bemühen der Republik Österreich gibt, endlich in Brüssel bei der EG ein Verhandlungsmandat zu erreichen. Das ist bis dato aus bekannten Gründen nicht geschehen und wurde auch nicht wirksam.

Wir haben die Zusage von den durch uns kontaktierten Kommissionsmitgliedern, daß sie sich bemühen werden, daß bei der Kommissionssitzung am 25. 3. dieses Jahres ein entsprechender Beschluß zustande kommt. Gleichzeitig wurde uns versichert, daß alle Anstrengungen von den genannten Kommissionsmitgliedern unternommen werden — wobei es in der Intensität gewisse Nuancierungen geben könnte — in der Richtung, daß für die Ministerratssitzung der EG am 18. Juni endlich dieses Verhandlungsmandat erteilt wird. Ab diesem Zeitpunkt könnten, wenn das geschieht, dann die Verhandlungen auch tatsächlich beginnen.

Präsident: Eine Zusatzfrage: Bitte.

Abgeordneter Kittl: Herr Bundesminister! Ihre Reise zu den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel hat ja in der Presse ein sehr gutes Echo gefunden. Wir haben aber gleichzeitig diesen Pressemitteilungen entnommen, daß in der Hauptsache zwei Staaten der EG noch gegen einen Finanzbeitrag für Österreich sind; dem Vornehmen nach sind es Italien und Frankreich.

Meine Frage daher: Herr Bundesminister!

Werden Sie Bemühungen einleiten, mit den zuständigen Außenministern ein Gespräch zu führen?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter Kittl! Die Formulierung trifft vollinhaltlich zu. Das Kommissionsmitglied, der Herr Vizepräsident Ortoli, hat ohne Zweifel sehr deutlich auch gewisse Bedenken gegen diese Vorgangsweise geäußert. Allerdings durften wir im Laufe des Gespräches doch einiges von dieser anfänglich gezeigten Härte reduzieren und abbauen. Sehr, sehr, glaube ich, möglich gewesen ist es allerdings gegenüber dem italienischen Kommissionsmitglied, der stellvertretend für den Herrn Vizepräsidenten Natali die Gespräche mit uns geführt hat, das Kommissionsmitglied Herr Giolitti.

Dort konnten wir registrieren, daß die Detailinformation unsererseits im Hinblick auf die Pyhrn-Route doch auf sehr fruchtbaren Boden gefallen ist.

Es wird ohne Zweifel notwendig sein, im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Möglichkeiten zwischen dem 25. März und 18. Juni wahrzunehmen, um neuerlich in Einzelgesprächen die Position Österreichs darzulegen.

Präsident: Eine weitere Frage.

Abgeordneter Kittl: Herr Bundesminister! Sie haben schon darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen jetzt schon relativ lange laufen, daß es bisher zu keinem positiven Ergebnis gekommen ist.

Nun haben Sie gleichzeitig auch gesagt, daß unsere Schwierigkeiten in der Republik Österreich vom verkehrspolitischen, vom finanzpolitischen Standpunkt aus immer schwieriger werden. Für den Fall, daß nun auch die EG weiterhin sehr große Schwierigkeiten machen würden, darf ich Sie fragen: Herr Minister, gibt es schon neue verkehrs- und finanzpolitische Überlegungen, um diese wesentliche Strecke, nämlich Innkreis und Pyhrn Autobahn, in irgendeiner Form zu finanzieren?

Präsident: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Sekanina: Die Situation, Herr Abgeordneter, stellt sich so dar, daß ab dem Jahr 1983 die deutsche Autobahn A 3 ausgebaut bis zur österreichischen Staatsgrenze dem Verkehr zugänglich ist.

In dem von mir zitierten Grundnetz habe ich vorgesehen, daß vor allem der neuralgi-

Bundesminister Sekanina

scheste Teil der Pyhrn-Route, der im Augenblick neuralgischste Teil, nämlich die Strecke von Suben bis zum Knoten Wels, entsprechend saniert wird.

Offen ist in diesem Bereich bei der A 8, Innkreis Autobahn, die Teilstrecke von Ried im Innkreis bis Pichl — das ist eine Länge von 33,5 km —, die müßte forciert ausgebaut werden, wobei wir das Datum 1983 sowieso nicht mehr halten können, vor allem aus dem Grund, daß wir dann den aus Deutschland kommenden Verkehrstrom in Österreich aufnehmen können. Wir könnten dann über diese Route, obwohl nicht sehr sinnvoll und zweckmäßig, aber quasi als Notlösung, den Verkehrstrom über die A 8, Innkreis Autobahn, bis zum Knoten Wels leiten, dann über die A 25, die Linzer Autobahn, östlich bis zur A 1, Westautobahn, und dann könnte dieser Verkehrstrom Richtung Westen über die Tauern Autobahn gehen, allerdings mit der Einschränkung, daß beim Teilabschnitt Spittal—Villach mit seinen 35 km, der noch nicht gebaut ist, dort dieser Verkehrsfluß abgeleitet werden kann.

Wir haben den Kommissionsmitgliedern erklärt, daß es in Österreich für die Pyhrn-Route keine wirksame Alternative, weder im Schienenverkehr noch im Straßenverkehr gibt. Die Route über die Tauern Autobahn hat eine längere Ausdehnung, nämlich 141 km.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Kraft.

Abgeordneter Kraft (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie haben soeben ausgeführt, daß das Stück von Suben bis zur Westautobahn ein sehr wichtiges Teilstück der Innkreis Autobahn ist. Sie wissen selber, daß die Bundesrepublik sehr weit mit dem Autobahnbau an der österreichischen Grenze ist, daß dort sicherlich viel früher fertiggestellt wird, als wir dort anschließen können, daß das Bundes- und Landesstraßennetz im Innviertel, aber auch im Hausruckviertel nicht in der Lage ist, einen Autobahnverkehr problemlos abzuleiten, noch dazu wo auch in diesem Bereich jetzt auf Grund Ihres neuen Prioritätenkataloges einige Bundesstraßen ausgeschieden werden, daß es also dort zu einer Überlastung des bestehenden Verkehrsnetzes kommen wird. Die Aussichten, von der EWG Beiträge zu bekommen, wurden zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich beurteilt.

Ich darf Sie, Herr Bundesminister, fragen: Welche Pläne, vor allem welche Zeitpläne, für die Fertigstellung dieses wichtigen Stückes Suben — Westautobahn ergeben sich, wenn

die Verhandlungen mit Brüssel wider Erwarten negativ ausgehen sollten?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter Kraft! Der Terminplan für die Innkreis Autobahn A 8, bezogen auf mein Grundkonzept, würde bedeuten, daß diese Strecke von Suben bis zum Knoten Wels 1986 fertiggestellt sein müßte. Der Kostenaufwand für die noch nicht gebauten Bereiche der Pyhrn Autobahn insgesamt und der A 8, der Pyhrn-Route, beläuft sich auf eine Größenordnung von 17,4 Milliarden Schilling. Wir erwarten uns von den EG eine Größenordnung von 9 Milliarden Schilling, wobei 1,8 Milliarden Schilling als sogenannter verlorener Zuschuß seitens der EG gewährt werden und das andere als Zinsenzuschüsse für Zinsengrößenordnungen, die über 3 Prozent hinausgehen. Diese Grundnetzrealisierung — das habe ich bereits mehrmals betont — erfordert einen Kostenaufwand von 20,1 Milliarden Schilling. In dem genannten Zeitraum müßten auch die Mittel aufgebracht werden, um dieses Teilstück der A 8 fertigzustellen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Bundesminister! Der gequälte Aufschrei der belasteten Bevölkerung entlang der Gastarbeiterroute mit Sitzstreiks et cetera war ja in einem gewissen kausalen und auch zeitlichen Zusammenhang mit der Einführung der Lkw-Steuer unter dem Motto: Warum sollen wir Österreicher ein Vielfaches des ausländischen Verkehrs tragen? Als dann die Lkw-Steuer da war, gab es im Ausland Schwierigkeiten. Die Schwierigkeiten im Inland entstanden, als bekannt wurde, daß die Lkw-Steuer nicht zweckgebunden für den Autobahn- und Straßenausbau verwendet wird.

Ich frage Sie, ob es stimmt, daß auch im Ausland derlei Gerüchte — mit Recht — vorgeschoben beziehungsweise verwendet werden als Zögerungsbegründung für die gerechte Beteiligung am Ausbau. Das heißt, daß sie das als Ausrede vorschieben: Ihr verwendet in Österreich nicht einmal die Lkw-Steuer zweckgebunden. So meine ich die Frage.

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter Probst! Ich hoffe, daß ich die Frage inhaltlich und richtig verstanden habe. Ich darf als Antwort die Situation im Rahmen der EG schildern und interpretieren. Es ist offen-

Bundesminister Sekanina

sichtlich so, daß ein Teil der Kommissionsmitglieder die Absicht hat, bei kommenden Verhandlungen Österreich, von der Verhandlungsstrategie her beurteilt, eine Paketlösung vorzuschlagen. In dieser Paketlösung könnte eine Erhöhung der Tonnage von 38 auf 42 Tonnen — das ist der Gesprächswunsch —, gleichzeitig ein völliger Abbau der Straßenverkehrsabgabe und die Einbindung Österreichs in eine Konzeption, die die EG erst erarbeiten und die dort noch nicht beschlossen ist, beinhaltet sein.

Gleichzeitig — das hat das griechische Kommissionsmitglied, der ehemalige EG-Minister Griechenlands, Herr Kontogeorgis, angeführt — hat Griechenland natürlich als neues Mitglied der EG großes Interesse, daß die Zahl der Ausweise — das ist eine Kontingierungsform — erhöht wird. Ich darf nur feststellen, daß man diese Zahl der Ausweise für Griechenland in den letzten Jahren von einigen hundert auf 21 000 erhöht hat. Daß diese Absichten vorhanden sind, ist unbestritten.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Herr Abgeordneter Weinberger (SPÖ) an den Herrn Minister.

373/M

Sie haben wiederholt ein optimales Grundnetz des österreichischen Autobahnbaues gefordert, und ich darf Sie fragen, inwieweit sich diese Forderung mit der von Ihrem Ressort überarbeiteten Dringlichkeitsreihung der Bauvorhaben für Autobahnen deckt.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter Weinberger! Ich habe, wie bereits mehrmals, auch heute wieder von diesem optimalen Grundnetz gesprochen. Diese Optimalität ergibt sich dadurch, daß man von Wien, Salzburg, Klagenfurt, Graz und wieder Wien einen Wirtschaftsraum in Österreich mit mehr als 4 Millionen Einwohnern autobahnmäßig einschließt. Dieses optimale Grundnetz ist in wesentlichen Bereichen nicht ident mit der Dringlichkeitsreihung, die in fünfjährigen Intervallen auf Grund eines Beschlusses des österreichischen Nationalrates vorgelegt werden muß.

Präsident: Eine Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Weinberger.

Abgeordneter Weinberger: Ich danke Ihnen, Herr Bundesminister, für Ihre Stellungnahme. Ich möchte aber noch eine zusätzliche Frage zu ihrer Beantwortung an Sie richten. Ich habe gehört, daß im Bereich der

Dringlichkeitsreihung in Zukunft andere Möglichkeiten geschaffen werden. Dies ist im Interesse von Gemeinschaften, Ländern und Gemeinden. Ich darf daher an Sie die konkrete Frage richten: Gibt es für die bisherige fünfjährige Dringlichkeitsreihung Alternativen und ab wann, oder wie schauen diese aus?

Präsident: Herr Abgeordneter! Das waren auch zwei Fragen. Es soll eine einzige Frage gestellt werden.

Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Ich darf zu dieser Problematik sagen: Wie bekannt, ist das Bundesministerium für Bauten und Technik auf Grund eines Beschlusses des Nationalrates verpflichtet, in fünfjährigen Intervallen eine Dringlichkeitsreihung vorzulegen. Es ist unbestritten, daß diese Dringlichkeitsreihung einen nicht unbeträchtlichen Kostenaufwand verursacht, der zwischen 50 bis 55 Millionen Schilling liegt, weil eine Reihe von umfangreichen mit Computerprogrammen als Grundlage ablaufenden wissenschaftlichen Tätigkeiten durchzuführen ist. Die Praxis zeigt, daß bei den einzelnen jährlichen Bauprogrammen diese Dringlichkeitsreihung aus regionalen und lokalen Gründen nicht die notwendige Beachtung findet, weil die Zweckmäßigkeit nicht in diesem Maße in der Dringlichkeitsreihung ident gegeben ist mit den Bedürfnissen in lokalen und regionalen Bereichen.

Es ist meine Absicht, dem Hohen Haus gegenüber eine Aktivität in der Richtung zu erzeugen, daß man diese Dringlichkeitsreihung — darüber werde ich ja noch in ausführlicher Form zum gegebenen Zeitpunkt berichten — durch einen Jahresbericht seitens des Bundesministeriums für Bauten und Technik ersetzt, in dem im Detail gegliedert die Aktivitäten ausgewiesen und in dem im Detail auch die Notwendigkeiten im kurz-, mittel- und langfristigen Zeitraum festgelegt werden. Die jetzige Form der Dringlichkeitsreihung ist nicht ident mit den praktischen Erfordernissen des österreichischen Bundesstraßennetzes.

Präsident: Nächste Frage: Herr Abgeordneter Deutschmann.

Abgeordneter Deutschmann (ÖVP): Herr Bundesminister! Auf Grund Ihrer gestrigen Aussagen, daß sich die Südautobahn bis St. Andrä erstreckt und in weiterer Folge bis Klagenfurt noch offen ist, wissen wir, daß wir im Oberkärntner Raum Pfeffernitz einen Flaschenhals haben. Befürchten Sie nicht, daß durch die Entwicklung auf der Südautobahn

Deutschmann

im Unterkärntner Raum wieder ein Flaschenhals entsteht? Ich möchte Sie fragen: Wie stehen diese beiden Projekte in Ihrer Dringlichkeit?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Sekanina: In unserer Dringlichkeit, Herr Abgeordneter Deutschmann, ist die Südautobahn A 2 ganz hochrangig gereiht. Allerdings gibt es eine praktische Situation, die auch seitens des Ministeriums nicht übersehen werden kann, und die wir respektieren müssen.

Ich habe gestern in meiner Anfragebeantwortung gesagt, daß die Südautobahn dann von Wolfsberg bis zur Anschlußstelle August Jaksch-Straße offen ist. Das hat zu einiger Verwirrung geführt. Ich darf diese von mir wahrscheinlich verursachte Verwirrung gleich klarstellen. Erstens einmal stimmt es, daß dieses Teilstück offen ist, und zwar auch von der Planung her.

Zweitens stimmt es, daß es im Hinblick auf eine Nordumfahrung Klagenfurts einen Beschluß gibt. Drittens steht fest, daß der Gemeinderat von Krumpendorf beschlossen hat, das anzufechten. Viertens steht fest, daß man auch die Überlegung hat, eine Route durch das Rosental zu führen. Diese Fragen sind ungeklärt, Herr Deutschmann. Das Problem ist umfangreich, ich werde mich bemühen, in den nächsten Monaten zu einer Klärung zu kommen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Bundesminister! Bis die Fragen geklärt sind, darf ich Sie einladen, auf ein paar Stücken in der Steiermark rascher zu fahren auf Kosten der Kärntner. — Das war nur eine Feststellung, keine Frage, Herr Präsident.

Herr Bundesminister! Ich darf zuerst einmal feststellen, daß die Zusammenarbeit zwischen Ihrem Ressort und den Landesbauämtern betreffend die Wünsche der Länder im allgemeinen sehr gelobt wird und ich mich diesem Lob durchaus anschließen kann.

Die Dringlichkeitsreihung kostet 50 bis 55 Millionen Schilling, dauert fünf Jahre. Der Jahresbericht dauert ein Jahr, ist sicher weniger kostenaufwendig.

Die Tatsache besteht, daß jeder Quadratmeter neuer Straße einen Quadratmeter weniger Grünland, weniger Kulturfläche bedeutet. Die Tatsache besteht, daß wir also auch mit diesen uns zur Verfügung stehenden Flächen wirklich möglichst sparsam und ökonomisch

haushalten sollen. *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Herr Präsident sind heute wirklich sehr läut-selig.

Präsident: Bitte, wir haben gestern in der Präsidialkonferenz darüber gesprochen, daß in der Fragestunde zu lange geredet wird, und ich halte mich daran.

Bitte sehr.

Abgeordneter Probst (fortsetzend): Die Frage ist die, ob in dieser neuen Form der Dringlichkeitsfeststellung auch auf die jeweilige Entwicklung und vor allem auf die derzeitige Entwicklung gegen den Automobilverkehr, nämlich rapide Benzinpreiserhöhungen et cetera, Bedacht genommen wird. Das heißt doch, daß es dem Bedarf, dem tatsächlichen Bedarf flexibler angepaßt wird.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter Probst, ich darf das in Kürze beantworten: Es ist unsere permanente Auffassung, daß wir diesen Umständen Rechnung tragen müssen. Meine Aktivitäten im Hinblick auf die Reduktion des Bundesstraßennetzes sind dadurch ausgelöst.

Es gibt eine zweite Aktivität, die ident ist mit der Belagspolitik, wenn ich das so formulieren darf, im Bereiche der Bundesstraßen.

Und zum dritten darf ich darauf verweisen, daß wir durch die gesetzlich und zwingend vorgeschriebene Vorgangsweise im Hinblick auf die sogenannten § 4-Verordnungen ja ausreichend Möglichkeit bieten, daß den Anrainern die Chance geboten wird, aus den von Ihnen genannten Titeln auch ihre Aktivitäten zu setzen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 6: Herr Abgeordneter Probst (FPÖ) an den Herrn Minister.

377/M

Sind Sie angesichts der sich vor allem in den letzten Jahren immer mehr verschärfenden Problematik des Wohnbaues bereit, ehestens eine Enquete darüber abzuhalten?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter Probst, schlicht und einfach: Ich bin bereit, eine derartige Enquete durchzuführen und bin auch bereit, das in relativ kurzer Zeit zu realisieren.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Probst: Darf ich fragen, an

6886

Nationalrat XV. GP — 68. Sitzung — 20. März 1981

Probst

welchen Kreis von Einzuladenden Sie etwa denken?

Präsident: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Sekanina: Ich glaube, daß die Antwort lauten kann: an den in erster Linie daran interessierten Kreis. Ich bitte jetzt zu entschuldigen, wenn ich nicht namentlich Interessenvertretungen und so weiter nenne, denn da passiert es mir sicher heute vormittag, daß ich jemanden vergesse, und das will ich, bitte, vermeiden. Aber ohne Zweifel der Personenkreis oder der Interessentenkreis, der speziell für Wohnbaufragen vorrangig Interesse hat.

Präsident: Eine zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Probst: Ich meine das so, daß das sicher eine sehr große interdisziplinäre Gruppe von Interessenten ist, vom Soziologen bis zum Baumeister hinauf.

Ich darf Sie fragen — ich lerne —, welche neuen Wege Sie zu gehen gedenken, daß aus dieser Enquete auch wirklich ersprießliche Arbeit hervorgeht und es nicht nur eine Enquete bleibt.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Die neuen Wege, Herr Abgeordneter Probst, die wir in diesem Zusammenhang gehen sollten, werden ohne Zweifel beeinflusst von den Bedürfnissen, die im Zusammenhang mit der Neuordnung der Wohnbauförderung auftreten. Das ist ein Organisationsproblem, und ich glaube, es ist sicherlich gleichrangig auch mit dem Finanzierungsproblem.

Sinn und Zweck dieser Enquete soll es sein, von Fachleuten zu hören, welche Vorschläge ihrerseits gemacht werden, und wir werden uns erlauben, eine Konzeption vorzulegen. An Hand dieser Konzeption erwarten wir uns wertvolle Anregungen, und es sollte ja bis zur Jahresmitte dann eine entsprechende Konzeption vorliegen mit dem Ziel, das ohne Zweifel im Augenblick erstarrte System wieder in Bewegung zu bringen mit der Festlegung der Zielrichtung, dem Wohnungswerber möglichst umfassend dienlich zu sein.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 7: Herr Abgeordneter Probst (FPÖ) an den Herrn Minister.

380/M

Welches Ergebnis erbrachten Ihre Gespräche in Brüssel im Hinblick auf einen EG-Beitrag zur Finanzierung der Innkreis- und Pyhrn Autobahn?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter Probst! Die Frage habe ich schon unter der Beantwortung Nr. 372 beantwortet.

Bundesministerium für Finanzen

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 9, nachdem 8 zurückgezogen wurde: Herr Abgeordneter Dr. Zittmayr (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Finanzen.

369/M

Können Sie für diese Gesetzgebungsperiode neuerliche Steuererhöhungen ausschließen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Finanzen Dr. Salcher: Herr Abgeordneter! Im Hinblick auf die unsicheren weltwirtschaftlichen Verhältnisse, auf die vom Nationalrat verlangte Lohn- und Einkommensteuersenkung und auch im Hinblick auf die Notwendigkeit einer nachhaltigen Senkung des Budgetdefizits kann derzeit nicht gesagt werden, ob und zutreffendenfalls in welcher Höhe steuerliche Maßnahmen in dieser Legislaturperiode noch notwendig sein werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Herr Bundesminister! Anlässlich der Überlegungen Ihres Vorgängers im Finanzministerium, Herrn Minister Androsch, bei der Besteuerung der Energie wurde von Finanzminister Androsch in Aussicht genommen, den Mehrwertsteuersatz für Energie damals von 8 Prozent auf 18 Prozent zu erhöhen. Es wurde dann nach längeren Verhandlungen eine andere Lösung gefunden, indem man einen neuen Mehrwertsteuersatz mit 13 Prozent für Energie, für Strom, Kohle und Gas eingeführt hat.

Wir haben aber aus verschiedenen Äußerungen entnehmen können, daß man beabsichtigt, den Mehrwertsteuersatz für Energie ab Jänner 1982 auf 18 Prozent anzuheben. Ist diese Vermutung und diese angedeutete Aussage zu Recht? Müssen wir mit einer Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes für Energie ab 1. Jänner 1982 rechnen, ja oder nein?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Salcher: In meinem Ministerium sind derzeit keine diesbezüglichen Vorarbeiten im Gange. Im Zuge der gesamten steuerlichen Maßnahmen könnte eine solche Mehrwertsteuererhöhung unter Umständen noch in Betracht gezogen werden.

Präsident: Eine zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Wir müssen also fürchten, daß hier eine Erhöhung zu erwarten ist.

Das zweite, was ich noch fragen wollte, ist folgendes: Im Zusammenhang mit den Diskussionen, die insbesondere von Ihren Fachleuten bei der Beratung des Wirtschaftskonzeptes geführt wurden, wurde auch angedeutet, daß mit einer allfälligen Erhöhung des Luxusmehrwertsteuersatzes von 30 Prozent auf 40 Prozent zu rechnen sei und insbesondere hier die Pkw-Luxusmehrwertsteuer ins Auge gefaßt wird.

Können Sie dezidiert erklären, daß mit 1. Jänner 1982 die Luxusmehrwertsteuer für Pkw mit 30 Prozent unverändert bleibt, oder müssen wir damit rechnen, daß auch hier eine Erhöhung ins Auge gefaßt wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Salcher: Eine Erhöhung auf 40 Prozent kommt sicher nicht in Frage. (*Ruf bei der ÖVP: 39!*)

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Gassner.

Abgeordneter Ing. Gassner (ÖVP): Herr Minister! Sie haben gerade gesagt, eine Erhöhung auf 40 Prozent kommt nicht in Frage für eine Erhöhung der Pkw-Steuer. Herr Minister! Es ist so, daß ungefähr 70 Prozent der Österreicher entweder das Auto benötigen, um zum Arbeitsplatz zu gelangen, oder sie für Arbeitszwecke dieses Auto benützen. Das Auto ist deshalb meiner Meinung nach kein Luxusartikel.

Ich frage Sie deswegen, Herr Minister: Beabsichtigen Sie überhaupt, eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes für Pkw in dieser Legislaturperiode noch durchzuführen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Salcher: Zuerst eine Feststellung. Der erhöhte Mehrwertsteuersatz hat mit Luxusgütern und Einordnung von Gütern in die Kategorie Luxus nichts zu tun, sondern es waren vor allem außerwirtschaftliche Gründe, die seinerzeit zur Erhöhung dieses Mehrwertsteuersatzes geführt haben.

Derzeit, und ich kann nur anschließen an das, was ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Zittmayr schon gesagt habe, ist eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 30 Prozent nicht beabsichtigt. Es ist aber unter Umständen im Hinblick auf die Leistungsbilanz vielleicht später einmal eine solche Maß-

nahme erforderlich. Vorarbeiten in meinem Ministerium in dieser Richtung werden nicht getroffen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 10: Herr Abgeordneter Dr. Steidl (ÖVP) an den Herrn Minister.

370/M

Sind Sie grundsätzlich für eine höhere Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Salcher: Herr Abgeordneter! Ich habe die identische Frage gestern hier im Nationalrat wie folgt beantwortet:

Statt langer steuertheoretischer Darlegungen möchte ich anhand einer Vergleichsrechnung die Ungerechtigkeit der derzeitigen Besteuerungsregeln für Sonderzahlungen aufzeigen:

Ein Bankbeamter ohne Kinder bezieht im Jahr fünfzehnmal 20 000 S, die Sonderzahlungen betragen also 60 000 S und sind mit einer Lohnsteuer von rund 8 300 S belastet. (*Abg. Kraft: Das haben wir gestern schon gehört!*) Ein leitender Angestellter ohne Kinder erhält sein Monatsgehalt von 50 000 S vierzehnmal jährlich. Für Sonderzahlungen in Höhe von 100 000 S zahlt er 5 490 S an Lohnsteuer.

Das bedeutet, daß der erwähnte leitende Angestellte um 40 000 S mehr an Sonderzahlungen erhält, dafür aber rund 2 800 S weniger Steuern bezahlt als der Bankbeamte.

Ich bin für die Beseitigung derartiger Ungerechtigkeiten und gerade deshalb gegen eine grundsätzlich höhere Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes. Mehr Gerechtigkeit für diese Sonderfälle kann nach meiner Auffassung nur erzielt werden, wenn die Steuerbelastung für Sonderzahlungen bei Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen unverändert niedrig bleibt.

Schon aus diesen Gründen schließe ich eine generelle höhere Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes aus und bereite auch eine Erhöhung, die — wie es in der dringlichen Anfrage heißt — „Millionen Arbeitnehmern ihre Weihnachts- und Urlaubsgelder kürzen“ würde, selbstverständlich nicht vor.

Ich kann diesen gestrigen Ausführungen nichts Neues hinzufügen.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Steidl: Herr Finanzminister! Die von Ihrem Staatssekretär Seidel initiierte Diskussion über die Besteuerung des

6888

Nationalrat XV. GP — 68. Sitzung — 20. März 1981

Dr. Steidl

13. und 14. Monatsbezuges hat bei den österreichischen Steuerzahlern große Beunruhigung hervorgerufen. Sie haben eine generelle Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes ausgeschlossen. Sie haben es aber für möglich gehalten, daß ab einer gewissen Größenordnung eine solche Besteuerung stattfindet.

Können Sie mir, Herr Minister, sagen, an welche Größenordnung Sie dabei denken?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Salcher: in dieser Legislaturperiode überhaupt an keine Größenordnung. Vom Bundesministerium für Finanzen und damit von der Bundesregierung wird keine diesbezügliche Regierungsvorlage vorgelegt werden.

Präsident: Eine zweite Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Steidl: Ist Ihre Aussage, Herr Finanzminister, so zu verstehen, daß nach Ablauf dieser Legislaturperiode mit ziemlicher Sicherheit mit einer Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes zu rechnen ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Salcher: Herr Abgeordneter! Das ist nicht so zu verstehen, daß mit ziemlicher Sicherheit zu rechnen ist, es ist aber so zu verstehen, daß man Überlegungen über Steuerreform ständig anstellen muß. Auch Herr Finanzminister Dr. Koren hat seinerzeit deutlich geäußert, Steuerreform sei ein permanenter Prozeß. Wenn es gilt, Ungerechtigkeiten zu beseitigen, wenn es darum geht, eine bessere Symmetrie in den Steuern zu finden, dann denkt man ständig darüber nach. Und diese Frage gehört auch dazu.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie haben auch angekündigt, daß bei der für 1. Jänner 1982 von Ihnen beabsichtigten Steuersenkung zum Inflationsausgleich in erster Linie nur kleine und dann vielleicht noch gewisse mittlere Einkommen erfaßt werden sollen, höhere Einkommen — Sie haben es nicht präzisiert — jedoch nicht.

Wenn Sie nun generell für diese höheren Einkommen auch noch den 13. und 14. Monatsbezug stärker besteuern wollen, dann kommt zu der Tatsache, daß Sie keinen Inflationsausgleich geben, auch noch diese zusätzliche Besteuerung hinzu, also eine ganz massive Steuererhöhung. Da Sie das zwar für diese Legislaturperiode, nicht aber für die

nächste ausgeschlossen haben, ist die Frage wohl berechtigt, an welche Größenordnung Sie hier grundsätzlich denken.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Salcher: Diese Frage ist meiner Ansicht nach wohl kaum hier und heute in diesem Parlament zu stellen, weil für diese Legislaturperiode keine solche Absicht seitens des Bundesministeriums für Finanzen besteht. Und man kann heute nicht sagen, welche ganz konkreten Betragsvorstellungen in drei Jahren bestehen könnten.

Präsident: Die Anfrage 11 wurde zurückgezogen.

Wir kommen zur Anfrage 12: Herr Abgeordneter Dr. Veselsky (SPÖ) an den Herrn Minister.

375/M

Im Resümeeprotokoll über die Paktierung des Finanzausgleiches ab dem Jahre 1979 wurden weitere Gespräche der Partner vereinbart, und ich frage Sie daher, um welche Problembereiche es sich hierbei handelt.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Salcher: Herr Abgeordneter! Die Gespräche mit den Ländern und Gemeinden, hier vertreten durch den Städtebund und den Gemeindebund, und auch die Gespräche mit den Landeshauptleuten und den Landesfinanzreferenten haben am 16. März 1981 stattgefunden, das war in Fortsetzung der seinerzeitigen Verhandlungen zum Finanzausgleich. Es ging da im wesentlichen — und das ist nur eine Inhaltsangabe — um folgende Problemstellungen:

Erstens um den Wegfall der Landesumlage zugunsten der Gemeinden und um Ersatzleistungen für die Länder.

Zweitens um die Frage des abgestuften Bevölkerungsschlüssels. Es ist ja ein Verfahren beim Verfassungsgerichtshof durch die Gemeinde Waidhofen angestrengt worden.

Drittens um Leistungen für entwicklungsbedürftige Gebiete und um die Vorgangsweise der Verteilung von Mitteln für diese Gebiete.

Viertens um die Einbeziehung der vorliegenden Finanzausgleichsexpertise in die weiteren Verhandlungen.

Fünftens um eine Novelle zum Finanzausgleichsgesetz.

Sechstens um die Einrichtung eines ständigen Kontaktkomitees, um im Sinne des § 5 des Finanzausgleichsgesetzes alle Landes-

Bundesminister Dr. Salcher

und Bundesgesetze in ihren Auswirkungen auf den Finanzausgleich untersuchen zu können.

Siebertens um eine einheitliche Mineralölsteuer ab 1. Jänner 1982, damit um den Wegfall der Bundesmineralölsteuer.

Und letztlich um die Frage Spielautomaten, Glücksspielgesetznovelle, Vergnügungssteueränderungen durch Landesgesetze und damit Möglichkeiten einer autonomen Regelung in den Gemeinden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Veselsky: Herr Bundesminister! Sie erwähnten die Bundesmineralölsteuer, und hier handelt es sich offenkundig um eine Problematik, die von großem öffentlichen Interesse ist.

Welche Ziele verfolgen Sie als Finanzminister in diesem Punkt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Salcher: Das Ziel ist eindeutig festzulegen. Es sollte eine Besteuerung des Mineralöls durch eine in der verbundenen Steuerwirtschaft auf Länder, Gemeinden und Bund aufzuteilenden Mineralölsteuer und auf eine bundeseigene Bundesmineralölsteuer geändert werden. Eine Mineralölsteuer sollte in einem verbundenen Steuerausgleich auf Gemeinden, Länder und Bund verteilt werden. Das hätte zur Folge, daß jede künftige Erhöhung der Mineralölsteuer diesen drei Gebietskörperschaften gleichermaßen zugute kommt, denn auch Gemeinden und Länder haben Straßen zu bauen und Straßen zu erhalten.

Präsident: Eine zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Veselsky: Herr Bundesminister! Ich entnehme daraus, daß eine Neuregelung, die auch im Interesse der nachgeordneten Gebietskörperschaften gelegen ist, geplant wird. Ich glaube, daß das von großem Interesse ist.

Ich darf noch eine weitere Frage an Sie richten, nämlich die, ob die Verhandlungen, die bereits geführt wurden, die Gespräche, von denen Sie heute uns hier Mitteilung gemacht haben, bereits eine Konkretisierung des Ziels anstreben, das sich die SPÖ, die Regierungspartei, im Wirtschaftsprogramm betreffend Neuorientierung des Finanzausgleichs gesetzt hat.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Salcher: Über Fragen der Neuorientierung des Finanzausgleiches

wurde selbstverständlich auch gesprochen. Die Frage Bundesmineralölsteuer ist ein Beweis dafür.

Wir haben uns über den abgestuften Bevölkerungsschlüssel unterhalten und haben weitere Verhandlungen in Aussicht gestellt. Das ist der zweite Punkt.

Der dritte Punkt der Überlegungen ist der Wegfall der Landesumlage.

Der vierte Punkt ist eine konkrete Neuformulierung des Finanzausgleiches in Richtung Durchsetzung des Finanzverfassungsgesetzes mit dem Ziel, jeder Gebietskörperschaft die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Aufgaben mit eigenen Mitteln zu erfüllen. Und hier haben die Länder gewisse Vorstellungen eines eigenen Steuerfindungsrechtes vorgebracht. Darüber wird auch noch verhandelt.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. Steidl.

Abgeordneter Dr. Steidl (ÖVP): Herr Finanzminister! Im Resümeeprotokoll vom Dezember 1979 ist festgehalten, daß die Verhandlungen unverzüglich fortzusetzen und bis 31. Dezember 1980 abzuschließen sind. Derartige Verhandlungen haben bis Dezember 1980 nicht stattgefunden, meines Wissens wurden sie erst am 16. März dieses Jahres fortgesetzt.

Ich frage Sie, Herr Finanzminister, was Sie tun werden, um die eklatante Benachteiligung der bevölkerungsschwachen Gemeinden durch den abgestuften Bevölkerungsschlüssel in Zukunft zu verhindern.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Salcher: Ich kann da autonom nichts tun, weil der Finanzausgleich zu paktieren ist. Dieser Punkt steht in Diskussion mit den Ländern und Gemeinden. Ich darf aber mit aller Deutlichkeit sagen, daß in dieser Frage unter den Gemeinden selbst keine Übereinstimmung besteht, sodaß sich die Verhandlungen über eine Änderung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels noch einige Zeit hinziehen werden. Das kann man sagen, ohne ein Prophet zu sein. Vielleicht zwingt uns ein Verfassungsgerichtshofurteil, die Grundlagen des Finanzausgleichs überhaupt durchzudenken, denn ein Wegfall des abgestuften Bevölkerungsschlüssels würde den Finanzausgleich seines Kernstückes berauben.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Josseck.

Abgeordneter Dipl.-Vw. Josseck (FPÖ): Herr Bundesminister! Die Probleme des

6890

Nationalrat XV. GP — 68. Sitzung — 20. März 1981

Dipl.-Vw. Josseck

Finanzausgleiches sind so vielfältig und werden immer wieder an uns Abgeordnete herangetragen. Jetzt zeigt sich aber jedes Mal bei Beschluß des Finanzausgleichsgesetzes, daß dieses Gesetz außerhalb des Parlaments bereits paktiert ist. Wir hier im Parlament müssen es beschließen, können aber nicht einmal mehr einen Beistrich daran ändern. Sehen Sie irgendeine Möglichkeit, das Parlament als solches in diese Gespräche mit einzubinden, bevor es endgültig paktiert wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Salcher: Die Gespräche mit Ländern und Gemeinden stellen Vorbereitungen eines Gesetzes dar. Solche Gespräche werden im Rahmen der Vollziehung immer wieder auch in anderen Sachbereichen geführt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß gerade in concreto für das Finanzausgleichsrecht eine andere Vorgangsweise zu wählen wäre, denn es wäre nicht verfassungskonform, in solche Vorgespräche den Nationalrat einzubeziehen. Aber deutlich muß gesagt werden, Herr Abgeordneter Josseck, daß der Nationalrat in der Beurteilung und in der Beschlußfassung des Finanzausgleichsgesetzes autonom ist und jederzeit auch entscheidende Passagen ändern könnte. De facto aber würde das natürlich die langwierigen und sehr schwierigen Verhandlungen wieder in Frage stellen, denn ein solches Paktum mit den Ländern und den Gemeinden ist ja nicht leicht erreichbar. Unter Umständen wäre durchaus einmal eine Situation denkbar, in der ein solches Paktum überhaupt nicht möglich ist. Ich denke jetzt daran, daß nicht der Bund mit den Gemeinden oder mit den Ländern Schwierigkeiten hat, sondern daß der Streit derzeit darum geht, ob die Landesumlage, diese 10,5 Prozent, abgeschafft oder den Ländern dafür ein Steuerfindungsrecht gegeben wird, um den Ausfall an Einnahmen — es handelt sich um rund 2 Milliarden Schilling — in anderer Weise abgegolten zu erhalten. Dieses Beispiel, das ich jetzt aufgezählt habe, zeigt deutlich, wie schwierig die Gespräche in dieser Materie sind.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Remplbauer.

Abgeordneter Remplbauer (SPÖ): Herr Bundesminister! Ein sehr schwieriges Finanzproblem ergibt sich für die Gemeinden und für die Wasserverbände beim Bau von Trinkwasserversorgungsanlagen und beim Kanalbaubau. Der bisherige Finanzierungsschlüssel ist so, daß 70 Prozent aus Bundesmitteln, aus Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds als Darle-

hen gegeben werden, daß 20 Prozent beispielsweise in Oberösterreich das Land aus Landesmitteln zur Verfügung stellt und 10 Prozent die Verbände beziehungsweise die Gemeinden zu tragen haben. Nun ist in Oberösterreich vorgesehen, daß die 20 Prozent nicht mehr als Subvention gegeben werden, sondern als Darlehen mit Annuitätenbeiträgen. Herr Bundesminister, ich frage Sie: Sind Sie bereit, diese Problematik bei den nächsten Gesprächen über den neuen Finanzausgleich zu berücksichtigen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Salcher: Herr Abgeordneter! Das Problem ist mir bekannt. Ich habe in Gesprächen mit Gemeindevertretern in Oberösterreich wahrnehmen müssen, daß eine solche Änderung vorgesehen ist. Nur ist diese Frage nicht Gegenstand der Verhandlungen zum Finanzausgleich. Die bewährte Regelung bezüglich Wasserwirtschaftsfonds sollte sicherlich aufrechterhalten bleiben. Ich werde aber Ihre Frage an den zuständigen Ressortminister weiterleiten, denn hier geht es nicht um eine Aufteilung von Finanzausgleichsmitteln, sondern um die Durchführung ganz konkreter wasserwirtschaftlicher Maßnahmen. Das ist eine Frage der Vollziehung und nicht eine Frage der Verhandlungen zum Finanzausgleich. Ich werde aber Ihre Anregung weiterleiten und hoffe, daß wir auf gemeinsamer Basis doch eine tragbare Lösung für die Gemeinden finden können.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 941/AB bis 944/AB eingelangt sind.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich wie folgt zu:

Dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz:

Antrag 103/A der Abgeordneten Dr. Wiesinger und Genossen betreffend Einsetzung eines internationalen Expertenteams zur Erhebung des Bauzustandes beim neuen AKH in Wien sowie Festlegung der weiteren Vorgangsweise;

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Antrag 104/A der Abgeordneten Deutschmann und Genossen betreffend Viehwirtschaftsgesetz-Novelle 1981.

Ferner weise ich die eingelangten Regierungsvorlagen folgenden Ausschüssen zu:

Präsident

Dem Zollausschuß:

Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (624 der Beilagen);

dem Ausschuß für wirtschaftliche Integration;

Abkommen — in Form eines Briefwechsels — zur erneuten Abweichung von Artikel 1 des Protokolls Nr. 3 zu dem Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich (649 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bericht der Bundesregierung gemäß § 22 des ERP-Fonds-Gesetzes, BGBl. Nr. 207/1962, betreffend den Jahresbericht und Jahresabschluß 1979/80 des ERP-Fonds (III-76 der Beilagen).

Behandlung der Tagesordnung

Präsident: Es ist vorgeschlagen, die Debatte über die Punkte 3 und 4 der heutigen Tagesordnung zusammenzufassen.

Es werden daher zuerst die Berichterstatter ihre Berichte geben; sodann wird die Debatte über beide Punkte unter einem durchgeführt.

Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich — wie immer in solchen Fällen — getrennt.

Wird gegen diese Vorgangsweise Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Bericht des Landesverteidigungsausschusses über den vom Bundesminister für Landesverteidigung vorgelegten Jahresbericht 1979 (III-52 der Beilagen) der Beschwerdekommision in militärischen Angelegenheiten samt Stellungnahme des Bundesministers für Landesverteidigung (618 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Jahresbericht 1979 der Beschwerdekommision in militärischen Angelegenheiten samt Stellungnahme des Bundesministers für Landesverteidigung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Landgraf. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Landgraf:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bringe den Bericht des Landesverteidigungsausschusses über den vom Bundesminister für Landesverteidigung vorgelegten Jahresbericht 1979 der Beschwerdekommision in militärischen Angelegenheiten samt Stellungnahme des Bundesministers für Landesverteidigung (III-52 der Beilagen).

Der Jahresbericht 1979 der Beschwerdekommision in militärischen Angelegenheiten umfaßt Angaben über die Zusammensetzung der Kommission und deren Tätigkeit im Berichtszeitraum. Die behandelten Beschwerden und die auf Grund derselben getroffenen Maßnahmen sind in einer Übersicht aufgeführt. Darüber hinaus fanden die Beschwerden in drei allgemeinen Empfehlungen, die von der Kommission beschlossen wurden, ihren Niederschlag. Dem Kommissionsbericht sind statistische Unterlagen über die Erledigungen im Berichtszeitraum und die mit Jahresende 1979 noch in Bearbeitung befindlichen Beschwerden angeschlossen.

In seiner Stellungnahme anlässlich der Vorlage des Berichtes hat der Bundesminister für Landesverteidigung zum allgemeinen Abschnitt des Berichtes und der Tätigkeit der Beschwerdekommision im Jahre 1979 sowie zu den allgemeinen Empfehlungen Stellung genommen.

Der Landesverteidigungsausschuß hat den gegenständlichen Bericht am 27. Jänner 1981 in Verhandlung gezogen und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Kraft, Dr. Ermacora, Elisabeth Schmidt, Gurtner, Breiteneder, Mandorff, Koppensteiner und des Ausschußobmannes sowie des Bundesministers für Landesverteidigung Rösch einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Der Landesverteidigungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den vom Bundesminister für Landesverteidigung vorgelegten Jahresbericht 1979 der Beschwerdekommision in militärischen Angelegenheiten samt Stellungnahme des Bundesministers für Landesverteidigung (III-52 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Herr Präsident! Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke dem Berichterstatter für die Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Josseck.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck (FPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns heute hier eigentlich vorgenommen, in aller Kürze den Bericht der Beschwerdekommision zu behandeln; einen Bericht, der auf das Jahr 1979 zurückgeht und sich mit 127 Beschwerden befaßt, wie sie einfach in einer Armee immer wieder vorkommen müssen und vorkommen werden. Wir haben in Österreich diese sehr gute Einrich-

Dipl.-Vw. Josseck

tung der Beschwerdekommision, wobei sich jeder Soldat auch unter Umgehung des Dienstweges unmittelbar an die Beschwerdekommision wenden kann, um seine Anliegen vorzubringen. Es sei auch vermerkt, daß selbstverständlich auch anonymen Anzeigen in diesem Fall nachgegangen wird.

Wenn man sich mit den militärischen Dingen zu beschäftigen hat, so tauchen gerade in Frage Beschwerdekommision sicherlich immer wieder Gedanken auf: Was könntest du als Parlamentarier dazu tun, um gerade in Sachen Landesverteidigung etwas weiterzubringen? Ich muß ehrlich sagen, es wäre nicht schlecht, wenn auch ein Abgeordneter, der sich mit Landesverteidigung beschäftigt, irgendwo die Möglichkeit hätte, über dieses Gremium, über dieses Haus hinaus seine Beschwerden vorzubringen. Es gäbe hier eine ganze Menge von Beschwerden.

Ich denke nur daran, wie es heute um die Verteidigungspolitik in Österreich steht. Wir haben mehrere Jahre gemeint, mit der sozialistischen Verteidigungspolitik weiterzukommen, und wir haben sie nicht in das Tagesgespräch, in die Tagespolitik, mit einbezogen, weil ich persönlich auch immer der Meinung war, man sollte die Landesverteidigung aus dem politischen Streitgespräch heraushalten, um den Konsens ähnlich wie in der Außenpolitik auch nach außen hin zu dokumentieren. Aber es kommt dann einfach einmal der Moment, wo es einem zuviel wird, wo man sich als politisch Mitverantwortlicher sagt: Jetzt muß ich doch zumindest fragen dürfen, wie die Dinge in der österreichischen Landesverteidigung liegen. Nach meiner Ansicht und jener der Freiheitlichen sind hier eine Menge Dinge zu kritisieren, weil die österreichische Landesverteidigung bei weitem nicht so gut ist, wie sie vielleicht für manchen Außenstehenden aussieht.

Man könnte sich bei so einer Beschwerdekommision, wenn es sie gäbe, über die Versäumnisse in zehn Jahren sozialistischer Verteidigungspolitik beschweren. Konzepte, Papiere, aber keine Realisierung: Hier scheitern wir in Sachen Landesverteidigung.

Man könnte sich beschweren über die finanzielle Ausstattung dieser im Parteikonsens erstellten sehr guten Überlegungen zum Landesverteidigungsplan. Man hört nichts, man sieht nichts. Man glaubt in der sozialistischen Alleinregierung, nach dem Gießkannenprinzip darübergehen zu können und keine Schwerpunkte setzen zu müssen. Darunter leidet die österreichische Verteidigungspolitik.

Man müßte sich auch darüber beschweren

können, daß diese Bundesregierung — ich will gar nicht unterstellen, daß es mit Absicht geschehen ist —, diese sozialistische Alleinregierung es in den zehn Jahren versäumt hat, aufklärend in der Bevölkerung zu wirken, warum Österreich eine Landesverteidigung braucht.

Man müßte sich auch darüber beschweren, daß diese Bundesregierung nicht den Mut aufgebracht hat, der österreichischen Bevölkerung zu sagen, daß so eine Landesverteidigung selbstverständlich auch etwas kostet.

Man müßte sich aber auch darüber beschweren, daß die sozialistische Alleinregierung über die Landesverteidigung einen Vorhang des Schweigens gebreitet hat, um offensichtlich die Mängel zu verstecken.

Das sind alles Fragen, die man an so eine Beschwerdekommision richten müßte.

Ich möchte gar nicht sagen, daß die sozialistische Alleinregierung in Sachen Landesverteidigung Konkurs anmelden muß. Soweit ist es gerade noch, möchte ich sagen — gerade noch! —, nicht. Aber wenn man sieht, was sich in letzter Zeit in dieser Frage österreichische Landesverteidigung abspielt, so müßte einem dieser Gedanke sehr schnell kommen.

Über die Österreichische Volkspartei in Sachen Landesverteidigung zu sprechen, möchte ich mir vorläufig ersparen. Ich würde am liebsten die rote Karte ziehen und die ÖVP aus dieser Diskussion ausschließen. Aber es sei eine Diskussion doch in breiterem Rahmen erlaubt, wie ich schon sagte. Man war der Meinung, mit der SPÖ in die siebziger Jahre auch in Sachen Landesverteidigung mit Schwung hineingehen zu können. Aber heute steckt in Österreich die Landesverteidigung als Ganzes — nicht nur das Bundesheer, sondern was darüber hinausgeht, sei es die wirtschaftliche, sei es die geistige, sei es die zivile Landesverteidigung — echt in der Klemme. Das muß offen gesagt werden. Wenn wir immer nur hinter verschlossenem Vorhang darüber diskutieren und der Bevölkerung nicht sagen, wo derzeit der Standort in der österreichischen Landesverteidigung ist, wird einfach nichts weitergehen.

Es geht in dieser Diskussion gar nicht so sehr um die Tatsache, ob Österreich Abfangjäger anschafft oder nicht, sondern es geht im wesentlichen um den Ausbau des Heeres entsprechend dem Landesverteidigungsplan, der immerhin im Parteikonsens von allen hier im Parlament vertretenen Parteien erstellt wurde und in dem selbstverständlich alle Dinge aufgezeigt werden, die Österreich zum Schutz seiner Neutralität benötigt. Dazu gehö-

Dipl.-Vw. Josseck

ren halt nun einmal auch diese Abfangjäger. Heute weiß jeder Eingeweihte im Heer — und die sind meistens echt frustriert, wenn man so sagen darf —, daß das Ausbauziel der ersten Etappe, wie wir es uns im Landesverteidigungsplan vorgenommen haben, bis 1986 mit dieser finanziellen Ausstattung sicherlich nicht erfüllt werden wird können.

Man muß einfach feststellen: Eine Bundesregierung, die sich in einer sich auch nach außen darstellenden Krise befindet — parteipolitisch geht es innerhalb der Partei um personelle Fragen —, kann natürlich zwangsläufig auch verschiedene andere Bereiche in so eine Krisensituation mit hineinziehen.

Wenn das Verteidigungsbudget 1982 nicht eine zusätzliche Ausstattung von mindestens 800 Millionen Schilling bekommt, dann bricht der Ausbau dieser Landesverteidigung zusammen. Das muß man doch sagen dürfen. Es hat doch keinen Sinn, hier den Kopf in den Sand zu stecken und so zu tun: Wir kommen halt gerade noch einmal über die Runden!, wie es der Herr Armeekommandant auch gesagt hat. Als verantwortlicher Offizier in diesem Bundesheer müßte er auch den Mut aufbringen, die Dinge einmal klipp und klar auf den Tisch zu legen. Wir kommen 1981 gerade noch über die Runden. Bitte, was heißt denn das? — Daß wir nichts zusätzlich anschaffen werden können. Ja wir können doch das, was besteht, kaum erhalten.

Die Bestätigung haben wir ja auch darin gefunden, daß sich im Klub kritischer Offiziere auch sozialistische Mandatäre, solche, denen die Landesverteidigung am Herzen liegt, offen geäußert haben. Was sagen denn dort auch die sozialistischen Kollegen, weil Sie es einfach nicht glauben wollen, Herr Kollege dort oben: Wenn das Heer künftig nicht mehr Mittel bekommt, so ist die sozialistische Verteidigungspolitik gescheitert!? Das sagt man im Klub kritischer Offiziere, der der SPÖ nahesteht. Man ist sich also auch in diesen Kreisen völlig darüber klar, wo heute die Landesverteidigung steht.

Es hat einmal einen Zustandsbericht über das österreichische Bundesheer gegeben. Ich glaube, unter Minister Rösch ist er einmal noch erschienen. Ich meine, es wäre in dieser Situation gar nicht so schlecht, so einen Zustandsbericht in gewissen Intervallen wieder erscheinen zu lassen, um zumindest eine Vergleichsmöglichkeit zu haben: Was ist geschehen? Wie war der Stand vor Jahren? Wie war der Stand gestern und wie ist er heute? Das wäre in diesem Zusammenhang, glaube ich, durchaus zu machen.

Aber wir Österreicher bilden uns einfach ein, daß wir das Fettagge auf der Neutralitätssuppe sind. Wir schwimmen da sicher umher, aber sicher nicht mit diesen Mitteln, die für die Landesverteidigung aufgewendet werden, können wir unsere Neutralität glaubhaft nach außen hin darstellen. Hier fehlt einfach der Übersetzungsfaktor in die breite Öffentlichkeit, daß die Landesverteidigung ja nicht Selbstzweck ist und nicht zur Befriedigung von Gelüsten vielleicht einiger Flieger dient, die mit Begeisterung dabei sind, sondern lediglich und ausnahmslos zum Selbstschutz dieses neutralen Staates.

Es ist einfach zuwenig, heute Milliarden aufzubringen, um mit dem Internationalen Konferenzzentrum in der UNO-City ein Gebäude um Milliarden zu errichten in der Annahme: Genau das wird uns helfen, das internationale Ansehen unseres Landes anzuheben. Das ist sicher zuwenig. Im Rahmen der Landesverteidigung als solcher sehe ich ja auch eine gute Außenpolitik an. Aber es ist zuwenig, und wir können uns ein Konferenzzentrum im internationalen Raum leisten. Aber bitte, dann müssen wir es uns auch leisten können, der Landesverteidigung den Stellenwert, aber auch die finanzielle Ausrüstung zu geben, die diese dringend benötigt.

Wenn ich immer wieder auf die Tatsache zurückkomme, daß es einfach daran fehlt, im Rahmen der geistigen Landesverteidigung der Bevölkerung klarzumachen, wie notwendig es gerade in dem mitteleuropäischen Vorfeld, sprich: im neutralen Österreich, ist, sich selbst schützen zu können, so muß ich feststellen: Jeder einzelne tut es doch auch im Privatleben.

So wie man heute hergeht und die Versicherungspolizze für irgendeinen möglicherweise eintretenden Fall im voraus zu bezahlen hat, genau so muß man es in Sachen Landesverteidigung und Bundesheer machen.

Aber bei uns in Österreich ist in den letzten Jahren die Politik des Schweigens zur Politik des Verschweigens und zur Politik des Verschleierns gerade in Sachen Landesverteidigung geworden. Der Schwung ist dahin. Es waren gute Ansätze da. Die sind ja noch da, aber es geht einfach nichts weiter, weil sich die Bundesregierung nicht getraut, nach außenhin, in einer wirtschaftlich sicher schwierigen Situation der Bevölkerung auch den Stellenwert der Landesverteidigung klarzumachen.

Das hat der Herr Bundeskanzler sehr wohl erkannt. Ich habe eine Frage, eine Bitte, einen Wunsch vorgetragen und habe gesagt:

Dipl.-Vw. Josseck

Herr Bundeskanzler, wir diskutieren zum Beispiel jetzt die Beschaffung von Milliarden für Abfangjäger, das ist in dieser Zeit sicher schwer umzusetzen, aber dann gehen Sie doch auch hinaus und sagen Sie der Bevölkerung, warum wir das brauchen und daß wir sicher in der Lage sein werden — bei allen Überlegungen hinsichtlich der anderen Bereiche, der wirtschaftlichen Bereiche —, auch dieses Gerät für das Militär anzuschaffen.

Der Herr Bundeskanzler hat gesagt: Ja, das wird notwendig sein, ich werde mich rechtzeitig an die Öffentlichkeit wenden!

Nichts ist geschehen! Nichts ist geschehen! Hier fehlt ihm einfach der Mut, den Stellenwert der Öffentlichkeit darzustellen, denn sonst hätten wir nicht heute die Diskussion: Abfangjäger ja, Abfangjäger nein, rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln!

Es wird seit Jahren darüber diskutiert, und keiner der Verantwortlichen traut sich ans Rednerpult, vor die Öffentlichkeit zu treten, und zu sagen, was wir wollen.

Aber im selben Atemzug verlangen wir von unserer Jugend — wie sie auch da oben sitzt —, verlangen wir von dieser Jugend, daß sie den Eid ablegt, für dieses Land auch ihr Leben einzusetzen. Und wir geben ihr nicht einmal das notwendige Gerät und drücken uns um die Verantwortung herum.

So geht es einfach nicht! Da muß man offen und ehrlich hinaustreten und sagen: Wir sind nicht in der Lage, und wir sind nicht bereit, wir wollen dieses Land nicht schützen, wir werden es nur mit Reden machen und mit Außenpolitik, aber sicher nicht mit Landesverteidigung, und man kann sich diese Milliarden Landesverteidigung ersparen und in den sozialen Wohnbau transferieren. Aber dann muß man es bitte sagen und darf nicht so tun, als wäre alles in Ordnung.

Es gäbe hier ja eine Anzahl von Beispielen. Roda-Roda könnte das viel besser zusammenstellen, könnte besser über Ereignisse im österreichischen Bundesheer berichten. Wenn wir nur an die verschiedenen Fehlquellen, das Fehlverhalten mangels Ausstattung, denken! Es ist ja unglaublich! Zum Teil wird das Ausbildungsziel nicht erreicht, weil kein Geld für Übungsmunition vorhanden ist. Es ist kein Geld da, damit die jungen Leute... (*Abg. Mondl lächelt.*) Mondl, lach nicht! Ich sag' dir jetzt ein Beispiel, ein ganz banales Beispiel. Es ist zuwenig Geld da, damit unsere jungen Leute bei ihrer Ausbildung zum Scharfschießen kommen. Da war im vorigen Jahr — Mondl war ja, glaube ich, auch mit dabei — eine schwedische Militärdelegation

in Österreich. In Bruck an der Leitha war Waffenschau, Besichtigung, die Schweden waren begeistert von der Mannausrüstung beim österreichischen Bundesheer, sie haben mit dem Sturmgewehr, dem besten der Welt, geschossen, haben mit der Steyrer Pistole hervorragend geschossen. Dann gehen wir hinaus. Im Gelände stehen verschiedene Waffen, die vorgeführt werden. Unter anderem steht dort auch die Sky-guard, ein Flugabwehrgeschütz. Der Schwede geht mit mir hin — wie man es halt so macht —, spricht mit dem jungen Mann und fragt ihn, wie lange er schon dabei sei. Der Soldat antwortet: Die 8 Monate sind um, nächste Woche rüste ich ab! Daraufhin fragt der Schwede: Wie oft haben Sie schon scharf geschossen? Und da mußte der junge Mann antworten: Noch nie!

Der Schwede ist fast umgefallen und ich hätte mich fast dazugelegt. Mir war das so peinlich! Als Antwort auf die Erkundigung des Schweden, wie denn so etwas passieren könne? Zuwenig Geld! Da muß ein Flugzeug fliegen, es muß mit dem Schleppsack fliegen, und dann muß geschossen werden. Ja, wie sollen wir denn die jungen Leute motivieren, wenn wir ihnen im Zuge der Ausbildung die Möglichkeiten des Scharfschießens nicht einräumen! Von dort kommt die Frustration her, wenn man von den Leerläufen beim Bundesheer hört. In der Grundausbildung funktioniert es, und dann weiß man nicht, was man mit ihnen machen soll. Dann schickt man sie, den Dachboden zusammenkehren, dort wird Karten gespielt. Das gibt es alles, Ich weiß, daß das vielleicht auch nur Ausnahmen sind. Aber es rundet sich einfach dann das Bild so ab, und in der Öffentlichkeit draußen heißt es: Lauter Leerläufe. Weil wir nicht bereit sind — ich sage es noch einmal —, den finanziellen Anforderungen, die das Heer ja an die Allgemeinheit auch zu stellen hat, nachzukommen.

Wir haben uns im Rahmen der Verteidigungsüberlegungen — um es leicht verständlich darzustellen — drei Steigerungsstufen vorgenommen und in die Verteidigungsüberlegungen eingebaut. Ich muß ehrlich sagen, wenn ich von dem höchsten Einsatzfall, dem Verteidigungsfall ausgehe, so gibt es doch überhaupt keinen Zweifel darüber, daß der Verteidigungsfall als solcher in Österreich heute nicht zu erfüllen ist.

Es ist kein Zufall, daß in den unteren Stufen der Bereitschaft, dort, wo man das Heer im Neutralitätsfall und im Krisenfall braucht, um diese Aufgabe zu erfüllen, natürlich nicht nur eine gewisse Organisation, sondern auch verschiedene Waffen und Geräte fehlen.

Die Diskussion um die Abfangjäger wäre

Dipl.-Vw. Josseck

wahrscheinlich noch lange nicht entstanden, wenn nicht vor mehr als zwei Jahren die Erkrankung des Staatschefs erfolgt wäre. Damals ist der Bundeskanzler selbst an die Militärs herantreten und hat gefragt: Kann das Bundesheer diesen Auftrag, wenn es an der Grenze Unruhen geben sollte, erfüllen?

Daraufhin mußte man ihm sagen: Ja, am Boden ja — aber die Luftpolizei fehlt uns! — Und der Denkanstoß kam halt dann auch vom Bundeskanzler: Dann werden wir halt schauen, was solche Abfangjäger kosten.

Heute will man es einfach „odrahn“, wie man so zu sagen pflegt. Der Herr Bundeskanzler glaubt aus tagespolitischen Gründen in der Öffentlichkeit nicht über die Runden zu kommen. Er ist nicht bereit, in die Öffentlichkeit zu gehen, obwohl uns ja jetzt bereits auch Papiere über die Finanzierungsmöglichkeiten vorliegen, worauf ich dann vielleicht noch kurz eingehen kann. Aber man ist nicht bereit, in der Öffentlichkeit diese Sache in aller Ruhe auszudiskutieren.

Es gibt doch dazu einen Parteienbeschluß, einen Parteienkonsens, diese Flugzeuge zu beschaffen, aber dann kommt man im Rahmen der politischen Parteien zu solchem Fehlverhalten, wie es uns zum Beispiel auch besonders die Österreichische Volkspartei vorexerziert hat.

Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte aber dazu sagen, bei allem Verständnis — das möchte ich klipp und klar hier festhalten — und selbstverständlich bei der Notwendigkeit, im obersteirischen Industrie-raum zu helfen, muß man sich aber doch auch darüber im klaren sein, daß man der Landesverteidigung auch ihren Anteil zukommen lassen muß. Man muß die Dinge völlig getrennt sehen.

Erstens einmal geschieht die Anschaffung der schweren Waffen ohnehin nicht aus dem laufenden Budget, sondern es wird beim schweren Gerät immer von Sonderfinanzierungsmöglichkeiten gesprochen, sowohl bei den Panzern als auch bei den Flugzeugen. Und genau bei der Anschaffung der Abfangjäger war ja immer nur die Rede von einer Sonderfinanzierung.

Aber wo stehen wir heute? Und man braucht sich bitte nur die ausländische Presse zur Hand nehmen — ich werde dann einige Zeilen in diesem Zusammenhang zitieren —, wir machen uns im Ausland ja lächerlich. Aber nicht nur im Ausland, auch im Inland. Dann hätten wir doch die Diskussion nicht begonnen, wenn wir nicht können oder wenn wir nicht wollen. Und das ist die Frage, die

sich hier stellt. Will diese sozialistische Bundesregierung nicht oder kann sie nicht in der Frage der Flugzeugbeschaffung?

Man muß ja dann auch fragen, Herr Bundesminister: Was hat denn die Studie zur Beschaffung der Abfangjäger bis heute gekostet? Hier ist in Testreihen hochwertiges Personal eingesetzt. Und das ist ja auch schon eine Menge. Fast 20 Maschinen hat man getestet und weiß heute, auf welche Maschine es letztlich ankommen wird. Wir haben ohnehin nur noch die Wahl, unter zwei zu wählen.

Herr Bundesminister, wenn der Herr Kanzler sagt: Solange ich Kanzler bin, keine Abfangjäger! — so ähnlich soll er sich geäußert haben —, dann muß man ihm von Ihrer Seite auch vorhalten — und hier schon auch ein Vorwurf an Sie und nicht immer pauschal an die gesamte Bundesregierung, denn als verantwortlicher Ressortminister muß ich halt aufstehen und aufmerksam machen, ich weiß nicht, reden Sie ihn per Du an oder in dem Fall vielleicht besser per Sie —: So geht es ja wirklich nicht! Als verantwortlicher Ressortchef muß ich mich vor mein Bundesheer hinstellen und muß sagen: Ja sollen denn die Mittel alle beim Fenster hinausgehaut sein?

Denken Sie doch daran, was das Objekt „Goldhaube“ gekostet hat! Fast 4 Milliarden Schilling; also fast 4 000 Millionen Schilling — das muß man doch der Bevölkerung sagen — sind bereits investiert für die Luftraumüberwachung, zusammen mit den Luftleiteinrichtungen.

Wenn es heute heißt: Brauchen wir nicht!, dann haben wir halt in diesem Fall zwar nicht gerade ein AKH, aber doch wieder einen Skandal. Haben wir ohnehin schon eine Atomkraftwerksruine, haben ein AKH, das sicher nie funktionieren wird, aber Milliarden kostet, wir haben einen Bauringskandal, und so geht das dahin. Na haben wir halt auch noch einen Skandal „Goldhaube“ und sind halt 2 Milliarden für die Leiteinrichtungen beim Fenster hinausgeworfen. So schauen doch die Dinge aus. Da fehlt die Planung und da fehlt das Finanzierungskonzept für diese Dinge. (*Abg. Dr. Fischer deutet auf die Sitzreihen der ÖVP.*) Die ÖVP kommt schon noch in die Ziehung! Wollten Sie mir das sagen? Ja. Die kommen noch dran.

Ich bin in diesem Zusammenhang auch neugierig, Herr Bundesminister — wenn es stimmt, wird es sicher geradezu eine Sensation —, was der Herr Bundesminister Rösch am kommenden Sonntag im Fernsehen zur Landesverteidigung sagen wird. Man sollte es, glaube ich, sensationell aufhängen, wenn der Herr Bundesminister Rösch im Fernse-

Dipl.-Vw. Josseck

hen auftritt unter dem Titel „Ich breche mein Schweigen!“

Herr Bundesminister, ich hoffe, daß Sie dort als verantwortlicher Ressortchef eine klipp und klare und deutliche Sprache in Sachen Landesverteidigung sprechen. Sie sind der zuständige Ressortminister. Es ist nicht Ihre Aufgabe, das Allgemein-politische — wie es aus den Reihen der Sozialisten kommt — in diese Überlegungen miteinzubauen. Wenn Sie vor das Fernsehen gehen, dann darf ich Sie schon freundlich ersuchen, sich deutlich für die Landesverteidigung in Österreich auszusprechen.

Denn sonst brauchen wir keinen Verteidigungsminister. Dann geben wir es dem Dalling in sein Sozialressort, und eine Ruhe ist mit der Landesverteidigung. Aber ich verlange, daß hier endlich einmal klar ausgesprochen wird: Wo steht die Landesverteidigung, und welchen Stellenwert hat sie in den Augen der sozialistischen Alleinregierung? (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Daß Sie es nicht leicht haben, Herr Bundesminister, das weiß ich schon. Ständig von der Opposition „gepisakt“ zu werden, von der FPÖ — von der ÖVP ohnehin bald nicht mehr — in Sachen Landesverteidigung. Und dann noch aus den eigenen Reihen! Das ist halt schon sehr schwierig. Vielleicht deutet sich irgendwo eine Wachablöse ab, denn wenn ich mir den Kollegen Charly Blecha anschau, der schon 14 Kilo abgenommen hat, damit er in die Uniform hineinpaßt, vielleicht ist das schon das erste Anzeichen, daß es eine Wachablöse gibt. Aber es wäre vielleicht gerade dann Ihre Aufgabe, zu sagen: Das Bundesheer benötigt dieses oder jenes.

Ich bin auch in Fragen Landesverteidigung, wie überhaupt im Leben, immer Optimist. Aber glauben Sie mir, in Sachen Landesverteidigung fällt es einem oft schon verdammt schwer.

Früher habe ich öfter rot gesehen, aber in letzter Zeit sehe ich auch schwarz, in Sachen Landesverteidigung.

Ich muß hier etwas zu der Österreichischen Volkspartei sagen, etwas, was mir halt nicht ganz verständlich ist. Aber ich muß Ihnen dazu sogar eine Aufklärung geben, weil viele Kollegen der ÖVP ja nicht einmal wissen, was sich in der eigenen Partei abspielt.

Da hat sich ein nicht zuständiges Gremium, ein besserer ÖVP-Stammtisch zusammengesetzt und hat gesagt: Was tun wir denn jetzt, daß wir den armen Professor Ermacora bloßstellen? Und dann haben sie den einzig fal-

schen Mann hinausgeschickt, nämlich den Herrn Generalsekretär Lanner, um zur Abfangjägerfrage Stellung zu nehmen. Schade, daß er nicht hier ist, ich würde es ihm heute sagen. Wenn er sich bisher als Generalsekretär bezeichnet hat, für mich ist er ab heute nur noch der Herr Sekretär, den „General“ kann er streichen.

In diesem Zusammenhang ist also Lanner vor das Mikrophon gegangen und hat gesagt: Wir von der ÖVP, wir brauchen keine Abfangjäger! Das hat sicher im Augenblick recht gut geklungen, wortwörtlich, ... (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Ich weiß schon, darum wolltet ihr früher reden, um hier festzustellen, daß Lanner ja ganz etwas anderes gemeint hat. Es war also ein absolutes Nein. Ich werde Ihnen auch sagen, wie man das im Ausland sieht.

Herr Kollege Lichal — auch nicht da —, der mit seiner Partei immer geglaubt hat, die Sicherheit in diesem Lande gepachtet zu haben, der Kollege Lichal — er läßt sich entschuldigen —, der immer wieder mannstoppende Waffen fordert und hier im Haus in Sachen innere Sicherheit tobt, dem ist nach außenhin alles Wurscht!

Der Mann läßt sich von dem Herrn Sekretär Lanner — Ex-General, jetzt nur noch Sekretär Lanner — hier vertreten, der nun sagt: Was brauchen wir dös?, wie man so in Wien sagt und damit seinem Wehrsprecher widerspricht, der vor acht Tagen von dem Herrn Minister noch verlangt hat: Treten Sie zurück!, und ganz beinhart hier aufgetreten ist, weil ihm halt die Landesverteidigung Herzensangelegenheit ist, weil er noch daran glaubt, der arme Mensch, der glaubt ja noch daran — und dieser, der Herr Sekretär Lanner, kommt ans Rednerpult und sagt: Wir, die ÖVP, wir streben zwar einmal die Regierungsmacht an — einmal! —, aber in Sachen Landesverteidigung tun wir uns überhaupt nichts an.

Ja, ist denn so eine Partei in Sachen Landesverteidigung dann noch glaubwürdig? Nach unserer freiheitlichen Ansicht ist das ein Umfaller, ein Salto vorwärts-rückwärts, wie ihn sich selten eine Partei geleistet hat.

Aber welchen Stellenwert auch die Aussagen vom Kollegen Lanner haben, dokumentiert sich ja auch darin, daß wohl alle Zeitungen voll waren — nur die parteieigenen Zeitungen, die haben ihm nicht einmal zwölf Zeilen gewidmet. Entweder ist Lanner so uninteressant oder sind seine Aussagen so uninteressant.

So schreibt hier die „Südost-Tagespost“, die ja doch der ÖVP sehr, sehr nahesteht:

Dipl.-Vw. Josseck

Zur Überraschung der Journalisten und Verblüffung auch einiger Parteileitungsmitglieder stellte General — nur noch Sekretär — Lanner die von der ÖVP ... usw. Abfangjäger zurück ...

Das schreibt eine ÖVP-Zeitung, weil sie einfach peinlich berührt sind, als hätten die ÖVP-nahen Zeitungen schon die ausländischen Zeitungen gelesen. Denn die kommentieren ja noch viel schlimmer. Das sollten sich die ÖVP und der arme Wehrsprecher, Herr Prof. Ermacora, hinter den Spiegel stecken: den Stellenwert seiner Partei im internationalen Ansehen, in den internationalen Zeitungen.

Peinlich, Herr Prof. Ermacora, wenn zum Beispiel die „Neue Zürcher“ Zeitung schreibt: „Österreich ohne Abfangjäger“. Die einzigen, die sich in Österreich noch für die Landesverteidigung einsetzen, ist die kleine Opposition, die FPÖ. — Das muß ich auch erwähnen, das steht nämlich auch wortwörtlich drinnen.

Aber wie heißt es dann zur ÖVP immerhin in der „Zürcher Zeitung“: „Die Haltung der ÖVP steht im krassen Widerspruch zu einer Untersuchung ihres Wehrsprechers, der vor einem Monat das Verteidigungskonzept als gut, dessen Durchführung als schlecht und die zur Verfügung stehenden Mittel als unzureichend bezeichnet hat. Die Zeitungen zeigen sich vom Sinneswandel der ÖVP eher peinlich berührt. Ausgenommen davon nur die sozialistischen Zeitungen.“ — No na!

Außerdem: „Die Armee könne ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen, wenn ihr die notwendigen Mittel verweigert werden. Und ohne Abfangjäger käme Österreich in eine neutralitätspolitische Hölle.“

Das zu der Aussage der Österreichischen Volkspartei. Aber das ist ja noch harmlos gegenüber dem, was die CDU-nahe Zeitung „Die Welt“ in Hamburg schreibt.

Die Hamburger „Welt“ schreibt: „Opposition und Linke ziehen an einem Strang.“ — Zufällig habe ich dieselbe Aussage gemacht. Sie sehen, wie sich das bestätigt, auch international gesehen.

Überraschend schafft die Volkspartei Probleme bei der Luftverteidigung, weil die ÖVP sich wieder einmal völlig uninformiert zeigt. Das müssen gar nicht Insider sein, weil man zum Augenblick der Aussage von Sekretär Lanner über die Finanzierungsmöglichkeiten von Abfangjägern schon gewußt hat.

Wenn es stimmt, sollen auch der Herr Bundesminister und der Herr Staatssekretär Nussbaumer gesagt haben: Unter diesen

Gesichtspunkten kann man sich neben der ganzen Schwierigkeit im obersteirischen Industriegebiet vorstellen, daß man die Abfangjäger kauft, weil es nämlich eine Langzeitfinanzierung ist.

Was schreibt „Die Welt“, um hier weiter zu zitieren: „Damit ist die ungewöhnliche Situation eingetreten, daß eine christlichdemokratische Partei den linken Flügel der Sozialisten in der Frage der Landesverteidigung links überholt. Allgemeine Überraschung löste in Wien die Tatsache aus, daß ÖVP-Chef Mock wie auch sein Sekretär Lanner lediglich innen- und sozialpolitisch argumentierten, während sie die zugespitzte Lage und die exponierte außenpolitische und geographische Situation Österreichs mit keinem Wort erwähnten.“

Und diese Partei will einmal Regierungsverantwortung übernehmen, die so kurz denkt nur um eines Augenblickserfolges willen, um hier gut dazustehen. Schade, daß er gegessen ist, der Lanner. Wenn er gestanden wäre, hätte man gesehen, wie er sich vorgebeugt hat, wie er herausfordernd an die Bevölkerung herantritt. Umgefallen ist er, der gute Lanner, umgefallen ist damit die ganze Österreichische Volkspartei, Sie haben ihren Wehrsprecher desavouiert.

Der Ex-Wehrsprecher Dr. Neisser ist ja vorher schon gegangen, weil sie ihn hinausgebissen haben, weil hier Politik von einigen gemacht wird. Herr Kollege Kraft, eine Stammtischrunde der ÖVP, kein Präsidium, kein Parteivorstand, keine Leitung, eine Stammtischrunde der ÖVP kommt zu solchen weittragenden Entschlüssen. Da muß ich mir schon sagen: Was ist das für eine Partei? (Abg. Kraft: Eine gute!)

Aber es geht weiter. „Diese Aussagen zeigen einen erschreckenden Mangel an außenpolitischem Verständnis.“ — Und das muß man der Volkspartei sagen!

Nun haben ÖVP-Chef Mock und sein Generalsekretär ihren eigenen Wehrexperthen in einer einmaligen Weise bloßgestellt. Nachzulesen in der internationalen Presse, sei es die „Zürcher“, sei es „Die Welt“ Hamburg.

So schaut es nämlich in der gesamten Landesverteidigung aus: Sie überholen links, Sie unterlaufen die Sozialisten. Der Herr Minister Rösch tut sich sowieso schon schwer, er hofft, daß er sich wenigstens auf die Opposition abstützen und sagen kann: Das stehe ich ja nicht durch, die Opposition steht dauernd vor meiner Tür und klopft an! — Aber dann kommt die Österreichische Volkspartei und

6898

Nationalrat XV. GP — 68. Sitzung — 20. März 1981

Dipl.-Vw. Josseck

haut womöglich noch dem Minister Rösch sein Konzept in dieser Frage zusammen.

Es muß halt der Bevölkerung auch gesagt werden, wie sich die allfällige Anschaffung von Abfangjägern auswirken würde, nämlich daß für die Anschaffung rund 6 Milliarden Schilling benötigt werden und Vorbereitungen noch und noch getroffen sind: die „Goldhaube“.

Ich habe zuerst schon von den Luftleitrichtungen gesprochen, daß bereits auch die Mittel bereitzustellen sind oder bereitgestellt werden können zum Ausbau des entsprechenden Flugplatzes; ein Flugplatz im obersteirischen Raum, wo zusätzliche Arbeitsplätze hinkommen. Nicht ganz eine Milliarde Schilling, sofort, morgen zu beginnen, das muß man ja auch wissen. Arbeitsplätze auf zwei Jahre, mindestens 200 Arbeitsplätze, das muß man alles der Bevölkerung sagen, worum es hier geht. Auch daß die für die Anschaffung dieser Flugzeuge notwendigen 6 Milliarden Schilling aufgeteilt werden auf zehn Jahresraten, beginnend vom ersten Tag der Lieferung an, etwa 1983. Das heißt, erst in zwei Jahren muß man zu zahlen beginnen.

Darüberhinaus wäre ja das Interessante, daß ein Kompensationsangebot von beiden Anbietern steht, sowohl von den Amerikanern als auch von den Franzosen, das über den Anschaffungswert der Flugzeuge weit hinausgeht.

Aber dann nicht nur irgendwelche Brammen und Rohaluminium, sondern intelligente Produkte in Kompensation. Wir bekommen hier Denkanstöße, man denkt daran, Zellenteile von Flugzeugen in Österreich zu bauen. Das würde ja dem Bundeskanzler sehr passen, das müßte ihm doch konvenieren, der ja selbst eine eigene Flugzeugindustrie aufziehen wollte, weil er sieht, intelligente Produkte brauchen wir in der Wirtschaft, wenn wir überleben wollen. Das wäre mit einer Hilfe. Aber die SPÖ ist ohnehin schon im Zweifel, und dann kommt die ÖVP noch mit der Sense oder mit dem Hackl und haut alles zusammen, was noch ein bisserl aufrechtzuerhalten war.

Ich darf damit zusammenfassen und komme zum Schluß. Ich glaube, man kann ohne weiteres feststellen: Wenn nicht schnelle und radikale Schritte in Sachen Landesverteidigung, und zwar nicht nur auf dem finanziellen Sektor, sondern auch in der Grundeinstellung gemacht werden, dann muß man nach Aussage auch von sozialistischen Fachleuten, wenn auch keine höhere finanzielle Dotierung

kommt, die sozialistische Wehrpolitik als gescheitert betrachten.

Das hat nicht irgendwer von den Sozialisten gesagt, sondern das hat ein sehr prominenter Sozialist ausgesprochen, der ein Insider ist.

Man kann oder man will offensichtlich auf Seite der Sozialisten die Landesverteidigung nicht finanzieren, man spricht von der Landwehr, von einem Heer, das im Volk aufgehen soll, und man tut nichts dazu. Daß Geld wäre hinausgeworfen für ein Überwachungssystem, das vielleicht nicht in Benützung geht.

Herr Bundesminister! Ich habe noch nichts gehört, daß irgendwelche Ergebnisse aus der Raumverteidigungsübung 1979 so umgesetzt sind, daß die Leute nicht mehr die Handschuhe tragen müssen, die sich bei Regen wie ein Schwammerl ansaufen. Nichts geschieht! Wir wissen, woran es liegt, aber nichts geschieht. Der arme Herr Minister hat ja keinen Groschen, um irgend etwas zu tun. Es fehlt an Schuhen, von der Übungsmunition — ich darf es wiederholen — gar nicht zu reden.

Und in einer solchen Situation macht die Österreichische Volkspartei, die von sich behauptet, sie wäre durchaus in der Lage, staatstragend zu sein, einen Selbstumfaller! Ich bin neugierig, wie die Herren Kollegen der Österreichischen Volkspartei heute am Rednerpult agieren werden. Wen werden sie jetzt bloßstellen: den Prof. Ermacora, den Ex-General — nur noch Sekretär — Lanner oder die gesamte Partei?

Ich frage mich: Wie soll man die jungen Leute motivieren, wie soll man ihnen einen Eid abverlangen, daß sie ihr Leben einsetzen sollen zum Schutz dieses Landes, wenn man auf der politischen Seite in beiden großen Parteien nicht bereit ist, der Landesverteidigung den ihr gebührenden Stellenwert einzuräumen und der Landesverteidigung die Mittel zu geben, die sie dringend benötigt, um über die Runden zu kommen? Was nützen uns die gesamten sozialen Einrichtungen, was nützt uns unser Wohlfahrtsstaat, wenn wir nicht bereit sind, diesen Staat zu schützen? (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Haas. Ich erteile es ihm.

Abg. Haas (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn die Opposition heute, wie ich aus den Ausführungen meines geschätzten Vorredners entnehmen konnte, die Beratung des Jahresberichtes 1979 der Beschwerdekommision in militä-

Haas

rischen Angelegenheiten umfunktioniert zu einer Debatte um unsere Landesverteidigung, so ist das zwar für mich persönlich erstaunlich, aber sicher das gute Recht der Opposition. Wir scheuen eine solche Debatte über unsere Verteidigungspolitik auch gar nicht, weil wir überzeugt davon sind, daß es um unsere Landesverteidigung gar nicht so schlecht bestellt ist, wie das hier von diesem Pulte aus dargestellt wird, und es wird ja im Verlaufe der Beratung noch unser Wehrsprecher, mein Freund Walter Mondl, ausführlich dazu Stellung nehmen.

Ich möchte mich aber in meinen Ausführungen rein auf den zur Beratung stehenden Bericht beschränken und dazu folgendes feststellen:

Meine Damen und Herren! Die Beschwerdekommision in militärischen Angelegenheiten beim Bundesministerium für Landesverteidigung ist eine einmalige Einrichtung, die kein anderes Land in der westlichen Welt in dieser Form kennt. Das muß man mit aller Deutlichkeit einmal feststellen. Und diese Beschwerdekommision hat einen sehr klaren gesetzlichen Auftrag durch den Paragraphen 6 Abs. 5 des Wehrgesetzes 1978, und ihre Aufgabe besteht darin, erhobene Beschwerden hinsichtlich ihrer Berechtigung zu prüfen, bei zutreffender Berechtigung dieser Beschwerden entsprechende Empfehlungen zu beschließen und auf Grund der Beschwerden auch allgemeine Empfehlungen auszusprechen.

Der in Beratung stehende Jahresbericht 1979 gibt uns, so wie jedes Jahr, einen umfassenden Einblick in die Tätigkeit dieser Kommission. Insgesamt hatte sich die Kommission 1979 mit 127 eingebrachten Beschwerden zu befassen, das waren um 17 mehr als ein Jahr zuvor. Der Grund für die gestiegenen Beschwerden liegt darin, daß eine Ausweitung der Zuständigkeit der Beschwerdekommision erfolgt ist, da ja bekanntlich in der Zwischenzeit eine neue allgemeine Dienstvorschrift in Kraft getreten ist. In elf Sitzungen hat die Beschwerdekommision diese eingebrachten Beschwerden behandelt, 107 davon erledigt, 18 davon zurückgewiesen, 28 Verfahren eingestellt und 61 einstimmige Empfehlungen beschlossen.

Es ist ganz interessant, sich die behandelten Beschwerden hinsichtlich ihrer Erledigung anzuschauen. Von den 107 behandelten Beschwerden waren 12 zur Gänze berechtigt, 27 hatten eine teilweise Berechtigung und 22 waren nicht berechtigt. 18 wurden zurückgewiesen und 28 Beschwerden zurückgezogen.

Die volle Berechtigung von zwölf Beschwerden betrifft in zwei Fällen das fehlerhafte Verhalten von Vorgesetzten und Ranghöheren, in drei Fällen den Dienstbetrieb und die Ausbildung, in drei Fällen Personalangelegenheiten und in vier Fällen sonstige Vorkommnisse.

Der Großteil dieser teilweise berechtigten Beschwerden, meine sehr geehrten Damen und Herren, es waren deren insgesamt 22, betrifft die Sachgruppe 1, welche das fehlerhafte Verhalten von Vorgesetzten und Ranghöheren umfaßt.

Bemerkenswert ist dabei sicher auch, daß bei 28 Beschwerden, immerhin also mehr als ein Viertel der behandelten Beschwerden, das Verfahren eingestellt wurde, weil die Beschwerdeführer ihre Beschwerde selbst zurückgezogen haben, da nach Einbringung der Beschwerde und während der Erhebungen des Sachverhaltes der Beschwerdegrund weggefallen ist.

Die Kommission selbst hat in jedem Falle erst nach gründlicher Erhebung des Sachverhaltes, wobei zu bemerken ist, daß in etlichen Fällen eine solche Erhebung durch die Kommission selbst an Ort und Stelle durchgeführt wurde, ihre Entscheidungen getroffen und dabei 61 einstimmige Empfehlungen befunden.

Auf Grund dieser 61 einstimmigen Empfehlungen war es notwendig, bei den 39 zur Gänze und teilweise berechtigten Beschwerden in insgesamt 33 Fällen personelle Maßnahmen zu treffen, und zwar in Form von zwei Straf- und drei Disziplinaranzeigen und zwei Ordnungsstrafen und 27 Rügen und Belehrungen beziehungsweise Ermahnungen.

Neben diesen Empfehlungen für die Einzelfälle hat es sich als notwendig ergeben, auch allgemeine Empfehlungen oder Anregungen zu beschließen.

Und diese allgemeinen Empfehlungen zielen darauf hin, gewisse bürokratische Schwerfälligkeiten auszumerzen und weiters organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, die unseren Soldaten keine materiellen Nachteile einbringen.

Ich möchte im besonderen gerade auf das letztere verweisen, denn diese Empfehlung wurde auf Grund einer Beschwerde gegeben, wo durch das sture Beharren auf einer Militärwirtschaftsvorschrift durch einen Wirtschaftsunteroffizier 170 Soldaten für ihre Dienstfreistellungen nach einer Blutspendekaktion keinen Kostgeldersatz bekommen konnten.

Die Stellungnahmen des Bundesministers

Haas

für Landesverteidigung zum Jahresbericht 1979 verweisen mit Recht darauf, daß die geringfügige Zunahme von Beschwerden gegenüber 1978 nicht den Schluß zulassen, daß in irgendeinem Bereich des militärischen Dienstes ein auffälliges Ansteigen von Unzukömmlichkeiten festzustellen war.

Die mit Recht aufgezeigten Unrechtszufügungen beziehungsweise Eingriffe in dienstliche Befugnisse im Rahmen der Dienstaufsicht wurden durch entsprechende Maßnahmen abgestellt.

Und der Herr Bundesminister bemerkt auch zur Tatsache, daß bei der Sachgruppe Versorgungsangelegenheiten — sie umfaßt Unzulänglichkeiten in der Verpflegung, mangelnde ärztliche Betreuung und Mängel in der Bekleidung — die Zahl der Beschwerden angestiegen ist, folgendes: Nach Inkrafttreten der neuen ADV mit 1. März 1979 ist die Kommission auch für Beschwerden gegen einen Militärarzt wegen unzureichender ärztlicher Betreuung zuständig.

Aus dieser neuen Zuständigkeit haben sich einige zusätzliche Beschwerden ergeben, die schuld sind am Ansteigen der Beschwerdefälle gegenüber 1978. Wenn es auch insgesamt, meine Damen und Herren, 16 Beschwerden in der Sachgruppe 5 gab, von denen wieder neun wegen Mängel in den Unterkünften erhoben wurden, so erklärt sich das daraus, daß es Verzögerungen bei der Instandsetzung von sanitären Einrichtungen in dieser oder jener Kaserne gab oder in drei Fällen die Unterkunft nicht oder nur schlecht beheizt war. Und der Grund der Beschwerde lag eben darin, daß die Bundesgebäudeverwaltung II nicht damit gerechnet hat, daß es im Herbst 1979 zu einem überraschenden Kälteeinbruch kommen werde.

Meine Damen und Herren! Zu den allgemeinen Empfehlungen der Beschwerdekommision ist zu bemerken, daß sie der Herr Bundesminister zum Anlaß genommen hat, umgehend diesbezügliche Regelungen zu treffen oder entsprechende Weisungen zu erteilen. Damit wurde sichergestellt, daß sich in Zukunft derartige Vorkommnisse, die mit Recht zu Beschwerden führten, nicht mehr wiederholen können.

Hohes Haus! Wenn man bedenkt und sich vor Augen führt, daß es in unserem Bundesheer derzeit 40 000 Präsenzdiener und 70 000 Mann gibt, die jährlich zu Waffenübungen eingezogen werden, sowie daß 23 000 Bedienstete im Rahmen unserer Landesverteidigung ihren Dienst versehen, alles in allem also an die 130 000 Mann, für die es

die Möglichkeit des Beschwerderechtes gibt, und daß bei nur 127 Beschwerden erhoben wurden, was nicht einmal 1 Promille der Beschwerdeberechtigten bedeutet, so ist das, glaube ich, schon für uns alle sehr erfreulich.

Freilich kann man sich auch auf den Standpunkt stellen, daß die wenigen Beschwerden immer noch zu viele sind. Aber, meine Damen und Herren, wo Menschen in einer besonderen Form der Gemeinschaft zusammenleben, wird es eben immer wieder zu gewissen Unzukömmlichkeiten und Unzulänglichkeiten kommen.

Wir Sozialisten können jedenfalls eines feststellen: Die geringe Anzahl von Beschwerden spricht für das hervorragende Klima im österreichischen Bundesheer zwischen den Präsenzdienern, den Chargen, Unteroffizieren und Offizieren. Daß die Anzahl von Beschwerden wegen des Mißbrauches der Dienststellung so gering ist und erzieherisch nicht gerechtfertigte Ausbildungsmethoden und Maßnahmen nur ganz wenige Fälle betreffen sowie auch die Tatsache, daß auch Beleidigungen und sonstige Ungehörigkeiten gegenüber Untergebenen und Rangniedereren in unserem Bundesheer nicht gang und gäbe sind, freut uns ungemein, und wir betrachten das als einen Beweis dafür, daß unser Bundesheer eine Einrichtung unserer demokratischen Republik ist, in der Menschenwürde, gegenseitige Respektierung und die Beachtung demokratischer Spielregeln einen hohen Stellenwert einnehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Darüber können wir uns nur freuen, und aus diesem Grunde geben wir Sozialisten dem Jahresbericht 1979 gerne unsere Zustimmung, wir nehmen ihn zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Ermacora. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Ermacora** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich wurde in den letzten Tagen im Zusammenhang mit den Abfangjägern sehr häufig zitiert. Der Herr Vertreter der Freiheitlichen Partei, Josseck, hat in seiner Rede gesagt, daß Lanner gesagt habe, wir brauchen keine Abfangjäger. Bitte, das ist natürlich eine ganz grobe Erklärung über das, was von der Österreichischen Volkspartei ausgesagt wurde, und ich zitiere hier aus der entsprechenden Parteiaussendung, daß man den Ankauf von Abfangjägern für das Bundesheer angesichts der wirtschaftlichen Lage verschoben haben wolle, und dann weiter:

Dr. Ermacora

Sollte die Bundesregierung ein Finanzierungskonzept für diesen Ankauf vorlegen, werde man darüber gerne diskutieren. Man warte jedoch seit Jahren auf ein derartiges Konzept von Regierungsseite. Andererseits wisse die Volkspartei jeden Versuch zurück, das laufende Budget des Heeres zu kürzen.

Bitte, das hört sich schon etwas anders an als die Erklärung des Herrn Abgeordneten Josseck. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir erleben eine Debatte, die ganz typisch für den Gegenstand ist. Der Herr Abgeordnete Haas hat natürlich zum Gegenstand gesprochen, aber er ist nicht in die Diskussion eingetreten, die Abgeordneter Josseck eingeleitet hat. Die Diskussion, die Abgeordneter Josseck eingeleitet hat, war eine Grundsatzaussage zur Verteidigungspolitik, und diesen Diskussionsball hat der Herr Abgeordnete Haas nicht aufgenommen, sondern er ist zum Gegenstand im engsten Sinne des Wortes übergegangen, nämlich zum Jahresbericht der Beschwerdekommision.

Der Jahresbericht der Beschwerdekommision, dem die Österreichische Volkspartei zustimmt, hat in der Einteilung der Beschwerden nach Sachgruppen durchaus ich würde sagen Aufhänger, die man sehr grundsätzlich, ungeachtet der einzelnen Punkte, die auf den 19 oder auf den 22 Seiten des Beschwerdeberichtes skizziert sind, behandeln kann: Zum Beispiel das Problem Angelegenheiten der Ausbildung und des Dienstbetriebes, die Personalangelegenheiten, Versorgungsangelegenheiten, Mängel an militärischen Objekten, Bauwesen und so weiter. Ich glaube, das sind Grundaussagen in den Titelüberschriften, die Anlaß bieten, über den Gegenstand umfassender zu diskutieren.

Herr Bundesminister! Wenn Sie uns seit Ihrem Amtsantritt verweigern, einen Zustandsbericht über die Lage der militärischen Landesverteidigung vorzulegen, wobei der Bericht, der vor drei Jahren hier diskutiert wurde, im Grunde ein Lütgendorf-Bericht gewesen ist, so müssen wir vom Standpunkt der Landesverteidigungspolitik aus jeden Tagesordnungspunkt, der in dieser Weise das Thema umschreibt, nützen, die grundsätzlichen Fragen zu erörtern.

Herr Bundesminister! Wir haben diesmal auch zu einem anderen Zeitpunkt, nämlich am Tage, an diesem Tage, die Möglichkeit, hier zu diskutieren. Wir können das erste Mal seit Jahren, möchte ich sagen *(Ruf bei der ÖVP: Keine Nachtübung!)*, zur Tageszeit und nicht zur Nachtzeit diesen Gegenstand behandeln, und gerade das Faktum, daß man

militärische Fragen zur Nachtzeit diskutiert hatte, führte auch dazu, daß die österreichische Öffentlichkeit über die Fragen, die wir hier in aller Offenheit immer wieder ausdiskutiert haben, nicht gehörig informiert ist.

Ich möchte, Herr Bundesminister und meine Damen und Herren, doch eine sehr grundsätzliche Aussage für die Wehrpolitik der Österreichischen Volkspartei, insbesondere auch im Lichte der Pressemeldungen, die in der vergangenen Woche die Öffentlichkeit überschwemmt haben, machen. Ich möchte sehr grundsätzlich festhalten:

Es ist für den immerwährend neutralen Staat eine völkerrechtliche Pflicht — und dazu bekennt sich die Österreichische Volkspartei vollinhaltlich —, sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen. Dieser Grundsatz ist von allen im Parlament vertretenen politischen Parteien beschlossen worden.

Dieser Grundsatz wurde vor allem dann in der Verteidigungsdoktrin wiederholt, und diese Verteidigungsdoktrin, die von allen politischen Parteien nach mühsamen Verhandlungen getragen ist, hat unter anderem auch über die Frage des Schutzes der Lufthoheit sehr klare Aussagen. Es heißt im Punkt 2, daß die Lufthoheit zu wahren ist, daß die Neutralität auch in der Luft erhalten werden soll und daß die entsprechenden Einrichtungen für die Luftraumüberwachung geschaffen werden sollen.

Dafür gilt es Sorge zu tragen, wenn man Beschlossenes ernst nimmt, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)* Wer nicht Sorge trägt, läßt Verantwortlichkeit auf sich, und zwar gegenüber der Gemeinschaft, die er vertritt, und auch gegenüber jedem einzelnen Staatsbürger, der möglicherweise über die Erfordernisse der Landesverteidigung noch nicht sichtbar aufgeklärt wurde.

Und das ist ein Element der sogenannten geistigen Landesverteidigung, die — das muß ich hier herausstellen — von Seite der Regierung von Sinowatz angefangen bis hinüber zu Ihnen und all den Gremien, die hier aufzutreten hätten, im Grunde vernachlässigt worden ist. Vielleicht gibt es Ansätze in der jüngsten Zeit, aber Jahre hindurch wurde dieses Gebiet vernachlässigt, und dann darf man sich nicht wundern, wenn die Öffentlichkeit auf Schlagzeilen hineinfällt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für die Österreichische Volkspartei steht die Notwendigkeit der Verteidigung des Luftraums durch ein qualifiziertes Material außer Zweifel.

Dr. Ermacora

Und ich möchte ganz deutlich hervorheben — vielleicht ist das in dieser Schärfe noch nicht gesagt worden, vielleicht darf ich das als eine persönliche Meinung vortragen, aber man muß sie vortragen —: Wenn nicht ein österreichischer Abfangjäger den österreichischen Luftraum zu sichern imstande ist, so möglicherweise der eines fremden Staates! Ich glaube, über die Tragweite dieser Aussage müßte einmal die österreichische Öffentlichkeit aufgeklärt werden, insbesondere müßte sie aufmerksam gemacht werden, daß Österreich in seiner strategischen Lage und daß der Luftraum in seiner luftstrategischen Gewichtigkeit eine fundamentale Bedeutung in Mitteleuropa hat, eine Bedeutung nicht nur für Europa, sondern vor allem für die österreichische immerwährende Neutralität. Wenn man schon das anders nicht aussagen kann, so muß der frei gewählte Abgeordnete die Möglichkeit haben, das hier deutlich auszusprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Österreichische Volkspartei hat diese Notwendigkeit nicht bestritten, und wer das behauptet, spricht eine glatte Unterstellung aus.

Die Entscheidung über die Anschaffung sogenannter Abfangjäger steht als Grundsatzentscheidung seit 1976 fest. Wenn die Regierung bis heute in dieser Sache nichts als Worte verlautbart hat, der Landesverteidigungsrat keine entscheidungsreifen Unterlagen erhalten hat, ihm vor allem kein Finanzierungsplan vorgelegt wurde, dann ist das Ganze bis jetzt ein Luftgeschäft gewesen!

Ich knüpfe an Josseck an und möchte sagen, daß die ganze Verteidigungskonzeption ein Luftgeschäft wird, wenn man weiß, daß die Regierung mit uns allen ein Verteidigungskonzept beschlossen hat, das sie bis heute nicht finanzieren konnte. Für die Erfüllung dieses Konzeptes benötigt das Bundesheer zumindest seit 1978 jährlich so viel Geld wie rund fünf Abfangjäger kosten würden, und dieses Geld hat die österreichische Bundesregierung zumindest seit 1978 nicht auf den Tisch legen können. Das muß der Öffentlichkeit gesagt werden, und darüber gibt es überhaupt keinen Zweifel und kein Deuteln, da können, ich glaube, alle Abgeordneten der SPÖ heraustreten und etwa das Gegenteil behaupten, sie werden es nicht beweisen können. Niemand von Ihnen wird es beweisen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Regierung soll sich zunächst oder also bemühen, dieses beschlossene Verteidigungskonzept zu finanzieren. Wie wird sie vorgehen, wenn sie für die primitivste Situation der Landesverteidigung, ganz abgesehen vom

hochtechnisierten Material, das Entsprechende nicht vorkehren kann? Wie wird sie vorgehen?

Herr Bundesminister! Diese Frage ist keine Abfangjägerfrage, sondern eine Normalfrage des österreichischen Verteidigungsbudgets. Sie werden spätestens beim Budget 1982 darüber Auskunft zu geben haben.

Aber die Volkspartei — und das darf ich auch mit allem Nachdruck vertreten und vertreten gegenüber all diesen Schlagworten und allfälligen Mißinterpretationen — hat, und das ergibt sich ja eindeutig aus der Parteiaussendung, die Bereitschaft ja selbstverständlich erklärt, ein Finanzierungskonzept für die Abfangjäger, das von der Bundesregierung vorgelegt wird, zu beraten. Entscheiden muß in dieser Frage die Regierung, denn es ist ausschließlich eine Regierungsentscheidung. Die Opposition kann beraten, aber sie hat in dieser Frage nicht mit zu entscheiden.

Herr Minister! Sie sind der Anführer des Entscheidungsgremiums; so hoffe ich. Beraten werden wir Sie, wie wir uns die Finanzierung dann vorstellen, wenn wir ein Finanzierungskonzept vorgelegt erhalten.

Herr Bundesminister! Ich möchte herausstellen, daß, solange kein solches Finanzierungskonzept vorliegt, der Abfangjäger Gegenstand des Streites um Worte ist, aber nicht Gegenstand des Streites um die Finanzierung. Ein Streit, meine Damen und Herren, der nicht von der ÖVP vom Zaun gebrochen wurde. Und auch das muß die Öffentlichkeit einmal erfahren, und ich glaube, man sollte einmal die Chronologie des Redens um den Abfangjäger seit 1976 deutlich machen. Wenn man diese Chronologie vor Augen hat — und wir haben sie vor Augen —, so muß man entsetzt sein darüber, wie die Öffentlichkeit über diesen so brisanten Gegenstand informiert ist.

Herr Bundesminister! Als die Wehrsprecher von Ihnen im vorigen Jahr empfangen wurden und Sie den Wehrsprechern eine Vorstellung über die Möglichkeit des Anschaffens von Abfangjägern vorgetragen haben, sind Sie hinsichtlich dieser Information nicht in die Presse gegangen. Einige Wochen nach dieser Information findet ein Interview des Herrn Armeekommandanten Spannocchi statt, in dem er erklärt hat: Ohne Abfangjäger — die neutralitätspolitische Hölle. Daraufhin wurde, ebenfalls in einem Presseinterview, der Herr Bundeskanzler Kreisky dazu gefragt, der zwar nicht gesagt hat, daß es sich um eine neutralitätspolitische Hölle handle, wenn es keine Abfangjäger gäbe, der aber

Dr. Ermacora

zumindest zu erkennen gegeben hat, daß man diese nun kaufen werde. Das findet sich auch im „Spiegel“ in einer großen Überschrift, wo es heißt, daß nun die sozialistische Regierung den Bann in dieser Frage sozusagen gebrochen hat.

Auf Grund dieser Kreisky-Zusage hatte der Laie annehmen müssen: Wenn so eine Zusage gemacht wird, denkt er sich dabei etwas und spricht eine solche Zusage nicht in den sogenannten Luftraum hinein.

Weit gefehlt, meine sehr geehrten Damen und Herren! Er hat so gehandelt, wie er immer gehandelt hat: „Sechs Monate sind genug“, hat er ausgesprochen, ohne daß damit ein begleitendes Konzept verbunden gewesen wäre.

„Wir brauchen Abfangjäger“, hat er ausgesprochen, ohne daß damit ein begleitendes Konzept verbunden gewesen wäre.

Wir haben den Landesverteidigungsrat einberufen lassen, wozu wir nach der Geschäftsordnung das Recht haben, und im Landesverteidigungsrat mußten wir feststellen, daß eigentlich über die ganze Frage nur geredet wurde, aber überhaupt keine greifbaren Konzepte — außer veraltete aus der Zeit der ersten Phase der Diskussion — vorgelegen haben.

Und von dort an gehen nun Bemühungen, die bis heute zu keinem sichtbaren Erfolg führten, hin und her. Sporadisch interessiert sich die öffentliche Meinung, wenn jemand irgend etwas erklärt. Der Herr Minister Pahr hat die Erklärung abgegeben, der Steiner und ich entgegengetreten sind, daß der Abfangjäger für die Neutralität nicht unbedingt notwendig ist. — Bitte, wenn man schon von Unverständnissen und Unkenntnissen spricht, so darf ich hier offen sagen, daß auch diese Äußerung des Herrn Ministers Pahr der Sache überhaupt nicht gerecht wird.

So ist das dahingegangen, bis Salcher nun, sich auf Josseck und mich und auf meine Erklärung beziehend, daß Sie doch Ihr Amt zurücklegen mögen — das werde ich dann in anderem Zusammenhang sehr wohl noch einmal wiederholen —, erklärt hat: Wir haben kein Geld!

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn der Finanzminister das aussagt, dann ist doch deutlich gemacht, daß das eine Verantwortlichkeit der Regierung und nicht der Österreichischen Volkspartei ist! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Warum gehen Sie denn uns an, wo wir uns geradezu hundertprozentig zur Landesvertei-

gung, zu ihrem Konzept, zu ihrer Realisierung bekennen? Und Ihr Finanzminister sagt, er hat kein Geld, und dann sagen Sie uns, daß wir dafür etwa verantwortlich seien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist das typische Zeichen sozialistischer finanzieller Planlosigkeit! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das reicht — seinerzeit — von der UNO-City, wo ich die Auszeichnung und das Vergnügen hatte, im Untersuchungsausschuß zu sitzen und mir das alles mitangehört habe, diese ganze Auseinandersetzung, über das Konferenzzentrum, wo ich auch einmal das Vergnügen hatte, in einer Art Untersuchungsausschuß dabei gewesen zu sein, über die AKH-Frage, wo ich auch zumindest einmal dabei gewesen bin und mir das angehört habe, bis zur Finanzierung der Landesverteidigung. Diese finanzielle Planlosigkeit!

Da kommt der Armeekommandant, den ich als Militär schätze, legt ein riesiges Konzept vor, das akzeptiert die Regierung; die Regierung ist aber nicht imstande, die entsprechenden Finanzierungsmöglichkeiten für dieses Konzept überhaupt anzupeilen, vorzulegen, geschweige denn vorzukehren.

Der Minister sagt dann, man solle das Heer in Ruhe lassen, man solle es in Ruhe wachsen lassen. Das höre ich dann überall. Man solle es in Ruhe wachsen lassen! Herr Minister, ich darf nur sagen, so wie Sie das Heer behandeln, hungern Sie es aus, das heißt also Wachsen durch Aushungerung, ist das vielleicht die sozialistische Form der Abrüstung, diese Frage stelle ich an Sie, meine Damen und Herren und Herr Minister, ist das eine sozialistische Form der Abrüstung, das Bundesheer auszuhungern, finanziell auszuhungern? Wenn Sie meinen, man solle das Heer in Ruhe lassen, dann meinen Sie aber doch eher in Wahrheit, daß Sie in Ruhe gelassen werden sollen.

Herr Minister, Ihre Verantwortlichkeit werde ich, solange ich eine solche Funktion in der Österreichischen Volkspartei habe, immer anmahnen, und es geht hier bei der Annahme um Ihre Verantwortlichkeit und auch um Ihren Rücktritt, gar nicht um die Abfangjäger, es geht um das desolatte Finanzierungskonzept für die österreichische Landesverteidigung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn heute der so harmlos scheinende Bericht der Beschwerdekommission zur Debatte steht, so berührt er durch seine Kapitelüberschriften dennoch Grundfragen der Konzeption der militärischen Landesverteidigung und ihrer Ausführung, wobei das Heer die sehr grundlegende Aufgabe erfüllt hat,

Dr. Ermacora

mit seiner Propagandaeinrichtung ein in der Öffentlichkeit gutes Image zu erzeugen.

Ich möchte die Grundfragen oder doch einige Grundfragen herausstellen. Das militärische Dienstrecht und die Verbürokratisierung der Bewältigung der Überstunden, das ist ein Problem, das dem Soldaten unter die Haut geht. Ich habe Möglichkeiten gehabt, auf Grund des Erlasses, der am 1. Jänner 1981 für die Überstunden in Geltung getreten ist, zu sehen, wie man diese Überstunden berechnet. Bis in die Sekunden hinein müssen diese berechnet werden und werden diese berechnet, das ist zugleich ein Anliegen, das ich Herrn Staatssekretär Löschnak, der über das Formularienwesen spricht, vortragen möchte. Wenn Sie einmal, Herr Staatssekretär Löschnak, diese Formularien gesehen haben, die sich militärische Dienststellen anlegen müssen, um die Überstunden zu berechnen, dann brauchen Sie für jede militärische Dienststelle einen eigenen Dienstposten, um das bewältigen zu können. Bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren, bekümmern Sie sich um dieses Faktum. Im Beschwerdekommmissionsbericht erklären die Unteroffiziere, die mit dieser Aufgabe betraut sind, noch nicht, daß sie sich dadurch beschwert fühlen, ich aber bin überzeugt, daß sie sich beschwert fühlen.

Die mangelnde Infrastruktur, meine sehr geehrten Damen und Herren, die ist sehr wohl ein Element des Beschwerdekommmissionsberichtes und meine Nachredner von meiner Fraktion werden einige Beispiele anführen, und ich darf auch im Namen meines Freundes, des Herrn Abgeordneten Koppensteiner, sehr stark herausheben, was wir mit unseren eigenen Augen gesehen haben, nämlich den Zustand der Rohrkaserne in Seebach bei Villach, die in einem desolaten Zustand ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man macht sich ja als Außenstehender gar keine Vorstellungen, in welchen Kasernen da und dort — es gibt natürlich gute Bauten — österreichische Soldaten ihre Wehrpflicht ablegen müssen. Ich habe das mit eigenen Augen gesehen, daß etwa für 100 Mann Waschbecken für fünf da sind und drei oder vier Pissoirs, meine Damen und Herren, wenn Sie gestatten, daß ich in diese Niederungen der Probleme der Beschwerdekommmission eingehe. Mich hat das so erschüttert, daß ich aus meinem Verantwortungsgefühl dem Herrn Bundespräsidenten geschrieben habe, er möge doch Ihnen und dem Herrn Bautenminister nahelegen, doch endlich einmal die entsprechende Dotierung für den Bau dieser Kaserne vorzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich hinzufüge, das sind ja Schildbürgerstreiche, die Ihrer Konzeption entspringen; man baut ein neues Mannschaftsgebäude, aber das Verpflegungsgebäude wird nicht gebaut, da müssen die Leute über drei Kilometer her die Verpflegung angeschafft haben, wo das Kartoffelpüree hinuntersinkt zu einem Drittel seines Bestandes; meine Damen und Herren, so sieht die Sache aus, und darum kümmern Sie sich nicht, da haben Sie vielleicht nicht einmal hingeschaut, und da gibt es einen Briefwechsel, wo Sie auch wiederum versprochen haben, das wird gemacht, und es wurde nicht gemacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da liegen die Probleme! Da können Sie über die Abfangjäger diskutieren und kritisieren, aber hier beginnt das eigentliche Problem der österreichischen Landesverteidigung, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dann haben Sie eine Scheinstruktur aufgebaut, zumeist Stäbe und Aufstellung von Stäben, aber keine Einheiten. Schauen Sie sich das Schicksal der Bereitschaftstruppe an, und hier, Herr Minister, darf ich Ihnen einmal zur Kenntnis bringen, allen zur Kenntnis bringen, damit Sie wissen, wie lange er schon im Gesetzesvollzug steht, es ist der § 67 des Wehrgesetzes, da heißt es: Um ständig einsatzbereite mobile Streitkräfte in solchem Umfang verfügbar zu haben, daß die zunächst erforderlichen Sicherungsmaßnahmen zur Verteidigung Österreichs, daß eine geordnete Mobilmachung sichergestellt ist, ist unverzüglich eine Bereitschaftstruppe aufzustellen.

Und dann heißt es: Wenn Ihnen das nicht gelingt, so hat die Bundesregierung auf Grund einer Empfehlung Maßnahmen zu ergreifen.

Sie wissen, Herr Minister, daß Sie der Mann sind, der der Bundesregierung die entsprechenden Anregungen zu geben hat; nichts ist geschehen, meine Damen und Herren, wir wissen seit zehn Jahren, daß diese Bereitschaftstruppe nicht steht.

Herr Minister, wenn Sie mich jetzt anklagen, der Herr Abgeordnete Peter hat einmal den Tödling des Hochverrats angeklagt, bitte, dann rufen Sie mir das zu, aber das möchte ich Ihnen sagen, Sie wissen genauso wie ich, daß die Bereitschaftstruppe, soweit sie aus Jägern besteht, im Jahr drei Monate nicht verfügbar ist, weil die Leute kein Kontingent haben, das Kader ist auf Urlaub.

Drei Monate lang ist die Jägertruppe als Bereitschaftstruppe nicht zur Verfügung. Herr Minister, haben Sie sich das einmal bei

Dr. Ermacora

Ihren Berichten, die Sie bekommen, vor Augen gehalten? Warum berichten Sie nicht dem Landesverteidigungsrat, warum berichten Sie nicht der Bundesregierung, und da wollen Sie mit uns über die Abfangjäger streiten — Herr Minister, nehmen Sie sich bei Ihrer ureigensten Nase. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte herausstellen, für die Rüstung fehlt das entsprechende Konzept, Herr Minister! Da haben wir eine Neutralität nach dem Muster der Schweiz beschlossen, hoch und feierlich, am 27. April 1955, in diesem Hause wurde das zur Kenntnis genommen, und wenn Sie hier die Vergleiche anstellen, da haben Sie Richtlinien für die Gestaltung einer nationalen Rüstungspolitik in der Schweiz, mit einem Bundesratsbeschluß vom 28. April 1971, ich habe nichts Gleichwertiges für Österreich gesehen.

Herr Minister, alles das ist im Bericht der Beschwerdekommision nicht zu lesen.

Herr Minister, ich möchte herausstellen, es gibt genügend Möglichkeiten, auf der Basis entsprechende Vorkehrungen zur Verbesserung, ohne daß Sie große Gesetzesmaßnahmen ergreifen müssen, zu treffen.

Haben Sie sich schon einmal überlegt, ob es wirklich notwendig ist, daß jeder LKW im Bundesheer voll geländefähig ist? Haben Sie sich das schon einmal überlegt? Bei diesen Straßen in Österreich?

Haben Sie sich überlegt, ob es notwendig ist, Einkaufskurierfahrten und unnötige Transporte mit geländigen KFZs zu machen?

Haben Sie sich überlegt, Herr Bundesminister, wie man mit Geräten, die von Lieferfirmen geliefert wurden, umgegangen ist, daß die im Arsenal eine Zeitlang gestanden sind? Das ist wie in Afrika. Ich war mehrmals in gewissen Gebieten Afrikas in laufenden Abständen, wo ich jedes zweite Jahr dieselben Kettenfahrzeuge, das waren zwar keine Panzer, sondern Traktoren, verrostet auf demselben Platz stehen gesehen habe. Bitte, so drastisch wird es im Arsenal nicht gewesen sein, aber es ist etwas dran an der Sache.

Haben Sie Einsparungen erzielt, Herr Bundesminister, für Leistungen, die man nun nicht unbedingt vom Bundesheer bezahlen müßte? Bahn, Post, Steuern, Bundesforste. Was haben Sie sich hier vorgestellt? Sie werden sagen, das ist kleinkariert, und so könnte ich Ihnen in kleinkariert Weise das vorführen, was zu tun ist, bevor Sie die Österreichische Volkspartei in puncto Abfangjäger angreifen. *(Beifall bei der ÖVP. — Bundesminister R o s c h: Ich habe Sie nicht angegriffen!)*

Wenn Sie das so sagen, Sie haben mich nicht angegriffen, dann kann ich nur dazu formulieren: Bevor man angreift, wobei ich die Konzeption ja sehr deutlich gemacht habe.

Herr Bundesminister! Der Beschwerdebericht, den wir genehmigen, würde nach dieser Diskussion als Beschwerde gegen die Regierung in Angelegenheiten der Landesverteidigung zu verstehen sein.

Ich glaube, wir sind hier die Beschwerdeführer, die diesen Beschwerdebericht in ihrer Aussage verstärken. Wir sind hier die Beschwerdeführer, die das Grundlegende herausstellen und die grundlegenden Beschwerden treffen, die in diesem Bericht im einzelnen getroffen sind. Herr Bundesminister, schaffen Sie diese Abhilfen, legen Sie uns einen Bericht über den Zustand der Landesverteidigung vor, so wie in der Schweiz das ausdiskutiert wird, dann werden wir hier imstande sein, das auszudiskutieren.

Herr Bundesminister, ich möchte noch etwas wiederholen, was ich Sie vor zwei Wochen gefragt habe, das gehört mit in das ganze Bild dieser Regierungspartei und ihrer Einstellung zur Landesverteidigung, wenn Sie — und ich komme noch einmal darauf zurück, das ist mein Steckenpferd seit einem Monat — den Satz des Verbandsobmannes der Sozialistischen Jugend Cap lesen. „Mir fehlt einfach die Lust“, schreibt er als Führer der Sozialistischen Jugend — ich übergehe dann einen parteiwissenschaftlichen Hinweis, er verweist auf Victor Adler —, „als Kanonenfutter oder sogenannter österreichischer Eintrittspreis für fremde Mächte potentiell statistisch vorgemerkt zu sein. Denn auch die heutige Form des Milizheeres“, schreibt Cap, „könnte bloß ein subtiler militaristischer Wolf im Schafspelz der Umfassenden Landesverteidigung sein.“

Sie haben es seit dieser Erklärung — und das ist die Februar-Nummer der „Zukunft“ — nicht der Mühe wert gefunden, öffentlich zu dieser Erklärung des Chefs der Sozialistischen Jugend Stellung zu nehmen.

Herr Bundesminister, wir nehmen natürlich den Bericht der Beschwerdekommision zur Kenntnis, Sie haben aber wohl erkennen müssen, welches Anliegen wir mit diesem Bericht verbinden.

Wenn ich eine persönliche Bemerkung machen darf: Wenn Sie mich oder wenn man mich, meine Damen und Herren, wegen meines Engagements für die militärische und die umfassende Landesverteidigung belächelt, so möchte ich hier als freigewählter Abgeordneter feststellen, daß es noch immer Elemente

6906

Nationalrat XV. GP — 68. Sitzung — 20. März 1981

Dr. Ermacora

des Idealismus gibt, auch wenn man verlacht wird, für eine gute Sache einzutreten. (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Ofner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Ofner** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zu meinem verehrten Vorredner Professor Ermacora: Niemandem fällt es ein, ihn wegen seines Engagements für die Abfangjäger anzugreifen, außer Exponenten in seiner eigenen Partei.

Es ist auch nicht so, daß er hier belächelt worden wäre, es ist nicht so, daß Josseck ihm irgendwelche Vorhaltungen oder Vorwürfe gemacht hätte. Ich habe auch nicht feststellen können, daß aus den Reihen der Abgeordneten der Regierungspartei ihm gegenüber irgendeine abschätzige Bemerkung gefallen wäre. Der Vorwurf hat sich nicht gegen Sie, hochverehrter Herr Kollege, gerichtet, sondern gegen diejenigen in Ihrer eigenen Partei, die Sie immer wieder desavouieren bei Ihren Bemühungen, der Landesverteidigung zu helfen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Professor Ermacora hat einen Seiltanzakt als Wehrsprecher in seiner Partei zu vollführen, über Abgründen sich, mühsam das Gleichgewicht haltend, hinüberzuturnen, und auf der einen Seite rüttelt an den Ständern nur zu oft die Regierungspartei und auf der anderen viel erfolgreicher die eigene.

Ich kann mich nicht erinnern, wie es gewesen ist bei der Zivildienstgesetz-Novelle 1980. Wir alle spüren jetzt schon die negativen Auswirkungen, die sie gebracht hat. Ermacora hat sie damals schon erkannt, Kraft auch, du auch. Ihr habt alle vorher erklärt, also wenn die ÖVP hier zustimmt — wegen dieser Verfassungsbestimmung da brauchen uns die Sozialisten —, die Zustimmung von unserer Partei gegeben wird, dann ist mit uns nicht mehr zu reden, dann ist Ermacora nicht mehr Wehrsprecher, und Kraft wird sich nicht mehr kümmern.

Und am nächsten Tag ist die ÖVP umgefallen gewesen, sie hat zugestimmt, und Ermacora ist noch immer Wehrsprecher, und Kraft wird der nächste oder übernächste Redner da draußen sein.

Niemandem von uns fällt es ein, euch zu belächeln, niemandem von uns fällt es ein, euch Vorhaltungen zu machen, aber Ihr tut uns wirklich ehrlich und aufrichtig leid, weil Ihr es unerhört schwer habt in eurer eigenen Partei mit euren guten Absichten.

Der Bericht der Beschwerdekommision: Wir lesen zwischen den Zeilen das, was wir alle wissen: Dem Heer geht es schlecht. Es befindet sich in der personellen Schere. Ich habe schon erwähnt, die Zivildienstgesetznovelle 1980 beginnt sich auszuwirken. Die Zahl der Zivildienstwerber steigt bereits merkbar an.

Gleichzeitig, wir haben es erst in den Zeitungen gelesen, steigt auch die Anzahl der Untauglichen. Aber vielleicht sind die jungen Leute gar nicht weniger gesund, vielleicht ist es nur so, daß mit dem vermehrten, mit dem verstärkten Einsatz der Diagnosestraßen wirklich alle nicht voll Tauglichen auch als solche erkannt und ausgeschieden werden. Und gleichzeitig gibt es sinkende Jahrgangsziffern.

Und so erhebt sich für das Heer schon in allernächster Zukunft die Frage, wie es seinen Personalstand decken soll, wie es die jungen Männer, die es braucht, um den Aufgaben, die der Landesverteidigungsplan gestellt hat, nachkommen zu können, bekommt. Wie gesagt: weniger Wehrpflichtige, mehr Untaugliche und mehr Zivildienstwerber.

Dazu kommt die Malaise mit dem ständigen und immer intensiver werdenden Infragestellen der Geräte- und Waffenproduktion in Österreich. Es wird völlig übersehen oder es wird in Kauf genommen von denen, die da immer wieder als Kritiker auftreten, daß das Heer eines neutralen Kleinstaates darauf angewiesen ist, die Waffen im eigenen Land zu beziehen, im eigenen Land zu kaufen, im eigenen Land erzeugen lassen zu können.

Die österreichischen Produkte auf diesem Sektor befinden sich im absoluten Weltspitzenfeld. Wer auf dem Golan zum Beispiel beobachten hat können, wie neiderfüllt die Soldaten aus Ost und West, aus den neutralen Ländern, aus den Heeren aller Welt auf die österreichischen Waffen, auf die österreichischen Geräte schauen, wie sie das Sturmgewehr bewundern, wie sie den Pinzgauer bewundern, wie sie neidig sind nach der Manesausrüstung, der erkennt, wie gut der Kern ist, der diesbezüglich in Österreich geschaffen worden ist.

Aber es geht nun gerade bei den Waffen, die einen teuren Spaß darstellen, um den Export. Denn ohne Export ist es nicht möglich, die Stückzahlen aufrechtzuerhalten, um halbwegs erschwingliche Preise auch im Inland erzielen zu können. Und die Kritik an der Waffenproduktion, als Kritik am Waffenexport vor einigen Monaten begonnen, richtet sich nun direkt gegen die Erzeugung in Öster-

Dr. Ofner

reich, und zwar in einer Form und in einer Intensität, daß alles, was in diesem Zusammenhang mühsam in Jahren und Jahrzehnten aufgebaut wurde, in Frage gestellt wird.

Die Verunsicherung umfaßt beide Betroffenen: Die Industrie einerseits, die ohnehin mit Schwierigkeiten an allen Ecken und Enden — wir haben uns gestern den ganzen Tag hier damit beschäftigt — zu kämpfen hat, und das Heer andererseits.

Fragen Sie einmal einen VEW-Arbeiter, fragen Sie einen Mitarbeiter in der verstaatlichten Industrie, was er von denjenigen hält, die es immer für notwendig halten, bei jedem Kürassier-Panzer, der irgendwohin geliefert werden soll, zu sagen: Halt, das geht nicht, wir sollten lieber Kochtöpfe erzeugen. Fragen Sie, horchen Sie hinein in die Industrie, was in diesem Zusammenhang von den Arbeitern, ganz besonders von den Arbeitern gegenüber denen, die immer glauben, päpstlicher als der Papst sein zu müssen, für eine durchaus richtige, aber sehr energische Haltung an den Tag gelegt wird. Wir sind der Meinung, daß man die Betroffenen in diesem Zusammenhang — und das sind die Leute an den Hochöfen und an den Drehbänken — viel mehr fragen sollte als die Berufsfunktionäre, die das gar nichts angeht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist die Jugend vom Heer nur zu oft enttäuscht. Sie tritt — und da gibt es jüngste Umfragen, die allerjüngste, glaube ich, vom Mittelschülerkartellverband — sehr positiv der Landesverteidigung gegenüber. In überwiegender Zahl sind die jungen Menschen der Ansicht, es lohnt sich, unser Land zu verteidigen, und wir haben auch die Chance, zielführend diesbezüglich tätig zu werden. Aber dann passiert es bei manchen Einheiten — nicht bei allen zum Glück —, daß die, die so positiv den Wehrdienst begonnen haben, schwer frustriert und enttäuscht aus dem Heer zurückkommen. Immer wieder begegnen wir der Klage, daß es Leerlauf — noch immer Leerlauf — beim Heer gebe. Ich betone: keineswegs bei allen Einheiten. Im Gespräch mit vielen jungen Menschen, die beim Heer sind und die man fragt: Gibt es bei euch Leerlauf?, sagen die: Einen Leerlauf? Das muß ein anderes Heer sein, von dem da die Rede ist. Wir sind von in der Früh bis in die Nacht hinein, wie uns scheint, sinnvoll eingesetzt.

Aber es gibt die Einheiten mit dem Leerlauf, und dann geht man den Dingen nach und stellt fest, daß es fast immer der Mangel an Geld ist, der dahintersteckt. Er führt zum Mangel an Personal. Er führt dazu, daß Offi-

zierspositionen von Unteroffizieren eingenommen werden müssen, daß Offiziere in höheren Verwendungen untergebracht werden müssen, herangezogen werden müssen, als dies eigentlich vorgesehen wäre. Es gibt den Mangel an Betriebsmitteln, der die Verbände daran hindert, sich im Gelände motorisiert so zu bewegen, wie es für die Ausbildung, aber auch für eine sinnvolle Betätigung notwendig wäre. Und es gibt den Mangel an Munition aller Kaliber, an Übungsmunition, an scharfer Munition, was solche Pannen, wie Josseck sie geschildert hat, daß gegenüber einem ausländischen Militärattaché ein Präsenzdiener zugeben muß, jetzt rüste ich ab und ich habe mit dem Gerät, das ich zu bedienen hab, keinen scharfen Schuß abgegeben, hervorruft.

Wir glauben, daß es ein Opfer für jeden jungen Menschen bedeutet, wenn er sich entschließt, einige Monate hindurch dem Staat seine Arbeitskraft, seine Freizeit zur Verfügung zu stellen, wenn er allen Anfechtungen, sich allenfalls als Zivildienstler zu versuchen oder ähnliches, nicht stattgegeben hat. Und wir glauben, daß es daher die vornehmste Aufgabe der Landesverteidigung ist, dafür zu sorgen, daß diese positiv eingestellten jungen Menschen nicht enttäuscht werden, daß sie erkennen, daß sie auf dem richtigen Weg sind, daß sie vernünftig eingesetzt worden sind und daß es sich rentiert hat, sich einzusetzen. Das ist es, was wir verlangen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Alles in allem, Hohes Haus, müssen wir erkennen, daß die Erfüllung der Zielsetzungen des Landesverteidigungsplanes in Frage gestellt erscheint. 1986 soll die erste Stufe mit 186 000 Soldaten abgeschlossen sein; die sollen einsatzfähig zur Verfügung stehen. Aber nicht nackt und unbewaffnet, nicht ausgebildete Soldaten, die irgendwann einmal beim Heer gewesen sind, aber nicht entsprechend über die Mannesausrüstung, nicht entsprechend über die Bewaffnung verfügen, die sie unbedingt haben müssen, um entsprechend eingesetzt zu werden.

Wir wissen, daß es zirka 50 000 Paar Schuhe zu wenig gibt. Wir wissen, daß es einen Mißstand darstellt, daß die betreffenden Milizsoldaten die Schuhe, die sie mühsam eingegangen haben, an die sie sich mühsam gewöhnt haben, nicht mit nach Hause nehmen können, daß der bei jeder Übung einen halben Tag braucht mit allen seinen Kameraden, bis alle Schuhe haben, die halbwegs passen, daß eine Woche vergehen würde, bis sie die Schuhe wieder halbwegs eingegangen haben.

Dr. Ofner

Wir überlegen, was in einem MOB-Fall passieren würde, wenn alle wieder erst einmal versuchen müssen, Schuhe zu finden, mit denen sie über die Distanz kommen können.

Es gibt zu wenig Kampfanzüge. Es wird in Verbänden davon gesprochen, daß von den Kaderleuten, von denen jeder zwei „Gwandln“ hat — das ist ja das Mindeste, was er im internationalen Vergleich braucht —, dann, wenn einmal wirklich was los ist, wenn der MOB-Fall oder ähnliches eintritt, jeder ein Gwandl ausziehen muß, um es einem einrückenden Milizsoldaten geben zu können, damit der nicht in der Unterhose dasteht. Das sind doch unhaltbare Zustände. Das erinnert an den Witz, wo es heißt: In der Kompanie kann endlich die Wäsche gewechselt werden, Berger wechselt mit Bauer, Bauer wechselt mit Huber, Huber wechselt mit Maier. So in diesem Sinne.

Wir glauben, daß man hier doch endlich beginnen wird müssen, großzügig vorzugehen, nicht nur Groschen auf Groschen zu legen.

Aber eines ist auch klar: das sind nicht die Versäumnisse, die sich von heute auf morgen zeigen. Das sind auch nicht die des letzten Jahrzehnts, meine Damen und Herren von der rechten Reichshälfte, das sind die Versäumnisse der letzten 20, 25 Jahre, die sich hier bemerkbar machen. Da kann man die einen nicht davon freisprechen und auch die anderen nicht.

Aber es geht nicht nur ums Geld an sich. Es geht auch um Ideen. Es geht auch darum, das, was das Heer bieten kann, durch zielgerechte Werbung entsprechend umsetzen zu können. Beim Heer fehlt es an Personal. Truppenkommandanten etwa im Süden Wiens erzählen einem, daß es im Bereitschaftstruppenbereich an Hunderten, insgesamt an Tausenden Leuten fehle, an Chargen, an Wehrmännern an Unteroffizieren, um die Stände in diesem Bereich — Kollege Mondl schüttelt so den Kopf, wie wenn einem die Majore, die Oberstleutnante dort alle anlügen würden; die lügen nicht, Kollege Mondl. Vielleicht reden Sie nur zu wenig mit ihnen. Die sind es, die einem sagen, wir haben die Leute nicht. Im Waldviertel oben haben sie sie, in der Steiermark haben sie sie in steigendem Maße. Aber bei uns gibt es sie nicht, sie sind im Bereich südlich Wiens nicht bereit, beim Heer zu bleiben. Es sind noch die Angebote der Wirtschaft attraktiver.

Allein die Bereitschaftstruppe wäre in der Lage, 6 000 Mann, um endlich auf den Stand zu kommen, den sie haben soll, aufzunehmen.

Jetzt gibt es — wir stellen es mit Bedauern fest — Freisetzungen im Bereich der Wirtschaft, im Bereich der Industrie in geradezu erschreckendem Umfange während der letzten Tage, Wochen und Monate. Wir haben uns alle damit befaßt, was die Firmenzusammenbrüche, die wir beobachten haben müssen, für die österreichische Wirtschaft, für die Arbeitnehmer bedeuten, und wir zittern davor, welche Folgeinsolvenzen, Folgeausgleiche, Folgekonkurse, Folgefreisetzungen von Arbeitskräften da noch nachkommen mögen.

Ich könnte mir gut vorstellen, daß die Landesverteidigung vor allem mit der Bereitschaftstruppe eine wesentliche Auffangfunktion für freigestellte Arbeitskräfte — vor allem im Süden Wiens, vor allem in Niederösterreich, aber auch in der Steiermark — haben könnte. Man bedenke, es handelt sich bei diesen Garnisonen — Wr. Neustadt, Baden, Großmittel, Bruck, Zwölfaxing, Götzensdorf — um die Garnisonen mechanisierter Verbände, die Leute, die Metallarbeiter sind, die mit Stahl und Eisen umgehen können, brauchen können wie einen Bissen Brot, die zu wenig davon haben. Auf der anderen Seite gibt es die Sorge um den Arbeitsplatz.

Aber natürlich wird man es verstehen müssen, den Dienst beim Heer über längere Zeiträume hinweg attraktiver zu gestalten. Man wird endlich einen echten Soldaten auf Zeit, wie wir Freiheitlichen es schon seit Jahren fordern, installieren müssen mit einer halbwegs ordentlichen Bezahlung. Daß natürlich ein junger Mann, der aus der Wirtschaft kommt, wenn er auch freie Kost und freies Quartier hat, nicht mit 3 000 S im Monat das Auslangen finden kann und das Auslagen finden will, ist klar. Man wird ihn nicht fürstlich entlohnen, aber ordentlich und angemessen bezahlen müssen.

Und für noch etwas wird man sorgen müssen — und das könnte schon ein Anreiz, das könnte schon ein Zuckerl sein —: Wer sich über einen längeren Zeitraum verpflichtet hat, wer damit dem Heer geholfen hat, die Stände zu füllen — was ja bis jetzt nicht gelungen ist —, und wer auch eine gewisse Entlastung für den Wirtschaftsbereich mitgebracht hat, der wird anschließend, wenn er sich um die Aufnahme in den öffentlichen Dienst bewirbt, absolut bevorzugt behandelt, also ins Heer und nach dem Abrüsten nach einem längeren Zeitraum bevorzugt in den öffentlichen Dienst. Das ist eine Forderung, zu der wir Freiheitlichen uns seit langem bekennen und die bis jetzt nicht erfüllt ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nicht jeder muß natürlich als Soldat diesen

Dr. Ofner

Weg gehen. In Österreich ist es ja noch immer so — und das führt nicht nur zu einem Aderlaß beider Kampfverbände, das führt auch zu Frustrationen bei den jungen Soldaten —, daß vieles, was eigentlich Zivilarbeit im Rahmen des Heeres darstellt, von Soldaten, von jungen Wehrpflichtigen erledigt wird. Dazu sind die ja nicht da. Die sind ja nicht da, um irgendwo Wäschestücke zu schlichten. Die sind ja nicht da, um irgendwo Schuhe zu lagern. Die sind ja auch nicht da, um irgendwelche Küchen- oder Vorbereitungsarbeiten in diesem Zusammenhang zu tun.

Der junge Mann, der einrückt, ist dazu da, im Ernstfall, der hoffentlich niemals eintreten wird — das hoffen wir alle —, mit der Waffe in der Hand als Kämpfer seine Pflicht zu tun und nicht Schuhe zu schlichten. Das weiß er selber auch und daher betrachtet er alle diese Zivildienste, die er eigentlich zu erledigen hat, als Leerlauf, er ist damit unzufrieden. Er sieht nicht ein, warum er sie absolvieren soll. Bei anderen Heeren hat man aus dieser Malaise längst die Konsequenz gezogen und beschäftigt zivile Hilfsdienste. In der Schweiz etwa werden alle diese Arbeiten von Zivilisten erledigt. Der Soldat ist da, um Soldat zu sein, und nicht, um in irgendwelchen Räumlichkeiten zusammenzukehren. Das machen zivile Frauen und Männer.

Aber auch da bedürfte es einer gewissen Systemänderung im Heer, der wir das Wort reden wollen. Die Wirtschaft setzt Arbeitskräfte frei, das Heer befindet sich diesbezüglich in der Schere, und es muß doch gelingen, die legistische und organisatorische Voraussetzung dafür zu schaffen, daß es diesbezüglich eine Verzahnung gibt.

Aber eine Idee möchte ich in diesem Zusammenhang wieder ins Gespräch bringen. Wir stellen immer wieder bei den Soldatengesprächen hier im Haus, einen Stock höher, fest, daß es Unzufriedene im Zusammenhang mit dem Erhalten des Systems auf beiden Seiten gibt. Da wird aus unerfindlichen Gründen der eine völlig gesunde eingezogene Wehrpflichtige im Rahmen der kämpfenden Truppe verwendet und der andere genauso gesunde wird als Systemerhalter eingesetzt, tut irgendwo Papier schlichten auf einer Stube oder etwas ähnliches, wofür er kein Verständnis hat.

Und es beschweren sich interessanterweise beide. Das führt natürlich dazu, daß sie beide nicht gerade beglückende Erinnerungen an ihre Militärdienstzeit mitbringen. Der eine sagt, wie komme ich dazu, daß ich jeden Tag um sechs Uhr früh mit Rucksack und Gewehr

ins Gelände hinaus muß, und mein Freund ist genauso gesund und der sitzt in der Schreibstube. Und der in der Schreibstube, der die Dinge aus der anderen Richtung sieht, sagt, wie komme ich dazu, daß ich da meine Tage versitze, und der andere darf in der frischen Luft mit einem fröhlichen Lied auf den Lippen hinausmarschieren.

Die Wahrheit liegt in der Mitte. Unzufrieden sind beide, aber es muß doch, wenn es schon so viele Untaugliche gibt, wenn es schon die Diagnosestraße erlaubt, genau festzustellen, wem was fehlt und was ihm fehlt, auch möglich sein, daß wir hergehen und sagen, der Volltaugliche kommt zur Kampftruppe selbst, und der etwas minder Taugliche, der einmal eine Meniskusoperation oder irgend etwas gehabt hat, der wird Systemerhalter, der wird in der Schreibstube sitzen und der wird die Decken schlichten und ähnliches tun. Aber etwas beweglicher, bitte, das ist das, was wir in diesem Zusammenhang fordern wollen.

Ein Wort zur Abfangjägerfrage, sie ist sehr strapaziert worden. Was Lanner gesagt und erklärt hat, haben wir alle gelesen und gehört, da nützen alle Beschönigungsversuche, die jetzt natürlich unternommen werden, alles Nebelgranatenwerfen in diesem Zusammenhang nichts. Es war wieder einmal das klassische Umfallen der ÖVP.

Ich lasse mir schon einreden, daß es in diesem Hohen Haus in den verschiedensten Fraktionen Leute gibt ... (*Abg. Hietl: Stehen noch lange!*) Sie sitzen zum Beispiel schon, Herr Kollege, das ist vielleicht die erste Stufe zum Umfallen in diesem Zusammenhang.

Ich lasse mir einreden, daß es Leute gibt, die sagen, ich will die ganze Landesverteidigung nicht, mir ist völlig egal, was mit dieser Republik Österreich geschieht, ich bin nicht bereit, Opfer zu bringen, und ich will es niemand anderem zumuten. Solche Leute gibt es, ich teile ihre Ansicht nicht und versuche, sie zu überzeugen, aber es gelingt in den seltensten Fällen.

Aber dann gibt es andere, die durchaus einsichtig sind. (*Zwischenruf des Abg. Wille.*)

Der Kollege Hietl möglicherweise.

Nein, Herr Kollege, er hat gesagt, er steht, und stehen tut er nicht. Er sitzt jedenfalls, das ist eindeutig. (*Abg. Wille: Ich stehe auch nicht!*) Aber Sie haben es in diesem Zusammenhang ... (*Zwischenruf des Abg. Dkfm. Gorton.*) Sie werden sich mit den Äußerungen des Sekretärs Lanner nicht identifizieren,

Dr. Ofner

aber der Hietl macht es möglicherweise, ich weiß es nicht. Wir reden über das Heer und wir wünschen dem Heer und uns allen spitze und nicht stumpfe Waffen, Herr Kollege, das ist es. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber bei der ÖVP ist es anders. Bei der ÖVP gibt es ja doch eine ganze Reihe von maßgeblichen Exponenten, die durchaus einsichtig sind in den Dingen der Landesverteidigung, die sich damit befassen, die bereit sind, auf die Barrikaden zu steigen, aber sie werden immer im letzten Moment aus den eigenen Reihen gemaxelt. Das ist es, was wir so bedauerlich finden. *(Zwischenruf: Was ist das?)* Das ist eine Schlinge. Einem Wiener muß man das sagen, der kann das nicht wissen. Wir vom flachen Land wissen schon, was „maxeln“ bedeutet und was es ist. *(Zwischenruf des Abg. Steinbauer.)* Ja, weil wir von euch immer gemaxelt werden in Niederösterreich, das ist es ja, Kollege Steinbauer.

Aber mir kommt einer, der schon Milliardenbeträge in das Luftleitsystem, in das Luftwarnsystem, in alles, was wir unter dem Begriff der Goldhaube verstehen, investiert hat und der dann sagt, aber bitte schön, die Jäger selber, die dazu gehören, die ersparen wir uns, der kommt mir vor wie ein Häuselbauer, der hergeht ... *(Zwischenruf des Abg. Dkfm. Gorton.)* Lesen Sie es nach, Herr Kollege: „Südost-Tagespost“. Der Kollege Josseck war ja vornehm, der hat gesagt, die „Südost-Tagespost“ steht der ÖVP nahe. Das ist ja nicht wahr, die ÖVP ist ja Eigentümerin dieser Zeitung. Und nur in dem ÖVP-Organ braucht man nachzulesen, und dann steht schon alles drinnen. Aber der ist wie ein Häuselbauer, der mühsam und mit großen Opfern sein Haus im Rohbau errichtet bis dorthin, wo man das Dach aufzusetzen hätte, und dann sagt er, aber für das Dach freut es mich nimmer. Da habe ich jetzt das Geld nicht und ich lasse den Rohbau stehen und lasse ihn verfallen, und das Geld ist dahin und das Dach ist nicht notwendig, und das setze ich nicht mehr auf.

Es ist die Anschaffung der Abfangjäger, Kollege Gorton, das ist euch peinlich bis dorthinaus. Die Reaktionen in den Heereskreisen waren ja entsprechend. Das ist ein Prüfstein für die Glaubwürdigkeit unserer Landesverteidigung schlechthin, diese Abfangjägerfrage.

Aber wir müssen uns alle miteinander, glaube ich, in Erinnerung rufen, daß die Landesverteidigung ja kein Spiel ist, das irgendwelche Leute, die nichts anderes und nichts Gescheiteres zu tun haben, aus freien Stücken betreiben, sondern daß es eine völker-

rechtliche Verpflichtung, resultierend aus unserer Neutralität, zur Landesverteidigung gibt. Das Völkerrecht stellt es nicht anheim, daß man irgendwelche Dinge, die man selber für ausreichend erachtet, tätigt und sagt, das ist unsere Landesverteidigung, sondern es gibt für eine angemessene Landesverteidigung verschiedene Kriterien, und dazu gehört auch die völkerrechtliche Verpflichtung, den Luftraum in die Überwachung miteinzubeziehen. Wer das nicht tut, der ist entweder nicht bereit, zu erkennen, worum es geht, oder er ist nicht bereit, danach zu handeln. Und wer dafür kein Verständnis hat, daß die Landesverteidigung das bekommen muß, was sie braucht, oder wer das Verständnis hat und es sich zur Gewohnheit macht, immer wieder umzufallen, wenn es ernst wird, der gefährdet die Neutralität dieses unseres Staates. Und er gefährdet damit die Sicherheit Österreichs schlechthin. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mondl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Mondl (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe keineswegs die Absicht, mich an dieser umfunktionierten Diskussion: Bundesheer — Beschwerdekommmissionsbericht — Grundsatzdiskussion, in der ganzen Breite zu beteiligen. *(Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Das ist auch sehr schwer!)*

Wir haben und hatten genug Möglichkeiten, Grundsätzliches zu diskutieren, und wir werden daher diesen Grundsatzball, wie der Herr Professor Ermacora gesagt hat, nicht annehmen. Warum, werde ich Ihnen noch im Laufe meiner Ausführungen sagen.

Zur Diskussion stehen der Jahresbericht 1979 der Beschwerdekommision in militärischen Angelegenheiten sowie die Stellungnahme des Bundesministeriums für Landesverteidigung zu diesem Bericht.

Diese Vorlagen sind in den letzten Jahren ohne Diskussion vom Hohen Haus zur Kenntnis genommen worden. Nur der vorvorletzte Bericht wurde ebenfalls einer eingehenden Diskussion unterzogen, aber nicht der Bericht selbst, sondern der gleichzeitig vorliegende Zustandsbericht des seinerzeitigen Bundesministers Lütgendorf. Es war dies ein äußerst musealer Bericht, aus dem Jahre 1975/76 stammend, der erst 1978 in diesem Hohen Haus diskutiert wurde.

Der Jahresbericht 1978, der im Sommer diskutiert wurde, brachte ebenfalls eine endlose Grundsatzdiskussion, die eigentlich für das

Mondl

Bundesheer selbst und für die Landesverteidigung keinen besonderen Nutzen hatte.

Heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Jahresbericht 1979 der Beschwerdekommision werden wieder plötzlich Leidenschaften geweckt. Mir scheint aber, es geht der ÖVP — mittlerweile hat es ja Herr Prof. Ermacora ganz offensichtlich zugegeben — gar nicht um den Kommissionsbericht. Der wurde sowieso nach eingehender Vorberatung durch die Parteienvertreter in der Bundesheer-Beschwerdekommision gemeinsam verabschiedet.

Der Grund der heutigen Diskussion ist ein ganz anderer. Sie wollen, wie Sie schon mehrmals von diesem Pult aus ausgesprochen haben, über die militärische Landesverteidigung zu einer fernseh- und pressegünstigeren Zeit diskutieren, wie Sie sich das letztmal ausgedrückt haben.

Sie werden also den an und für sich wieder musealen Bericht über das Tätigkeitsjahr 1979 der Bundesheer-Beschwerdekommision diskutieren. Es ist aber der Bericht über das Jahr 1980 schon fertig und dem Herrn Bundesminister von der Bundesheer-Beschwerdekommision zugegangen. Und wir diskutieren heute mit aller Heftigkeit einen Bericht, der schon über ein Jahr alt ist und keine Aktualität mehr besitzt.

Ich habe das Gefühl, daß auch die Reden, die angeblich korrespondierend zu diesem Bericht im Hohen Hause gehalten wurden, auf musealen Erkenntnissen beruhen. Denn anders kann ich mir das nicht vorstellen, wenn ich mich zurückerinnere, welche Furore beispielsweise diese Umstrukturierungserfolge innerhalb des Bundesheeres im In- und im Ausland ausgelöst haben, was sowohl in der Übung 1977, als auch dann in der großen Raumverteidigungsübung 1979 unter Beweis gestellt wurde und damit vor allem in der Motivation und der Imagebildung dem Bundesheer und der umfassenden Landesverteidigung unwahrscheinlich dienlich war.

Ich frage mich nur: Wem soll die heutige Diskussion nützen? Dem Bundesheer? Wollen Sie damit die österreichische Bevölkerung mehr für die Landesverteidigung motivieren, als Sie sie bisher motiviert haben?

Es haben sich seit der letzten Diskussion über die militärische Landesverteidigung anlässlich der Budgetdebatte am 3. Dezember 1980 keine neuen Fakten ergeben. Außer daß der Herr Prof. Ermacora, der Wehrsprecher der Österreichischen Volkspartei, sollte der diskutierte Ankauf von Abfangjägern nicht

zustande kommen, den Rücktritt des Herrn Bundesministers Rösch via Presse verlangte.

Jedoch unmittelbar danach haben wir via Dr. Lanner zu hören bekommen, daß der in Diskussion stehende Kauf von Abfangjägern nach Auffassung des ÖVP-Bundesvorstandes zu unterbleiben hätte, weil derzeit wichtigere Dinge zu finanzieren wären.

Ich muß mich nur wundern, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wir haben vorgestern eine heftige Auseinandersetzung gehabt und vor allen Dingen Vorwürfe im Rahmen der Fragestunde gehört, als man den Herrn Bundeskanzler zum wievielten Male fragte, was er von der Tätigkeit der Staatssekretäre halte. Eine Äußerung, die der Herr Bundeskanzler vor 14 Jahren gemacht hat, haben Sie jetzt von Tag zu Tag immer wieder neu releviert.

Und Sie haben eine Meinung an einem Tag, und am nächsten Tag haben Sie genau die gegenteilige Meinung! Da finden Sie aber nichts dabei. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Ich glaube, über das Projekt Abfangjäger müssen wir doch heute nicht diskutieren, das könnten wir doch viel besser — es ist auch bisher immer so geschehen — im Rahmen des Landesverteidigungsrates diskutieren; er ist ohnehin bereits für 10. April avisiert. Also wozu heute die Aufregungen, die ja meist durch Unkenntnis der Details bei den Abgeordneten hervorgerufen werden? Es ist auch gar nicht möglich, daß man sie da im Detail informiert, sodaß die Diskussion darüber ja gar nicht zielführend verlaufen kann.

Anlässlich der Budgetdebatte am 3. Dezember 1980 sagte Herr Dr. Ermacora, an den Herrn Verteidigungsminister gewendet, daß seine Kritik, wie es eben in einer parlamentarischen Rede so ist — meinte er damals —, blumenreicher und vielleicht da und dort etwas überspitzt ausgefallen ist.

Ich glaube, das, was heute vom Stappel läuft, dürfte auch als blumenreichst und überspitzt bis dorthinaus zu betrachten sein.

Meine Damen und Herren! Derartige Probleme der Landesverteidigung, ob ein Major oder ein Hauptmann oder ein Wachtmeister eine besondere Meinung über ein Detail gehabt hat, das kann doch wirklich nicht Gegenstand einer Grundsatzdiskussion in diesem Hohen Hause sein. Wir können nur Grundlinien festlegen, wir sind doch nicht einmal imstande, solche Details im Landesverteidigungsausschuß, ja nicht einmal im Landesverteidigungsrat zu diskutieren. Also wozu dann diese blumenreichen und überspitzten

Mondl

Ausführungen gerade über dieses so sehr sensible Thema Landesverteidigung? Dieses Thema ist ja nicht nur in Österreich sensibel, sondern auf der ganzen Welt.

Glauben Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, daß mit blumenreich und überspitzt vorgetragenen Reden zu einer pressegünstigen Zeit ohne wesentlichen Anlaß der militärischen Landesverteidigung geholfen wird oder Herr und Frau Österreicher für die umfassende Landesverteidigung dann besser motiviert werden? Sie reklamieren ja das immer wieder. Oder wollen Sie gedeihliche Verhandlungen im Rahmen der zivilen und wirtschaftlichen Landesverteidigung dadurch erschweren? Erleichtern auf keinen Fall.

Sie beklagen sich immer so furchtbar, daß auf dem Gebiete der militärischen Landesverteidigung zuwenig und in anderen Bereichen fast gar nichts geschehe. Ich muß Ihnen nur sagen, und das werden mir meine Kollegen bestätigen, die so wie ich das zweifelhafte Vergnügen haben, in der Unterkommission des Landesverteidigungsrates im wirtschaftlichen und zivilen Bereich zu diskutieren und den Entwurf des Landesverteidigungsplanes zu redigieren: Die Länder lassen sich Zeit, die sind durchaus nicht der Auffassung, die hier vertreten wird, man müsse sich da beeilen. Im Gegenteil, die Verhandlungen gehen sehr schleppend, und die Unterlagen, die man seitens der Länder über die Länderverbindungsstelle erwartet, kommen nur sehr zögernd herein und sind immer so abgefaßt: Da müßte man noch über die Kompetenzen und letztlich dann über die Finanzierung diskutieren. Wobei es immer so aussieht: Die Kompetenzen wollen wir ja sehr gerne behalten, aber zahlen soll es doch der Vater Staat — damit meint man den Bund.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben hier eine Reihe von Kritiken gehört. Ich möchte nicht den Verdacht erwecken, daß ich mich den gravierendsten entziehen will und dazu keine Stellung beziehen möchte.

Ich möchte vielmehr folgendes sagen: Es wurde von Versäumnissen gesprochen. Wollen wir doch endlich einmal klar zugeben, daß die Versäumnisse doch nicht allein, wenn man jetzt von der militärischen Landesverteidigung spricht — aber das gilt auch für die übrigen Bereiche der umfassenden Landesverteidigung —, in den Ministerien zu suchen sind, sonst müßte ich den Herrn Präsidenten Minkowitsch fragen, welcher Leid er gehabt hat als Staatssekretär für zivile Landesverteidigung, welche Schwierigkeiten er gehabt hat

und wie viele Stunden wir schon seinerzeit zusammengesessen sind und Wege gesucht haben, um aus Sackgassen herauszukommen. Es ist eine Zeit, da kann sich fast keiner mehr daran erinnern, so lang liegt das schon zurück.

Ich habe aus einem Umfrageergebnis bei der Jugend herausgelesen, daß nur ein ganz geringer Prozentsatz der Jugend überhaupt weiß, wer vor dem Dr. Kreisky Bundeskanzler war. So schaut es tatsächlich aus, da kann man sich denken, welche Zeit da inzwischen vergangen ist.

Dasselbe ist mit der militärischen Landesverteidigung. Wir haben, aufbauend auf einer Erkenntnis der Bundesheerreformkommission, Maßnahmen zu setzen begonnen, haben uns aber vorgenommen, das haben wir uns immer wieder gegenseitig geschworen, daß wir diese Maßnahmen nach Möglichkeit abstimmen wollen, also kooperieren. Na ja, das Kooperieren, das ist eine viel, viel schwierigere Aufgabe, als dann das darauffolgende Organisieren, die Administrierung und Durchführung.

Denn dieses Kooperieren, also das Gemeinsame-Wege-Suchen beispielsweise allein nur beim militärischen Teil des Landesverteidigungsplanes, dauerte bis zum 12. Dezember 1978. Erst dann wurde eigentlich grünes Licht gegeben für die Durchführung des neuen Konzeptes. Sicherlich sind viele, viele Details vorher bereits erprobt und vorbereitende Maßnahmen getroffen worden. Aber letztlich in die Tat umgesetzt konnte dieses Konzept erst zu einer Zeit werden, als es als allgemein gültiges, das heißt, von den drei Parteien anerkanntes Papier dem Herrn Bundesminister als Arbeitsgrundlage zur Verfügung stand. Und das bitte ich doch einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Daher sind die Zeitabläufe des Beginnes der eigentlichen Umstrukturierung entsprechend unserem militärischen Landesverteidigungsplankonzept erst mit 1. Jänner 1979 festzulegen. Na, da finde ich nicht, daß das gar so lange gedauert hat. Die haben jedenfalls sehr rasch gearbeitet, und die Truppe war sehr flexibel und hat Beachtliches geleistet.

Aufklärung: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu keiner Zeit wie unter der sozialistischen Alleinregierung ist betreffend umfassende und militärische Landesverteidigung so viel geleistet worden. Vor allen Dingen möchte ich doch auf den von der Großveranstaltung „Volk und Verteidigung“ am Staatsfeiertag 1973 ausgehenden breit gefä-

Mondl

cherten Aufklärungsfeldzug, der heute noch in den einzelnen Bundesländern über die Bezirksebene bis zu den Gemeindeebenen im Gange ist, hinweisen.

Das ist doch der Grund, warum die Attraktivität, die Bejahung unseres Heeres zumindest von ursprünglich 15 Prozent auf 50 und jetzt sogar auf 84 Prozent laut Meinungsumfragen gestiegen ist.

Das ist doch nicht von ungefähr gekommen, sondern das ist ein Entwicklungs-, ein Aufklärungsprozeß gewesen, der von Ihrer Seite nicht immer leicht gemacht wurde. Geben Sie zu — Sie haben sich fallweise sehr bemüht, hier die Dinge wieder zu verunsichern und in Frage zu stellen.

Fehlende Mittel: Na ja, da müßte ich jetzt bei Adam und Eva anfangen. (*Abg. Kraft: 1970!*) Der eigentliche Grund liegt doch weit in der Vergangenheit, nämlich zu Beginn des neuen Bundesheeres im Jahre 1955 und bei der Aufteilung des Budgetkuchens, als dieses Bundesheer nach zehn Jahren Zweiter Republik geschaffen wurde. Wenn man sich das genau anschaut, dann ist der Prozentsatz bis heute nahezu gleichgeblieben, aber wenn man den Budgetansatz in eine Relation zum Bruttonationalprodukt bringt, doch in letzter Zeit sehr steigend.

Ich glaube daher, daß wir uns darüber nicht so sehr alterieren müssen, wir wissen genau, wie notwendig eine Aufstockung dieses Budgetansatzes ist. Wir haben es ja auch ganz offen ausgesprochen, und ich gebe es gerne zu, ich habe das im Ausschuß gesagt, ich habe das im Haus am 3. Dezember gesagt und ich habe auch im Rahmen der Diskussionen, die da stattfinden, gesagt, das Jahr 1981 ist budgetär ein unangenehmes Jahr für die Weiterentwicklung unseres Konzeptes.

Das haben wir ja ganz offen zugegeben, man wird sich in diesem Jahre behelfen müssen. Man hat die Schwerpunkte verlagert. Man hatte andere Dinge in den Vordergrund gezogen. Das muß man nicht so abstrakt sehen wie der Generaltruppeninspektor, der da meinte, na ja, es werden jetzt nur die Helme gekauft und die Rüstwagen nicht. Ebenso wie ich mir einmal erlaubt habe, mich als Beispiel der Feuerwehr sozusagen zu bedienen. Ich glaube, daß die Schwerpunkte im Bereich der Bauwirtschaft liegen, das heißt, daß die Budgetmittel mehrheitlich innerösterreichisch zum Tragen kommen. Außerdem habe ich noch immer die Hoffnung, daß wir vielleicht doch im Nachtragsbudget oder vielleicht im Konjunkturausgleichsbudget zum Jahresende noch einmal bedacht werden.

Aber im nächsten Budget wird man umso mehr bemüht sein, die erforderlichen Mittel bereit zu stellen. Summa Summarum: vom Jahr 1977 bis zur Budgetdebatte Dezember 1980 haben wir aus dem In- und Ausland nur Positives gehört. Die einmalige Unterdotierung in einem Budget kann doch nicht gerade eine Katastrophe für die militärische Landesverteidigung bedeuten.

Herr Professor Ermacora! Was Sie hinsichtlich der Luftneutralität offenbaren, gilt seit 1955, seitdem wir das Neutralitätsgesetz besitzen und wir ein dementsprechendes adäquates Instrumentarium aufbauen.

Und obwohl das seit dem Jahre 1955 gilt, Herr Professor, entschloß sich Bundesminister Prader im Jahre 1968 dazu, also mit Zustimmung des Landesverteidigungsrates, denn dieser hatte ja damals gar nicht über ein System zu entscheiden, so wurden wir belehrt, oder wieviel es kostet oder wie es finanziert werden würde, sondern wir im Landesverteidigungsrat sind lediglich strapaziert worden, um fündig zu werden innerhalb der Parteien, ob ein Düsenflugzeugsystem weiter in Österreich aufrecht erhalten werden soll.

Und da entschloß man sich im Jahre 1968 nicht zum Ankauf von Abfangjägern, denn die ÖX-105 sind doch bei Gott keine Abfangjäger, die waren es ja nicht einmal im Jahre 1968. Denn diese Abfangjäger, die jetzt zur Diskussion stehen, die waren ja damals schon existent, da hätte man ja gleich die damals kaufen können, wenn wir uns schon damals so neutralitätsgefährdet gefühlt hätten, die Situation ist ja um kein Jota anders geworden, sondern wir kauften Schulflugzeuge.

Das ist ja auch der Grund, daß sie nur 950 Stundenkilometer fliegen, dabei fliegen sie sowieso noch um 100 Stundenkilometer schneller als normal, die sind nämlich speziell für Österreich adaptiert worden und sind für Mehrfachaufgaben modifiziert worden, wie es damals so schön hieß.

Außerdem hat man sich dann entschlossen, nicht nur 20, so wie wir im Landesverteidigungsrat als Überbrückung beschlossen haben, sondern gleich 40 zu kaufen. Die Gründe warum, Herr Professor, die will ich da überhaupt gar nicht offen aussprechen, denn die sind wirklich sehr ungeheuerlich.

Was das beschlossene Raumverteidigungskonzept betrifft, sehr geehrter Herr Professor, da waren Sie ja allerdings noch nicht dabei, aber der Herr Kollege Neisser kann Ihnen das sagen, der hat nämlich drei Sitzungen lang herumgefeilt und herumdiskutiert, um neben Beistreichen, Strichpunkten, Rufzei-

Mondl

chen und Fragezeichen, die er in diesem Konvolut beanstandete, auch die Finanzierungsfrage dort gelöst zu sehen. Es wurde ein Finanzierungsplan vorgelegt, was wird das kosten? (Abg. Dr. Neisser: Wann denn? Wann denn?) Am 12. Dezember 1978. (Abg. Blecha: Das wissen Sie nicht? — Zustimmung bei der SPÖ.) Ja, nicht in einem detaillierten Plan, was jedes einzelne Radl kostet, sondern über die Kosten dieses Konzeptes.

Und wo sind denn die Zahlen her, mit denen Sie operieren und mit denen ich operiere? (Abg. Dr. Neisser: Versprochen wurde er in dieser Sitzung! Bis heute haben Sie ihn nicht vorgelegt!) Nein! Wir haben uns ganz konkret zwei Sitzungen lang über das Finanzierungsproblem nebst Beistrichen, Strichpunkten, Rufzeichen und Fragezeichen unterhalten, das müssen Sie mir zugeben. Wir waren da sehr genau und sehr penibel, das muß man schon sagen.

Die Frage Abfangjäger — ja oder nein? Herr Kollege Ermacora! Wir wollen ja darüber mit Ihnen gar nicht streiten, und am allerwenigsten hier. Für die Realisierung legten wir uns — aber bitte schön, das wollen Sie ja hoffentlich auch nicht bestreiten — im Landesverteidigungsrat einen Verfahrensplan zurecht, der bisher eingehalten wurde. Nicht ein Jota wurde davon abgewichen, und die nächste Sitzung ist am 10. April 1981. Was dazwischen vom Zipfel, vom Zapfel, von diesen und jenen Presseerzeugnissen dazu geäußert wurde, dazu können wir gar nicht Stellung nehmen, weil wir ja einer Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Daher würde ich doch bitten, dieses äußerst problematische Thema doch nicht hier im Plenum zu diskutieren.

Wir waren uns einig, sehr geehrter Herr Professor, daß bei einer allfälligen Realisierung dieses Projektes — Sie sprachen immer von einem Finanzierungsplan, der da vorliegen müßte — ein ganz besonderer Weg beschritten werden soll. Da haben wir ganz konkrete Vorstellungen gehabt, und siehe da, wir waren uns auch einig darüber. Ich habe nicht gehört, daß irgendwelche andere Meinungen vertreten wurden. Heute habe ich es ein bißchen anders gehört. Aber bitte, ich bin ja in letzter Zeit schon allerhand gewöhnt.

Über die Unterkünfte, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich folgendes sagen: Sicher gibt es viele Mängel, und ich bin ja auch seit zehn Jahren ehrenwertes Mitglied der Bundesheerbeschwerdekommission. Wir fahren ja auch an Ort und Stelle und schauen uns das an. Oft trifft uns nahezu der Schlag, wenn wir sehen, wie die Küchenschä-

ben aus den Mauerrissen herausquellen und man Küchen außer Betrieb setzen muß. Aber diese Dinge kann man doch nicht von heute auf morgen regeln!

Welchen Nachholbedarf haben wir von Ihrer Ära übernommen! Sie hätten sich gewundert, wenn Sie damals im Jahre 1970 sämtliche Kasernen Österreichs bereist hätten. Wir haben immerhin jetzt ein Kasernen-sanierungskonzept hinsichtlich Sanierung von Altbauten und Altkasernen und Neubauten. Und die Neubauten werden sogar in einer kürzeren Zeit errichtet als vorgesehen.

Aber, Herr Kollege Ermacora, haben Sie sich schon überlegt, welche zeitraubende Schwierigkeiten baurechtlicher Natur zu überwinden sind? Da müssen Sie einmal in die zuständigen Abteilungen gehen und müßten sich das einmal durchlesen, wie viele Briefe da hin und her gehen, bis da endlich überhaupt die Möglichkeit geboten wird, einmal einen Grundstein zu legen beziehungsweise einen Erweiterungsbau zu beginnen.

Sie berufen sich in Ihrer Kritik auf Fachleute und überzeichnen, wie Sie selbst, Herr Kollege Ermacora, zugegeben haben — aber ich glaube, es würden auch die anderen Kollegen ungschaut zugeben, die heute hier ans Rednerpult gegangen sind und so massive Kritik geübt haben —, die negativen Erscheinungsbilder.

Darf ich hinsichtlich der Aktiva — Sie haben ja nur die Passiva gebracht — auch einen Fachmann, den vor kurzem in den Ruhestand getretenen Generaltruppeninspektor Wingelbauer, zitieren. Er schreibt folgendes:

„Schließlich brachte das letzte Jahrzehnt den Abschluß der völligen Umstellung der Heeresmotorisierung auf österreichische Erzeugnisse, die serienmäßige Auslieferung des Jagdpanzers ‚Kürassier‘, die Anschaffung von Hubschraubern, von mobilen Radarstationen, die Einführung des kleinkalibrigen Sturmgewehres 77 (5,56 mm) sowie des neuen Maschinengewehres 74. ... Analog der Konzeption der Raumverteidigung erfolgt ein verstärkter Ausbau von Festen Anlagen und von zentralen Munitionslagern.“

Eine den Einsatzbedingungen konforme Bekleidung für den Soldaten ist weitgehend eingeführt, ein Kasernenneubauprogramm im Gesamtausmaß von 2,7 Milliarden Schilling ist angelaufen.“

Dabei ist dieses Einkleidungskonzept angelaufen zu einer Zeit, als noch 180 000 alte Tarnanzüge vorhanden waren, die Sie im Jahre

Mondl

1964 eingeführt haben und damals als das Non-plus-ultra hochgejubelt haben. Dieser Tarnanzug ist heute noch in der Schweiz sozusagen das allgemein gültige Einsatzkleid, aber in Österreich kann man dies überhaupt nicht mehr verwenden, denn es ist eben der Zwiebschalenanzug da. Daher muß jetzt jeder Soldat vom General bis zum letzten Präsenzdiener in jeder Einheit mit diesem auch ausgestattet sein. Aber das kann man nicht von heute auf morgen. Das geht schon deshalb nicht, weil die Industrie nicht mitkommt mit der Sache.

„Als Ersatz für den ausgeschiedenen Kampfpanzer des Typs M-47 wurde die Beschaffung von Kampfpanzern des Typs M-60A3 eingeleitet.

Planungen über Panzer- und Panzerabwehrmunition, zukünftige Kampfpanzer, Simulatoren, Fliegerabwehrwaffensysteme und elektronische Kampfführung sind im Gange ...

Wenn ich an den Beginn meiner Ausführungen die Frage nach dem Stellenwert des österreichischen Bundesheeres in unserer Gesellschaft gestellt habe, so war die Antwort — bei Abwägung aller Faktoren — eine leicht positive. Fünfzehn Jahre später hielt mehr als die Hälfte der Befragten eine bessere Ausrüstung des Bundesheeres für überflüssig. Wenn heute mehr als 80 Prozent eine wirkungsvolle Landesverteidigung bejahen, so ist das ein stolzes Ergebnis.“

So der Generaltruppeninspektor.

„Dieser Erfolg ist umso beachtlicher, als er unter ungünstigen Begleiterscheinungen erzielt werden konnte. Eine positive innerstaatliche Entwicklung sowie sozialer Frieden sind — so paradox es klingt — eben kaum geeignet, das Sicherheitsbedürfnis bei der Bevölkerung zu wecken; kommt dazu noch ein relativ problemloser Kontakt zu den Nachbarn und eine weltweite Entspannungseuphorie, so ist bekanntlich gerade der Österreicher allzu gerne bereit, sich auf das ‚Uns wird schon nichts passieren‘ zu verlassen.

Das Bundesheer ... sieht sich als Instrument einer friedlichen und friedliebenden Republik, und gerade deshalb dürfen die Anstrengungen aller Art, dieses Instrument brauchbar zu gestalten, nie erlahmen.“

Und ich glaube, ich kann versichern, und das werden Sie auch aus der Entwicklungsgeschichte der letzten elf Jahre während der sozialistischen Alleinregierung festgestellt haben, wir sind niemals lahm geworden.

Wir erhoffen bei dieser Arbeit nach wie vor

weiter nicht nur Ihre ständigen Kritiken, sondern auch eine höchst aktive Unterstützung unserer Bemühungen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kraft. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Kraft** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Würde man meinem Vorredner, dem Herrn Abgeordneten Mondl, Glauben schenken, müßte der Eindruck entstehen, in unserem Bundesheer, in unserer Landesverteidigung ist alles in Ordnung, es gibt keinerlei Probleme. Es war halt wieder einmal die übliche Lobhudelei, die wir von der linken Seite ja ohnehin hinlänglich kennen.

Herr Abgeordneter Mondl! Ich weiß nicht, wann Sie aufhören würden, sich auf Ihre Vorgänger, auf die ÖVP-Regierung auszureden. Wahrscheinlich würden Sie das auch noch nach 20 oder 30 Jahren tun. Wir hoffen und wünschen alle nur sehnächtigst, daß Sie nicht mehr allzu lange Zeit dazu Gelegenheit haben werden.

Es steht zur Debatte der Bericht der Bundesheerbeschwerdekommision im Bundesministerium für Landesverteidigung. Wir schätzen diese Einrichtung als eine gute und bewährte Einrichtung. Diese Beschwerdekommision, es wird dort gute Arbeit sicherlich geleistet, daher auch unsere Zustimmung zu diesem heute vorliegenden Bericht.

Es werden auch von dieser Bundesheerbeschwerdekommision eine Fülle von Anregungen, von Empfehlungen gegeben, um dort und da Bürokratie auszuräumen, wo es notwendig ist, dort und da Probleme zu beseitigen, um eben in der ganzen Heeresverwaltung positive Vorschläge auch unterzubringen.

Diese Bundesheerbeschwerdekommision setzt sich zusammen aus zwei Vertretern der ÖVP, zwei Vertretern der Sozialistischen Partei und einem Vertreter der Freiheitlichen Partei. In bewährter Form, darf ich sagen, steht seit zehn oder mehr als zehn Jahren der Sektionschef in Ruhe Dr. Hackl dieser Bundesheerbeschwerdekommision vor, und sein administrativer Gehilfe und Mitarbeiter ist der Oberst Ing. Blauensteiner. Als beratende Organe sind der Generaltruppeninspektor in der Bundesheerbeschwerdekommision und der Herr Sektionschef Sailer. Ich möchte auch hier von meiner Fraktion her diesen Mitgliedern der Beschwerdekommision für ihre umsichtige Arbeit, für ihren Einsatz, für ihr Interesse und Engagement sehr, sehr herzlich danken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Kraft

Es ist sicherlich ein sehr gutes Arbeitsklima in der Bundesheerbeschwerdekommision festzustellen, geprägt von Sachlichkeit, von gegenseitigem Respekt, von Verständlichkeit. Eine optimale Zusammenarbeit, wie ich glaube, die durchaus in der Lage und imstande wäre, Beispiel für viele andere Bereiche der politischen Zusammenarbeit zu sein. Es ist wirklich eine Freude, in dieser Kommission mitarbeiten zu dürfen.

Wir haben im Berichtszeitraum 1979 107 Beschwerden von insgesamt 127 eingebrachten Beschwerden bearbeitet und erledigt. 36,4 Prozent der Beschwerden waren berechtigt oder teilweise berechtigt. 26,2 Prozent der Beschwerden wurden im Verlaufe des Verfahrens zurückgezogen, weil der Beschwerdegrund weggefallen ist.

Das heißt aber auch, daß es zum Zeitpunkt der Einbringung dieser Beschwerde doch eine Unzufriedenheit, einen Mangel gegeben hat. Es sind auch eine Anzahl — es waren 16,8 Prozent der Beschwerden — zurückgewiesen worden, weil irgendein formales Gebrechen vorhanden war. Ich habe erst gestern in der Sitzung der Bundesheerbeschwerdekommision angeregt, doch zu informieren, wie man diesen Weg vereinfachen könnte, denn die zurückgewiesenen Beschwerden werden ja nachher doch wieder eingebracht, und sie müssen manchmal zweimal bearbeitet werden. Es sind also 127 Beschwerden eingebracht worden.

Kollege Mondl hat schon vom Beschwerdebericht des Jahres 1980 gesprochen, wo es zu einer wesentlichen Steigerung kommen wird, es werden 196 Beschwerden sein.

Es werden diese Beschwerden aufgeteilt auf fünf sogenannte Sachgruppen.

Die Sachgruppe 1 — es waren heuer 47 Beschwerden, es werden nächstes Jahr 48 sein —: fehlerhaftes Verhalten Vorgesetzter und Ranghöherer. In diese Gruppe fällt hinein: Mißbrauch der Dienststellung, erzieherisch nicht gerechtfertigte Ausbildungsmethoden beziehungsweise Maßnahmen, Beleidigungen und sonstige Ungehörigkeiten gegenüber Untergebenen und Rangniedereren. Fehlerhaftes Verhalten bei Eingaben, Überschreitung von disziplinarrechtlichen Befugnissen, Verletzung der Verfahrensvorschriften, Vernachlässigung der Obsorgepflicht, nicht wohlwollende, nicht fürsorgliche und ungerechte Verhaltensweisen, psychologisch unrichtiges Verhalten, Eingriffe in dienstliche Befugnisse und dergleichen mehr.

Die Sachgruppe 2: Angelegenheiten der Ausbildung eines Dienstbetriebes, militäri-

sche Laufbahn, militärische Führerscheine, sonstige Prüfungen, Präsenzdienstangelegenheiten, Einberufungen, Aufschiebungen, Entlassungen, Wachdienst, Ausgang, Dienstfreistellung, sonstige Ausbildungsangelegenheiten.

Hier fallen insbesondere auch hinein, Herr Bundesminister, die Beschwerden und Klagen, die ja nicht alle hier zum Ausdruck kommen, hinsichtlich der Einberufung in andere Bundesländer. Hier — das wissen Sie selbst — kommt es immer wieder bei jedem Einrückungstermin zu einer Interventionsflut, weil es Präsenzdienste gibt — ich denke immer wieder an Oberösterreich und muß daran denken —, die in andere Bundesländer, Niederösterreich, Wien, also weit weg einberufen werden, aber aus irgendwelchen Gründen doch im eigenen Bundesland bleiben möchten. Dort gibt es die Ausbildungsplätze nicht, sie müssen daher in andere Bundesländer einrücken.

Die Sachgruppe 3: Personalangelegenheiten: 29 Beschwerden.

Die Sachgruppe 4: Versorgungsangelegenheiten: Heuer 18, also jetzt mit dem Bericht 18 Beschwerden. Es werden nächstes Jahr 46 Beschwerden sein, mit denen wir uns zu beschäftigen haben. Versorgungsangelegenheiten, Unzulänglichkeiten in der Verpflegung, verspätete Auszahlung von Bezügen, Gehältern und sonstigen Nebengebühren, mangelnde ärztliche Betreuung, Mängel in der Bekleidung, Unzukömmlichkeiten bei der Vergütung von Fahrkosten und Auszahlung des Familienunterhaltes.

Die Sachgruppe 5, umschrieben mit „Sonstiges“ — es waren heuer 16 Beschwerden und werden beim nächsten Bericht 47 Beschwerden sein —: Mängel an militärischen Objekten, Bauwesen, Wohnungsvergaben, Kantinenangelegenheiten, Soldatenvertretungsangelegenheiten und dergleichen mehr.

Gerade dieser Punkt wird im nächsten Bericht ein ganz wesentlicher Schwerpunkt sein. Und da hat sich ja auch einiges getan, da gibt es ja auch Grund genug, sich zu beschweren. Wir haben auch schon im Ausschuß festgestellt, daß die Beschwerden, die in diesem Bericht aufscheinen, die also bei der Beschwerdekommision eingebracht werden, ja eigentlich nur Spitzen von Eisbergen sein können, was die Unzufriedenheit anbelangt, was Mängel anbelangt im Bereich unseres Bundesheeres.

Es gehört schon oftmals Überwindung dazu, diesen Beschwerdeweg auch tatsächlich zu

Kraft

beschreiten. Der Beschwerdeführer muß ja mit Einvernahmen rechnen, mit der Abfassung von Protokollen, mit Verfahren, mit Überprüfungen, Vorladungen und dergleichen mehr. Wenn einer all diese Dinge auf sich nimmt, dann ist das auch tatsächlich oftmals ein Hilfeschrei eines Betroffenen wegen vorhandener Mißstände.

Wir alle sollten uns bemühen — wir bemühen uns sicherlich auch —, das Ansehen des Bundesheeres zu heben, eine bejahende, positive Einstellung aller Betroffenen, der gesamten Bevölkerung zu unserer Landesverteidigung zu erreichen.

Was sind die entscheidenden Faktoren etwa für einen Jungmann, eine positive Einstellung zu diesem Bundesheer, zu dieser Landesverteidigung zu erreichen? Es ist zunächst einmal, so meine ich, die allgemeine öffentliche Meinung, die für den Jungmann geprägt wird vom Elternhaus her, von der Schule her, von der Lehre her, vom Beruf her.

Es ist zweitens die Umgebung in der Kaserne, dort, wo er also eine Zeit seines Lebens verbringen muß, wo er einige Monate verbringen muß; wie die Kaserne ausgestattet ist, ob die Umgebung gut oder schlecht ist, wie es mit der Infrastruktur, ich möchte nicht sagen, Wohnqualität in der Kaserne ist, sondern wie es mit der Infrastruktur in der Kaserne aussieht.

Es ist drittens die Behandlung durch seine Vorgesetzten, da gibt es sicherlich Geschickte und weniger Geschickte, da gibt es sicherlich Vorgesetzte, die eine gute Hand in der Vermittlung der eigentlichen Sinnhaftigkeit des Bundesheeres haben, und weniger Geschickte.

Die Bevölkerung, die Eltern, die Präsenzdiener selbst sicherlich auch und auch wir sind aber insbesondere dann sehr hellhörig, wenn es um die Gesundheit der Präsenzdiener, der Soldaten geht, wenn es um die Gesundheitsvorsorge, begonnen von der ärztlichen Versorgung über die Ausstattung der Krankenreviere bis hin zu einem funktionierenden Sanitätskonzept, geht.

Vielleicht ist der Jungmann in anderen Bereichen noch eher bereit, über einen Mangel, über einen Mißstand hinwegzusehen, aber wenn es um gesundheitliche Probleme geht, dann werden sie oft sehr empfindlich, und ich glaube, da werden sie mit Recht sehr empfindlich. Insbesondere, glaube ich, sind auch die Bevölkerung und die Eltern hier sehr empfindlich.

Ich anerkenne, Herr Minister, Ihren Ent-

schluß, den Sie mir im Ausschuß mitgeteilt haben, gerade bei den Krankenrevieren vornehmlich zu adaptieren, zu sanieren, was es dort an Mängeln gibt.

Aber es gibt in den Beschwerdeunterlagen zu diesem Bericht auch eine Menge, eine Fülle von Unterlagen, von Beschwerden, die diese sanitären Einrichtungen anbelangen. Im Vergleich zur Gesamtzahl der Soldaten, das gebe ich schon zu, ist die Zahl nicht sehr hoch, aber es sind ja nur Spitzen von Eisbergen, wie wir gesagt haben.

Es haben sich jedenfalls einige veranlaßt gesehen, auch hier einen Hilfeschrei auszustößen. Sie kennen die Probleme in der Kaserne Götzendorf, in der Wallenstein-Kaserne, Feldambulanz, Krankenrevier, unbeheizte und desolate Klosettanlagen, unbenützbare Pissoirs, „Zimmer in nachkriegszeitlichem Zustand“, heißt es in dieser Beschwerdeunterlage, „mit desolaten Fensterstöcken und -scheiben sowie defekten Holzfußböden“. Und das, bitte, im Krankenrevier!

Da kann man schon verstehen, daß die jungen Soldaten zur Feder greifen und einen Bericht an die Beschwerdekommision richten.

Das bedauerliche daran ist, wenn es in dieser Unterlage heißt, daß durch die Sachverhaltserhebungen diese Mängel bestätigt wurden. In Ordnung. Nach einer Stellungnahme des Divisionskommandanten wäre eine Sanierung aller Objekte dringend erforderlich. Das Bundesministerium für Landesverteidigung hat in seiner Stellungnahme zu den angeführten Sachverhaltserhebungen festgestellt, daß seitens der militärischen Dienststellen die erforderlichen Meldungen und Anträge der zuständigen BGV II ständig übermittelt wurden und werden.

Herr Bundesminister, es ist alles recht und schön, wenn wir dann in die Erledigung der Beschwerde hineinschreiben: Der Beschwerde wird rechtgegeben!, und wenn Sie sagen, wir haben ja ohnehin all unsere Anträge gestellt, nur für den Präsenzdiener oder für den Beschwerdeführer ändert sich überhaupt nichts. Das muß doch eine höchst unbefriedigende Situation sein.

Ich habe schon einige Male auf diese Mißstände aufmerksam gemacht. Ich möchte nur ein paar Dinge wiederholen, etwa von Götzendorf. Sie kennen das, Herr Minister, wir haben uns angeschaut, was dort alles an Mißständen vorhanden ist und welche Resignation dort Platz greift beziehungsweise Platz gegriffen hat, und zwar bei den Verantwortli-

Kraft

chen, bei den Kommandanten der dortigen Dienststellen, bei den Leuten der BGV und auch bei den Vertretern des Bundesministeriums für Bauten und Technik.

Ich weiß schon, Sie werden sagen: Ich kann ja nichts dafür, da sind die BGV und der Bautenminister zuständig, wir machen ja unsere Anträge. Was soll sich denn der Beschwerdeführer, der Betroffene denken, wenn seiner Beschwerde rechtgegeben wird, wenn Sie sagen: Es ist alles geschehen, was wir tun können!, aber ändern tut sich nichts an der ganzen Situation?

Ich darf ein paar solcher Dinge aus diesen Beschwerden zitieren: „Im allgemeinen ist festzustellen, daß der schlechte Bauzustand der Wallenstein-Kaserne in Götzendorf, vor allem der Zustand der Unterkünfte und der zugehörigen sanitären Anlagen, den zuständigen Stellen des Bundesministeriums für Bauten und Technik seit Jahren — seit Jahren! — bekannt ... ist.“ Es ändert sich seit Jahren nichts.

Oder eine Unterlage aus Oberösterreich: „... wurde fast jedes Quartal ... auf den schlechten hygienischen Zustand in den Objekten 2, 5, 6 und 7 hingewiesen. Sämtliche wiederkehrende Beanstandungen ... blieben ohne jedwede Reaktion ... Selbst im Krankenrevier, dem man eine gewisse Vorrangstellung einräumen muß, wurden Änderungen wie zum Beispiel Montage von Pissoirschalen trotz jährlicher Urgenzen nicht erledigt. In den Objekten 2, 5, 6 und 7 sind die Wasch- und WC-Anlagen in einem sehr schlechten hygienischen Zustand.“ So geht das seitenweise weiter. „Im Duschraum herrschen ebenfalls kaum zumutbare Zustände. Es müßte doch möglich sein, einen Betrag namhaft zu machen, um wenigstens den primitivsten hygienischen Anforderungen gerecht zu werden.“

Herr Minister! Man könnte fast jedes Bundesland hernehmen und die einzelnen Kasernen aufführen, wo es wirklich um diese primitivsten hygienischen Zustände, primitivste sanitäre Anlagen und Zustände geht, aus der Steiermark zum Beispiel oder aus Oberösterreich und so weiter.

Eine Aussage noch, eine Mitteilung einer militärischen Dienststelle: „Die vom Beschwerdeführer aufgezeigten Zustände und hygienischen Mängel müssen leider im vollen Umfange bestätigt werden. Der Kommandant konnte wohl in seiner vierjährigen Kommandoführung fast alle seine Vorstellungen und Pläne verwirklichen, nur bei der Verbesserung der sanitären Einrichtungen lief auch er

gegen Gummiwände voller Zusagen und Versprechungen, die aber nie eingelöst wurden. Es ist daher nur allzu verständlich, wenn ein positiv eingestellter und initiativer junger Unteroffizier in seiner Verzweiflung als ultima ratio den Weg der außerordentlichen Beschwerde in der Hoffnung, eine Verbesserung zu erreichen, bestreitet.“ Das sind Unterlagen aus den Beschwerdeakten, die hier eingehen.

Oder eine andere Aussage — es ist oft geradezu erschütternd, wenn man das liest und sich vorstellt, welche positive Einstellung eigentlich dahintersteht und mit welcher Situation die Soldaten konfrontiert sind —: „Ich bin am 1. 4. 1980 mit viel Optimismus ... eingerückt, um den Wehrdienst abzuleisten. Bezüglich Ausbildung möchte ich kein Urteil abgeben, weil mir dazu die Übersicht und die Notwendigkeiten fehlen. Was aber die Unterkunft anlangt, so ist diese sicher gegen die Vorschriften und menschenunwürdig. Für Strafgefangene wäre diese Unterbringung sicher unzumutbar, für Soldaten scheint sie aber zu entsprechen!“

Welche Einstellung, welche Enttäuschung muß hinter einer solchen Beschwerde eigentlich stehen, wenn dieser junge Mann das schreibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Er beschreibt weiter unvorstellbare Dinge — ich weiß nicht, ob Sie all die Dinge, die Unterlagen aus diesen Beschwerden, so genau durchgelesen haben, Herr Minister —: „Einige Soldaten vom Einrückungsturnus 1. 1. 1980 haben zeitweise kein eigenes Bett und müssen deshalb im Schlafsack am Boden oder im Bett eines auf Wache befindlichen Kameraden schlafen. Es ist nicht auszudenken“ — man lacht darüber, aber welche Ernsthaftigkeit steht dahinter —, „was sich in einem Brand- oder Erdbebenfall hier abspielen würde.“

Herr Minister! Hier ist doch, glaube ich, ein katastrophaler Zustand gegeben und bei weitem nicht jene Situation, die der Herr Kollege Mondl hier in seiner salzierenden und kalmierenden Art und Weise aufzuzeigen versucht hat. Ich weiß schon, Herr Minister, Sie kommen bei diesen Kasernenproblemen immer wieder mit der Ausrede: Ich bin nicht zuständig, der Bautenminister, die BGV sind zuständig, wir stellen ja ohnehin unsere Anträge zeitgerecht und immer und immer wieder, ich kann nichts dafür, wenn der Bautenminister auch kein Geld hat.

Herr Minister! Zunächst muß man einmal feststellen: Der Beschwerdebericht wird im Landesverteidigungsausschuß verhandelt. Es

Kraft

geht um militärische Unterkünfte, es geht um Unterkünfte, wo Sie die Ressortführung innehaben. Es sind militärische Dienststellen. Wir glauben, wenn Sie auch keine direkte Verantwortung haben — das gebe ich durchaus zu —, so dürften Sie doch nicht müde werden, tagtäglich auf diese Mißstände in Ihrem Bundesheer — ich hoffe, Sie betrachten es noch als Ihr Bundesheer — aufmerksam zu machen. Hier müssen Sie doch laut schreien. Wir helfen Ihnen dabei. Es soll ja heute nicht nur eine Debatte über belanglose Zahlen sein, sondern man soll tatsächlich auf diese Probleme aufmerksam machen und Ihnen Schützenhilfe geben, damit Sie sich besser durchsetzen können in der Regierung, damit Sie Geld bekommen, um Ihre Unterkünfte für die Soldaten verbessern zu können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf daher auf Grund dieser wirklich tristen Situation bei den Unterkünften wieder einen Entschließungsantrag einbringen.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Ermacora, Kraft, Koppensteiner und Genossen.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, bis spätestens 30. September 1981 einen langfristigen, nach Bundesländern und einzelnen Kasernen detailliert gegliederten Prioritätenkatalog hinsichtlich der Sanierung und Adaptierung der Kasernen des österreichischen Bundesheeres zu erstellen und hierüber dem Nationalrat zu berichten.

Es wäre nun verlockend, Herr Bundesminister, diese Schilderung der tatsächlichen Zustände fortzusetzen. Ich habe hier einen Auszug aus einem Tagebuch eines Soldaten. Es sind erschreckende Niederschriften, erschreckende Feststellungen drinnen, die die Präsenzdiener machen. Ein Kollege von der Freiheitlichen Partei hat heute schon auf die Mängel in der Bekleidung, auf die Schuhe aufmerksam gemacht. Auch in diesem Tagebuch steht: Schuhwerk für Winterverhältnisse völlig ungeeignet; sieben Stunden Unterricht in einem ungeheizten Lehrsaal. Die alte Soldaten-Art und -Weise — so möchte ich sie bezeichnen —, daß man nur gering beschädigte Bekleidung nicht umgetauscht erhält, sondern sie erst richtig zerreißen muß, um neue zu bekommen, ist auch in diesem Tagebuchbericht enthalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sollten uns bemühen, den Wehrgedanken

als positives Ziel immer und überall deutlich herauszustreichen und als oberste Maxime einer Wehrpolitik hinzustellen. Ich bezweifle, Herr Minister, ob das immer und überall seitens Ihrer Ressortführung geschieht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie können lächeln, Herr Minister, wie Sie wollen, in Ihrer eigenen Art hat man den Eindruck, Sie interessiert das alles nicht mehr, Sie stehen über den Dingen. Für die Betroffenen sind das bittere Sachen, da können Sie lachen oder lächeln, wie Sie wollen. Die Soldaten werden dieses Lächeln sicherlich nicht verstehen! *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Hier spielt ja die Komponente der geistigen Landesverteidigung hinein. Diese geistige Landesverteidigung, zu der wir uns als Teilstück der Umfassenden Landesverteidigung bekannt haben, wird seit Jahren einfach als Stiefkind behandelt, wo dieser Wehrgedanke und diese positive Einstellung hineingetragen werden sollen. Der Erstkontakt für die Wehrpflichtigen bei der Stellungskommission ist uns und sicherlich für alle zuwenig. Er soll früher angesprochen werden, früher soll eine Meinungsbildung, eine Information über Sinnhaftigkeit und die Einrichtung des Bundesheeres erfolgen, nicht erst bei der Stellungskommission, wo es wieder vom Geschick des dortigen Leiters abhängig ist, mit welchem Eindruck die jungen Leute von dort weggehen. Dann kommt dazu, daß natürlich die jungen Leute, wenn sie in solche Kasernen einrücken, oftmals entsetzt sind.

Ich habe — ich könnte das vorlesen — aus einer Umfrage 22 Aussagen von Eltern von Präsenzdienern herausgenommen. Sie wurden nach ihrem Eindruck, was ihnen die Söhne berichtet haben, befragt. Hier kommt ebenfalls Verdrossenheit, Mißmut und katastrophale Infrastruktur in den Kasernen zum Ausdruck. Die Eindrücke der Präsenzdiener, die sie mit nach Hause nehmen, aber auch dann in der Meinungsbildung in der Gemeinde, in ihrer Umgebung, im Freundeskreis weitertragen, spiegeln sich hier wider.

Wir haben auch im Interesse und im Sinne einer positiven Einstellung Beiträge in dieser Richtung zu leisten, auch Anträge immer wieder gestellt. Ich erinnere an die sicherlich gerechtfertigte, notwendige Erhöhung des Taggeldes von 30 S auf 40 S. Natürlich sagen Sie, Herr Minister, es sei kein Geld dafür vorhanden. Für den Präsenzdiener wäre das ein positiver Aspekt. Ich mache aufmerksam auf unseren Antrag auf Freifahrt auf den öffentlichen Verkehrsmitteln auf Grund einer katastrophalen, besorgniserregenden Verkehrsunfallsstatistik, wo Präsenzdiener auf dem Weg

Kraft

von der Kaserne zum Wohnort oder umgekehrt zu Schaden gekommen sind: 161 Tote, 1 174 Schwerverletzte, 895 Leichtverletzte. *(Bundesminister Rössch: Der Antrag liegt ja schon im Parlament!)*

Herr Bundesminister, auf diesen Zwischenruf habe ich gewartet. In Ihrer halbherzigen Regierungsvorlage wollen Sie statt einer Freifahrt im Monat eine zweite einführen. Jawohl, ich gebe schon zu, es ist besser als gar nichts. Aber das ist ja Ihre Art von Politik. *(Bundesminister Rössch: Das ist Ihr Antrag!)* Meine Anfrage haben Sie und auch der Herr Verkehrsminister verneint: nicht möglich, nicht drinnen. *(Bundesminister Rössch: Nicht gesagt!)* Den Antrag haben Sie abgelehnt. Jetzt wollen Sie wahrscheinlich Ihr Gewissen beruhigen und kommen mit einer Regierungsvorlage, wenigstens zweimal im Monat diese Freifahrt zu gewähren. Der Kostenpunkt beträgt 13 Millionen Schilling. Wenn ich so an die Diskussionen der vergangenen Tage mit UNO-City, AKH und so weiter denke: Für 13 Millionen Schilling werden Sie wahrscheinlich nicht einmal die Papierkörbe für das AKH bekommen. *(Bundesminister Rössch: Das war Ihr Antrag! Lesen Sie im Protokoll nach!)* Ich bin ja einverstanden, Herr Bundesminister, ich akzeptiere, daß es etwas ist. *(Bundesminister Rössch: Das ist der Antrag von Ihrer Partei!)* Nein, wir haben die Freifahrt, den Nulltarif beantragt. Das haben wir beantragt. *(Bundesminister Rössch: Kollege Höchtl nicht!)*

Aber das ist ja das Ergebnis der tristen Finanzsituation, mit der Sie sich herumzuschlagen haben. Der Budgetansatz ist halt mehr als bescheiden. Die 3,6 Prozent, die Sie im heurigen Jahr zur Verfügung haben — wir haben es bei der Budgetdebatte schon erwähnt, wir haben es in einer der letzten Verhandlungen ebenfalls erwähnt —, sind sehr bescheiden.

Mir liegt hier eine Zusammenstellung von insgesamt 64 Staaten der ganzen Welt vor. Da sind welche aus der NATO, aus dem Warschauer Pakt, aus dem übrigen Europa — neutrale Staaten —, aus dem Mittleren Osten, aus Afrika, Asien und Lateinamerika dabei, man kann fast sagen, aus der ganzen Welt. Es sind nicht alle, aber ein paar doch interessant, es sind auch nicht alle vergleichbar mit uns; das gebe ich zu. Von diesen 64 Staaten, Herr Minister, haben drei einen noch geringeren Anteil als wir, wobei das Mexiko, Luxemburg und Rumänien sind. Bei Rumänien glaube ich es ohnehin nicht ganz. Alle anderen haben einen höheren Anteil an Militärausgaben für

die Landesverteidigung als wir. Das ist beschämend, muß ich doch sagen.

Herr Bundesminister, wenn wir hier kritische Debatten führen — ich sage es nochmals, ich sage und betone es nochmals! —, sollen sie dazu beitragen, daß Sie — ich weiß nicht, wollen Sie es nicht, oder sind Sie derart desinteressiert — mehr Geld bekommen, daß in dieser Regierung mehr Verständnis für die Probleme, für die Belange des Bundesheeres und der Landesverteidigung feststellbar wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir müssen leider feststellen, daß es eigentlich um die Probleme der österreichischen Landesverteidigung still geworden ist, gerade angesichts dieser katastrophalen Zustände in den Kasernen. Beim Erreichen der verschiedenen Ausbaustufen müßte es laut sein. Sie, Herr Minister, müßten eigentlich der Lauteste sein bei diesen Debatten. Aber Sie machen Ihrem Beinamen „der Schweiger“ sicherlich Ehre. Nach unserer Auffassung wird verwaltet, aber nicht regiert, erhalten, aber nicht gesteuert, instandgesetzt, aber nicht gebaut. Sie sagen natürlich: Kasernensanierungsprogramm, Kasernenbauprogramm. Das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein, weil eben zu lange Zeit nichts geschehen ist. Sie hätten ja elf Jahre Zeit gehabt. *(Bundesminister Rössch: 15 Jahre ist nichts geschehen!)* Danke vielmals. Elf Jahre ist bei Ihnen nichts geschehen, Herr Minister! Elf Jahre hätten Sie ja Zeit gehabt!

Die Bilanz, die es festzuhalten gilt, ist das anfängliche „Konzept“, mit dem sozialistische Wehrpolitik begonnen hat: „Sechs Monate sind genug!“ Nichts war dahinter, der Panzerschrank war leer, wo das Konzept angeblich drinnengelegen ist. Das reicht von diesem nichts dahinter stehenden Ausspruch „sechs Monate sind genug!“ bis zu Ihrer Aussage, Herr Minister, man solle die Unterkünfte — ich weiß, ich gebe schon zu, aus Geldnot heraus haben Sie das gesagt — nicht allzu gut ausbauen, um die feldmäßige Ausbildung zu gewährleisten. Ja, wollten Sie aus der Not eine Tugend machen? Das ist der österreichische Weg in Sachen Landespolitik. So weit sind wir heute gekommen! Wenn man in der Wirtschaft — das haben wir ja auch in den letzten Tagen diskutiert — einen solchen Weg beschreitet, sagt man: Er schlittert in die Pleite.

Herr Bundesminister! Kommen Sie uns nicht heute wieder mit dem Vorwurf, die Österreichische Volkspartei wolle das Bundesheer heruntermachen, sie wolle alles schlecht machen. Nein, wir wollen nichts schlecht machen, wir wollen nur die schlech-

Kraft

ten Dinge aufzeigen. Wir wollen, daß sie besser werden, daß hier etwas geschieht und daß Sie mehr Unterstützung und mehr Geld bekommen. Das ist unser Anliegen. Wir wollen das Bundesheer nicht heruntermachen, denn noch mehr herunter, als es in vielen Bereichen ist, kann man es ohnehin nicht mehr machen.

Elf Jahre sozialistische Wehrpolitik, elf Jahre sozialistische Verantwortung: Sie müssen doch, ehrlich gesagt, Herr Minister, heute selber zugeben, daß Sie Ihre Zielsetzungen nicht erreicht haben. Fast elf Jahre reformieren wir. Daß diese Reformen in Wirklichkeit oft ganz anders ausschauen, als sie geplant waren, daß Beschlüsse auf Reformen teilweise gar nicht in Angriff genommen worden sind, müssen Sie doch heute zugeben.

Die Infrastruktur in unseren Kasernen ist schlechter denn je. Von Ausbauzielen entfernen wir uns, wenn das so weitergeht, von Jahr zu Jahr mehr. Die Unterkünfte sind desolat und werden, wenn nicht bald mehr geschieht als in den letzten Jahren, noch desolater sein. Die Personallage — Kollege Ermacora hat darauf hingewiesen — ist angespannter denn je. Die Soldaten sind unzufrieden. Die Glaubwürdigkeit der österreichischen Landesverteidigung — das ist das Bedauerliche — ist sicherlich nicht gestiegen, sondern, wie ich fürchte, eher zurückgefallen. *(Präsident Thalhammer übernimmt den Vorsitz.)*

Diese Negativbilanz, die wir heute feststellen müssen, bedauern wir, Herr Bundesminister. Es ist nicht Schadenfreude einer Oppositionspartei, nein, wir bedauern diese Bilanz zutiefst, weil wir uns immer zu einer aktiven Landesverteidigung, zu diesem österreichischen Bundesheer bekannt haben. Wir stehen nach wie vor zu den Grundsätzen der Umfassenden Landesverteidigung. Sie können uns keine mangelnde Bereitschaft der Volkspartei zur Zusammenarbeit vorwerfen. Wir stehen zu den Grundsätzen der Umfassenden Landesverteidigung. Aber Sie, Herr Minister, sollten dieses Fundament der österreichischen Landesverteidigung mit Ihrer Politik nicht zur Farce machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister. Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Landesverteidigung **Rösch:** Herr Präsident! Hohes Haus! Da sich der Herr Kollege Neisser streichen hat lassen, nehme ich an, daß er nach mir reden will, und daher habe ich mir erlaubt, mich jetzt zum Wort zu melden. Ich glaube, daß es jetzt rich-

tig ist, nachdem die Debatte sehr weit fortgeschritten ist — das hat zwar fast nichts mit dem Tagesordnungspunkt der Beschwerdekommision zu tun —, doch vielleicht einiges dazu zu sagen.

Eine durchgehende Linie war bei den Debattereden, es wird zuwenig Aufklärung über Sinn und Zweck der Landesverteidigung beklagt und daß wir zuwenig Verständnis in der Bevölkerung haben, und es wurde erklärt, schuld an dieser zu geringen Aufklärung sei natürlich die Regierung.

Einer der Debatteredner hat allerdings loyalerweise dazu gesagt — ich glaube, das war der Kollege Kraft jetzt —, es müßte natürlich von der Familie, von der Schule, aus der Gesellschaft herausgehen. Denn, meine Damen und Herren, daß wir dann, wenn Soldaten sechs Monate zu uns einrücken, ihnen dort erst den Sinn der Landesverteidigung beibringen müssen, wenn sie vorher gar nichts gehört haben, dazu ist die Zeit zu kurz.

Herr Kollege Kraft hat bei einer der letzten Debatten hier sehr emotionell eine meiner Bemerkungen ausgelegt; ich möchte sie wiederholen.

Ich glaube, daß man bei der Diskussion um die Landesverteidigung vorsichtig sein muß. Ich zweifle nicht an dem guten Willen, das liegt mir völlig fern. Aber, meine Damen und Herren, faktisch in der Öffentlichkeit nur die negativen Dinge — die es unbestritten gibt — aufzuzeigen mit dem Alibisatz vorne, wie es Kollege Kraft jetzt mit dem Schlußsatz gemacht hat, wir sind für die Landesverteidigung immer gewesen ... *(Abg. Kraft: Das werden Sie uns nicht abstreiten können!)* Das werden wir nicht abstreiten können? Seien Sie mir nicht böse, lesen Sie einmal die ... *(Abg. Kraft: Der ÖVP werden Sie kein gestörtes Verhältnis zur Landesverteidigung vorwerfen können!)*

Herr Kollege! Lesen Sie einmal die programmatischen Leitsätze der Volkspartei des Jahres 1952. Da werden Sie sagen: Wie lang ist denn das schon her? Da steht drinnen, daß die ÖVP für ein Bundesheer zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Inneren eintritt. Also gar so war es auch nicht. Es hat schon einen Wandel gegeben im Laufe der Zeit. Ich hätte es jetzt nicht erwähnt, aber weil Sie sagen: immer. Immer war es nicht.

Herr Kollege Kraft hat damals gemeint, ich möchte einen Maulkorb umhängen, das Reden verbieten. Meine Damen und Herren! Das wäre ja sinnlos. Erstens könnte ich es nicht, zweitens hat es keinen Sinn.

Aber jetzt bitte ich doch, das einmal sach-

Bundesminister Rösch

lich zu betrachten. Sie haben sich heute hergestellt und haben über Götzendorf alle Details oder einen Gutteil vorgelesen. Das ist alles richtig. (*Abg. Kraft: Ich hätte noch mehr vorlesen können!*) Sie hätten noch mehr vorlesen wollen. (*Abg. Kraft: Können!*) Oder können. Sie haben dann noch andere herausgegriffen.

Glauben Sie, daß das motivierend für junge Leute ist? (*Weiterer Zwischenruf des Abg. Kraft:*) Hören Sie mir einmal zu, bitte. Ich habe Ihnen ja auch zugehört. Das wäre doch fair.

Glauben Sie, daß der Oberösterreicher, der irgendwo einrückt, wenn er jetzt von Ihnen das Schreckgespenst Götzendorf vorgesetzt kriegt — das ist ein Schreckgespenst —, dadurch motiviert wird? Noch dazu, wo Sie wissen — das ist nämlich jetzt für mich das eigenartige —, daß jetzt 80 Millionen zur Sanierung zur Verfügung gestellt sind. Sie erwähnen aber kein Wort, sondern sagen nur, das ist unglaublich, das muß geändert werden und so weiter.

Meine Damen und Herren! Ich habe zuerst schon versucht, das in einem Zwischenruf zu sagen: Das Bundesheer besteht seit 25 Jahren. In 15 Jahren ist für den Neubau der Kasernen fast nichts getan worden. Ich mache keinen Vorwurf, ich stelle es nur fest. Die Budgetbeträge des Bautenministeriums sind in dieser Zeit 200 Millionen gewesen, heute sind es 637.

Wir haben vor einigen Jahren gesagt, das Geld, das wir bekommen können, verwenden wir für eine Infrastrukturmilliarde, damit wir das weitermachen. Nur: Bauen kann man nicht von heute auf morgen, das geht ja nicht, das dauert alles eine Zeit.

Sehen Sie sich die Kreuzbauten an, das sind jetzt ungefähr 14, die wir in den letzten fünf Jahren errichtet haben. Sehen Sie sich St. Michael an. Schauen Sie nach Amstetten. Sie sind der, der immer fordert: Kirchdorf muß gebaut werden. Wir werden es bauen.

Glauben Sie nicht, daß es dann nicht ganz fair ist zu sagen: Ja, das ist alles gebaut worden, aber da ist nichts geschehen! — Müßte man nicht abwägen? Müßte man nicht fragen: Was ist möglich gewesen? Was ist geschehen? Und es ist eine ganze Menge geschehen, ich glaube, das läßt sich überhaupt nicht bestreiten. Daß noch mehr geschehen muß, ist auch selbstverständlich.

Ein Teil unserer Kasernen stammt aus der Jahrhundertwende. Das dauert natürlich, bis das hergerichtet ist. Aber ich wiederhole noch einmal: Bitte das einmal nur zu überlegen.

Wenn wir alle diese Dinge immer wieder in der Öffentlichkeit darstellen, dann dürfen wir doch nicht glauben, daß die jungen Leute zum Bundesheer motiviert werden. Dann dürfen wir doch nicht beklagen, daß sie unter Umständen lieber zum Zivildienst gehen. Das ist doch die Logik daraus. Das hat nichts zu tun mit Kritik und sonstigen Dingen. Ich glaube, es sollte nur ein bißchen ausgewogener sein.

Es liegt mir völlig fern zu behaupten, alles, was im Bundesheer geschieht, ist gut und recht und schön. Das ist es nicht. Aber es ist auch nicht alles so schlecht, wie Sie es darstellen. (*Abg. Kraft: Nicht alles!*)

Herr Abgeordneter, Sie haben 35 Minuten gesprochen. Davon haben Sie 30 Sekunden gesagt, es gibt auch gute Dinge, und die restlichen 34 Minuten haben Sie aufgelistet, was Sie alles Schlechtes gefunden haben. (*Abg. Kraft: Sollen wir nicht ehrlich sein und den jungen Leuten die Tatsachen sagen?* — *Abg. Dkfm. Gorton: Sie werden uns nicht vorschreiben, was wir sagen sollen!*) Natürlich nicht.

Ich sage noch einmal, Herr Abgeordneter Gorton, Sie können es tun. Ich habe nichts dagegen, ich kann gar nichts dagegen haben. Nur bitte sich selbst die Frage vorzulegen, ob Sie damit das erfüllen, was Sie sagen: der Landesverteidigung zu dienen.

Wenn Sie den Minister angreifen, das spielt keine Rolle, das geht in Ordnung, dagegen habe ich überhaupt nichts. Aber Sie gehen ja bis hinein. Sie versuchen ja, Dinge immer wieder aufzuzeigen, wo ich die Frage aufwerfen muß: Dient das jetzt der Motivation, oder dient es ihr nicht? Sie behaupten ja, es dient der Motivation, was Sie tun.

Sie sagen, es dient — einverstanden! Dann dürfen wir einmal verschiedener Meinung sein. Sie sagen: Das aufzeigen von allem, was schlecht ist, dient der Motivation. Ich behaupte nein. Das sind unsere beiden Auffassungen. (*Abg. Dr. Lichal: Dazu ist ja Kritik auch da, daß man etwas ändert!*)

Herr Kollege Lichal! Ich halte Kritik für absolut positiv. Ich sage nur die Wirkung. Schauen Sie, heute spielt es keine Rolle, es hört niemand zu. Von den Abgeordneten hört nicht einmal wer zu. Ich habe mir zusammen gerechnet: Die höchste Anzahl, die jemals im Saal gewesen ist, waren 29 Herren bei der bisherigen Debatte. Das ist nicht so tragisch. (*Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Weil sich die Sozialisten nicht dafür interessieren!* — *Abg. Dr. Zittmayr: Ein gestörtes Verhältnis haben die Sozialisten, die Regierungspartei*

Bundesminister Rösch

zur Landesverteidigung!) Sie haben recht. Sie haben es nicht, denn Sie waren gar nicht da. Daher haben Sie ein ungestörtes Verhältnis dazu. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Kollege Kraft behauptet zwar immer, ich lache, aber er lacht immer bei allem, was er sagt. Es wird immer versucht, das polemisch zu sehen. Ich habe probiert, emotionslos eine Frage zu stellen. dazu gehört auch etwas anderes.

Am 9. März sagte der Wehrsprecher Ihrer Partei — um ein Beispiel zu bringen —, er glaubt: Ausgabe der Gewehre für die Präsenzdiener. Wir haben 162 000 Mann in den MOB-Kalendern, und die sollen jetzt 162 000 Sturmgewehre mit nach Hause nehmen. Haben wir uns nicht schon einmal darüber geeinigt, daß das nicht geht? *(Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Das wird ein Aufstand! — Abg. Dr. Ermacora: In der Schweiz geht es ja auch!)*

In der Schweiz? Natürlich, einverstanden. Ich wäre nur dankbar, wenn man das absprechen würde, weil ich zutiefst überzeugt bin, daß Sie dagegen sind, dagegen sein müssen, selbstverständlich, weil es ja keinen Sinn hat.

Der Herr Professor hat gemeint, wir haben die Gewehre nicht. Wir haben 179 000, also wir könnten es tun. Aber wir haben uns schon in der Zeit des Herrn Landesverteidigungsministers Graf — da haben Sie noch nichts damit zu tun gehabt —, unter Schleinzner — da haben Sie auch nichts zu tun gehabt —, unter Prader — da haben Sie auch noch nichts zu tun gehabt — über diese Sache unterhalten.

Meine Damen und Herren! Es ist ja nicht so, daß über alle solche Fragen erst jetzt neue Erkenntnisse gewonnen werden. Daß die Schweiz die Waffen seit 200 Jahren nach Hause gibt, ist bekannt. Ich erinnere daran, daß wir seinerzeit — die Minister Graf, Schleinzner und Prader — übereinstimmend gesagt haben: Wir könnten uns die Ausgabe der Waffen zum Beispiel im Lande Tirol vorstellen. Warum? Die Tiroler sind seit Jahrhunderten gewohnt, Waffen zu tragen. Aber wir können es uns in anderen Gebieten des Landes nicht vorstellen.

Und dabei ist es auch nicht notwendig. Denn wenn die Leute einrücken und in die Kaserne zu einem Sammelplatz kommen, so ist die Ausgabe der Waffe das, was die geringste Zeit in Anspruch nimmt.

Was ich damit sagen wollte, ist: Durch alle solche Dinge wird doch die Bevölkerung nicht versichert, da wird sie doch umso eher verunsichert, wenn man einmal das und einmal das sagt, einmal so, einmal so. Ich glaube, es wäre

ganz gut, wenn wir uns hier auf irgendeine Linie einigen könnten.

Der Schwerpunkt der Kritik ist immer wieder die Finanzierung. Ich wiederhole, was ich auch schon zum Budget gesagt habe: Das Budget 1981 ist ein Sparbudget für uns und bedeutet für das Bundesheer eine gewisse Durststrecke. Aber wir können die Ziele erfüllen. Ich möchte sagen: nicht großartig, aber gerade noch erfüllen. Das Jahr 1982 muß uns mehr bringen, das habe ich auch immer wieder gesagt.

Aber, Herr Kollege Josseck, jetzt zu sagen, der Plan, das System bis 1986 wird nicht erfüllt, das ist falsch, entschuldigen Sie. Es ist bis zum heutigen Tag erfüllt. Wir sind nicht im Rückstand. *(Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Jede Wette, daß nicht! — Abg. Kraft: Sie sind doch in Rückstand! — Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Im Haus hört man es anders!)*

Wir haben versucht, dem Herrn Professor Ermacora in stundenlangen Diskussionen bei der Armee und überall zu zeigen, daß es nicht richtig ist, daß wir zwar auf gewissen Gebieten einen Rückstand haben, aber im großen und ganzen das Ziel bis heuer erreicht haben. Auch die Generäle, die Sie immer wieder anführen, sagen, heuer geht es noch, aber nächstes Jahr muß es anders werden. Das sage ich auch.

Nur, meine Herren, wenn dann gesagt wird: Das interessiert mich nicht, das ist alles unvollständig, das stimmt nicht, das ist anders — ja wozu sollen wir denn dann einen Bericht vorlegen? Sie anerkennen ihn ja nicht! Sie anerkennen ja die Berichte nicht und sagen, das ist nicht wahr, was drinnen steht, das muß anders sein, das ist zuwenig und was weiß ich alles.

Sie sind ja nicht in der Lage — entschuldigen Sie, wenn ich das sage —, überhaupt mitzudiskutieren, Herr Professor. Sie können nicht zuhören, Sie können nur zwischenrufen. Und wenn man Ihnen Unterlagen gibt, weiß ich nicht, was Sie damit tun. Der Armeekommandant hat mir erklärt, er hat Sie stundenlang zum Beispiel in die Operationspläne eingewiesen. Und Sie gehen in die Öffentlichkeit und sagen, es gibt keine. *(Abg. Dr. Ermacora: Das habe ich nicht gesagt!)*

Soll ich es Ihnen vorlesen? Ich habe die Aussagen von Ihnen in den letzten Monaten gesammelt, Herr Professor. Ich könnte jetzt anfangen, das vorzulesen, da sitzen wir allerdings bis zum Abend hier. Da werden Sie sehen, wie Sie in Kärnten erklärt haben, Sie haben nichts gefunden, es gibt nichts, Unvollkommenes und so weiter. *(Abg. Dr. Ermacora: Das ist auch richtig!)*

Bundesminister Rösch

Ich glaube, das hat ja keinen Sinn. Wenn wir uns über die Fragen unterhalten wollen, dann müssen wir doch wenigstens versuchen, nicht mir — von mir rede ich gar nicht —, aber wenigstens den Herren des Heeres zu glauben, wenn sie Sie informieren. Aber Sie glauben denen auch nicht. Sie glauben nur einer Gruppe Ihrer zahlreichen Vertrauten. Aber mir sagen einige Vertraute von Ihnen: Das haben wir dem Herrn Professor nicht gesagt, das hat er selber erfunden. Sie sagen, nein, sie haben Ihnen das mitgeteilt. Ich weiß nicht, was richtig ist. *(Abg. Graf: Eine Enquete wäre zweckmäßig — das Sicherste, was es gibt!)* Vielleicht eine Enquete. Herr Kollege Graf hat wieder den richtigen Weg gefunden: in einer Enquete die ganze Sache zu machen.

Jetzt hat der Herr Professor Ermacora in Kärnten eine Pressekonferenz gemacht, dem Herrn Bundespräsidenten geschrieben, obwohl er natürlich als Staatsrechtler weiß, daß der Herr Bundespräsident ja kein Geld ausgeben kann oder die Ausgabe anordnen kann. Aber es gehört sicherlich zum Stil dazu. *(Abg. Dr. Ermacora: Er ist Oberbefehlshaber!)* Er hat mir einen Brief geschrieben — Sie wissen, was die Funktionen eines Oberbefehlshabers sind — wegen der Rohr-Kaserne. Die Zustände in der Rohr-Kaserne sind schlecht, sehr schlecht. Die Entscheidung war: Was sollen wir zuerst bauen: Unterkunft oder Wirtschaft? Beides zugleich geht nicht. Wir haben uns lang darüber den Kopf zerbrochen, und es ist eine übereinstimmende Auffassung im Ministerium gewesen, zuerst das Mannschaftsgebäude zu bauen. *(Abg. Dr. Ermacora: Im Ministerium!)*

Es ist wirklich ein Jammer: Ich sitze von der Früh bis in die Nacht im Ministerium und spreche mit den Herren. Der Herr Professor Ermacora fährt einmal hinaus, schaut sich das dort an, glaubt alles, was man ihm dort sagt, und sagt mir, nein ... *(Abg. Dr. Ermacora: Ich habe es ja gesehen!)*

Sie können doch nicht gesehen haben, was die Leute reden, Sie können es doch nur gehört haben, entschuldigen Sie vielmals. *(Beifall bei der SPÖ.)* Gesehen haben Sie eine schlechte Kaserne, einen sehr schlechten Zustand, und gehört haben Sie nicht und können Sie nicht haben, daß die Leute auch der Meinung waren, daß man zuerst die Unterkünfte bauen soll und nicht das andere. Das liegt sogar schriftlich vor. Sie erklären: nein. Es ist sinnlos, darüber zu diskutieren. Ich kann nur nach bestem Wissen und Gewissen sagen, daß wir versucht haben, eine Rangordnung festzulegen.

Und jetzt kommt Kollege Kraft, glaube ich, und sagt, wir sollen ein Bauprogramm aufstellen. Er weiß ganz genau, das gibt es. Einen Prioritätenkatalog: Sie wissen, das gibt es, es ist Ihnen selbst gezeigt worden. Sie verlangen es hier, und das soll dem Parlament vorgelegt werden.

Ich möchte noch einmal sagen, und ich bitte, das zu überlegen, meine Damen und Herren: Was hat denn das für einen Sinn? Da wird jetzt aufgelistet sein, und da wird drinnen stehen, daß in der Priorität erst als Nummer fünf oder sechs die Kaserne dort und dort drankommt. Dann werden — das haben wir schon einmal diskutiert — dutzende Interventionen kommen, wir sollen die Kaserne vorziehen, weil das wichtiger ist. So geht es ja nicht, wir können das nur ablaufen lassen, wie wir es jetzt festgelegt haben.

Dieser ganze Prioritätenkatalog ist vorhanden, er ist beim Bautenministerium und überall. Wir wissen genau, in welcher Reihenfolge wir die Sachen machen sollen, sofern wir das Geld dazu haben. Ich hoffe, daß wir das Geld dazu auch bekommen werden.

Eine Frage war — ich glaube, Kollege Josseck hat das gesagt, Ofner hat es auch gesagt —: zuwenig Munition. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, was wir an Munition in den letzten Jahren ausgegeben haben, ob Sie sich das einmal angesehen haben.

Wir haben im Jahr 1979 für 520 Millionen Schilling Munition angeschafft, 1980 für 678 und 1981 für 718 Millionen Schilling. Also wir haben jährlich einen ganz schönen Brocken des Budgets dafür verwendet, in drei Jahren rund 2 Milliarden Schilling.

Und nun kann es natürlich passieren, daß Sie dort bei einer Übung gewesen sind, daß der Mann nicht geschossen hat. Aber zum guten Teil nicht aus Munitionsmangel. Da gibt es andere Gründe.

Zum Beispiel die schwere Munition. Ich glaube, es ist gesagt worden, Sie wissen es. Die schwere Munition müssen wir importieren oder mußten sie bis vor kurzer Zeit importieren. Jetzt haben sich österreichische Produzenten gefunden. Aber leider Gottes haben wir noch immer fast keine geliefert bekommen, weil die noch immer experimentieren. Es ist halt nicht so leicht, schwere Munition von heute auf morgen so zu erzeugen, daß sie auch entspricht.

Granatwerfermunition zum Beispiel haben wir aus den Ländern des Ostens bezogen seit Bestehen des Bundesheeres. Meine Damen und Herren! Niemand hat jemals in den ersten 15 Jahren gefragt: Könnten wir die

Bundesminister Rösch

nicht in Österreich erzeugen? Seit drei Jahren schaue ich herum, ob wir die Granatwerfermunition nicht doch in Österreich erzeugen könnten, weil es bei uns besser ist. Der Ostblock liefert uns sowieso schon seit Jahren keine mehr. Also müssen wir entwickeln. Und jetzt haben wir natürlich Reservebestände, ganz große ... (Abg. Kraft: Ein Eingeständnis!) Was heißt Eingeständnis? Können Sie einmal auch sachlich diskutieren, oder tun Sie das immer nur mit spitzen Bemerkungen, lächelndem Gesicht und Haß? Was wollen Sie, Herr Kollege Kraft, immer? Sie können nur immer das Negative sehen! (Abg. Kraft: Ich höre Ihnen zu!)

Nein, Sie hören eben leider nicht zu. Könnten Sie nicht einmal versuchen, das auch von der Seite der sachlichen Überlegung zu sehen? (Abg. Dr. Schwimmer: Oberlehrer!) Herr Kollege Schwimmer, mit Sozialpolitik hat das nichts zu tun. — Könnten Sie nicht versuchen, das zu machen?

Wenn ich versuche darzustellen, daß wir die Munition nicht bekommen ... (Abg. Kraft: Sie haben gesagt, es wird nicht geschossen, und ich habe gesagt: Eingeständnis — na bitte!)

Nicht geschossen, das war ein Zwischenruf von hier, das war nicht meiner. (Abg. Dr. Lichal: Das war von mir!) Eben. Der Herr Kollege Lichal hat gerufen „nicht geschossen“, und Sie sagen Eingeständnis zum Lichal. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Ich weiß nicht, was das heißen soll. (Abg. Dr. Lichal: Sie haben gesagt, es wird keine Munition geliefert, im Inland wird keine erzeugt seit Jahren, daher hat sich die Frage ergeben: es wird nicht geschossen!)

Sie hätten noch warten müssen, bis der nächste Teil des Satzes gekommen ist. Ich kann ja nicht alles zugleich sagen. — Daher müssen wir aus den Beständen, habe ich gesagt, das verwenden. (Abg. Dr. Lichal: Das haben Sie noch nicht gesagt!)

Das konnte ich ja nicht, weil Ihr Zwischenruf schon gekommen ist. Ich kann ja nicht so schnell reden.

Also versuchen wir natürlich etwas einzubremsen, das ist richtig, weil wir das aus den Beständen machen müssen.

Aber auch hier läßt sich nicht von heute auf morgen eine Lösung finden, die aus verschiedensten Gründen 20 Jahre hindurch nicht gefunden werden konnte. Und zaubern kann man halt auch nicht.

Meine Damen und Herren! Die Frage der Bereitschaftstruppe, die ja immer wieder ein

Stehsatz seit zehn Jahren ist. Bisher haben sich immer der Kollege Neisser und ich darüber unterhalten, jetzt sind es andere. Sie werden ja auch wieder dazu Stellung nehmen, bin ich überzeugt.

Ich möchte folgendes sagen: Einmal hat die Armee gesagt: Wenn 60 bis 70 Prozent einer Bereitschaftstruppe ständig bereit sind, so gilt sie international als einsatzbereit. Das hat sich bestätigt bei den Besuchen, in der Schweiz, wo Sie auch waren, da hat man Ihnen dasselbe gesagt, in Schweden, in allen Ländern.

Aber, und das ist vielleicht jetzt der Unterschied: Bei uns war ja gemeint, daß diese 15 000 Mann, die zwar nicht im Gesetz stehen, die die Regierung dann beschlossen hat, als Bereitschaftstruppe da sein sollen, und zwar auch in vollem Umfang von 15 000 Mann.

Und nun, glaube ich, ist ein Fehler passiert. Ich gestehe offen, ich bin selbst erst vor gar nicht langer Zeit draufgekommen, ich werde auch demnächst der Regierung und dem Verteidigungsrat einen Bericht vorlegen.

Wir haben eine Bereitschaftstruppe, bezeichnet als Bereitschaftstruppe, die hat ständig ungefähr 12 000 Mann, und dann haben wir bereitchaftstruppenähnliche Verbände. Meine Frage war jetzt: Wozu haben wir das?

Ich glaube, man sollte sagen: Was gibt es an ständig bereiten Verbänden? Das ist das entscheidende. Ständig bereite Verbände sind rund 15 000 Mann. Das sind keine Präsenzdiener und so weiter, sondern ständig bereite Verbände. Zum Beispiel eine Heeresartillerieeinheit, die natürlich ständig da ist, Pioniere, die ständig da sind, die auch immer wieder im Katastrophendienst eingesetzt werden.

Ich sage das deswegen, damit wir vielleicht auf diesem Wege über diesen ständigen Zankapfel hinwegkommen. Das heißt nicht, daß man nicht auch versuchen soll, die direkt bezeichnete Bereitschaftstruppe im Laufe der Zeit weiter aufzustocken.

Es ist heute ein Vorschlag gekommen von einem der Herren, angesichts der Arbeitslosigkeit Leute einzustellen. Das hilft uns ja nichts. Was wir brauchen, ist hauptsächlich Kaderpersonal, und dieses Kaderpersonal auszubilden dauert Jahre. Es hat wenig Sinn, jetzt die einzustellen, auszubilden. Wenn wir das wollen, brauchen wir sie jetzt. Wir hoffen ja, daß die Zeit vorübergeht, und die gehen dann wieder weg.

Dazu die Idee, die ja schon sehr alt ist: Und dann die Überstellung, wenn sie von uns weggehen, in den öffentlichen Dienst.

Bundesminister Rösch

Meine Herren, da müssen wir uns jetzt einig sein. Die Überstellung in den öffentlichen Dienst würde mehr Dienstposten bedeuten, auch für den öffentlichen Dienst. (Abg. Dipl.-Vw. Josseck: *Dort sterben ja auch welche!*)

Ja, aber die, die ausscheiden, haben eine andere Qualifikation als die, die unten eintreten sollen. Das geht halt nicht. Das sind ja verschiedene Dinge. Zum Ausscheiden kommt es in den Ministerien und so weiter, natürlich auch bei uns, aber beim Bundesheer sind es noch etwas weniger. Ich glaube, das System mit dem Umwechseln... (Zwischenruf des Abg. Dr. Lichal.)

Es sind ja genügend Vertreter der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes hier, ich will mich da nicht einmischen, aber, Kollege Lichal, bisher war keine große Bereitschaft dazu. (Abg. Dr. Lichal: *Sektionschef kann er nicht werden!* — Abg. Dipl.-Vw. Josseck: *Das hängt vom Parteibuch ab!*)

Es war bisher keine große Bereitschaft dazu, dieser Idee des Überwechseln in den öffentlichen Dienst nahezutreten. Man soll es angehen, natürlich. Aber was mir viel wichtiger erscheint, ist, die Frage des Zeitsoldaten irgendeiner Lösung zuzuführen.

Meine Damen und Herren! Wir verhandeln seit nahezu zweieinhalb Jahren und sind noch zu keinem Ergebnis gekommen. Es sind so viele Schwierigkeiten, die nicht von uns kommen, sondern die von allen möglichen Stellen kommen, daß man hier vorsichtig sein muß.

Ich darf versuchen, jetzt schnell noch weiterzukommen zu den konkreten Fragen, um die es hier gegangen ist.

In der Frage Abfangjäger gibt es sehr kontroversielle Meinungen. Ich bin aufgefordert worden zurückzutreten, wenn sie nicht kommen. Ich weiß nicht, ob sie dann kommen, wenn ich zurücktrete.

Aber, meine Damen und Herren, die Frage ist doch weniger polemisch als sachlich zu betrachten. Der Verteidigungsrat hat 1976 die Notwendigkeit des Ankaufes von Abfangjägern beschlossen — das erstemal übrigens beschlossen —, dann verlangt, daß evaluiert wird; das ist jetzt geschehen, wir haben einige Sitzungen gehabt, am 10. April findet die nächste Sitzung statt. Am 10. April wird der Verteidigungsrat für eines der beiden Systeme, die überhaupt noch in Frage stehen, entscheiden müssen.

Ich glaube, anschließend an diese Entscheidung wird der Verteidigungsrat die Regierung beauftragen müssen, festzustellen, ob sich das

finanzieren läßt und wie das wirtschaftlich aussieht. Dann kann man sich das erst auf Grund der eingeholten Finanzierungskonzepte ansehen.

Ich glaube, der Abgeordnete Keimel war der Meinung, es war ein Riesenfehler, daß wir bisher noch kein Finanzierungskonzept haben. — Das haben wir nicht haben können, denn zuerst müssen wir wissen, wer ist es, wer soll es machen, und was bieten die an? Das wird jetzt geschehen. Zum Teil weiß man es, man wird es überprüfen müssen.

Und dann muß man rechnen: Was kommt unter dem Strich heraus, geht sich das aus oder geht sich das nicht aus? Dann muß man die Rechnung praktisch vorlegen. Ich glaube, das ist der einzige Weg, wie man zu einer vernünftigen Überlegung kommt, ohne daß man jetzt immer in der Polemik hin und in der Polemik her spricht, denn das wird wahrscheinlich zu nichts führen.

Zuletzt noch: Ich glaube, Kollege Ofner hat davon gesprochen, daß die Untauglichenziffern immer höher werden. Das ist ein Irrtum. Bitte um Entschuldigung: Sie werden nicht höher, im Gegenteil, sie sinken sogar etwas.

Ich weiß schon, worauf der Irrtum beruht. Die ständigen Stellungskommissionen, zum Beispiel St. Pölten und so weiter, verlaublich die Ziffern derer, die bei der Stellung nicht als tauglich befunden wurden und mischen die ständig Untauglichen und die zeitlich Untauglichen zusammen. Die zeitlich Untauglichen sind alle mit einem gebrochenen Fuß, mit einer Grippe, mit einer Blinddarmoperation und, und, und. Es stellt sich dann heraus, daß in Wirklichkeit die Zahl der ständig Untauglichen viel, viel geringer ist. Zu einer Statistik, die die Ergänzungsabteilung über mein Ersuchen jetzt über alle 25 Jahre seit Bestehen des Bundesheeres gemacht hat, kommt man auf einen Schnitt von 13,23 Prozent ständig Untauglicher. 13 Prozent!

In Wirklichkeit können Statistiken, das ist immer so, sehr viel verfälschen. Einige Jahrgänge fallen besonders heraus. (Abg. Dr. Lichal: *Bei jeder Musterung heißt es, daß der Gesundheitszustand der Jugendlichen, der Wehrpflichtigen immer schlechter wird! Das hört man, bei jeder Musterung steht das in jeder Zeitung, und jede Stellungskommission gibt das bekannt!*)

Nur ist es falsch, es tut mir leid. Entweder stimmt die Mitteilung, die wir vorliegen haben, und die ist ziffernmäßig belegt. Und hier haben Sie die höchsten Ziffern der Untauglichen in den Geburtsjahrgängen 1939, 1940, 1941; das waren drei Geburtsjahrgänge,

Bundesminister Rösch

die sehr hohe Untauglichkeitsziffern aufweisen. Dann sind die verhältnismäßig klein. Und dann kommen die wiederum stärkeren Jahrgänge 1959 und 1960. Warum? Da ist nämlich die ständige Stellungskommission wirksam geworden, da sind auf einmal durch diese Zweitage-Untersuchung bessere Ergebnisse dagewesen, und seit der Zeit sinkt es wieder ab. Wir haben also zum Beispiel im Jahre 1980 insgesamt 63 000 Stellungspflichtige gehabt, davon waren 4 000 Untaugliche, das sind 6,9 Prozent.

Es ist also nicht so: Es wird von den Stellungskommissionen schon richtig veröffentlicht, nur, die Massenmedien geben das dann ein bisserl in ein Häferl hinein und geben das so durch. Es klingt halt ganz gut, wenn man dann sagt: Jeder fünfte Österreicher ist untauglich, oder jeder vierte, 20, 25 Prozent. Nur — in der Praxis ist es nicht richtig.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, es ist schwierig, in einer öffentlichen Diskussion zu versuchen, Polemik wegzubringen und die Dinge sachlich bezogen zu besprechen. Ich habe es versucht; es gelingt mir nicht immer, das weiß ich schon.

Ich möchte aber trotzdem zum Abschluß darauf hinweisen: Die Finanzierung des Bundesheeres ist ein zentrales Problem. Es war immer ein zentrales Problem.

Meine Damen und Herren! Die Behauptung, das Bundesheer ist früher besser ausgerüstet gewesen, ist ja nicht richtig. Und ich möchte noch einmal sagen: Der einzige Bezugspunkt, der, glaube ich, real ist, ist der zum Bruttonationalprodukt. Nicht zu dem Gesamtbudget, das hat wenig Sinn. Denn wenn ich dann die realen Ziffern hernehme, müßte ich sagen: Das Budget in der Koalitionsregierung war ganz schlecht, da hat es nämlich nur 1,8 Milliarden Schilling betragen. In der ÖVP-Alleinregierung war es auch nicht besonders gut, da hat es nur 2,7 Milliarden Schilling betragen. Wie großartig ist es jetzt mit 12,6 Milliarden Schilling! Nun, das wäre falsch.

Die Relation zum Bruttonationalprodukt ist, glaube ich, die einzige Bezugsquelle, die man anführen kann. Und da gibt es nur ein einziges Jahr, nämlich das Jahr 1964, wo das Budget 1,41 Prozent vom Bruttonationalprodukt betragen hat.

Im Jahr darauf ist es gleich, wiederum auf 1,11 Prozent abgesunken. Es ist sogar in dieser Zeit, 1965, 1966, in den Ziffernansätzen um eine halbe Milliarde Schilling weniger geworden; es ist nicht gestiegen, sondern es ist in den Ziffernansätzen um eine halbe Milliarde Schilling weniger geworden.

Wir haben im Jahre 1978 1,22 Prozent gehabt, 1979 1,23 Prozent, 1980 1,19 Prozent, und wir haben heute, im Jahre 1981, 1,15 Prozent, also eine niedrigere Quote. Aber diese 1,22 Prozent im Jahre 1978 und die 1,23 Prozent im Jahre 1979 zählen zu den höchsten Quoten, die es in den 25 Jahren gegeben hat.

Ich habe einmal versucht, in einer Schulfunksendung — aber die wird nicht von vielen gehört — zu sagen, warum das ist. Es gibt natürlich auch eine Begründung.

Im Jahre 1955, als das Bundesheer gegründet wurde, haben uns die Alliierten den größten Teil der Ausrüstung geschenkt. Das heißt also, es hat damals ein Budgetansatz von 716 Millionen Schilling genügt, das war ein bisserl für Bekleidung und für die Personalkosten. Mehr hat man nicht gebraucht, denn alles andere haben wir geschenkt bekommen. Und dieses Geschenk war ein Danaergeschenk, denn das zieht sich seit 25 Jahren de facto durch alle Budgets durch. Man mußte das Gerät erneuern, hat aber nichts mehr geschenkt bekommen. Und dadurch sind diese Ansätze verhältnismäßig tief geblieben. Ich glaube, das ist real die richtige Einschätzung.

Jetzt kann man sagen: Das ist schlecht gewesen, das ist falsch gewesen. — Ich weiß es nicht. (*Abg. Dipl.-Vw. Jossek: Schlüsse ziehen daraus!*)

Ich ziehe die Konsequenz daraus, daß man versuchen muß, schrittweise das jetzt aufzustocken. Schrittweise. Schnell geht es nicht, denn man muß es ja von irgendwo wegnehmen. Wie schwierig das ist!

Ich darf nur an das Jahr 1964 erinnern, wie unerhört schwierig das war. Die älteren Herren des Hauses werden sich noch erinnern können. 50 Millionen Schilling hat man damals für den Wohnungsbau gebraucht. Man hat es dann dem Landesverteidigungsbudget weggenommen. Der Vorschlag kam von dem damaligen Parteiobmann der ÖVP Dr. Gorbach. Er hat gesagt: Nehmen wir die 50 Millionen Schilling dort weg. Das ist so geschehen. Gut.

Also auch in solchen Zeiten ist es halt sehr schwer. Und jetzt dann zu sagen, das ist schlecht oder gut gewesen, ich glaube, das ist sehr schwierig. Man muß es real sehen.

Ich kann mir also vorstellen, daß wir versuchen müssen, im nächsten Jahr, wie gesagt, wiederum ein Stück weiterzukommen.

Ich kann noch einmal versichern: Das, was das Heer bisher hat, ist in der Ausrüstung gut. Die Stufen, entsprechend dem Plan bis zum

Bundesminister Rösch

Jahre 1986, sind erreicht — im wesentlichen, im großen. In einzelnen Teilen ist es nicht erreicht, aus verschiedenen Ursachen, nicht zuletzt auch aus finanziellen Gründen.

Ich wäre sehr dankbar, wenn es möglich wäre, in der öffentlichen Diskussion nicht nur die negativen Seiten, sondern auch die positiven Seiten ein bißchen mehr hervorzukehren. Und zwar nicht wegen mir. Schauen Sie, ich bin schon so alt, ich halte alles aus. Außerdem ist das für mich nicht so eine Kritik an mir. Es ist die legitime Aufgabe der Opposition. Was soll sie denn anderes tun? Selber kann sie sich ja nicht kritisieren (*Heiterkeit bei der SPÖ*), also muß sie die Regierung kritisieren. (*Abg. Kraft: Es gibt viele Anlässe dazu!*) Aber es geht um die Motivation dieser jungen Leute, damit die nicht den Eindruck bekommen, so wie es der Herr Professor Ermacora gesagt hat in der Überschrift: Es steht nicht gut um das Heer. Also wozu sollen wir dann hineingehen, werden die jungen Leute sagen. Und das, glaube ich, gilt es doch zu verhindern. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Thalhammer: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, gebe ich noch bekannt, daß der Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Ermacora, Kraft und Koppensteiner genügend unterstützt ist und mit in Debatte steht.

Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Dr. Neisser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Neisser (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bundesminister! Gestatten Sie am Anfang ein Wort, das den Stil der heutigen Debatte betrifft. Sie haben jetzt am Schluß wieder gesagt, es sei sehr schwer, die Polemik von der sachlichen Diskussion zu trennen.

Gestatten Sie, daß ich das mit aller Deutlichkeit sage: Ich glaube, Ihre Wortmeldung hat diese Schwierigkeit sehr deutlich unter Beweis gestellt. Denn die Art und Weise, wie Sie versucht haben, in einer verbalen Auseinandersetzung mit dem Abgeordneten Dr. Ermacora zu diskutieren, war nichts anderes als der Versuch einer verbalen Verunglimpfung. (*Widerspruch bei der SPÖ.*) Und das, muß ich sagen, ist für mich ein Stil, den ich schlechthin als unfair bezeichne. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich werde Ihnen sagen, warum, Herr Bundesminister! Wenn Sie ihm im Zusammenhang mit der Gewehrdiskussion vorwerfen, daß Sie schon mit allen Ministern dieser Republik diskutiert haben — nicht wahr: wo er nicht dabei war, nicht dabei sein konnte —,

dann muß ich sagen: Wenn Sie mit allen Ministern diskutiert haben, ist das, was Sie bis heute zustande gebracht haben, eigentlich relativ wenig. Denn Sie diskutieren und betreiben Landesverteidigungspolitik seit 30 Jahren in diesem Land, und Sie hätten als Staatssekretär seinerzeit im Verteidigungsministerium schon die Möglichkeit gehabt, dafür Sorge zu tragen, daß Konzepte entwickelt werden, die zukunftsbringend sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Oder etwas Zweites, Herr Bundesminister! Wenn Sie dem Professor Ermacora vorwerfen, daß er an den Bundespräsidenten einen Brief geschrieben hat: Ja, verstehen Sie nicht, daß der Oberbefehlshaber dieses Bundesheeres, abseits von jener rechtlichen Verankerung dieser Funktion, eine moralische Aufgabe hat und eine moralische Instanz ist in Sachen der Verteidigungspolitik? Es ist also ein trauriges Zeichen, wenn sich der Professor Ermacora an ihn wenden muß, weil er offensichtlich bei Ihnen nicht mehr das Verständnis für die Probleme findet. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Widerspruch bei der SPÖ.*)

Oder wissen Sie, meine Herren — nur wieder Ruhe —, was mich aber am bedenklichsten gestimmt hat? Daß Sie ihm offensichtlich vorgehalten haben, er habe seine Vertrauten. Aber die Vertrauten erzählen Ihnen auch immer, daß Sie ihm eigentlich gar nicht das gesagt haben, was er behauptet hat.

Ja, Herr Bundesminister, da werde ich stutzig, bitte. Was heißt das? Sind die Vertrauten etwa Spitzel, die Sie hineinschicken in seine Beraterkreise, damit Sie wissen, was dort diskutiert wird? (*Bundesminister Rösch: Umgekehrt! Umgekehrt höchstens!*)

Ich muß Ihnen ehrlich sagen, das ist ein Stil, der mich wirklich nachdenken läßt und den ich absolut nicht goutieren kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Im übrigen, Herr Bundesminister, es hat jeder natürlich seinen persönlichen Stil, auch in der Auseinandersetzung, nur meine ich, daß das Thema Landesverteidigung in der derzeitigen Situation viel zu ernst ist, um es, wenn ich so sagen darf, wie Sie es heute von der Regierungsbank getan haben, im Stile heiterer Truppenbetreuung abzutun. Meiner Meinung nach sind da ernstere Gespräche notwendig als sie von Ihrer Seite bisher angeboten und geführt worden sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Schauen Sie, noch eine Grundsatzfrage, in die Sie immer neue Akzente hineinbringen. Sie behaupten, man könne über den Zustand der österreichischen Landesverteidigung

Dr. Neisser

nicht diskutieren, weil es permanent die Tendenz gäbe, alles schlecht zu machen, eine Panik zu erzeugen.

Ich sage Ihnen, es gibt diese Tendenz sicher. Man unterliegt dieser Versuchung manchmal, aber dieser Tendenz stehen auch Ihre permanenten Versuche gegenüber, die Situation zu beschönigen. Und wenn heute der Abgeordnete Josseck, und das ist ein Punkt, da bin ich mit ihm völlig konform, mit allen anderen Punkten kann ich mich nicht so solidarisieren, aber mit dem Punkt zweifellos, wo er gesagt hat, wir bräuchten einen Bericht über die Realität der Landesverteidigung in bestimmten Intervallen. Ich freue mich, Herr Abgeordneter Josseck, das ist auch bei Ihnen ein bisserl ein Umdenken, denn im Jahre 1978, als wir diesen Antrag hier im Plenum gestellt haben, haben Sie damals nicht mitgestimmt. Ich sage Ihnen, warum ich auch hier skeptisch bin gegenüber Ihrem Verhalten, vor allem wenn ich die Begründung höre. Wir hatten einen Zustandsbericht im Haus. Der stammte noch aus der Ära Lütgendorf. Sie waren mit diesem Bericht nicht ganz glücklich, denn in einer Zeitung war zu lesen, daß Sie einmal gesagt haben: Ich hätte den anders geschrieben.

Nun, der Bericht war also sicher nicht das Beste, und wir haben damals einen Vorschlag gemacht, wie man solche Zustandsberichte strukturieren sollte. Sie haben diesen Vorschlag damals bei der Diskussion im Plenum im Jahr 1978 abgelehnt. Und ich sage aber jetzt, mit welcher Begründung. Damals haben Sie gesagt: Ich bin gegen die Erstellung eines Berichtes, weil die Berichterstellung zu dem Zeitpunkt würde nur bedeuten, daß die Opposition, die ÖVP, Material für den Wahlkampf bekommt und ich dagegen bin, daß das österreichische Bundesheer in den Wahlkampf mit hineingezogen wird.

Das eine möchte ich sagen: Sehr simple Unterstellung, daß die ÖVP nur Zustandsberichte braucht, um dann im Wahlkampf sozusagen Demagogie mit dem Bundesheer zu betreiben. Eine simple Unterstellung, sage ich auch hier mit aller Deutlichkeit.

Nun, in der Zwischenzeit sind die Wahlen vorübergegangen, und es kam neuerlich dieser Vorschlag von Professor Ermacora hier im Plenum zur Diskussion. Was war jetzt Ihre Antwort? Das hat doch gar keinen Sinn, einen Zustandsbericht zu machen, denn jetzt haben wir ja die erste Zwischenstufe, die ist im Jahr 1986 erledigt. Frühestens 1984 oder 1985 ist es sinnvoll, einen solchen Zustandsbericht zu machen, denn dann werden wir schon sehen,

wie sich dieser Ausbau allmählich entwickelt hat.

Ja, Herr Bundesminister! Damals waren Sie zwar noch nicht so amts müde, wie Sie heute scheinen, aber es war Ihnen auch schon klar, daß Sie im Jahr 1984 nicht mehr Ressortminister sind und daher nicht mehr einen solchen Zustandsbericht zu vertreten haben.

Aber nun darf ich etwas Grundsätzliches sagen, weil Sie immer sagen, diese Zustandsberichte führen sozusagen dazu, daß die Öffentlichkeit dann demotiviert wird und dergleichen.

Ja, Herr Bundesminister, ich muß wirklich sagen: Ist es nicht möglich, daß drei Parteien in einem Haus, die sich alle zur Landesverteidigung bekennen, einen Weg finden, solche Zustandsberichte sachlich zu erstellen und sachlich zu diskutieren? Nur geben Sie uns erst einmal die Möglichkeit dazu, und machen Sie einen Versuch, und legen Sie uns das vor. Denn das eine muß ich Ihnen auch sagen: Es ist sicher eine gewisse Gefahr, wenn es heißt, beim Bundesheer ist alles schlecht, daß die Leute von vornherein mit einer noch größeren Skepsis hineingehen.

Aber das eine kann ich Ihnen auch sagen: Genauso schlecht ist es, wenn wir den gegenteiligen Weg gehen und die Österreicher und die Österreicherinnen nicht informieren über die Realität dieser Verteidigungspolitik. Denn dann kommt eines Tages die Stunde des Erwachens und das kann unter Umständen eine böse Stunde sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher meine ich, daß es einfach eine grundlegende Aufgabe jeder Verteidigungspolitik ist, für die erforderliche Transparenz zu sorgen.

Ich weiß schon, das ist riesig schwierig, weil wir da in Bereiche der militärischen Geheimhaltung hineinkommen können. Aber wir haben ja eine Organstruktur vorgegeben, wo man beide Seiten berücksichtigen könnte. Den Landesverteidigungsrat als Organ mit qualifizierter Geheimhaltungspflicht und hier das Parlament mit einer gewissen Dimension einer öffentlichen Diskussion.

Also ich sage Ihnen, Ihre Argumentation von dieser Sicht her gesehen ist einseitig und es wäre ein guter Beginn für einen gemeinsamen Weg einer Verteidigungspolitik, wenn Sie von sich aus uns jetzt einmal jene sachliche Information zur Verfügung stellten, über die man kritisch diskutieren kann.

Nun, meine Damen und Herren, ich möchte zu der Diskussion, die mit Recht hier auch bei diesem Bericht geführt wird, nämlich als

Dr. Neisser

grundsätzliche Diskussion, etwas sagen, weil in diesem Bericht eine Reihe von konkreten Beschwerdefällen drinnen stehen, die systembedingt sind.

Schauen Sie sich nur die Rubrik an, welche Beschwerdefälle es im Zusammenhang mit der Versorgung des Heeres gibt, mit der mangelnden ärztlichen Betreuung, mit der mangelnden Ausstattung und dergleichen. Das sind alles Fragen, die einen Bezug zum Grundsätzlichen, nämlich zum System haben.

Und da möchte ich eines noch zur bisherigen Diskussion sagen. Was für mich das große Problem der derzeitigen Situation ist, Herr Bundesminister, sie haben als Sozialistische Partei eine elfjährige Periode der Wehrpflicht zu vertreten, für die Sie verantwortlich sind.

Und ich finde einfach von vornherein, bitte entschuldigen sie, ihre permanenten Versuche, in die Zeit vor 1970 auszuweichen unglaublich, und wenn Sie heute sagen, Sie haben in den elf Jahren zu wenig Zeit gehabt, um angebliche frühere Mängel zu beseitigen, so ist das unglaublich. Nein, Sie haben in diesen elf Jahren eine Phase des Experimentierens in Ihrer Wehrpolitik durchgeführt, die die ganze Situation verschlimmert hat.

Denn daß wir heute die budgetäre Misere beim Bundesheer haben, ist nicht nur eine Folge der angespannten finanziellen Situation, die sich aus Ihrer Budgetpolitik ergibt, sondern ist mit eine Folge Ihrer elf Jahre Verteidigungspolitik, wo Sie ja experimentiert haben.

Ich habe es Ihnen ja schon hier einmal in diesem Haus gesagt, die Einlösung Ihres Wahlversprechens aus dem Jahr 1970 war in diesem Parlament ein Gesetzesantrag, wonach das Wehrgesetz abgeändert werden sollte in einem einzigen Satz, der da lauten sollte: Der ordentliche Präsenzdienst wird mit oder ohne Waffen geleistet und dauert im allgemeinen sechs Monate, für als Waffendienstverweigerer im Sinne dieses Bundesgesetzes anerkannte Personen neun Monate.

Das war das einzige, was Sie damals zu bieten hatten in Erfüllung Ihres Wahlschlagers und als Sie das dann hier eingebracht haben, dann haben Sie angefangen nachzudenken, wie man so was organisatorisch und vom System her bewältigen könnte. Und heute sagen Sie, bitte schön, es war nie genügend Geld da, bitte schön, das stimmt nicht. Ich gebe Ihnen zu, daß vom Anfang hier eine gewisse Hypothek seit dem Jahr 1955 war. Nur, Herr Bundesminister, Sie sind permanent darauf aufmerksam gemacht worden,

daß alle Reformen, die Sie vorgeschlagen haben, mehr kosten und viel kosten, nicht nur von der Opposition, die Ihnen seit dem Jahr 1971 gesagt hat, daß Sie ein teures System haben und daß Sie sich dessen bewußt sein sollten, sondern auch etwas von der Bundesheerreformkommission, die erstmals in ihrem Plan konkrete Zahlen vorgelegt hat, was das mehr kostet.

Sie haben nicht reagiert, Sie haben das Budget dem nicht angeglichen. Im Gegenteil, es hat der Herr Bundeskanzler damals in einem Interview gesagt: So sehr er auch für die Landesverteidigung eintrete, so habe er doch Bedenken, den Budgetpart für die Landesverteidigung so aufzublähen, weil das eine fühlbare Steuerbelastung mit sich bringen müßte.

Das war die Einstellung damals in einer Phase, als Sie in die größte Reform gegangen sind. Sie haben im Jahr 1973 ein Landwehrkonzept beschlossen, wo Sie noch einen Finanzierungsteil hatten. Da sind etliche Summen drinnen gestanden, nicht nur für die Frage der Ausrüstung, sondern auch für die Versorgung. Beim Landwehrkonzept 1978 haben Sie den Finanzierungsteil ganz bewußt weggelassen, weil Sie einfach nicht sagen wollten, wieviel das kostet. Und Sie haben im Jahr 1975 nach der Verteidigungsdoktrin das Budget keineswegs erhöht, daß Sie diese Doktrin realisieren konnten.

Herr Bundesminister! Ich will nicht hier wieder einen Zahlenvergleich und eine Spielerei beginnen. Ich gebe Ihnen recht, daß der Vergleich mit dem Bruttonationalprodukt das aussagenkräftigere ist. Aber die Tatsache, daß der Heeresanteil am Gesamtbudget in diesen letzten elf Jahren nie über vier Prozent gestiegen ist, beweist eines, daß Sie nie überdurchschnittlich mehr ausgegeben haben, um Ihre teuren Konzepte finanziell abzusichern. Und das ist die Tragik der heutigen Situation. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben es ja vor zwei Jahren in einem Interview selbst gesagt. Wir können es nur realisieren, wenn wir eine überdurchschnittliche Steigerung, zwei bis drei Prozent, im Verteidigungsbudget haben. Sie hatten es bis heute nicht. Und das Jahr 1981 ist nicht nur ein einmaliger Fall, sondern Sie sind seit Jahren im Verzug, und ich bin nicht mit Freude, aber trotzdem, der Meinung des Abgeordneten Josseck, daß heute klar ist, daß Sie mit diesem Weg das Konzept mit der Zielvorstellung 1986 186 000 Mann nicht erreichen können.

Warum, Herr Bundesminister, gehen Sie

Dr. Neisser

denn der Finanzierungsfrage immer so aus dem Weg?

Sehen Sie, und jetzt muß ich zu etwas noch Stellung nehmen, was der Abgeordnete Mondl hier heute unrichtig gesagt hat. Ich bitte daher, diesen Teil meiner Rede auch gleichzeitig als tatsächliche Berichtigung zu betrachten. Er hat gesagt, es wurde uns im Zusammenhang mit der Beratung „Landesverteidigungsplan — militärischer Teil“ ein Finanzierungskonzept vorgelegt.

Herr Bundesminister! Wir haben dort zweieinhalb Jahre verhandelt. Ich habe Ihnen von Anfang an gesagt: Eine Zustimmung zu diesem neuen Konzept kommt nur in Frage, wenn Sie in der Lage sind, uns auch die entsprechende Finanzplanung beizubringen. Das hat eine Zeitlang gedauert, dann haben Sie sich doch bereit erklärt.

Was Sie mir vorgelegt haben, bitte, ist der zusätzliche Investitionsbedarf für den Ausbau der Landwehr, das sind die 560 Millionen Schilling. Das haben Sie vorgelegt. Aber auch das ist in den letzten Jahren, bitte, nicht realisiert worden! (*Abg. Dr. Mock: Das ist ein ganz wesentlicher Punkt!*)

Nicht vorgelegt haben Sie mir, obwohl ich es verlangt habe, was das gesamte System „186 000 Mann bis zum Jahre 1986“ in der jährlichen Ausbaustufe im Verteidigungsbudget kostet. Da sind Sie mit allen möglichen Ausflüchten gekommen und haben gesagt: Das kann man heute nicht ausrechnen, das ist nächstes Jahr wieder teurer, und wie es in drei Jahren ist, weiß man überhaupt nicht.

Herr Bundesminister! Mit solchen Äußerungen haben Sie Ihre militärische Planung desavouiert. Jeder Unternehmer, der heute mehrjährig planen muß, kann Ihnen einen Finanzplan machen, wo alle Kosten drinnen sind, natürlich auf der Preisbasis des Jahres, wo der Plan erstellt wird. (*Beifall bei der ÖVP.*) Zu dieser mangelnden finanziellen Begleitung für Ihre Reformen kam noch dazu, daß Sie selbst in Ihrer organisatorischen Vorstellung ja nie das realisieren konnten, was Sie wollten. Sie haben im Jahr 1973 ein Landwehrkonzept gemacht; das ist 1978 wieder abgeändert worden. Die nächste Abänderung dieses Konzeptes steht ja schon wieder vor der Tür, denn im Erfahrungsbericht über die Raumverteidigungsübung steht drinnen, daß die Integrierung der Brigadestäbe in die Militärkommanden ein Fehler war. Das war genau jener Punkt, warum wir im Landesverteidigungsrat zu diesem Teil des Konzeptes nein gesagt haben.

Also ich nehme an, ich brauche gar kein Prophet sein, daß die Reform weitergeht.

Sie selbst haben heute wieder die Bereitschaftstruppe hier angesprochen.

Herr Bundesminister! Das ist kein Hobby der Opposition, sondern hier gibt es einen Gesetzauftrag aus dem Jahr 1971, den Sie sich selbst gestellt haben — Sie selbst haben sich das gestellt —, den Sie bis heute nicht einhalten, weil die Bundesregierung jene ergänzenden Maßnahmen einfach nicht trifft, die sie treffen sollte, wenn das Soll nicht erfüllt wird. Und das Soll haben Sie sich in Ihrer Heeresgliederung 1972 selbst vorgegeben: 15 000 längerdienende Soldaten, das heißt also zeitverpflichtete Soldaten oder freiwillig verlängerte Grundwehrdiener.

Für die Zeitverpflichteten haben Sie bis heute noch nicht die erforderlichen Dienstposten. Ich freue mich, daß Sie versuchen, von Jahr zu Jahr hier eine Rate beizubringen, das möchte ich anerkennen. Aber wir haben diese Truppe jetzt, bitte, zehn Jahre danach, noch immer nicht.

Und ungelöst ist nach wie vor das Problem der freiwillig verlängerten Grundwehrdiener. Sie versprechen seit langem ein Konzept, wo die finanzielle Attraktivität erhöht werden soll und dergleichen. — Bitte, bis heute greift davon nichts.

Und damit bin ich überhaupt bei einer grundsätzlichen Frage. Herr Bundesminister! Haben Sie sich jemals überlegt, warum das Prinzip der Freiwilligkeit in unserem Verteidigungssystem eigentlich bis heute nicht funktioniert? Das ist sicher ein Indiz für einen gewissen Einstellungsmangel.

Aber ich frage mich: Was haben Sie dafür getan, um diese Einstellung zu ändern? Wir haben nicht die erforderlichen freiwilligen Meldungen für die freiwillig verlängerten Grundwehrdiener.

Aber was ein viel größeres Problem ist: Wir haben nicht die freiwilligen Meldungen für den Reservekader.

Sehen Sie, und auch hier treiben Sie, wenn ich so sagen darf, bitte, ein undurchsichtiges Spiel in der Frage der Zwangsverpflichtungen. Alle drei Parteien — und es war für mich und meine Fraktion nicht leicht — haben sich im Jahr 1977 hier hergestellt und haben gesagt: Aus staatspolitischen Gründen sind wir im Interesse der Landesverteidigung dafür, daß dieses sicher nicht populäre Instrument der Zwangsverpflichtung im Wehrgesetz vorgesehen wird.

Damals, bei den Beratungen des Unteraus-

Dr. Neisser

schusses, ist man zu uns gekommen — und das sage ich auch an die Adresse der Militärs — und hat gesagt: Nächste Woche brauchen wir die Novelle, da müssen die Zwangsverpflichtungen da sein, sonst bricht alles zusammen.

Sie, wissen Sie, wie das aussieht? Wir haben die Novelle gehabt. Eine Zeitlang ist überhaupt nicht geredet worden von den Zwangsverpflichtungen, obwohl sie notwendig geworden sind. Und bis heute wissen wir nicht, Sie haben bis heute keine klare Auskunft gegeben: Wieviel brauchen Sie, wieviel müssen Sie zwangsverpflichten mit der Obergrenze, die im Gesetz drinnen steht, von 12 Prozent im Jahr 1980, 1981, 1982, 1983, 1984.

Es ist zweifellos kein erfreuliches Erlebnis, wenn dann ein Wehrpflichtiger diesen Bescheid in die Hand bekommt, wonach er verpflichtet wird. Ja, bitte, aber ich sage Ihnen: Eine Landesverteidigungspolitik dadurch zu betreiben, daß man es jedem recht tut und daß man immer nur gut dasteht in der Optik, ist unmöglich. Das haben wir erkannt von seiten der Opposition. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß noch ein paar grundlegende Sätze sagen.

Herr Bundesminister! Sie sind vor zwei Jahren — nein, es ist länger, pardon, ich tue Ihnen Unrecht, es sind jetzt, glaube ich, vier Jahre *(Bundesminister Rössch: Vier Jahre!)*, vier Jahre, jawohl — Sie sind also vor vier Jahren in das Amt gerufen worden, und dahinter stand die Erwartung — ich sage Ihnen ganz offen: auch die Erwartung der Oppositionsparteien, *(Bundesminister Rössch: Ist nicht gestattet!)*, Moment, lassen Sie mich nur ausreden —, daß nach der Zeit des erfolglosen Florettfechters und Militärs Lütgendorf, der offensichtlich in der Bundesregierung nicht die erforderliche Resonanz für seine Anliegen hatte, nun ein Mann des Apparats und der Partei kommt, der einfach die politische Durchschlagskraft hat, sich in der Regierung auch das zu holen, was er für sein Ressort braucht.

Sehen Sie, und in dem Punkt sind Sie eigentlich die große Enttäuschung, denn es ist Ihnen genausowenig gelungen, wie es Ihrem Vorgänger gelungen ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Ich halte es vom Grundsätzlichen her für bedenklich: Wir haben die siebziger Jahre mit einem Wahlschlager begonnen — und es war ein Wahlschlager, denn heute weiß jeder, daß die sechs Monate nicht genug sind, das erleben Tausende Wehrpflichtige am eigenen

Leib —, und wir beginnen die achtziger Jahre wieder mit einer Situation, wo wir ein Konzept haben, wo im Raum steht, 186 000 Mann für 1986 und 300 000 Mann für 1992 oder 1994.

Herr Bundesminister! Sie haben immer gesagt: Machen wir zuerst 1986, und dann überlegen wir uns, wie es weitergeht.

Ich werde Ihnen sagen: Diese Rechnung geht nicht auf *(Bundesminister Rössch: Sie geht auf!)*, denn wir müssen froh sein, daß wir überhaupt im Jahr 1986 das erreichen, was wir dann erreicht haben wollen. Wir werden es nicht erreichen, und wir müssen heute überlegen, wie wir auf die Größenordnung von 300 000 Mann kommen. Denn wenn Sie die nicht erreichen, so ist das ganze System falsch, nicht nur falsch, sondern auch eine Provokation, sage ich Ihnen, und eine Gefährdung der grundsätzlichen Einstellung in der Verteidigungspolitik. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Das möchte ich Ihnen hier mit aller Deutlichkeit sagen, Herr Bundesminister.

Es ist heute schon einmal vom Professor Dr. Ermacora jene Äußerung des Herrn Cap zitiert worden, Ihres Cap, der in der „Zukunft“ vor kurzem gesagt hat, es fehle ihm die Lust, sich — wie Victor Adler gesagt hat — als Kanonenfutter oder sogenannter österreichischer Eintrittspreis für fremde Mächte potentiell statistisch vorgemerkt zu sehen.

Herr Bundesminister! Ich sage Ihnen das eine: Es hat auch einmal eine andere Kanonenfutter-Rede gegeben, eine in der Wehrgeschichte der Republik Österreich berühmte, das war die eines Generaltruppeninspektors, der in einer sehr kritischen Phase Ihrer Heeresreform im Jahre 1971 gesagt hat, daß es unverantwortlich wäre, ein System auf die Beine zu stellen und zu dulden, das aus unseren österreichischen Staatsbürgern, die darinnen tätig zu sein haben, Kanonenfutter macht.

Ich sage Ihnen: Daraus ergibt sich eine moralische Verantwortung, über die Sie sich als Regierung — und das sage ich ganz deutlich — offensichtlich gar nicht bewußt sind. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Denn wenn Sie heute groß von der Abhalte-Strategie reden, so muß ich Ihnen das eine sagen, und Sie wissen es selber auch: Die potentiellen Bedroher von Österreich sind sehr gut informiert, was wir de facto als Abhaltewirkung erzeugen. Und mit Worten allein können Sie niemand abhalten, sondern da brauchen Sie eine Substanz, und da brauchen Sie Taten.

Und mit Verlaub gesagt: Hier setze ich meh-

Dr. Neisser

rere Fragezeichen, bedauerlicherweise, weil ich und meine Partei — und das möchte ich sagen — seit jeher voll und ganz hinter dem Gedanken einer wirksamen militärischen Landesverteidigung gestanden sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Elisabeth Schmidt. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Elisabeth Schmidt (ÖVP): Herr Präsident! Herr Minister! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle, ob jung oder alt, ob Arbeiter oder Angestellter, Landwirt, Gewerbetreibender oder Freischaffender, wir alle wollen die Sicherheit in unserem Land gewährleistet wissen und den Schutz in Krisen- und Katastrophenfällen. Unser Leben und unser Eigentum, unser Eigentum, für das wir zeitlebens gearbeitet haben, muß geschützt werden. Dazu haben wir unsere Landesverteidigung, dazu haben wir unser Bundesheer, das uns vor Gefahren von außen als auch vor Gefahren innerhalb unseres Landes schützen soll — abgesehen von unserer Verpflichtung, die Neutralität Österreichs zu wahren.

Umso demprimierender, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es, wenn wir immer wieder durch die Massenmedien, durch die Presse und durch das Fernsehen erfahren müssen, daß andere Länder ihr Verteidigungsbudget erhöhen, wie zum Beispiel Jugoslawien um 40 % oder die neutrale Schweiz, die beinahe 20 % des Gesamtbudgets für die Landesverteidigung aufwendet — auf die anderen Länder will ich gar nicht eingehen —, und wir lediglich ungefähr 3,92 % des Gesamtbudgets für die Landesverteidigung aufwenden.

Wir sind oft nicht einmal in der Lage — wie wir ja schon gehört haben —, unseren Soldaten zeitentsprechende Unterkünfte und den Präsenzdienern ein entsprechendes Taggeld oder freie Fahrten auf öffentlichen Verkehrsmitteln zu geben. Die Landesverteidigung wurde budgetär so stiefmütterlich behandelt, daß wir die Vorhaben, die bis 1986 erfüllt werden müssen, um eine Verteidigung überhaupt zu gewährleisten, kaum erfüllen werden können. *(Unruhe im Saal.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Presse standen Schlagzeilen wie: Emil Spannocchi zieht Bilanz: Bereitschaftstruppe zu klein, wir stagnieren bei 60 bis 70 % des Soll-Standes. Das Ziel, 15 000-Mann-Stärke zu erreichen, scheitert am zu geringen Angebot an sozialer Sicherheit für freiwillig längerdie-

nende Soldaten. Oder: Vielleicht nun doch mehr Heeresbudget, eine Aussage von Generaltruppeninspektor Scharff. Oder: Zuwenig Geld fürs Bundesheer — Dreieinigkeit der Parteien zum Verteidigungsbudget.

Ja selbst, meine Damen und Herren, der sozialistische Wehrsprecher gab zu, und zwar beim „Club 45 der kritischen Offiziere“ in Wien, daß die Mittel des Landesverteidigungsbudgets auf allen Ebenen nicht reichen und er im Zuge der Verhandlungen über das Budgetüberschreitungsgesetz auf eine Aufstockung des Heeresbudgets hoffe. *(Anhaltende Unruhe. — Präsident Thalhammer gibt das Glockenzeichen.)*

Der sozialistische Wehrsprecher Mondl sagte: „Um die Konzeption des Landesverteidigungsplanes auf der Preisbasis 1979/80 zu erfüllen, braucht das Heer zusätzlich 560 Millionen Schilling — valorisiert — im Budget.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sagte der sozialistische Wehrsprecher! Und was sagte der Herr Minister in seiner Budgetrede? „Wir werden mit dem Budget das Auslangen finden, natürlich unter sparsamer Verwendung und unter Vorziehung all derjenigen Vorhaben, die weniger kostenaufwendig sind, die aber im Rahmen des Ausbaues des Bundesheeres bis zur Ausbaustufe 1986 eben auch vorgenommen werden müssen.“ *(Andauernde Unruhe.)*

Präsident Thalhammer *(das Glockenzeichen gebend):* Meine Damen und Herren! Ich muß doch um ein bißchen mehr Ruhe bitten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abgeordnete Elisabeth Schmidt *(fortsetzend):* Danke, Herr Präsident!

Der Herr Minister gab sich damit zufrieden. Er erwähnte jedoch, daß er der Hoffnung Ausdruck gäbe und davon überzeugt wäre — bitte, überzeugt wäre, Herr Minister —, daß man in besseren Budgetjahren etwas nachholen und aufholen muß.

Nun frage ich Sie, Herr Bundesminister: Glauben Sie wirklich an kommende bessere Budgetjahre, daß man etwas nachholen oder aufholen kann? Ich nicht, aber sicher auch nicht die Vertreter des Bundesheeres.

Das Budgetdefizit und die Staatsverschuldung sind seit der sozialistischen Regierung enorm gestiegen. Die Einnahmen halten den Ausgaben nicht stand, die Ausgaben laufen davon. Das Budgetdefizit und die Staatsverschuldung wurden immer größer, trotz der ständigen finanziellen Belastungen, die die

Elisabeth Schmidt

sozialistische Regierung der Bevölkerung auferlegte, wie ständige Steuer-, Tarif- und Gebührenerhöhungen. Und dann glauben Sie, Herr Minister, an kommende bessere budgetäre Jahre!

Die budgetäre Situation des Bundesheeres ist deprimierend für unsere Soldaten, für unsere Unteroffiziere und nicht zuletzt für den gesamten Offiziersstand! *(Neuerliche Unruhe. — Präsident Thahammer gibt wieder das Glockenzeichen.)*

Es stehen daher auch viele der eingebrachten Beschwerden, die von der Beschwerdekommision anerkannt werden mußten, mit der latenten Geldnot in Zusammenhang. Viele Beschwerden — wir hörten es ja bereits — gehen auf den schlechten Zustand der Kasernen und die damit oft verbundenen miserablen Unterkünfte unserer Soldaten zurück.

Ich habe bereits in meiner Budgetrede insbesondere auf den Zustand in Götzendorf hingewiesen — Kollege Kraft hat das ja hinlänglich beleuchtet —, der für unsere Soldaten unzumutbar ist. Der Herr Bundesminister hat damals in seiner Budgetrede erklärt, daß 80 Millionen Schilling im Konzept hierfür vorgesehen sind, um die Sanierungsarbeiten durchzuführen zu können. Wir können nur hoffen, daß sie raschest durchgeführt werden.

Wie auch aus einer Anfragebeantwortung des zuständigen Ressortministers zu entnehmen ist, werden nun die Sanierungsarbeiten in Götzendorf und zu Jahresende in der Schwarzenbergkaserne Sietzenheim begonnen. Es soll auch mit der Fortsetzung in Wien in der Stiftkaserne sowie mit dem Abschluß der Instandsetzungsarbeiten in der Franz-Josefs-Kaserne in Lienz zu rechnen sein.

Aber trotz dieser Vorhaben bleiben noch viele Sanierungs- und Instandsetzungsnotwendigkeiten in allen Bundesländern offen, und man fragt sich, meine Damen und Herren, warum nicht zuerst die Kasernen saniert wurden statt der Gefangenenhäuser und der Strafvollzugsanstalten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Diese sind nämlich bereits modernst ausgestattet. Ich erwähne nur einige: Gerasdorf, Hirtenberg, Stockerau, ein Teil von Stein und so weiter.

Für den TÜPL in Allentsteig, über den die Beschwerdekommision ausführlich berichtete, konnte es nun dank eines Kompromisses, Herr Bundesminister, zwischen dem Land Niederösterreich und dem Bund — jedes Land hat ja letztlich seine eigene Bauordnung — zu einer Einigung kommen, daß eine Baracke in Holzbauweise mit gemauertem Sanitärbereich anstelle der

abgebrannten Baracke gebaut wird. Der Erstellung steht demnach nichts mehr im Wege, da ja auch, wie ich mich vergewisserte, und ich hoffe es ist richtig, Herr Minister, die Mittel hierfür vorhanden sind. Es kann so wenigstens in Allentsteig wieder statt der abgebrannten Baracke eine Mannschaftsunterkunft für die übende Truppe geschaffen werden. Also wenn schon so viel Schlechtes gesagt wird über das Bundesheer, so muß ich doch einmal auch ein bißchen etwas Positives hier bringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Ich bin nicht sehr glücklich darüber, daß wir erst heute den Bericht der Beschwerdekommision 1979 diskutieren, wie das ja auch der Wehrsprecher Ihrer Fraktion, Herr Minister, kundgetan hat. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre es wohl angebrachter, bereits über einen Bericht aus dem Jahre 1980 zu sprechen, da ja nun bereits 1¼ Jahre zurückliegen.

Das war auch der Anlaß, daß ich mich selbst an Ort und Stelle in meiner Eigenschaft als Mitglied des Landesverteidigungsausschusses in Allentsteig überzeugen wollte, ob sich seither dort irgendwelche Veränderungen, die seitens der Beschwerdekommision empfohlen wurden, ergeben haben.

Zu meinem Bedauern mußte ich feststellen, daß sich nichts oder nicht viel verbessert hat. Die Situation ist so ziemlich gleich geblieben. Die für die übenden Truppen bestimmten Mannschaftsunterkünfte konnten weder von der Übungsplatzkompanie noch vom Landwehrstammregiment 32 geräumt werden, da die Mannschaftsunterkunft, die für die Übungsplatzkompanie vorgesehen ist, erst im Rohbau steht und der Bau mehr als schleppe vorangeht.

Es wäre daher seitens des Ministerium sowohl auf eine raschere Fertigstellung des Objektes für die Übungsplatzkompanie als auch auf die Fertigstellung des Objektes des Landwehrstammregimentes 32 zu drängen. Es gehen nämlich auf diese Weise der übenden Truppe drei Mannschaftsunterkünfte verloren, die eine Belagskapazität von insgesamt 660 Mann aufweisen. Lediglich zwei Ortslager wurden bisher von den umliegenden Truppenteilen instandgesetzt.

Das Ortslager, die sogenannten Biwaks in Steinbach sehen von außen gut aus bis auf einige Dachschäden. Sie sind aber innen in menschenunwürdigem Zustand, insbesondere die Sanitäreinrichtungen. Auch die Holztreppe ist baufällig. Hier wird der Instandsetzungstrupp viel Arbeit zu leisten haben, um aus dieser Räuberhöhle, wenn auch nur vorübergehend eine Unterkunft zu machen.

Elisabeth Schmidt

Wenngleich der Herr Minister sagte, diese Biwaks wären nur eine feldmäßige Unterkunft, können diese trotzdem menschenwürdig hergerichtet werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Selbstverständlich soll der Soldat einer härteren feldmäßigen Ausbildung unterzogen werden, die ihm ja letztlich im Krisenfall zugute kommt. Viele unserer Jungmänner können heute zum Beispiel nicht einmal mehr einen Ofen einheizen, weil sie infolge von Zentral-, Elektro- und Gasheizung damit nicht mehr umgehen können. So versuchte ein Präsenzdienner den Ofen mit Benzin anzuhetzen, wodurch eine Baracke in Allentsteig abbrannte und der unglückliche Präsenzdienner zeitlebens an dem verursachten Schaden zu zahlen haben wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn das Bundesministerium für Landesverteidigung in seiner Stellungnahme zum Bericht der Beschwerdekommision anführt, daß von den der Fachgruppe 5 zugeordneten Beschwerden die meisten auf Mängel in den Unterkünften und in der Regel auf Verzögerungen in der Instandsetzung von sanitären Einrichtungen zurückzuführen waren, deren Zuständigkeit nicht im Bereich der militärischen Dienststelle wäre, sondern in die Kompetenz der BGV II falle, muß dazu bemerkt werden, daß sicher nicht alle sanitären Anlagen auf einmal ausgefallen sind, sondern daß es sehr wohl an der Heeresdienststelle liegt, den Schaden rechtzeitig, also sofort zu melden, und daß es auch die Heeresdienststelle ist, die rechtzeitig Vorsorge zu treffen hat, daß im Falle eines plötzlichen Kälteeinbruches Heizmaterial vorhanden ist. Ist es doch auch letztlich die Heeresdienststelle, die für die Unterbringung der Soldaten verantwortlich ist und Vorsorge zu treffen hat, daß die Gesundheit der Soldaten nicht durch Leichtfertigkeit beeinträchtigt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Bundesheerbeschwerdekommision ist sicher eine sehr gute Institution. Es erhebt sich aber die Frage, warum seitens des Ressorts keine Kommission geschaffen wird, die die Begehung der Kasernen vornimmt, und gleichzeitig sofort Kontakt mit den Soldaten aufnimmt, um Wünsche und Beschwerden ähnlich anderen Kommissionen direkt entgegenzunehmen. Die Bundesregierung ist doch sonst so kommissionsfreudig! Warum nicht auch hier? Es könnten so die Beschwerden direkt an Ort und Stelle, ohne Einschaltung eines Dritten, an die Kommission herangetragen werden, die deren Rechtmäßigkeit prüft.

Unsere Soldaten müssen derzeit einen umständlichen Weg gehen, um zu ihrem

Recht zu kommen. Es könnten so kleine Probleme sofort abgestellt werden. Es würden aber sicher so auch natürlich viel mehr Beschwerden herangetragen werden. Herr Minister, das ist verständlich: Ferner müßten die dafür zuständigen Organe des Bundesheeres und der BGV des öfteren kontrollieren, damit die Behebung festgestellter Mängel sofort veranlaßt wird.

Es könnten durch eine rasche Behebung oft unnütze Kosten eingespart werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich nicht versäumen, auch auf den schlechten Zustand der alten Garagen, insbesondere im Kräderpark, hinzuweisen, die meiner Ansicht nach eine Gefahrenquelle bilden. Denn in Ermangelung genügender Werkstätten für den großen Fuhrpark werden diese auch oft als Reparaturwerkstätten verwendet. Mich würde es nicht wundern, wenn diese einmal einem Brand zum Opfer fallen. Diese alten Garagen müßten auf ihre Sicherheit neuerlich überprüft werden.

Auch in der Krankenbaracke wären die fingerbreiten Risse im Plafond zu beheben, bevor diese noch stärker werden und das Mauerwerk ganz abbröckelt.

Sehen Sie, Herr Minister, natürlich sind das Bagatellen gegenüber den anderen großen Sanierungsprojekten. Aber gerade durch die Behebung der Schäden, solange sie noch gering sind, sparen wir Kosten. Das sind Dinge, die jedem Laien verständlich sind und ins Auge fallen. Es erscheint daher unverständlich, daß diese Reparaturen, deren Kosten nicht ins Gigantische gehen, noch nicht bewerkstelligt wurden. Es beweist daher, wie wichtig eine Begehung der Kasernen wäre.

Die Küche ist bei Vollbelag überlastet. Es ist zwar vorgesehen, daß bis 1983 eine Teilung erfolgen soll. Doch sollte seitens des Kommandos darauf gedrängt werden, daß die vorübergehend übenden Truppen ihre Feldküchen mitnehmen, denn auch das gehört ja letzten Endes zur feldmäßigen Ausrüstung und Ausbildung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich in meinem Diskussionsbeitrag über den Tätigkeitsbericht der Beschwerdekommision primär mit den Unterkünften unserer Soldaten befaßt und im Zusammenhang damit auch die budgetäre Situation des Bundesheeres ein bißchen beleuchtet. Ich bedauere, daß die Empfehlungen der Beschwerdekommision, die die rasche Fertigstellung der Bauvorhaben für die Übungsplatzkompanie und den Landwehrstammregi-

Elisabeth Schmidt

ment 32 empfohlen hat, nicht voll angenommen wurden. Denn es sind bereits eineinviertel Jahre vergangen, ohne daß eine größere Änderung geschehen wäre.

Abschließend möchte ich noch zu erwägen geben — wie ich bereits erwähnte —, ob es nicht sinnvoll wäre, eine Kommission zu schaffen, die die Unterkünfte begeht und gleichzeitig mit den Soldaten an Ort und Stelle Kontakt aufnimmt, um Beschwerden entgegenzunehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es könnten so — wie ich bereits sagte — raschest kleine Probleme behoben und die Zufriedenheit der Wehrmänner wiederhergestellt werden.

Außerdem sollte es den Abgeordneten des parlamentarischen Verteidigungsausschusses gestattet sein, ohne Einholung einer Sondergenehmigung beim Ministerium, die Kasernen und Unterkünfte der Soldaten zu besuchen, um sich ein Bild zu machen, ob diese zufriedenstellend sind und keinen Anlaß zu Beschwerden geben.

Auch jetzt, Herr Minister, mußte ich um Genehmigung ansuchen, ob ich in Allentsteig die Kaserne besuchen darf. *(Bundesminister Rössch: ... Staatssekretäre nicht reingehen dürfen!)* Das weiß ich nicht. Aber ich bedaure, daß es das nicht gibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Ich glaube, daß da eine Möglichkeit bestünde, das abzuändern, denn ich könnte mir vorstellen, daß gerade durch den Kontakt mit den Soldaten auch allfällige Überschreitungen der Disziplinargewalt von Dienstvorgesetzten festgestellt und ausgemerzt werden können. Maßnahmen in dieser Richtung würden meiner Meinung nach die Zufriedenheit und die Dienstfreudigkeit der Soldaten heben und zur Erhöhung des Wehrwillens, den die Bevölkerung letztlich erwartet, beitragen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Thalhammer: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist daher geschlossen. — Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Bericht (352 der Beilagen) zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir gelangen ferner zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten

Dr. Ermacora, Kraft und Genossen betreffend die Vorlage eines langfristigen Prioritätenkatalogs hinsichtlich der Sanierung und Adaptierung der Kasernen des österreichischen Bundesheeres.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. *Abgelehnt.*

2. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 42/A (II-740 der Beilagen) der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Schaffung eines Ehrenzeichens aus Anlaß der 60. Wiederkehr des Tages der Kärntner Volksabstimmung (651 der Beilagen)

Präsident Thalhammer: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Antrag 42/A der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Schaffung eines Ehrenzeichens aus Anlaß der 60. Wiederkehr des Tages der Kärntner Volksabstimmung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Kapaun. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. Kapaun: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bringe den Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Schaffung eines Ehrenzeichens aus Anlaß der 60. Wiederkehr des Tages der Kärntner Volksabstimmung (42/A).

Der gegenständliche am 5. März 1980 im Nationalrat eingebrachte selbständige Antrag regt anläßlich der 60. Wiederkehr des Tages der Kärntner Volksabstimmung am 10. Oktober 1980 die Schaffung eines Ehrenzeichens an.

Der Verfassungsausschuß hat die Vorlage am 12. März 1981 in Verhandlung gezogen. Nach Diskussion im Ausschuß fand der Antrag nicht die erforderliche Zustimmung der Ausschlußmehrheit.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

Präsident Thalhammer: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen. General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Paulitsch. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Paulitsch (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es steht der Antrag der Freiheitlichen Partei zur Schaffung eines Ehrenzeichens aus Anlaß des 60jährigen Jubiläums der Kärntner Volksabstimmung heute zur Diskussion. Ich darf gleich eingangs namens meiner Fraktion mitteilen, daß wir dem ablehnenden Bericht, den der Verfassungsausschuß in diesem Bereich gefaßt hatte, nicht zustimmen.

Bemerken möchte ich allerdings auch noch in diesem Zusammenhang, daß die Erledigung dieses Antrages, der am 5. März 1980 eingebracht wurde, 382 Tage gebraucht hat, um hier in das Plenum des Nationalrates zu kommen. Ich glaube, Hohes Haus, daß wir eine solche Vorgangsweise, die ja im wesentlichen von der Mehrheit dieses Hauses her beschritten wurde, sehr bedauern. Ich glaube auch, gesamtgesehen, wenn man an das Jubiläumsjahr für Kärnten 1980 gedacht hätte, an alles, was sich in diesem Bereich abgespielt hat, daß eher ein schaler Geschmack zurückgeblieben ist.

Ich muß aber auch sehr offen bekennen, Hohes Haus, daß in dieser Frage sicher verhältnismäßig wenig Übereinstimmung auch innerhalb der Parteien dieses Hauses vorhanden war, obwohl es sich — wenn ich es so bezeichnen darf —, in gewisser Hinsicht natürlich um eine nationale Frage handelte.

Im wesentlichen, glaube ich, muß man auch feststellen, daß bei der Behandlung dieser Frage eine verhältnismäßig starke Kampfstellung gegenüber der Bundesregierung gegeben war, und zwar in drei Bereichen.

Das erste war an sich eine mehr oder minder unbestrittene Maßnahme, nämlich die Zuerkennung eines Betrages von 20 Millionen Schilling an Kärnten aus Anlaß dieser Volksabstimmung beziehungsweise aus Anlaß des Jubiläums dieser Volksabstimmung. Wir haben uns sehr darüber gefreut, denn ich glaube, daß die wirtschaftliche Situation in Kärnten sicherlich so gelagert ist, daß jeder Beitrag, der von Seiten des Bundes kommt, auch entsprechend anerkannt wurde. Allerdings muß ich auch festhalten, Hohes Haus, daß dieser Gesetzesantrag im Juli vorigen Jahres beschlossen wurde, daß die Gemeinden im Hinblick auf diesen Gesetzesbeschluß im Grenzlandbereich die entsprechenden Benachrichtigungen erhalten haben über die Zuweisung von bestimmten Beträgen, daß aber bis heute der Geldbetrag den Gemeinden noch nicht zur Verfügung gestellt worden ist, das heißt, über ein dreiviertel Jahr wird der Vollzug dieses Gesetzesbeschlusses seitens dieser Regierung hinausgezögert.

Das zweite, was ich in diesem Zusammenhang erwähnen möchte, ist die Frage der Zuwendung von Geldbeträgen an die noch lebenden Abwehrkämpfer, und hier hat sich bedauerlicherweise eine Haltung der Sozialistischen Partei ergeben, die halt mit einem Jubiläum durchaus nicht in Einklang zu bringen ist, insbesondere dann nicht, wenn man hier versucht hat, Anträge, die seitens der Österreichischen Volkspartei gestellt wurden, im Verhandlungswege herunterzuhandeln, sodaß es lediglich zu einem bescheidenen Beitrag der Bundesregierung für die noch lebenden Abwehrkämpfer gekommen ist.

Der dritte Bereich behandelt den Antrag über Schaffung einer Auszeichnung, die dazu angetan wäre, die heute noch lebenden Abwehrkämpfer in entsprechender Form aus Anlaß dieses Jubiläums entsprechend zu ehren.

Es ist hier seitens der Regierungsfraktion keine Übereinstimmung erzielt worden, und es wird daher dieser Antrag abgelehnt und damit drei Monate nach Beendigung des Jubiläumsjahrs neuerlich eine Tatsache gesetzt, die uns Kärntner im besonderen Maße betrübt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich glaube auch, Hohes Haus, daß in der Vorgangsweise der sozialistischen Fraktion bei der Behandlung dieses Antrages sicherlich einiges verbunden war, denn es ist ja wirklich nicht einzusehen, daß ein einfacher Antrag solange braucht, bis er überhaupt einmal in Behandlung gezogen wird und zum Zeitpunkt der Behandlung selbst man noch nicht einig war, wie man vorgehen sollte und dabei sogar auch noch der Antrag gestellt worden ist, einen Unterausschuß einzusetzen, der diese Frage prüfen sollte. Und das zu einem Zeitpunkt, der bereits zwei Monate nach Abschluß dieses Jubiläumsjahres lag.

Daraus erblicken wir halt ein gestörtes Verhalten und auch ein gestörtes Verhältnis zu diesen Fragen, und wenn wir heute eine gewisse Wandlung im Bereich der Behandlung der Volksgruppe erblicken, so ist das zweifellos erfreulich. Es zeigt aber auf der anderen Seite auch, daß eben nur ein stärkeres Zusammenwirken, eine übereinstimmende Politik in der Lage ist, entsprechende Beschlüsse und entsprechende Taten zu setzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Vielleicht wird man uns Kärntner immer ein bißchen scheel anschauen, weil wir glauben, daß in diesem 10. Oktober 1920 halt doch sehr viel liegt, was wir erkennen. Wer die großen Feierlichkeiten aus Anlaß des 10. Oktober 1980 gesehen und

Dr. Paulitsch

miterlebt hat, wird auch erkennen, daß hier wirklich eine gemeinsame Beteiligung aller Kärntner gesichert war, daß es hier eine ordnungsgemäße Abwicklung gegeben hat und ich hoffe auch, daß damit die Bevölkerung über Kärnten hinaus auch stärker die Erkenntnisse hat, was in diesem 10. Oktober für uns Kärntner letzten Endes liegt.

Und Kärnten wird auch — trotz aller Versuche von anderer Seite — an diesem Jubiläum natürlich festhalten, weil wir überzeugt sind, daß diese historische Entscheidung auf demokratischer Basis letzten Endes eine Tatsache ist, die die Einheit Kärntens und damit auch die Einheit der österreichischen Republik gewährleistet hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist daher sicherlich auch verständlich, Hohes Haus, daß die Kärntner eine sehr starke Bindung zu diesem Sachverhalt haben, daß im kulturellen Bereich gerade auch immer wieder dieser 10. Oktober sehr stark verankert ist und daß wir natürlich als Kärntner bei allem, was sich um diesen Tag herumrankt, wahrscheinlich auch etwas stärker und empfindlicher reagieren, als es sonst vielleicht der Fall ist. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß dieser Abwehrkampf Menschenopfer gefordert hat, um dieses Ziel der Einheit Kärntens zu erreichen und daß wir natürlich auch sehr stark mit diesen Menschen mitgelebt haben und mitleben, und daß wir auch sehr viel Gefühl für jene Menschen aufbringen, die damals letzten Endes persönlich auch ihren Einsatz geleistet haben.

Es ist eine Dankbarkeit, die wir diesen Menschen entgegenbringen und wir glaubten halt auch in der Schaffung einer Auszeichnung diese Anerkennung auch offiziell und dekorativ zum Ausdruck bringen zu müssen. Und daher bedauern wir es, Hohes Haus, daß dieser Antrag nicht Realität geworden ist und möchten ausdrücklich auch darauf hinweisen, daß wir die Frage des Abwehrkampfes und der Volksabstimmung natürlich nach wie vor immer wieder in unsere Betrachtungen miteinbeziehen werden und man wird sicherlich auch Verständnis haben, wenn man sich hier mit dieser Frage auseinandersetzt. In dieser Hinsicht möchte ich der Universität Klagenfurt einen gewissen Dank abstaten, die nunmehr in zunehmendem Maße auch von der wissenschaftlichen Seite her immer wieder versucht, die Probleme und die Fakten dieser Volksabstimmung und dieses Abwehrkampfes selbst auch in den Mittelpunkt des Interesses der Bevölkerung zu ziehen.

Hohes Haus! Die Feier zur 60. Wiederkehr der Volksabstimmung ist vorbei. Es wird sicherlich auch das Jahr 1990 kommen, bei

dem man sich neuerlich dieser Frage erinnern wird. Dazwischen liegen allerdings zehn Jahre, Hohes Haus, und ich glaube, man sollte diese Zeit doch auch dazu benützen, um das, was vielleicht im Jubiläumsjahr nicht richtig gelungen ist, in der Zwischenzeit zu versuchen, zu lösen.

Kärnten hat nunmal auch Anliegen gegenüber dem Bund. Ich möchte zwei besondere Probleme in den Vordergrund stellen und bitten, daß das Hohe Haus und insbesondere auch die Regierung selbst sich dieser Sache annimmt.

Das erste ist, daß es im Bereich Kärnten im Grenzland wirtschaftlich nicht zum Besten steht. Es ist ja nicht uninteressant, daß gerade der Grenzlandbezirk Völkermarkt jener Bezirk ist, der in Österreich die höchste Arbeitslosenrate hat und daß wir immer wieder versuchen werden, hier diese Probleme in den Griff zu bekommen. Vielleicht gelingt es doch auch, daß der breite Gürtel des Wohlstandes, der von der Sozialistischen Partei schon seit einem Jahrzehnt propagiert wird, vielleicht doch auch einmal Kärnten trifft. Um im Sprachgebrauch meines Kollegen Graf zu sprechen: wir stellen halt allerdings fest, daß im Kärntner Grenzland heute eines der größten Löcher dieses Gürtels ist.

Es würde vielleicht der Hinweis gerechtfertigt sein, Hohes Haus, wenn man sagt, es gibt ja auch in anderen Bereichen Kärntens ungefähre Strukturen dieser Art, die ebensolche negativen wirtschaftlichen Aspekte aufzuweisen haben; aber wir dürfen nicht vergessen, daß in diesem Bereich überwiegend das Siedlungsgebiet der Slowenen ist und es trifft daher auch die Slowenen.

Hohes Haus! Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß natürlich von dort her eine Argumentation gebraucht wird, die darauf hinausläuft, zu sagen, weil die Slowenen dort wohnen, sei es wirtschaftlich nicht gut. Ich glaube, daß Österreich durchaus in der Lage wäre, zumindest in einem gewissen Rahmen diese Problematik aus der Welt zu schaffen. Wir wissen zwar alle, daß es nicht deshalb schlecht ist, weil dort Slowenen wohnen, sondern weil einfach die wirtschaftliche Struktur kleinbäuerlicher Art im Umbruch begriffen, was diese wirtschaftliche Problematik mit sich bringt.

Daher bitte ich noch einmal, daß man die Frage der Grenzlandförderung in diesem Bereich doch etwas anders beurteilt als vielleicht in anderen österreichischen Gebieten.

Die Arbeitsplätze sind nun einem eine Voraussetzung für die Entwicklung eines Gebie-

Dr. Paulitsch

tes, und letzten Endes, Hohes Haus, wollen wir in diesem Bereiche auch die Siedlungsdichte erhalten. Und es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, von der Bundesebene her mit jugoslawischen Aktivitäten eine Problemlösung herbeizuführen. Die bringt nichts, weil Jugoslawien wirtschaftlich nie so stark sein wird, daß es in der Lage wäre, aus rein wirtschaftlichen Überlegungen solche Probleme zu lösen. Ich bin der Auffassung, daß eine immer wieder gezeigte Präferenz für die Kommune Longo Mai sicherlich kein Weg sein wird, der zum Ziele führt.

Ich bitte daher wirklich nachdrücklich, daß man hier Überlegungen anstellt, diesen Bereich etwas stärker aus der wirtschaftlichen Schwäche herauszuführen.

Das zweite, Hohes Haus, was ich kurz erwähnen möchte, ist die Tatsache, daß der Kärntner Landtag im Dezember 1974 einstimmig, also auch mit Einschluß der sozialistischen Fraktion beschlossen hat, an die Bundesregierung heranzutreten und die Herausgabe eines Weißbuches im Zusammenhang mit der Volksgruppenfrage zu verlangen.

Es ist einer der wenigen Beschlüsse des Kärntner Landtages, der eine gemeinsame Vorgangsweise dokumentiert hat und der damals an die Bundesregierung adressiert war.

Das Bundeskanzleramt ist aber scheinbar bis heute nicht bereit, obwohl es die Herausgabe dieses Weißbuches versprochen hat, hier entsprechend zu handeln und das auch tatsächlich zu vollziehen.

Hohes Haus! Wenn ich das im Zusammenhang mit der Volksabstimmung und mit diesem Jubiläum sage, dann in der Überlegung, daß eine Klarstellung aus der Sicht des Bundes und Österreichs in diesem Bereich natürlich auch ein Beitrag sein kann, eine Klarlegung der Verhältnisse zu erreichen. Ich bin überzeugt und auch der Meinung, daß ein solches Weißbuch durchaus geschaffen werden kann, weil ich die Tatsache, daß Österreich die Versprechungen und die vertraglichen Verpflichtungen erfüllt hat, zweifellos als Basis ansehe, um eine solche Publikation tatsächlich auch herausbringen.

Wir bedauern die Ablehnung seitens der sozialistischen Fraktion, aber die Aufgaben, glaube ich, sind damit nicht beendet. Ich bin der Überzeugung und vertrete die Meinung, daß der Bund nach wie vor gegenüber den Bundesländern und im speziellen Fall gegenüber Kärnten, das in einer schwierigen Zeit die Einheit unseres Staates gewährleistet hat, bestimmte Verpflichtungen zu erfüllen hat.

Vom Ausmaß, Hohes Haus, meine Damen und Herren, und dem Einsatz der Bundesregierung werden wir aber auch den Grad des Verständnisses dieser Bundesregierung für den Föderalismus und letzten Endes auch für Kärnten ablesen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Jörg Haider. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Jörg **Haider** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben aus Anlaß des 60. Jahrestages der Kärntner Volksabstimmung am 5. März des vergangenen Jahres einen Antrag mit der Zielsetzung eingebracht, den noch lebenden Abwehrkämpfern des Kärntner Abwehrkampfes eine Ehreenauszeichnung der Republik Österreich zukommen zu lassen. Dies unter der Überlegung, daß es bis zur Stunde noch keine offizielle Anerkennung der Republik Österreich gegenüber jenen Patrioten gibt, die in einer sehr schwierigen Situation für die Unteilbarkeit des Landes und für die Einheit der Republik eingetreten sind.

Mit großem Bedauern mußten wir feststellen, daß es trotz aller gegenteiliger Beteuerungen die sozialistische Mehrheit hier im Hause vorgezogen hat, diesen Antrag nicht so zu behandeln, daß er noch vor den Abstimmungsfeierlichkeiten in Kärnten einer positiven Erledigung zugeführt werden konnte, sondern man hat mit Ausnützung der geschäftsordnungsmäßigen Möglichkeiten über ein Jahr lang gebraucht, bis er überhaupt im Ausschuß beraten worden ist.

Es war geradezu ein Höhepunkt der spitzfindigen Argumentation, daß man dann gemeint hat, jetzt sei ohnedies schon der 61. Jahrestag der Kärntner Volksabstimmung, man bräuchte hier nichts mehr zu machen.

Meine Damen und Herren! Es ist sehr traurig, daß wir in einem Staat, der mit größter Mühe einen eigenen Staatsfeiertag aufgebaut hat, um den Patriotismus zu fördern, jene Menschen, die nachweisbar ihr Leben und das Schicksal ihrer Familien dafür eingesetzt haben, daß Österreich ungeteilt bleiben und daß ein wichtiger Teil unseres Landes auch weiterhin bei dieser Republik verbleiben kann, daß wir diese Menschen auf diese Weise vor den Kopf stoßen.

Wenn nun im Ausschuß argumentiert worden ist, das würde eine so große Zahl von Kärntner Abwehrkämpfern sein, daß man sie nicht alle auszeichnen könnte, dann kann das doch nicht der wahre Hintergrund für eine Verweigerung einer gedeihlichen Lösung sein.

Dr. Jörg Haider

Wir haben mit dem Kollegen Gradenegger, das möchte ich hier anmerken, versucht, noch einen Kompromißvorschlag zu erstellen, der aber offenbar am Unverständnis der Entscheidungsträger im Klub der sozialistischen Fraktion gescheitert ist.

Man hat dann zuletzt noch eingewendet, ein Bundesorden nur für Angelegenheiten, die Kärnten betreffen, das wäre zuviel.

Ich darf Sie daran erinnern, daß es weit über den Kreis der Kärntner Bevölkerung hinaus Menschen gibt, die in dieser Zeit als Angehörige der Republik Österreich und als Staatsbürger in diesem Abwehrkampf gestanden sind. Allen voran auch der verstorbene Bundespräsident Jonas, der, obwohl er nicht Kärntner war, an diesem Abwehrkampf teilgenommen hat. Auch viele andere Österreicher, die heute in anderen Bundesländern leben, haben daran teilgenommen, sodaß es durchaus eine Berechtigung hätte, diesen Akt des Patriotismus für unser Vaterland in einer entsprechenden Würdigung auszuweisen.

Ich bedaure es daher, daß diese Leistung von österreichgesinnten Staatsbürgern unbekannt bleibt. Ich frage mich auch: Wozu gab es dann die großen Reden des Herrn Bundeskanzlers und vieler Spitzenfunktionäre der Sozialistischen Partei anlässlich der 60-Jahr-Feiern in Kärnten? Man hätte sich das alles schenken können, wenn man wirklich der Meinung ist, daß bis zur Stunde der Beweis noch nicht geliefert ist, daß diese Menschen, die im Abwehrkampf gestanden sind, tatsächlich endlich einmal eine Anerkennung des Bundes verdienen würden.

Wenn man das vergleicht mit der Situation in anderen Staaten der Welt, dann wird man schon ein bißchen betrübt. Überall in der Welt werden Freiheitskämpfer in höchsten Ehren von ihrem Staat und ihrem Land gehalten. Ein Freiheitskampf war aber sicherlich auch der Kärntner Abwehrkampf. Man muß also zur Kenntnis nehmen, daß mit der Ablehnung dieses Antrages durch die Fraktion der Sozialistischen Partei ein Freiheitskampf unter den Tisch gewischt wird, den man offenbar vor der Geschichte nicht haben will.

Ich glaube, daß es sinnvoller gewesen wäre, weniger ideologische Argumente zu wälzen, anstatt eine ungeteilte geistige Friedensfähigkeit zu demonstrieren, um festzuhalten, daß patriotische Leistungen, wann immer und zu welchem Zeitpunkt sie sich in der Geschichte ereignet haben, unteilbar für alle Staatsbürger zu gelten haben und ein gleiches Prinzip zu beobachten ist.

Ich frage mich auch: Welches Vorbild hat

ein solches Verhalten der Verweigerung einer Würdigung für gute Österreicher für die Jugend? Was soll sich ein junger Mensch denken, wenn nach 60 Jahren einer geschichtlichen Erforschung des Kärntner Abwehrkampfes ungeteilt die große Leistung dieser Männer und Frauen festgehalten wird, aber das höchste gesetzgebende Gremium der Republik noch immer nicht davon überzeugt ist? Aber auf der anderen Seite wird von den jungen Menschen Heimatverbundenheit, Opferbereitschaft und Einstehen für die Sicherheit des Landes durch Ableistung des Präsenzdienstes und vieles weitere mehr gefordert.

Das ist doch eigentlich ein Widerspruch in sich, der praktiziert wird. Wir brauchen keine Staatsfeiertage zu feiern, wenn wir nicht bereit sind, auch jene, die wirklich etwas geleistet haben für unser Land, mit der würdigen Anerkennung auszuzeichnen.

Es kommt noch etwas dazu, was in den vergangenen Tagen, nachdem das Ausschußergebnis bekanntgeworden ist, zu Diskussionen geführt hat. Es ist eine erschreckende Ungleichbehandlung zwischen österreichischen Staatsbürgern festzustellen.

1976 wurde ein Ehrenzeichen für die Verdienste um die Befreiung Österreichs geschaffen. Die Zielsetzung dieses Ehrenzeichens war, jenen Staatsbürgern, die sich um die Befreiung dieses Landes von der Diktatur verdient gemacht haben, eine Auszeichnung zukommen zu lassen.

Und jetzt muß man feststellen, daß unter den Ausgezeichneten sich auch Männer befinden, die immer im anderen Lager gestanden sind, nämlich als Kommunisten zeit ihrer politischen Existenz dafür gekämpft haben, daß ein wichtiger Teil Österreichs abgetrennt wird und einem anderen kommunistischen Territorium zugeschlagen wird.

Ich kann Ihnen hier im Sinne der Beweisführung, damit das nicht falsch in die Protokolle eingeht, einige Zitate bringen.

Es wurde beispielsweise der sattsam bekannte Partisanenkämpfer auf Titos Seite Karel Prusnik, der österreichischer Staatsbürger war, ebenfalls mit diesem Orden für die Befreiung Österreichs ausgezeichnet. Er hat in einer slowenischen Pressepublikation vom Jahre 1972 gesagt:

„Wir, die wir uns seinerzeit für den Anschluß an Jugoslawien einsetzten, taten alles für unsere Volksbefreiung.“

Und vor dem Volkstabor in Fürnitz sagte jener Herr Prusnik, der mit der Befreiungs-

Dr. Jörg Haider

medaille für die österreichische Befreiung und für die Wiedererrichtung der Republik ausgezeichnet worden ist: „Ich erachte es als meine nationale Pflicht, an einige Abschnitte unserer Geschichte zu erinnern. Denn nur wenn wir unseren Kampf um unseren völkischen Bestand in der Erinnerung bewahren, werden wir fähig sein, das zu erkämpfen, wofür die slowenischen Partisanen in Kärnten drei Jahre lang ihr Herzblut vergossen haben. Das ist das vereinigte Slowenien in der heutigen Bedeutung des Wortes, der Anschluß slowenisch Kärntens an Titos Jugoslawien.“

Das sagte er zu Zeiten, als es schon die Zweite Republik gegeben hat und als viele Menschen, ganz gleich, in welchen politischen Lagern sie gestanden sind, persönliche Opfer, persönliches Leid auf sich nehmen mußten, damit die Freiheit der Republik wieder hergestellt werden kann. Und dann kommt man mit dem Argument und sagt, der kriegt eine Befreiungsmedaille für Österreich. Für die Abwehrkämpfer haben wir nichts übrig, die nachweisbar wirklich etwas für dieses Land geleistet haben. Und dann begründet man das Ganze damit, daß man sagt, solche Leute haben ja auch zugleich gegen den Faschismus gekämpft.

Wie falsch diese Argumentation ist, kann ich Ihnen an einer weiteren Aussage etwa des Herrn Prusnik beweisen, der in einer Rede vor Kommunisten in Jugoslawien am 20. November 1948, berichtet von „Slovenski Vestnik“, gesagt hat:

„Der Vertreter der slowenischen Kommunisten in Kärnten und Sekretär des Landes Ausschusses, Genosse Karel Prusnik, hielt, lebhaft begrüßt am 11. Kongreß der Kommunistischen Partei Sloweniens, am 11. November 1948 folgende Ansprache:

„Genossen und Genossinnen! Ich überbringe euch die warmen kämpferischen Grüße der slowenischen Kommunisten und des ganzen slowenischen Volkes in Kärnten. Wir Kärntner Slowenen kennen die KP Sloweniens als die einzige entschlossene Vorkämpferin für die Vereinigung des slowenischen Volkes schon aus der Vorkriegszeit“ — Das ist entscheidend! — „Ich erinnere mich, wie wir Kommunisten schon im Jahre 1934 den Kampf um das vereinigte Slowenien führten.“

Ich frage mich, meine Damen und Herren: Wo ist hier die Legitimation für einen Orden um die Befreiung Österreichs?

Hier liegen die Dinge im argen. Während man auf der einen Seite Menschen auszeichnet, die sich gegen Österreich gestellt haben,

die Aktivitäten entwickelt haben, die Leid über die Staatsbürger, die für Österreich gekämpft haben, gebracht haben, ist man auf der anderen Seite nicht einmal bereit, nach 60 Jahren einer Geschichte der Kärntner Volksabstimmung aufrechten Patrioten, den Kärntner Abwehrkämpfern, eine entsprechende Ehrung zuteil werden zu lassen.

Ich halte diese Vermischung von Partisanentätigkeit gegen Österreich mit Auszeichnungen um die Befreiung für Österreich einfach für eine Herabwürdigung all jener, die mit diesem Orden ausgezeichnet worden sind, weil sie ja mit jemandem auf eine Stufe gestellt werden, der nie etwas für dieses gemeinsame Österreich und diese Republik übrig gehabt hat.

Wenn Sie noch nicht überzeugt sein sollten, dann zitiere ich Ihnen ein bisher nicht veröffentlichtes amtliches Protokoll der Sicherheitsdirektion für Kärnten aus dem Jahre 1952 über die Verschleppungen und über die Kämpfe der slowenischen Partisanen in Kärnten. Hier wurde festgehalten auf Seite 6:

„Auf der anderen Seite aber hatte der unglaubliche Terror der unter dem Kommando des bekannten Partisanenführers Karl Prusnik aus Eisenkappel stehenden Partisaneneinheiten den operierenden SS-Polizeieinheiten willkommenen Anlaß zu solchem Vorgehen geboten.“ (Abg. Dr. Nowotny: *Zu welchem Vorgehen? Sagen Sie das auch!*)

Zu jenem Vorgehen, daß die Zivilbevölkerung auf der einen Seite von den SS-Einheiten und auf der anderen Seite von den jugoslawischen Partisanen geknechtet wurde. Das ist die Wahrheit der Geschichte. Sie brauchen sich nicht aufzuregen. (Abg. Dr. Nowotny: *Ich rege mich nicht auf!*)

„... aus Eisenkappel stehenden Partisaneneinheiten den operierenden SS-Polizeieinheiten willkommenen Anlaß zu solchem Vorgehen geboten. So kann ruhig behauptet werden, daß das Südostkärnten-Gebiet sein Leid nicht vielleicht den zweifellos vorhandenen nationalen Spannungen zu verdanken hat, sondern der Tatsache, daß sich auf seinem Boden der Kampf zwischen nationalsozialistischer und kommunistischer Diktatur in seiner ganzen Grausamkeit abgespielt hat. Nationale Momente wurden von kommunistischer Seite jedoch zweifellos dazu benützt, um die Leidenschaftlichkeit der revolutionären Umwälzung und die Leiden der Zivilbevölkerung zu erhöhen.“

Meine Damen und Herren! Das ist ein Protokoll der Sicherheitsdirektion für Kärnten

Dr. Jörg Haider

aus dem Jahre 1952, bisher nicht veröffentlicht.

Ich glaube, daß allein diese Zeugnisse der Geschichte bei Ihnen wenigstens ein schlechtes Gewissen erzeugen sollten, daß Sie nicht die Größe gefunden haben, über ideologische Barrieren hinweg jenen Menschen eine Anerkennung zu zollen, von denen wir überzeugt sind, unabhängig, in welchem politischen Lager sie stehen, daß sie eine großartige Leistung für Österreich erbracht haben. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Veselsky.*)

Herr Kollege Veselsky, Sie sind ja Abgeordneter des Landes Kärnten gewesen. Es zeichnet Sie sehr aus, daß Sie sich so wenig identifizieren mit den Problemen dieses Landes, daß Sie hier nur mit Zwischenrufen versuchen, alles herabzusetzen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Schranz.*)

Sie müssen schon sehr tief greifen, Herr Kollege Schranz, daß Sie noch Argumente haben. Historische Zeugnisse sind offenbar für Sie nicht ausreichend genug, daß Sie Ihren Standpunkt revidieren. Ich bedaure es zutiefst (*Abg. Blecha: Wir bedauern es auch zutiefst!*) — Herr Kollege Blecha, Sie sollen zuhören, bevor Sie erwidern —, daß Sie nicht in der Lage sind, österreichischen Patrioten jene Anerkennung zuteil werden zu lassen, die sie verdienen. (*Abg. Blecha: Für die sind wir immer noch eingetreten! Nehmen Sie das zur Kenntnis!*) Ich glaube nicht, sonst hätten Sie ja diesem Antrag zustimmen können.

Sie protegieren heute eine Situation, in der Sie vernebeln wollen, daß Sie sich im Prinzip geirrt haben. Ich darf Sie ersuchen: Ändern Sie Ihren Standpunkt, überlegen Sie es sich noch einmal, ob Sie nicht diesem Antrag, der nichts mit parteipolitischen Interessen zu tun hat, Ihre Zustimmung geben sollten. Wir haben hier als Österreicher zu handeln und Menschen zu würdigen, die vor der Geschichte eine einmalige Leistung für die Republik erbracht haben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Dr. Gradenegger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Gradenegger (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich tue mir jetzt so schwer wie noch nie, auf eine solche Rede etwas zu sagen.

Ich möchte aber bei der Sache selbst bleiben und die Gedanken wieder zurückführen zu dem Thema, das wir haben, zu diesem Ehrenzeichen, das vorgeschlagen wurde.

Am 10. Oktober des Vorjahres feierte Kärnten den 60. Jahrestag der Wiederkehr der Kärntner Volksabstimmung. An uns, die Sozialistische Partei und die Regierungsmitglieder der Sozialistischen Partei in Kärnten, die die absolute Mehrheit stellen und die auch die konstruktiven Maßnahmen seit der Nachkriegszeit zum Aufstieg dieses Bundeslandes gesetzt haben, an diese Landesregierung und an die Sozialisten sind verschiedenste Wünsche vor diesem Jubiläumstag herangetragen worden.

Bürgermeister aus dem Grenzland wünschten sich eine Geldsumme, um infrastrukturelle Maßnahmen, Brückenbauten, Schulbauten und Wegebauten besser finanzieren zu können. Aus der Bevölkerung kam uns zu, daß die Bevölkerung sich im Grunde genommen maßvolle Oktoberfeiern in einem Rahmen wünscht, der ultranationalen Menschen aller Schattierungen nicht die Möglichkeiten gibt, diese Feiern zu mißbrauchen und sie zu Zwietrachtfeiern umzumünzen. Sie wollten im Sinne der alten Abwehrkämpfer die Einigkeit und den Frieden im Lande.

Und dann gab es einige Politiker, die begannen, an uns Forderungen heranzutragen, die wir nicht erfüllen konnten. Es waren lizitierende Forderungen, die an uns herangetragen wurden.

Wir haben einen Großteil der Anliegen erfüllt. Wir haben zum Beispiel bei der Bundesregierung erreicht, daß sie die 60-Jahr-Feier des Tages der Volksabstimmung in Kärnten zum Anlaß genommen hat, um uns 20 Millionen Schilling für infrastrukturelle Maßnahmen für das Kärntner Grenzland zu geben, eine Summe, die uns bisher noch von keiner Regierung zuteil wurde.

Wir haben als zweites noch von dieser Bundesregierung erreicht, daß die Kärntner Abwehrkämpfer, die Kärntner-Kreuz-Träger, 880 000 S als einmalige Zuwendung bekommen haben. Und wir haben erreicht, daß würdevolle Feiern gestaltet wurden und daß keine Zwischenfälle vorgekommen sind. (*Abg. Deutschmann: Was heißt wir? Wer ist wir?*)

Wir haben dafür gesorgt, und ich darf in aller Deutlichkeit sagen, daß uns selbstverständlich auch von den anderen Parteien Mitwirkung und Unterstützung zuteil geworden sind.

Ich sage Ihnen aber in aller Deutlichkeit eines, Herr Abgeordneter Deutschmann. In Kärnten haben die Sozialisten die absolute Mehrheit. Wir tragen das Verschulden — von Ihrer Warte aus gesehen — für Dinge, die

Dr. Gradenegger

nicht so gehen, wie sie gehen sollen. Und wir nehmen uns das Recht, daß auch Erfolge auf unser Konto gebucht werden, mit genau derselben Berechtigung. *(Beifall bei der SPÖ.)* Es ist also etwas geschehen für die Abwehrkämpfer und für das Grenzland aus Anlaß dieses 60-Jahr-Tages der Volksabstimmung.

Die Oppositionsparteien finden oft wenig oder weniger Beachtung in Kärnten, und dann beginnt ein Lizitieren. Wo wir uns wirklich Mühe gegeben haben und im Rahmen der budgetären Möglichkeiten den Abwehrkämpfern 1000 S bis 2000 S je Person zusätzlich zur Kärntner-Kreuz-Zulage gegeben haben, forderten sie pro Abwehrkämpfer 10 000 S. Das war aus finanziellen Erwägungen nicht durchzusetzen. Statt der 20-Millionen-Schilling-Spende für das Grenzland aus Anlaß der Wiederkehr des Volksabstimmungstages forderte man auch mehr. Und als drittes forderte man eine 60-Jahr-Medaille und meinte, damit publikumswirksam politische Effekthascherei und Publicity betreiben zu können. Wir haben auch wirklich einige Probleme dabei gehabt.

Zum Antrag selbst möchte ich folgendes sagen: Der Antrag ist meiner Meinung nach undurchdacht von Anfang an. Das Kärntner Kreuz ist eine einmalige Auszeichnung, eine Einmaligkeit in Kärnten und wir hatten lange Jahre kein Ordensgesetz. Wir haben es erst seit Dezember des Vorjahres. Es ist also der höchste Orden, die höchste Auszeichnung, die wir in Kärnten haben. Und die Einmaligkeit dieser Auszeichnung bedarf keiner Wiederholung, nicht am 50-Jahr-Tag, nicht am 60- und nicht am 70-Jahr-Tag. *(Beifall bei der SPÖ. — Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Das Kärntner Kreuz ist nicht mit einer 50-, 60- und 70-Jahr-Medaille daneben zu tragen. Das ist meine private Ansicht. Es ist aber auch eine durchsichtige Aktion, weil man damit sofort in die Presse gegangen ist und Öffentlichkeitsarbeit begonnen hat.

Ich darf also sagen: Jeder Kärntner Abwehrkämpfer hat bereits seine Auszeichnung: Das Kärntner Kreuz. Und daher bedarf es einer solchen Überdekorierung ja im Grunde genommen nicht mehr.

Und drittens ist folgendes: Es ist dieser Gedanke halt schon leider sehr spät, denn er gilt nicht für jene, die nicht mehr unter uns weilen, für jene Abwehrkämpfer, die nicht mehr unter den Lebenden sind. Und ich bin der Meinung, daß die Tat hier zu zählen hat und nicht die Lebensjahre. Man merkt also die Absicht und ist dabei etwas verstimmt.

Aber die Krone wurde der Sache erst aufgesetzt durch einige unsachliche Argumente.

Und sie waren so ultimatativ vorgetragen, wenn man zum Beispiel das nicht macht mit dieser Überdekoration, dann ...

Und da beging man ein paar Fehler, glaube ich, und ich bin der Meinung, daß wir die heute in Wien aufzuzeigen haben. Hier auf Wiener Boden sollen wir Kärntner die Situation aufzeigen, wie das in Kärnten gespielt wird. Denn es geht nicht, daß die Freiheitliche Partei zum Beispiel bei uns in Kärnten einen anderen Standpunkt auf der nationalen Ebene bezieht, und in Wien spielen sie die Liberalen um den Attersee-Kreis, und dann sieht man sich ihre Zeitung an und staunt, wie das aussieht, Herr Abgeordneter Josseck. Die gestrigen „Kärntner Nachrichten“ mit der Überschrift: SPÖ im Parlament gegen Dank an Abwehrkämpfer. Regierung: Ja zu Partisanen-Orden und Nein zu Abwehrkämpfer-Ehrenzeichen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ: Ungeheuer! Frechheit!)* Das ist die Freiheitliche Partei. Ich werde jetzt die Fakten bringen: Die Fakten sind folgende, daß die „Kleine Zeitung“ auch das übernommen hat, was man hier von seiten der FPÖ, wer das immer gemacht hat, ist egal, ausgesendet hat. *(Abg. Blecha: Der Haider wahrscheinlich!)* Die im Styria-Verlag vom katholischen Press-Verein erscheinende „Kleine Zeitung“, Ihr Dependance-Blatt in Klagenfurt, hat zum Beispiel folgenden sinnigen Satz aus diesem FPÖ-Pressedienst übernommen:

„Seitens der FPÖ wurde eingewendet, daß sehr wohl im Jahr 1976 durch ein eigenes Gesetz ein Ehrenzeichen des Bundes für die Partisanen geschaffen und vom Bundespräsidenten in größerer Anzahl verliehen wurde.“

Herr Abgeordneter! Dieses „Partisanen“-Ehrenzeichen, das hier in diesem Haus im Jahr 1976 geschaffen wurde, heißt das „Ehrenzeichen um Verdienste für die Befreiung Österreichs.“ Es ist ein Ehrenzeichen, das auch von Ihnen, von der FPÖ, mitbeschlossen wurde. *(Beifall bei der SPÖ.)* Und ich sage Ihnen, das ist kein „Partisanen-Ehrenzeichen“. Denn wenn das ein Partisanen-Ehrenzeichen ist, wie die Befreiungsmedaille, dann sind auch unsere Vorbilder, die wir in allen Parteien haben, das sage ich Ihnen, dann ist hier ein Raab und ein Figl ein Partisan. *(Protestrufe bei der ÖVP.)* Ich weiß ja die hintergründige Argumentation. Man will ja mit unterschwelligen Bezeichnungen, mit „Partisan“, die Zugehörigkeit zu den Kommunisten demonstrieren: Leben in den Wäldern und jugoslawischer Einschlag. Das sind aber auch jene, die dieses „Partisanen-Ehrenzeichen“ tragen und trugen, ein Raab, da ist ein Probst und ein Seitz darunter und auch ein Gredler von der

Dr. Gradenegger

FPÖ. Und da soll man nicht schreiben: „Regierung Ja zu Partisanen-Orden.“

Ich will Ihnen das nur zeigen, wie das in Kärnten gespielt wird. Wie subtil man das macht und wie liberal man auf Wiener Boden wirkt und wie man sich dort benimmt. Das soll einmal hier gesagt werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und zu dieser ganzen Mannschaft, die das praktiziert, dieses nationale Gehaben, gehören auch jene Herren, die da oben im Himmel sitzen vom ORF. Auch jener ORF ist mitbeteiligt und ich beschuldige die Leute vom ORF des Bruches des Rundfunkgesetzes. Sie haben die Aussendung über Partisanenorden genauso verlautbart, wie andere private Zeitungen. Es ist eine mangelnde Sorgfaltspflicht des verantwortlichen Redakteurs des ORF, solche Aussendungen zu machen. Und ich fordere die Behandlung dieser Materie im Beschwerdeausschuß des ORF. Das darf ich hier sagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und dann kommt noch die Spitze und die Krone dieser ganzen Geschichte. Ich darf Ihnen sagen, daß ein überwiegender Teil der Kärntner Abwehrkämpfer, die heute noch leben, sicherlich der Sozialistischen Partei zugehören und ein Großteil davon unsere Mitglieder sind. *(Zwischenruf des Abg. Dkfm. Gorton.)* Hören Sie auf mit Ihren unsinnigen Bemerkungen, Herr Abgeordneter Gorton, lassen Sie sie bleiben. *(Abg. Steinbauer: Ordnungsruf!)* Ich darf Ihnen sagen, daß ein großer Teil der Träger des Kärntner Abwehr-Kämpfer-Kreuzes daneben auch das Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik trägt, also jenen Partisanen-Orden, denn sie sind nach dem ersten Weltkrieg für Kärnten und auch für die erste Republik eingetreten und sie sind während des 2. Weltkrieges für die Zweite Republik eingetreten.

Wir haben einen Protest aller Widerstandskämpferorganisationen Kärntens, auch der Ihrigen, lieber Herr Abgeordneter Gorton, der ist unterschrieben von der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, von Dr. Karl Sweceny. Er ist unterschrieben vom Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer, von Hans Pawlik, Landtagspräsident in Ruhe, wo gegen diese Äußerung bezüglich des „Partisanenordens“ protestiert wird. Der Protest lautet: Gegen die Äußerungen und gegen die Publizierung des ORF und der Presse, womit wir abwertend als Träger eines Partisanenordens bezeichnet werden, protestieren wir. Sie schreiben weiter:

„Der aus Oberösterreich nach Kärnten zugewanderte FPÖ-Sekretär dürfte nicht wis-

sen, daß unter den Trägern dieses Ordens — von Ihnen Partisanen-Orden genannt — auch zahlreiche Kärntner Abwehrkämpfer von 1918 bis 1920 sind.“ Und das sollte man auch bedenken, wenn man so argumentiert und wenn man sich in die unterste Lade der Argumentation begibt. Das also zu dieser Situation.

Das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs wurde nur an österreichische und nicht an ausländische Staatsbürger verliehen und so haben auch einige, die gegen dieses Regime von damals waren, diese Auszeichnung erhalten. Es wurde geprüft und es besteht ein Kuratorium für die Verleihung des Ehrenzeichens für die Verdienste um die Republik Österreich.

Ich darf also zum Schluß kommen und sagen, daß man offensichtlich ein gestörtes Verhältnis in manchen Bereichen zu dieser unserer Republik Österreich hat, daß eine Mental-Reservation beim einen und beim anderen herrscht und daß die Argumentation auf diesem Gebiet wirklich aus der untersten Lade kommt.

Ich darf also auch sagen, daß wir in Kärnten jetzt ein neues Gesetz über Landesorden seit Dezember 1980 haben und daß wir prüfen werden, diese Landesauszeichnung für besonders verdiente Kärntner zu vergeben.

Ich darf abschließend sagen: Ein Nein zu solchen politischen Grabenkämpfen. Ich darf abschließend sagen: Ein Nein zur Verunglimpfung von großen Österreichern. Von Widerstandskämpfern, wie es ein Raab, ein Probst, ein Seitz, ein Maleta und ein Figl oder eine Rosa Jochmann ist.

Und ich darf letztlich sagen: Ein Nein zu einer 61-Jahr-Medaille. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Schlußwort wird keines gewünscht.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, seinen Bericht 651 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen. Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

3. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses betreffend den Bericht der Bundesregierung (III-78 der Beilagen) über Maßnahmen zur Verwaltungsreform in den Jahren 1975 bis 1980 (Verwaltungsreformbericht 1980) (652 der Beilagen)

Präsident**4. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über den Bericht des Bundeskanzlers (III-81 der Beilagen), mit dem der Tätigkeitsbericht des Verwaltungsgerichtshofes für das Jahr 1979 vorgelegt wird (653 der Beilagen)**

Präsident: Wir gelangen nunmehr zu den Punkten 3 und 4, über welche die Debatte unter einem durchgeführt wird.

Es sind dies die Berichte des Verfassungsausschusses betreffend den Bericht der Bundesregierung (III-78 der Beilagen) über Maßnahmen zur Verwaltungsreform in den Jahren 1975 bis 1980 (Verwaltungsreformbericht 1980) und über den

Bericht des Bundeskanzlers (III-81 der Beilagen), mit dem der Tätigkeitsbericht des Verwaltungsgerichtshofes für das Jahr 1979 vorgelegt wird.

Berichterstatte zu Punkt 3 ist der Herr Abgeordnete Dr. Gradischnik. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatte Dr. Gradischnik: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erstatte den Bericht des Verfassungsausschusses betreffend den Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen zur Verwaltungsreform in den Jahren 1975 bis 1980.

In dem gegenständlichen Bericht wird zunächst in einem allgemeinen Teil zur Frage Stellung genommen, was „Verwaltungsreform“ leisten kann und soll.

In einem besonderen Teil werden unter den Gesichtspunkten „Neugestaltung des Rechtsgutes, insbesondere die „Durchforstung der staatlichen Vorschriften und Verbote“, „Verbesserung des Personalsystems“, „Verbesserung der Organisation der Bundesverwaltung“ und „Ausbau der Servicefunktionen der Bundesverwaltung“ bereits durchgeführte, in Angriff genommene und geplante Maßnahmen zur Verwaltungsreform im allgemeinen und nach Ressorts gegliedert dargestellt.

Der Verfassungsausschuß hat die Vorlage am 12. März 1981 in Beratung gezogen und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Neisser, Dr. Lichal, Dr. Frischenschlager, Hochmair, Dr. Veselsky und DDr. Hesele sowie des Staatssekretärs Dr. Löschnak mit Stimmenmehrheit beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme dieses Berichtes zu empfehlen.

Namens des Verfassungsausschusses stelle ich somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen zur Verwaltungsreform in den Jahren 1975 bis 1980 zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Berichterstatte zu Punkt 4 ist der Herr Abgeordnete Paulitsch.

Berichterstatte Dr. Paulitsch: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich erstatte den Bericht des Verfassungsausschusses über den Bericht des Bundeskanzlers, mit dem der Tätigkeitsbericht des Verwaltungsgerichtshofes für das Jahr 1979 vorgelegt wird.

Im Tätigkeitsbericht des Verwaltungsgerichtshofes für das Jahr 1979, der dem Bericht des Bundeskanzlers angeschlossen ist, wird zunächst eine statistische Übersicht über die Anzahl der Beschwerdefälle im Berichtszeitraum gegeben. Ferner wird zu Personalfragen, zur dienst- und besoldungsrechtlichen Stellung der Richter des Verwaltungsgerichtshofes sowie zu Maßnahmen zur Entlastung des Gerichtshofes Stellung genommen, und schließlich werden einzelne Rechtsfragen aus dem Tätigkeitsbereich des Gerichtshofes erörtert.

Der Verfassungsausschuß hat die Vorlage am 12. März 1981 in Verhandlung gezogen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundeskanzlers, mit dem der Tätigkeitsbericht des Verwaltungsgerichtshofes für das Jahr 1979 vorgelegt wird, zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich um Eingehen in die Debatte.

Präsident: Ich danke den Berichterstatte für ihre Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Neisser.

Abgeordneter Dr. Neisser (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht über die Verwaltungsreform, der heute zur Diskussion steht, geht auf eine Entschließung des Nationalrates aus dem Jahr 1979 zurück, über die Bemühungen für eine bürgernahe Verwaltung zu berichten.

Ich möchte es zunächst positiv vermerken, daß die Regierung über diesen Auftrag hinausgehend eine generelle Bilanz über ihre Bemühungen zur Verwaltungsreform der Jahre 1975 bis 1980 vorgelegt hat. Wir haben nunmehr, da es bereits für die Jahre 1971 bis 1974 einen solchen Bericht hier gab, eine umfassende Übersicht über verwaltungsreform-

Dr. Neisser

matorische Bemühungen der Regierung von zehn Jahren - 1970 bis 1980 - Verwaltungsreform durch eine sozialistische Alleinregierung. Das bedeutet allerdings, daß wir jetzt über den ursprünglichen Auftrag der bürgerlichen Verwaltung hinausgehend generelle Prüfungsmaßstäbe an diesen Bericht über die Verwaltungsreform anlegen müssen - einem Anliegen, das die Regierung zumindest mit einem Satz in jeder Regierungserklärung seit dem Jahr 1970 angesprochen hat, einem Anliegen - und das möchte ich zunächst einmal generell sagen -, dem sie aber nicht in der Weise nachgekommen ist, wie es unserer Meinung nach der Fall sein sollte.

Gestatten Sie, daß ich zunächst einmal ein paar ganz allgemeine Bemerkungen sage, mit denen ich auch die Ablehnung dieses Berichtes durch meine Fraktion hier begründen möchte.

These 1: Meine Damen und Herren! Die Verwaltungsreform ist zweifellos ein langfristiger Prozeß, der aber nach bestimmten planvollen Vorstellungen vor sich gehen muß.

Ich bedauere es aus diesem Grunde, daß es der Regierung bis heute nicht gelungen ist, ein solches generelles Verwaltungsreformkonzept zu artikulieren und der Öffentlichkeit vorzustellen. Sie schreibt zwar selbst in ihrem Bericht, daß es sich um eine Reihe von Detailmaßnahmen handelt, die hier beschrieben werden, daß die allerdings auf Grund eines einheitlichen Konzeptes zu prüfen seien. Dieses Konzept gibt es nicht. Ich will nicht in Abrede stellen, daß manches von dem, was im Bericht drinnensteht, durchaus positive Ansätze sind, die auch in der Praxis zu gewissen Erfolgen geführt haben, aber die generelle Konzeption fehlt, und das scheint mir gerade in einer Zeit, wo die Sanierung des Budgets ein Grundanliegen der Politik ist, unbedingt notwendig zu sein.

Meine Damen und Herren! Die Tatsache, daß Sie noch kein Verwaltungsreformkonzept vorgelegt haben, zeigt nach wie vor, daß Sie noch immer nicht erkannt haben, daß man das Budget auch von der Ausgabenseite her einmal regulieren muß, und nicht nur von der Einnahmenseite. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Punkt 2: Verwaltungsreform hat sich nach bestimmten Zielen zu gestalten, die einander durchaus widersprechen können. Ich glaube, wir sollen ganz offen sein und müssen sagen: Wenn wir auf der einen Seite eine rationalisierte, billigere Verwaltung verlangen, haben wir auf der anderen Seite Zielsetzungen, die einfach mehr kosten. Die bürgerliche Verwaltung, eine Verwaltung, die besser und mehr informiert, ist eine Verwaltung, die auch

einen gewissen Kostenfaktor hat. Die Abstimmung dieser Ziele zueinander ist ein wesentliches Anliegen. - Auch darüber ist im Bericht keine Aussage.

These 3: Ich glaube, daß - wie der Bericht richtig ausführt - die Verwaltungsreform die Mitwirkung der Betroffenen verlangt und daß sich zweifellos, so wie es in dem Bericht erklärend drinnensteht, ein gewisser Widerstand bei den Beteiligten ergibt.

Meine Damen und Herren! Das ist völlig klar. Es ist gar nichts Negatives. Es gibt hier Kräfte, Interessensgruppierungen, die Interessen zu vertreten haben. Nur ist die Frage, ob ich jetzt den Widerstand der Beteiligten als Faktum hinnehme oder sogar noch provoziere oder ob ich versuche, einen echten Dialog und ein Gespräch zu führen mit dem Ziel, gemeinsam zu einer Verbesserung und zu einer Reform kommen. - Auch darüber ist hier nichts zu lesen.

Vierter Punkt: Verwaltungsreform ist für mich ein Prozeß der kleinen Schritte, nach einem einheitlichen Ziel ausgerichtet. Ich glaube daher, daß auch jede kleine Ersparnis in der Verwaltung ein sinnvoller Beitrag ist, wenn sie im Zusammenhang mit einem größeren Konzept erfolgt. Das Argument, das man verschiedentlich hört, daß man sich dadurch fast nichts einspart, zählt für mich nicht. Es ist gerade bitte diese Regierung, der wir mehrfach in diesem Haus sagen mußten, daß man überall, wo es nur geht, einsparen muß, um die Glaubwürdigkeit einer solchen Einsparungspolitik auch zu demonstrieren.

Und ein letzter Gesichtspunkt, meine Damen und Herren: Ich glaube, daß dieser Bericht durch die Tatsache, daß er nicht darauf Bezug nimmt, zeigt, daß sich die Regierung nach wie vor über die Folgekostenproblematik der Verwaltungshandlungen und der Gesetzgebung nicht im klaren ist. Wir haben im Zusammenhang mit der Diskussion über den Notstandsbericht der Richter ja hier sehr deutliche Beispiele erhalten. Es gibt keine gesetzliche Verpflichtung dazu, aber es ist der Inhalt eines vernünftigen Wirtschaftens und Administrierens, daß man die Folgekosten eines Gesetzes richtig abschätzt. Im Gegenteil, wir kriegen in vielen Gesetzen falsche Informationen in der Weise, daß drinnensteht, daß damit keine Mehrkosten verbunden sind, und in Wirklichkeit zeigt sich dann beim Vollzug, daß sehr wohl damit Mehrkosten verbunden sind.

Soviel generell, meine Damen und Herren. Ein paar konkrete Punkte noch aus diesem Bericht, die ich hier anführen möchte.

Dr. Neisser

Sie haben das Ergebnis Ihrer Durchforstungsaktion vorgelegt mit dem Ziel, sozusagen überholte und überaltete Vorschriften zu beseitigen.

Meine Damen und Herren! Wenn man diesen Katalog durchliest, so fragt man sich manchmal: Bitte, ist das überhaupt notwendig, daß man heute noch darüber diskutiert? Wäre es nicht schon längst an der Zeit, daß Sie von sich aus eine Korrektur und Änderungen herbeigeführt hätten?

Es steht bei einer Reihe von Punkten: Hier muß erst geprüft werden, ob das Gesetz aufzuheben wäre. Beim Veterinärwesen heißt es: „Näher zu prüfen wäre die Aufhebung der Pullorumverordnung aus dem Jahr 1950 und des Myxomatosegesetzes aus dem Jahr 1954.“ Mit Verlaub gesagt: Braucht es dazu eines parlamentarischen Berichtes, um zu dieser Erkenntnis zu kommen?

Oder für mich der Höhepunkt in diesem Katalog: „Ein möglicher Verzicht dieser Vorschriften im Bundesgesetz über die sanitäre Regelung des Ammenwesens aus dem Jahr 1926 wird geprüft.“ Bitte: Ob der Verzicht möglich ist bei einem Ammenwesengesetz aus dem Jahr 1926, wird im Jahr 1981 noch geprüft! Verzeihen Sie, da gibt es nur mehr ein kleines Lächeln der Groteske dafür! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Im einzelnen gäbe es bei dem Bericht noch eine Reihe von Punkten, die kritisch zu beleuchten wären. Ich will das jetzt nicht länger ausdehnen.

Beispielsweise feiern Sie die Eingliederung des Armeekommandos ins Landesverteidigungsministerium als Erfolg der Verwaltungsreform. Bitte, genau das Gegenteil ist der Fall: Sie haben dieses Armeekommando im Jahr 1973 ausgegliedert, im Jahre 1978 haben Sie es wieder eingegliedert, haben sich aber keinen Dienstposten — das haben Sie mehrfach erwähnt — bei der Eingliederung erspart. Das ist ein Beispiel dafür, bitte, wie man Verwaltungsreform nicht macht!

Ein Problem möchte ich zum Schluß noch behandeln, meine Damen und Herren, das hier bei der Rechtssetzungstechnik und bei der Gesetzgebungstechnik angeschnitten ist. Wir sehen uns heute mit einem Phänomen konfrontiert — und das wird auch oft kritisiert —, das man als Gesetzesflut und Normenflut bezeichnet. Nicht nur die Gesetze sind unüberschaubar, auch die Erlasse sind unüberschaubar. Ich meine, das ist ein Anliegen, das wir ernst nehmen sollten, ein Anliegen, über das sich aber vor allem auch das Parlament Gedanken machen sollte. Es sollte

dieser Bericht Anlaß sein, daß wir hier vielleicht innerhalb der Fraktionen überlegen, wie wir uns allmählich diesem Phänomen — ich sage es ohnehin vorsichtig — nähern können, denn auch das scheint mir ein Element des Vertrauens zwischen dem Bürger und dem Staat zu sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Veselsky.

Abgeordneter Dr. Veselsky (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Österreichische Volkspartei hat durch ihren Sprecher, Herrn Kollegen Staatssekretär a. D. Neisser, mitgeteilt, daß sie dem vorliegenden Bericht, dem Verwaltungsreformbericht, nicht zustimmt. Wir müssen das zur Kenntnis nehmen.

Ich glaube aber, daß ich auch zur Kenntnis nehmen darf, und zwar mit Befriedigung, die Argumentation des Herrn Kollegen Neisser, die sich sehr positiv von der Argumentation im Ausschuß abhob. Ich glaube, daß ein gewisser Prozeß der Meinungsumbildung Platz gegriffen hat, und ich vermerke das positiv, ein Prozeß des Umdenkens. Wir haben Sie im Ausschuß doch, glaube ich, nicht ohne Überzeugungserfolg gemahnt, daß die Verwaltung, wie sie heute in Österreich funktioniert — und sie funktioniert! —, nicht nur das Ergebnis der zehnjährigen Regierungsverantwortung der Sozialistischen Partei ist, sondern auf eine längere Geschichte zurückblickt, an der Sie auch mitverantwortlich gewesen sind und sogar hauptverantwortlich.

Ich darf also feststellen, daß sich die Argumentation, die Sie hier als Hauptsprecher der ÖVP brachten, positiv unterschied von der Argumentation im Ausschuß, und das freut mich.

Meine Damen und Herren! Solange es Verwaltung gibt, gibt es Reformwünsche. Solange es Verwaltung gibt, gibt es Reformbestrebungen.

In Österreich kann man solche bis auf Maria Theresia zurückführen. Aber wieviel leichter war es damals, zu reformieren, als man noch eine Verwaltung vor sich hatte, die die eines Nachtwächterstaates war, eine Verwaltung, in der nur innere und äußere Sicherheit zu gewährleisten waren, eine Verwaltung, die mit 2 % des Sozialproduktes für Staatsausgaben das Auslangen finden konnte. Heute sind 40 Prozent im Staatsbereich abzuwickeln, und wir haben heute nicht nur für innere und äußere Sicherheit zu sorgen, sondern auch für soziale Wohlfahrt, wir haben für Bildung und Ausbildung zu sorgen, für Verkehrsleistungen zu sorgen, große Infra-

Dr. Veselsky

strukturaufgaben zu erfüllen, und wir haben heute insgesamt große gesellschaftspolitische Aufgaben zu erfüllen.

Verwaltung ist sehr viel schwieriger geworden, und ich glaube, es ist ein großes Verdienst, wenn wir sagen können: Diese Verwaltung funktioniert.

Und daß diese Verwaltung funktioniert, habe ich Ihnen im Ausschuß auch schon vor Augen halten können. Die Japaner sind bekannt dafür, daß sie sich immer die funktionierenden Modelle vornehmen. Das war bei ihrer Industrialisierung so, die jetzt so große Erfolge feiert. Es ist nun so, daß erst vor kurzem japanische Experten nach Österreich kamen, um die Verwaltung hier zu studieren — wegen ihres Erfolges, weil sie funktioniert und weil auch große verwaltungsreformatorische Erfolge erzielt wurden. Aus dem Munde der japanischen Gäste haben wir erfahren können, was vom Ausland her als großer Erfolg gesehen wird.

Und Sie haben recht, wenn Sie sagen, Herr Kollege Neisser, man kann jetzt Bilanz von zehn Jahren ziehen. Und wenn man diese Bilanz zieht durch die Brille eines ausländischen Beobachters, dann kommt zum Vorschein, daß man bewundert, daß wir den Übergang zur 40-Stunden-Woche bewältigten, daß wir das bewältigten trotz großer zusätzlicher Aufgaben, trotz einer Bildungsexplosion, die stattgefunden hat.

Man registriert im Ausland die Errungenschaft des Ministeriengesetzes; eines Vorhabens, das man sich schon unter der ÖVP-Regierung vorgenommen hatte, das in dieser Zeit gelungen ist.

Man registrierte positiv den Aufbau der Verwaltungsakademie. In diesem Bericht wird nun gezeigt, daß diese Verwaltungsakademie nicht nur auf dem Papier steht, sondern daß sie ein realer Faktor geworden ist, daß sich immer mehr junge Beamte ausbilden lassen und daß sich auch die Fortbildungskurse für Führungskräfte wachsender Beliebtheit erfreuen.

Man hat von japanischer Seite auch die Entwicklung des Datenschutzrechtes in Österreich und die Errichtung der Volksanwaltschaft als positiv auf dieser Linie liegend beobachtet.

Meine Damen und Herren! So sieht man von außen, was hier geleistet wurde.

Wenn ich mir jetzt nochmals die Kritik der ÖVP vergegenwärtige, so hat eigentlich diese Kritik im einzelnen Formulierungen betroffen. Wenn ich aber die Evolution der Verwal-

tungsreformberichte ansehe, so darf ich sagen: Es begann in den sechziger Jahren mit einem ersten Bericht an das Haus. Ich habe ihn hier. Es ist ein Bericht von 8 Seiten Umfang. Heute halten wir bei einem Bericht von 95 Seiten. (*Abg. Graf: Das ist eine Wachstumsrate, Herr Doktor!*)

Es ist nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ viel geschehen. Man hat damals beispielsweise noch geglaubt, daß man eine Gesamtkodifizierung des österreichischen Rechts in Angriff nehmen sollte. Heute weiß man, daß das nicht der richtige Weg wäre.

Man hat Wiederverlautbarungen vorgenommen, Sie finden sie im Bericht. Das ist positiv festzuhalten.

Wir dürfen auch mit Stolz auf das große Reformwerk beispielsweise im Justizbereich hinweisen.

Meine Damen und Herren! Verwaltung ist eine große Aufgabe. Sie erfolgreich zu bewältigen ist sehr wichtig, und es ist, glauben wir, in diesen zehn Jahren gelungen, nicht nur diese Aufgabe zu bewältigen, sondern die Verwaltung volksnäher, bürgernäher zu gestalten.

Im Ministeriengesetz 1973 wurde die Verpflichtung zum Staatsbürgerschaftsservice ausgesprochen. In diesem Bericht nun werden Hinweise darauf gebracht, wo mustergültige Einrichtungen in der Verwaltung, im Rahmen der Verwaltung versuchen, modellhaft diese Aufgabe zu erfüllen. Darüber hinaus können wir, glaube ich, feststellen, daß tatsächlich die Distanz zwischen Verwaltung und Staatsbürger in Österreich nicht größer ist als anderswo, und daß sie geringer werden soll, das ist unsere große Zielsetzung.

Meine Damen und Herren! Die Sozialistische Partei wird diesem Bericht ebenso wie dem Verwaltungsgerichtshofbericht ihre Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Kollege Veselsky hat in begütigender Form folgendes zum Ausdruck gebracht: Na eine Verwaltung gibt es, und weil es eine Verwaltung gibt, deshalb gibt es schon seit eh und je eine Verwaltungsreform.

„Es nützt eigentlich eh nichts“, könnte man unter Anführungszeichen dazusetzen. Das rinnt halt so dahin, ganz ähnlich, wie es im Verwaltungsreformbericht auch so schön steht: Das ist ein „permanenter Prozeß“, nur

Dr. Frischenschlager

kommt halt herzlich wenig heraus. — Und er ist weit in die Geschichte zurückgegangen bis zur Maria Theresia.

Herr Kollege Veselsky, es ist nur ein kleiner Unterschied bei der ganzen Geschichte: Was die Maria Theresia gemacht hat, was zum Beispiel 1862, 1867 geschehen ist, was 1920, 1924 geschehen ist, das waren tatsächlich Verwaltungsreformen, denen das Wort „Reform“ wirklich zusteht. Was die sozialistische Regierung gemacht hat und was in nicht so kritisierbarer Form, möchte ich hier ausdrücklich sagen, während der ÖVP-Zeit geschehen ist, das hat halt mit Verwaltungsreform in Wahrheit nichts zu tun, sondern das ist nicht mehr als ein gelegentliches Anpassen der Verwaltungsorganisationen an Vorschläge und Vorstellungen und Notwendigkeiten, die zwangsläufig jede Verwaltung mit sich bringt. Aber es ist keine Reformpolitik dahinter.

Das zum Kollegen Veselsky. Und damit ein paar Worte zum Bericht:

Der Herr Kollege Veselsky hat eigentlich schon sehr gut charakterisiert: Wenn man sich diesen Bericht anschaut, dann sieht man, daß hier einfach eine Unzahl von Verwaltungshandlungen zusammengetragen werden, die sich so im Laufe des Verwaltungsablaufes ergeben, viele Details, und insofern hat der Bericht seinen Sinn, weil er alle diese Dinge eben zusammenträgt, die sich so nebenbei ergeben. Darüber gibt der Bericht Auskunft. Deshalb geben wir dem Bericht auch die Zustimmung. Aber eines darf man nicht machen, und wenn ich getrennt abstimmen könnte über den Bericht und über den Titel des Berichtes, dann würde ich das gerne tun: nämlich „Verwaltungsreformbericht“ ist bei Gott übertrieben, wenn man sich den Inhalt ansieht.

Es ist kein Bericht über eine Verwaltungspolitik, wie sie notwendig wäre, sondern einfach ein Zusammentragen von Einzelmaßnahmen und ein langer Katalog von Wünschen an den Gesetzgeber, was er dürfte, könnte, sollte, möchte und was weiß ich was alles, aber tatsächlich spürt man keinen echten politischen Willen zu einer echten Verwaltungspolitik in diesem Staat.

Und die wäre deshalb notwendig, wie auch der Kollege Neisser bereits gesagt hat, weil eines ganz klar ist: In wirtschaftlich schwierigen Situationen, wenn der Staat auf die Ausgabenseite schauen sollte, müßte er gerade dort, wo im Lauf einer jahrzehntelangen Entwicklung eine Kostenexplosion im Gesamtrahmen des Budgets eingetreten ist — und

das ist nun einmal der Personal-, der Verwaltungsbereich —, müßte eine vernünftige Regierung von sich aus darangehen, dort einmal massiv einzugreifen. Das wäre eine Aufgabe, die man als Verwaltungsreformpolitik bezeichnen könnte und die wir seit zehn Jahren und schon länger vermissen. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Mir ist auch ganz klar, daß eine derartige Aufgabe nicht von heute auf morgen erledigt werden kann. Herr Kollege Veselsky! — Er ist, glaube ich, nicht mehr hier. Es geht gar nicht darum, und es ist eine Binsenweisheit, daß die Staatsaufgaben gewachsen sind. Und wenn dann gesagt wird: Weil eben die Staatsaufgaben gewachsen sind, ist die Bürokratie gewachsen, und das ist halt ein natürliches Gesetz — das hat auch jemand ganz gut beschrieben, ein gewisser Parkinson — und dem kann man sich nicht entgegenstellen!, ist das genau der falsche Ansatz. Das Ziel müßte sein, daß wir nicht die Aufgaben reduzieren — obwohl auch das da und dort möglich sein muß —, sondern daß der Einsatz der Budgetmittel, die wir für diesen Bereich der Staatstätigkeit einsetzen, optimal ökonomisch erfolgt. Es geht um eine Verwaltungsökonomie, die müßte angegangen werden, und das vermissen wir.

Nun es heißt im Verwaltungsreformbericht, daß das eine permanente Aufgabe wäre. Das ist sicherlich richtig. Aber man kann doch nicht zugleich so tun, als ob es deshalb, weil eben ständig auf diesem Gebiet irgend etwas passiert, eigentlich gar keinen Anfang und kein Ende gibt und daher eh schon alles gleich ist, als ob man keinen politischen Schwerpunkt zu setzen braucht und statt dessen sagt: Wir doktern da und dort ein bisserl herum! Wir müssen uns vielmehr echt, und zwar aus einer Sichtweise außerhalb der Verwaltung, überlegen, wie diese Dinge ökonomischer erledigt werden können.

Das müßte passieren und passiert nicht, weil man einerseits Angst hat, zuviel in die Verwaltung einzugreifen.

Ich sehe auch ein: Es ist schwierig, eine bestehende Organisation, eine sehr zähe Organisation zu verändern. Ich sehe auch ein, daß viele Interessen einfließen. Es gibt die parteipolitische Durchdringung der Beamtenschaft, die natürlich ihre Rückwirkung hat auf die Parteien und die deshalb auch ein allzu starkes Herumrühren in der Verwaltung nicht gerade leichter macht. Es gibt die berechtigten Interessen der Beamtenschaft.

Alles das sind Faktoren, die man natürlich bedenken muß, aber dazu ist ja letzten Endes

Dr. Frischenschlager

Politik da, daß sie derartige Schwierigkeiten überwindet, nur braucht es dazu Phantasie, es braucht politisches Wollen, und es braucht das entsprechende Wissen, das zusammengetragen wird. Und an dem fehlt es und nicht am Bericht, wenn er auch, worauf Kollege Veselsky dankenswerterweise hingewiesen hat, von 8 auf, ich glaube, jetzt 30 Seiten — 95 Seiten, Entschuldigung — angewachsen ist; kleinformatig, muß man dazusagen: die früheren waren großformatig DIN A 4. Mit Papier und mit Detailmaßnahmen ist das sicherlich nicht getan.

Aber wie sehr überhaupt die Sichtweise für eine umfassende Betrachtung des Problems Verwaltung und ihrer Kosten nicht entsprechend ist, das sieht man ja an anderen Beispielen. Ich erinnere nur ganz kurz an die Föderalismusdebatte. Da werden die politischen Bälle zwischen Bund und Land hin- und hergeschoben, die Länder wollen da und dort vom Bundeschristbaum ein paar Dinge abpflücken, der Bund meckert dagegen, aber nicht wird der Gesichtspunkt in die Föderalismusdebatte eingeführt, daß man sich überlegt, welche Aufgabe ganz generell und neu überdacht besser auf Bundes-, auf Landes- oder auf Bezirks- und meinerwegen auch auf Gemeindeebene erledigt werden kann. Das wäre eine Betrachtungsweise, wie man eine vernünftige Föderalismusdebatte führen könnte, die sehr wohl Auswirkung hätte auf die Erledigung, auf die Arbeit der Verwaltung und auf die Kosten der Verwaltung.

Man könnte das am Beispiel der Bezirkshauptmannschaften aufzeigen, wo es vordergründig ja doch meistens darum geht, daß sich die eine Partei über die andere Großpartei aufregt, daß die parteipolitische Besetzung ein Ärgernis wäre, und deshalb wird von Demokratisierung der Bezirkshauptmannschaften gesprochen, aber nicht darum, daß man sich überlegt: Was könnte ein Selbstverwaltungskörper Bezirkshauptmannschaft, was könnte der vernünftigerweise an Agenden vom Land und von den Gemeinden übernehmen?, und daß man sich unter diesem Gesichtspunkt eine Änderung, eine Reform dieser Verwaltungsstruktur mit Selbstverwaltung und mit Beteiligung der Bevölkerung vorstellt. Alles das passiert nicht, sondern man bleibt schön an der Oberfläche, weil es so schwierig ist.

Nächstes Kapitel: Besoldungsreform. Logischerweise gibt es in notigen Zeiten wenig Geld und man ändert da ungern etwas. Aber auch da wieder ein größerer Zusammenhang:

Wir stehen in einer Situation, wo es viele

kleine Beamte gibt, junge Beamte gibt, die mit Nettoeinkommen von 7 000, 8 000 S womöglich eine Familie durchbringen müssen. Wenn sie nicht pfuschen, dann haben die echte Schwierigkeiten. Und deshalb unsere ständige Forderung nach einer wirklich umfassenden Besoldungsreform.

Gerade für den jungen Beamten, der im Familienaufbau begriffen ist, der noch nicht in höheren Besoldungsgruppen ist und derlei mehr, gerade für diesen Bereich muß etwas geschehen, denn das hängt wiederum mit der Situation in diesem Staat zusammen. Wir haben eine Situation, wo man dem Beamten alles mögliche vorwirft: er ist faul, er ist untätig, sogar korrupt, und so weiter.

Natürlich: der Beamte wird stark demotiviert. Er wird letzten Endes gerade jetzt demotiviert, wirklich zu arbeiten oder effizient zu arbeiten, wenn er sieht, daß für seine besoldungsrechtlichen Forderungen halt gar kein Geld da ist, was objektiv ja nicht ganz unrichtig ist, wenn er aber zugleich tagtäglich in der Zeitung in Fortsetzungsserien lesen kann, wo derselbe Staat Milliarden beim Fenster hinausschmeißt. Das ist eine Situation, wo ich langsam Verständnis habe für den Beamten, der sagt: Ich komme halt spät, ich gehe früher weg, meine Mittagspause ist theoretisch 12 Minuten, praktisch 1 Stunde, und alle diese Dinge mehr.

Wir betreiben eine Besoldungspolitik und zugleich in letzter Zeit eine Staatspolitik, die einfach den Beamten demotivieren muß, ein Problem, das noch sehr ernst werden wird, das in der gegenwärtigen Situation und in der Folgezeit noch ärger werden wird.

Man könnte natürlich auch über die Arbeitszeitverkürzung und ihre Auswirkungen reden. Der Kanzler hat auf eine Anfrage von mir unlängst geantwortet. Man sollte einmal, Herr Staatssekretär, bei den Beamten untersuchen, wie viele eigentlich aus finanziellen Gründen einen zweiten Beruf haben müssen. Das wäre einmal interessant zu untersuchen.

Wenn man bei den Taxlern zum Beispiel nachfragt, was die eigentlich im Hauptberuf sind, ist es oft so, daß man auf einen öffentlich Bediensteten stößt, und wer weiß, was sie nach Dienstschluß oder am Freitag nach 13 Uhr oder meistens 12 Uhr noch so alles tun. Auch das ist eine bemerkenswerte Sache, und das Ausmaß der Beamten — ich kann es nicht beurteilen, aber ich habe diesen Eindruck —, die einen zweiten Beruf ausüben, ist zumindest eine sehr große Zahl.

Das sollte auch zu denken geben, denn letz-

Dr. Frischenschlager

ten Ende ist der Leidtragende der Staat, das heißt die gesamte Gemeinschaft, wenn der Beamte mit einem zweiten Beruf belastet ist.

Es gäbe da eine Reihe von Dingen noch zu sagen, die streiche ich jetzt (*Abg. Graf: Brav!*), aber auf etwas möchte ich doch noch, Kollege Graf, hinweisen. (*Abg. Graf: Ich höre Ihnen ja gern zu!*) Danke vielmals für die Aufmerksamkeit. Ich bin gerührt. (*Abg. Graf: Meine Liebe nimmt ab, je später es wird, aber so bin ich ja nicht allein! — Heiterkeit. — Abg. Graf: Zum Zuhören nämlich!*) Ich verstehe das. Ich werde mich auch sicherlich kurz halten. Soweit ich sehe, rede ich jetzt zehn Minuten. Ich werde in fünf Minuten fertig sein. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Graf.*)

Verwaltungsreform ist keine Sache der Verwaltung selbst — oder nicht der Verwaltung allein. Es ist eine umfassende Schau unserer staatlichen Organisation notwendig. Das geht natürlich die Gesetzgebung an. Das geht natürlich die Frage der Gewaltenteilung, der Kontrolle, des Föderalismus, der Dekonzentration und Dezentralisation der Verwaltung an. Es geht auch vor allem um den Verwaltungsorganisationsablauf innen, und wir haben in der Wirtschaft, die von der Regierungsseite her ja sehr oft negativ dargestellt wird — aber einen Bereich sollte man sich einmal vor Augen führen —, eine Betriebswirtschaftslehre, an der eine Privatwirtschaft kaum herumkommt. Was wir nicht haben, ist eine Verwaltungsbetriebswirtschaftslehre. Die müßte uns die Argumente liefern, und es gibt sie im Ausland, und sie könnte Anstöße geben, aber bei uns geht die Verwaltungsreformpraxis auch an den geringen Ansätzen von Verwaltungswissenschaften, die es immerhin gibt, leider Gottes weitgehend vorbei.

Und damit als letztes zu den Instrumentarien: Ich glaube, die Regierungspolitik im Bereich der Verwaltungsreform stochert einfach in dem herum, was existiert. Wir nützen nicht die Möglichkeiten aus, die eine Verwaltungsreformkommission geben könnte. Wir nützen nicht die Möglichkeiten, die eine ausgebauten Verwaltungsakademie bieten könnte. Ja ich meine, wir nützen nicht einmal die Universitäten, nicht einmal das Ford-Institut in dem Zusammenhang aus und nicht einmal das, was uns der Rechnungshof an Verwaltungserfahrung, an Munition für die Verwaltungsreform liefern könnte. An all dem geht mehr oder weniger die Verwaltungsreformpolitik der Regierung vorbei, und da müßte eben das Umdenken einsetzen.

Herr Staatssekretär! Raffen Sie sich zu

einer tatsächlichen Verwaltungsreformpolitik auf! Ich glaube, Sie werden auf Verständnis aller politischen Kräfte stoßen, und es wäre Ihnen der Dank der gesamten Bevölkerung in Zukunft und längerfristig sicher, wenn Sie das erreichen, was das Ziel sein müßte: eine ökonomischere Verwaltung, ohne daß die Staatsleistungen vermindert werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Lichal.

Abgeordneter Dr. Lichal (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich glaube, die Notwendigkeit einer effizienten Verwaltungsreform wird heute von niemandem bestritten, von keiner Partei, aber auch nicht — und ich möchte das schon ganz klar feststellen — von der österreichischen Beamtenschaft, die vielleicht am meisten darunter leidet, daß heute doch eine gewisse Unübersichtlichkeit und Unüberschaubarkeit in der Verwaltung gegeben ist. Das heißt also, daß sich die Beteiligten nur zu einem geringen Maße gegen sinnvolle Reformen, gegen Rationalisierungen und gegen Verbesserungen im Ablauf der gesamten österreichischen Verwaltung sträuben.

Es hat von seiten der österreichischen Volkspartei ja schon sehr starke Bestrebungen gegeben. Ich denke hier nur an den Staatssekretär Gruber im Jahre 1966 — Kollege Dr. Neisser hat schon darauf hingewiesen —, der ja mit einer echten, effizienten Verwaltungsreform begonnen hat, und eigentlich basiert alles Folgende darauf (*Zwischenruf bei der SPÖ*), nur mit weniger Erfolg, als es damals der Fall gewesen ist.

Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei stellt sich also mit der heutigen Ablehnung nicht gegen eine Verwaltungsreform, aber auch nicht gegen die Mitglieder in der Verwaltungsreformkommission (*Zwischenruf des Abg. Dr. Veselsky*), sondern sie stellt sich ganz einfach gegen diesen vorliegenden Bericht. Denn wenn freudestrahlend der Abgeordnete Dr. Veselsky erklärt, der Bericht sei bereits 95 Seiten stark: Bitte, der Inhalt ist Larifari (*Abg. Dr. Veselsky: Gegen das „Larifari“ verwahren wir uns!*), und ob 30 Seiten oder 95 Seiten, das ist eigentlich ganz gleich, Herr Abgeordneter Dr. Veselsky. Sie brauchen sich nicht zu verwahren, denn ich werde versuchen, Ihnen zu erklären warum (*Abg. Dr. Veselsky: Wird Ihnen aber nicht gelingen!*), und ich habe es Ihnen im Ausschuß auch schon gesagt, und Sie konnten es nicht widerlegen.

Dr. Lichal

Dieser Bericht enthält — das wurde heute schon gesagt — eine Auflistung der Tätigkeiten der einzelnen Ressorts, eine Auflistung von Routinearbeiten also. Meine Damen und Herren! Da bringt man nächstes Mal einen Bericht mit 150 Seiten zusammen, und wenn man ihn vielleicht noch verkleinert auf Briefmarkenformat, dann können es auch 300 Seiten werden. Es kommt also nicht darauf an, wieviel Seiten es sind, Herr Abgeordneter Veselsky — da werden Sie mir doch recht geben —, sondern darauf, was drinnen steht.

Und er enthält, bitte — und das ist eine noch stärkere Kritik —, eine politische Schönfärberei. Das entspricht nicht mehr einem objektiven Bericht der Bundesregierung. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Veselsky: Wo denn Schönfärberei?)*

Und der stärkste Vorwurf, meine Damen und Herren, ist jener, daß dieser Bericht zumindest teilweise unwahr, teilweise falsch ist; ob unbewußt oder bewußt, das kann ich noch nicht beurteilen.

Wir haben bereits im Jahre 1975 den Bericht abgelehnt, weil er eine Aufblähung der Verwaltung zum Inhalt hatte. Zentralismus, Bürokratismus haben immer mehr zugenommen, und auch heute ist noch keine Änderung festzustellen. Wir haben bereits neun Staatssekretäre, und viele Menschen stellen sich die Frage, wozu sie dienen *(Zwischenruf des Abg. Dr. Veselsky)*, was sie für einen Aufgabenbereich haben — ja Sie wurden eingespart, Herr Kollege Dr. Veselsky!

Ein einziger Staatssekretär — das möchte ich hier betonen — hat sicher seine Existenzberechtigung: Das ist der Herr Staatssekretär Dr. Löschnak, denn er muß den Bundeskanzler in den gesamten Personalagenden vertreten. Der kümmert sich ja um diese Dinge überhaupt nicht, da er auf Reisen ist oder anderen Staaten ungebetene Ratschläge erteilt. Auf jeden Fall hat ja Dr. Löschnak als Staatssekretär tatsächlich eine schwere Aufgabe für die gesamte Beamenschaft zu tragen, und ich bin auch froh, daß es ihn überhaupt gibt, denn so trägt wenigstens jemand die Verantwortung, und daher werde ich mich in der Folge vor allem an Sie wenden.

Die Forderung nach Rationalisierung in den vier Arbeitskreisen, auf die ich eingehen wollte, werde ich streichen, um mir das Wohlwollen der Zuhörer noch zu bewahren.

Wenn ich aber festgestellt habe, meine Damen und Herren, daß der Inhalt des Berichtes unzureichend ist, dann deshalb, weil er Allgemeinplätze enthält. Wenn Sie sich die Seite 48 betrachten — Dr. Neisser hat

ebenfalls schon Beispiele gebracht —: Da steht beim Bundesministerium für Inneres — Besondere Maßnahmen im Zuge der Verwaltungsreform auf dem Personalsektor — unter anderem ein Satz, und den bringe ich Ihnen nur zur Kenntnis: „Zahlreiche Polizeipraktikanten wurden eingestellt und ausgebildet.“ *(Abg. Dr. Kohlmaier: Toll!)* — Das ist eine umwerfende Feststellung für eine Verwaltungsreform!

Beim Bundesministerium für Justiz heißt es: „Im Rahmen der Richterfortbildung wird in nächster Zeit insbesondere die Fortbildung der mit familienrechtlichen Abteilungen betrauten Richter forciert werden“ — um einen Satz herauszugreifen. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Ja eine Groteske! Es gibt einen Notstandsbericht der österreichischen Richterschaft, es gibt auch einen neuen Notstandsbericht der nichtrichterlichen Beamenschaft, und hier wird festgestellt, sie werden mit der Rechtsmaterie in Zukunft vertraut gemacht werden. Aber was rundherum ist in der Justizverwaltung, im Ablauf des Geschehens, darauf geht man überhaupt nicht ein.

Und am Ende stehen dann nach elf Jahren sozialistischer Reformpolitik, die vorher auch wieder angeklungen ist, eine bestmögliche Versorgung und Behandlung der Straffälligen in Österreich, aber ein Zusammenbruch des österreichischen Rechtswesens. Denn wenn wir in einigen Gerichten jahrelang keine Verhandlung durchführen können, weil es ganz einfach keinen Richter gibt und weil die Verwaltung dort zusammengebrochen ist, dann, meine Damen und Herren, kann man wirklich nicht sagen, daß dieser Reformbericht hier zum besten ist.

Und eine Zumutung ist oder Heiterkeit hervorrufen sollte auch noch eine Feststellung im Anhang beim Sanitätswesen, wo drinnen steht, es wird geprüft, ob es einen möglichen Verzicht auf Vorschriften im Bundesgesetz über die sanitäre Regelung des Ammenwesens geben könnte. Das Gesetz stammt aus dem Jahre 1926. Also weder das Gesetz noch die Amme sind taufrisch und jetzt wird erst geprüft, ob überhaupt die Möglichkeit besteht, hier das Gesetz vielleicht doch zu ändern oder abzuschaffen.

Und nun mein letzter Vorwurf und die letzte Feststellung: Wir alle glauben, daß es notwendig ist, daß der österreichische Beamte, daß der öffentlich Bedienstete Serviceträger sein soll, daß er dem Staatsbürger helfen und beraten soll bei dem oft schwierigen Weg durch die österreichische Verwal-

Dr. Lichal

tung. Ich glaube, dazu bekennen sich alle, auch die österreichischen Beamten, das möchte ich noch einmal feststellen, obwohl es natürlich ein Spannungsverhältnis gibt zwischen dem Imperiumsträger und dem Serviceträger, denn überall dort, wo der Beamte als staatliche Gewalt doch noch auftreten muß, nehmen wir an, im Bereich der Exekutive, dort wird es dann schwierig, ihn zum Serviceträger allein zu machen und ihm die Order zu geben, sich bespuken, sich erniedrigen zu lassen. Hier wird nämlich dann letzten Endes schon die staatliche Ordnung in Frage gestellt. Man hat bei den Vorfällen am 1. März dieses Jahres in Wien ja gesehen, was hier der Vertreter der staatlichen Ordnung, des Staates eigentlich alles über sich ergehen lassen mußte, weil dazu die Weisung vorhanden war. Das wird nicht so weitergehen, meine Damen und Herren! Und es wird auch nicht als Serviceleistung empfunden, wenn jemand eine biologische Kläranlage vorgeschrieben bekommt, um die Wassergüte zu erhalten, denn das ist ein großer Kostenaufwand. Da wird der auch nicht sehr erfreut sein. Oder eine Führerscheineabnahme. Oder bei einer Betriebsstättengenehmigung die Verschreibung von kostenaufwendigen Einbauten.

Dort wird es immer ein Spannungsverhältnis geben, wo eine Behörde tätig wird, wo die Staatsgewalt tätig wird. Also wird auch bitte der Versuch um die Notwendigkeit, den Beamten zum Serviceträger zu machen, natürlich seine Grenzen haben.

Besonders aber möchte ich feststellen, daß es mir unverständlich erscheint, Herr Staatssekretär, daß Sie sich auch noch mit fremden Federn schmücken in diesem Bericht. Es wird festgestellt als eine dieser Servicefunktionen und Neueinrichtungen die Einrichtung von Beschwerde- und Beratungsstellen bei der Bezirkshauptmannschaft Mattersburg, glaube ich, oder bei den Bezirkshauptmannschaften im Burgenland.

Zum ersten handelt es sich hier um eine Landesdienststelle, denn eine Bezirkshauptmannschaft ist noch immer eine Landesdienststelle, und zum zweiten verschweigen Sie schamvoll, daß es in den anderen Bundesländern ja ebenfalls schon solche Beratungs- und Servicestellen gibt. Ich habe hier eine Liste und kann sie Ihnen zur Verfügung stellen. Sollte Ihnen das überhaupt unbekannt sein, Herr Staatssekretär — was ich ja kaum annehme —, daß es in Oberösterreich seit dem Jahre 1978 das gibt, daß es das in Niederösterreich bereits seit dem Jahre 1974 gibt, daß auch in Tirol, in Vorarlberg und in anderen Bundesländern, die Ihnen vielleicht

näherstehen sollten, das auch schon gibt. Auch die haben sie schamvoll verschwiegen.

Landesdienststellen als Ausfluß der Reform der Bundesverwaltung, das ist ein Schmücken mit fremden Federn und das hätten Sie eigentlich, Herr Staatssekretär, überhaupt nicht notwendig. Ich verstehe das gar nicht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und wenn Sie das eine verschweigen, dann sagen Sie auf einer anderen Seite die Unwahrheit. Es heißt auf Seite 75: „Auskunftsstellen bei den Bundesministerien: In Fortentwicklung des erstmals bei den Bezirkshauptmannschaften des Burgenlandes verwirklichten Gedankens der Verbesserung und Intensivierung des Bürgerservice hat das Bundeskanzleramt im Jahre 1978 ein Modell für die Errichtung von Auskunftsstellen bei den Bundesministerien erstellt.“ Erstmals, sagen Sie, hat das Burgenland erfunden und wurden in den burgenländischen Bezirkshauptmannschaften solche Beratungs- und Beschwerdestellen eingerichtet.

Herr Staatssekretär, das ist falsch! Das ist eine Unwahrheit! Bitte, ein Bericht sollte zumindestens hier den Tatsachen entsprechen, denn ich habe schon erwähnt, daß andere Bundesländer wesentlich länger solche Beratungsstellen besitzen.

Nun, welche Forderung müßte man eigentlich noch an eine Reform stellen? Ich glaube, eine Verwaltungsreform sollte beinhalten die Rationalisierung des gesamten Geschehens; sie sollte beinhalten eine bessere Überschaubarkeit der bestehenden Normen und Rechtsvorschriften, ein verständliches Deutsch in allen Erledigungen, weniger Abkürzungen und dann vor allem das Vermeiden der Computersprache. Hier entsteht ja ein neuer Unfug. Für ältere Menschen ist ein Computerbescheid ganz einfach nicht mehr lesbar. Er hat nur noch am Schluß die Summe, die er zu zahlen hat und allenfalls die Androhung, daß das Gas abgedreht wird, wenn nicht innerhalb eines Zeitraumes einbezahlt wird, aber ansonsten hat kein Mensch mehr die Möglichkeit, einen solchen Bescheid überhaupt noch zu lesen, überblicken zu können. Und daher muß man die ADV in diese Betrachtungen mit hineinstellen.

Daher sind halt hier auch einige Fragen anzubringen, mit denen sich die Verwaltungsreformkommission beschäftigen sollte.

Vermindert sich durch den Einsatz der ADV in Zukunft die Anzahl der Arbeitsplätze? Das wird immer wieder diskutiert. Welche Auswirkungen würde es dann für den Stellenplan geben? Verändert sich der Inhalt der Arbeits-

Dr. Lichal

plätze? Welche sozialen Aspekte ergeben sich daraus? Welche Konsequenzen ergeben sich hiedurch für die Ausbildung und Fortbildung? Und der Dateneinsatz und viel mehr. Das sind einige Gedanken und Anregungen.

Herr Abgeordneter Dr. Veselsky hat schon im Ausschuß festgestellt, die Verwaltung ist sehr schwierig. Und er hat genau gesagt, ungeheure Anstrengungen sind erforderlich, um die Verwaltung überhaupt im Griff zu haben. Ja freilich. Und der Herr Bundeskanzler hat festgestellt, es sind schlechte Zeiten, es ist so schwer. Bitte, wenn es zu schwer wird, wenn Regieren Ihnen zu schwer wird, wenn das Verwalten Ihnen zu schwer wird, dann wird es höchste Zeit, daß Ihnen eine Erholungspause eingeräumt wird; das wird hoffentlich das österreichische Volk schon erkannt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hochmair.

Abgeordneter **Hochmair** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir verhandeln und diskutieren über den Verwaltungsreformbericht 1980. Ich möchte diesen Bericht diskutieren von der Warte, aus der Sicht des Bürgers. Wenn wir mit dem Staatsbürger über die Verwaltung reden, dann meint er damit die Bürokratie. Und der Stehsatz dazu, wie die Staatsbürger oft meinen, daß „die Bürokraten die Militaristen des Papierkrieges wären“, hat in gewisser Hinsicht und bei Gott viel zu oft Berechtigung.

Aber in dem Zeitraum der letzten 10 Jahre ist einiges geschehen. Wir spüren es bei vielen Aussprachen mit den Staatsbürgern, mit den Beamten. Die Verhaltensweisen des Staatsbürgers haben sich geändert: Weniger Obrigkeitsdenken, wenn er wo hineingeht, und der Beamte betrachtet den Staatsbürger nicht mehr als Bittsteller.

Der Bericht sollte wirklich nicht von der Quantität, Herr Abgeordneter Lichal, oder vom Inhalt her oder vom Umfang her betrachtet werden. *(Abg. Dr. Lichal: Das hat Veselsky gesagt!)* Aber wenn man es sich genau durchliest, ist doch einiges drinnen, was wert ist, auch Positives darüber auszusagen.

Politische Schönfärberei! — Wie sieht denn das nun wirklich der Staatsbürger? Was juckt ihn denn wirklich? Doch nicht das Ammengesetz 1926. Was sind denn die Probleme des Staatsbürgers? Wo diskutiert er denn mit uns? Was sind denn die Probleme, wenn er zu Ihnen zum Sprechtag kommt? — Daß er sich mit manchen Bescheiden einfach nicht

beschäftigen und auseinandersetzen kann. Da haben wir doch gewisse Erfolge zu verzeichnen.

Wenn wir uns anschauen, wie manche Magistrate, Gemeinden und auch im Land — ich vermerke das wirklich positiv — Oberösterreich Bürgerservice praktizieren, dann dient es doch der Erleichterung für den Staatsbürger. Er geht in ein Servicebüro, übersichtliche Formulare, es wird ihm Hilfe angeboten, ein rechtskundiger Beamter berät ihn, bei den Bescheiden zum Bau einer Kläranlage, beim Welser Magistrat kriegt er nicht nur das Formular, da unterstützt ihn auch der Beamte beim Ausfüllen des Formulars. Er sagt ihm genau, warum das sein muß. Da, glaube ich, ist es wichtig, Kommunikation herbeizuführen, Bürgerservice in den 93 Seiten beinhaltet. Bescheide lesbar ... *(Abg. Steinbauer: Ungeheure Jubelreden!)*

Das habe ich mir gedacht, daß Sie einen Zwischenruf praktizieren, wenn Sie hereinkommen. *(Abg. Steinbauer: Ich bin schon länger da!)*

In den Vorberatungen im Ausschuß haben wir darüber gesprochen, daß das wirklich auch vom Gesetz her ein bisschen praxisnäher sein könnte. Vielleicht liegt es auch an uns, daß wir uns oft mehr anstrengen und schauen, ob das Gesetz auch für den einzelnen lesbar ist. Vielleicht arbeiten doch in manchen Bereichen noch viel zu viele Juristen mit.

Wir haben die Ämter instand gesetzt. Am Finanzamt in Wels haben sich vor fünf Jahren die Menschen in einem zugigen Gang auf einem Steinboden anstellen müssen. Der Beamte hat aufstehen müssen, damit man ihn sieht, so viele Formulare hat er liegen gehabt, weil er keinen Platz gehabt hat, der arme Teufel. Dann haben wir ein Bundesamtsgebäude gebaut und dann hat eine lokale Zeitung eine ganze Seite Platz gebraucht, um über die Tintenbug herzuführen. So kann man das nicht machen. Die Beamten brauchen anständige Arbeitsplätze. Und die Staatsbürger haben ein Recht darauf, dort menschenwürdige Servicräume vorzufinden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, wir sollten uns daher zu Investitionen in den Bereichen auch bekennen, für den Mitteleinsatz. Ausbildung Beamte, Verwaltungsakademie 1976, in der Grundausbildung 1979. Im ersten Halbjahr, da liegen mir die Ziffern vor, 318. Dient doch nicht nur den Beamten, sondern auch den Staatsbürgern.

Oder, was mir sehr gut gefallen hat, die „Einführung und Hilfe für unsere neuen Mitarbeiter“, herausgegeben für den jungen Mit-

Hochmair

arbeiter. Ich habe das durchgelesen, ich finde das wirklich praxisnahe, daß der junge Beamte weiß, wen er am Amt begegnet, wie er sich zum Staatsbürger verhalten soll. Das sollten wir auch manchem Staatsbürger geben, damit er kennenlernt, wie viele Probleme auch der Beamte hat. Führungskräfte, Nachwuchsschulung wurden diskutiert.

Wir finden die Informationsbroschüren positiv: Verbesselter Zugang zum Recht. In dem Zusammenhang herzlichen Dank an den Justizminister. Die Kommission für Reisebüroarrangements, die außergerichtliche Schlichtungsstelle, 1975 88 Fälle, 1979 364 Fälle. Es wird Gott sei Dank weniger, wir haben einen Rückgang zu verzeichnen, weil sich die Reisebüros angepaßt haben und korrekter anbieten.

Novelle zum Berufsausbildungsgesetz, wesentliche Erleichterungen für den Lehrherrn auf Grund der Berufsbilder, aber auch für den Lehrling weit mehr Übersicht. Kraftfahrzeugwesen, Straßenverkehrswesen, Abkürzung Instanzenzug beim Führerscheinenzug. Erleichterung des Haltens und Parkens für stark gehbehinderte Personen.

Und im Bereich des Informationswesens oft kritisiert, wir vermerken es positiv: Tips für Auslandsreisende. Das Informationspaket vom Unterrichtsministerium. Wir haben gar nicht so viele Formulare in den Büros aufliegen, als Menschen darum nachfragen, um dieses Informationsmaterial zu bekommen.

Informationsbroschüren aus dem Finanzministerium. Aus dem Land Oberösterreich die Wohnbaufibel, endlich praxisgerecht. Aus dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz Aktion klarer Kopf, Impfaktion. Information über Mutter-Kind-Paß. Information über den Umweltschutz. (Abg. *Steinbauer*: Warum sagen Sie nicht, daß Sie alles wunderbar finden?)

Ja, auch die „Rote Hand“ finde ich wunderbar. Das ist keine politische Zeitschrift, sondern diese beschäftigt sich mit Arzneimitteln.

Wir halten Information für den Staatsbürger für wichtig. Wir wollen, daß er Bescheid weiß über seine Ansprüche, Bescheid weiß über die Leistungen des Staates.

Verwaltungsreform geht nicht von heute auf morgen, hat die ÖVP in dem Buch geschrieben, herausgegeben 1975. Es wird sicherlich noch einige Zeit dauern. Beharungswiderstände sind zu überwinden. Unser Ziel wird sein: Service, Information, Bürgernähe, Verständnis des Beamten für den Staatsbürger, aber auch umgekehrt, Verständnis des Staatsbürgers für den Beamten.

Den Bericht sehen wir als positiv aus der Warte des Bürgers und geben ihm daher unsere Zustimmung. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Staatssekretär Dr. Löschnak.

Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. **Löschnak:** Herr Präsident! Hohes Haus! In aller gebotenen Kürze: Ich gebe all jenen Kritikern recht, die meinen, daß man einen Bericht über die Verwaltungsreform der Jahre 1975 bis 1980 nicht von der Seitenzahl hinsichtlich seiner Qualität bemessen kann. Aber da muß man sich dann auch der Mühe unterziehen, nicht nur die Seitenzahl festzustellen, sondern wirklich den Inhalt fortlaufend zu lesen und nicht nur einige Passagen herauszunehmen, wie Sie, Herr Abgeordneter Lichal, das getan haben.

Denn Sie werfen mir zum Beispiel vor, Seite 48, was ist beim Bundesministerium für Inneres geschehen, da steht drinnen, zahlreiche Polizeipraktikanten wurden eingestellt. Punkt, aus! Das soll offenbar beim Bundesministerium für Inneres geschehen sein. Sie sagen aber nicht dazu, was voransteht und was in diesem Zusammenhang eben zu sagen ist, nämlich daß wir die gesamte Ausbildung, Weiterbildung gerade in diesem Bereich den modernsten Erfordernissen angepaßt haben. Sie aber nehmen einen Satz heraus und wollen den Verwaltungsreformbericht bezüglich seines Inhalts mit dieser Feststellung treffen.

Dasselbe ist in Wirklichkeit, wenn Sie von den Auskunftsstellen reden. Wir haben ja nie behauptet, daß wir die Auskunftsstellen erfunden hätten, sondern wir haben auf den Seiten 74 und 75 des Berichtes lediglich angeführt, daß wir hier mitgewirkt haben, die Bezirksverwaltungsstellen oder Bezirkshauptmannschaftsstellen mit Auskunftsstellen im Burgenland einzurichten, was den Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung, für die wir zuständig sind, betrifft. Und nicht mehr und nicht weniger wurde hier behauptet. Wir haben nicht verschwiegen, daß es andere Servicestellen auch gibt, sondern dort haben wir nicht mitgewirkt. — Gerade wenn wir sie in diesen Bericht aufgenommen hätten, hätten wir dann etwa Schönfärberei betrieben.

Und wie schwer etwa die Verwaltungsreform zu beurteilen ist, geht ja aus der Widerspruchlichkeit Ihrer eigenen Darstellungen hervor. Der Herr Abgeordnete Neisser meint, man sollte endlich den Widerstand der unmittelbar Beteiligten, das heißt also der Mitarbeiter, überwinden. Das hätten wir nicht getan.

Staatssekretär Dr. Löschner

Sie, Herr Abgeordneter Lichal, haben dann zehn Minuten später hier gesagt, die Beteiligten sträuben sich gar nicht. Also Sie müßten sich untereinander abstimmen, damit wir wissen, es gibt keinen Widerstand oder es gibt eben schon einen Widerstand, den es zu überwinden gilt.

Ich wollte Ihnen nur an Ihren eigenen Aussagen sagen, wie sehr Sie widersprüchlich sind.

Wenn Sie hier das Ammen-Gesetz, meine Herren, jetzt das viertemal anziehen — der Herr Abgeordnete Neisser hat es ja im Ausschuß angezogen, Sie haben auch schon im Ausschuß darauf hingewiesen, dann haben Sie es vorgestern in der Fragestunde getan, und, Herr Abgeordneter Lichal, Sie sind wieder mit dem Ammen-Gesetz gekommen —, darum, muß ich sagen, tun Sie ja gerade so, als wäre die einzige Durchforstung, die wir hier vorgeschlagen haben, das Ammen-Gesetz aus dem Jahr 1926.

Was Sie halt nicht wissen, ist, daß das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz auch daran ist, das Hebammengesetz zu ändern, und die Bereinigung in einem durchgeführt werden soll. Aber so sehr braucht man sich an diesem Beispiel wirklich nicht zu erhitzen.

Herr Abgeordneter Lichal, wenn Sie sagen, das Ganze ist Larifari, dann verstehe ich nicht, was Sie unter Larifari meinen. Aber Sie sind auch hier wieder innerlich widersprüchlich. Wenn Sie nämlich meinen, daß das Ganze kein Beitrag zur Verwaltungsreform ist, einverstanden, ist das Ihre Meinung, sie ist zu akzeptieren. Nur, Herr Abgeordneter Lichal, dann muß ich Ihnen sagen, dann ist das eigentlich die Wiedergabe der Tätigkeit von Tausenden Mitarbeitern, die wir im Bundesbereich haben, und da muß ich sagen, da bewundere ich Ihren Mut, daß Sie jene Leute, die Sie eigentlich als Interessensvertreter zu vertreten hätten, des Larifaris bezichtigen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und eine abschließende Feststellung, weil der Herr Abgeordnete Frischenschlager meinte, man könnte die Kompetenzverteilung nach ökonomischen Gesichtspunkten vornehmen und bräuchte sich da nicht so lange aufzuhalten mit dem Forderungsprogramm der Bundesländer 76 und mit Gegenforderungen.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist sehr leicht ausgesprochen, wenn man bei der Stunde Null begänne. Wenn man aber das nicht kann, dann weiß jeder hier im Hause und viele viel besser als ich selbst, daß man gerade im Kompetenzbereich nach öko-

nomischen Gesichtspunkten wirklich nicht vorgehen kann.

Und ein letztes Wort noch, weil hier die Besoldungsreform wieder angerissen wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben, glaube ich, den entscheidendsten Schritt im Herbst des vorangegangenen Jahres auf dem besoldungsrechtlichen Sektor getan und wir werden in Kürze hier eine Vorlage bringen, woraus Sie sehen werden, daß wir auch auf diesem Sektor nicht säumig gewesen sind. So sollte man den Verwaltungsreformbericht sehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Ermacora.

Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Staatssekretär! In der Antwort an Herrn Dr. Lichal haben Sie natürlich eine Kleinigkeit zu revidieren versucht. Ich glaube, man muß aber doch auf das Grundsätzliche hinweisen, und vielleicht wird durch meine Wortmeldung deutlich, warum die Österreichische Volkspartei sich außerstande sieht, diesem Bericht zuzustimmen.

Der Bericht zeigt nämlich deutlich auf, was Verwaltungsreform der Sozialistischen Partei ist, ein schwerpunktloses Nebeneinander von in ein schriftliches System gebrachten Puntationen. Das ist der Bericht. Die allermeisten Punkte wurden in der Verwaltungsreformkommission, deren Mitglied ich bin, aber bei der ich nicht immer gewesen bin, nicht behandelt. Man hat sich regelmäßig gewei-gert, Schwerpunkte zu bilden.

Der Bericht scheint mir auch nicht auszudrücken, was einer der Herren Vorredner gesagt hat, wo es wirklich dem Staatsbürger brennt. Das sind die Instanzenzüge, das sind die Formulare, das sind die Schwierigkeiten, durch die Instanzenzüge zu finden. Ich erinnere nur etwa an eine Apothekengenehmigung. Was braucht man da nicht alles. Da braucht man eine Bescheinigung, daß man diese oder jene Aufschrift hat. Man braucht eine Bescheinigung, ob man diesen oder jenen Ofen im Zimmer haben darf. Man braucht x Kommissionierungen, es ist derart kompliziert. Man muß immer wieder in die Ämter laufen. Das sind die Dinge, die von der Verwaltungsreform her interessant sind.

Ich möchte nur an einem Beispiel sichtbar machen, wie sehr der Bericht doch nicht der Wirklichkeit oder den Bedürfnissen entspricht. Da heißt es auf Seite 86 — es ist eine willkürliche Herausnahme; ich gebe zu, Herr Staatssekretär, daß die SPÖ im Bundesministerien-gesetz eine große Tat gesetzt hat,

Dr. Ermacora

obgleich man mit der einen oder anderen Bestimmung nicht zufrieden ist; aber das war eine echte verwaltungsreformatrische Maßnahme —: Das Bundesministerium für Landesverteidigung stützt seine laufende Informationsarbeit vor allem auf die Publikationen „Österreichische Militärzeitschrift“, „Truppendienst“ und das Soldatenmagazin „Spind“.

Herr Staatssekretär, ich glaube, die Zeitschrift „Der Spind“ könnte aufgelassen werden und die Zeitschrift „ÖMZ“ und „Truppendienst“ wären zusammenzulegen. Beide Zeitschriften sind gut, Qualitätssteigerung wäre möglich, dadurch würden Kosten erspart, das Redaktionsteam gestrafft, der Betrieb rationaler gestaltet und Zweigeleisigkeiten vermieden werden. Kein Wort steht darüber drinnen.

Ich glaube, Herr Staatssekretär, meine Damen und Herren, unser Ziel müßte sein: eine Enquete über die Verwaltungsreform ins Parlament, damit wir einmal wirklich die Dinge hier ausdiskutieren und je nach dem Ausgang dieser Diskussion die Verwaltungsreform im Parlament und nicht in der Regierung gestalten. Ich glaube, dann würde man echte Fortschritte auf diesem Gebiete erzielen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Schlußwort wird keines gewünscht.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g**, die ich über beide Vorlagen getrennt vornehme.

Wir gelangen vorerst zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den Bericht der Bundesregierung, III-78 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit **Mehrheit angenommen**.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den Bericht des Bundeskanzlers, III-81 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist **einstimmig angenommen**.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 1069/J bis 1076/J eingelangt sind.

Die **n ä c h s t e** Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 8. April 1981, um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Die Sitzung ist **g e s c h l o s s e n**.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 15 Minuten